

Ludwigsburger Geschichtsblätter

Heft 32

Mit 22 Abbildungen

1980

Kommissionsverlag J. Aigner, Buchhandlung, Ludwigsburg



HISTORISCHER VEREIN FÜR STADT UND KREIS
LUDWIGSBURG

Ludwigsburger Geschichtsblätter

Heft 22

1954

Herausgegeben vom Historischen Verein
für Stadt und Kreis Ludwigsburg e. V.

Redaktion: **Dr. Wolfgang Schmierer**, Tamm

unter Mitarbeit von Franz Mögle-Hofacker, Bietigheim-Bissingen
und Dr. Norbert Stein, Ludwigsburg

Alle Rechte beim Historischen Verein für Stadt und Kreis Ludwigsburg e. V.

Für den Inhalt zeichnen die Verfasser verantwortlich

Gesamtherstellung: Süddeutsche Verlagsanstalt und Druckerei GmbH, Ludwigsburg



Inhalt

| | |
|---|-----|
| Vorwort (<i>Wolfgang Bollacher</i>) | 5 |
| Der frühkeltische Fund von Hochdorf im Rahmen der Fürstengräber Südwestdeutschlands. Von <i>Jörg Biel</i> | 7 |
| Der Deutsche Orden in Südwestdeutschland. Hospitalorden, Ritterorden, Geistlicher Orden vom 12. bis 20. Jahrhundert. Von <i>Alois Seiler</i> | 23 |
| Kirche und kirchliches Leben in Tamm im Wandel der Jahrhunderte. Von <i>Paul Sauer</i> | 43 |
| Die Hessigheimer Weiberzeche. Von <i>Theodor Bolay</i> | 59 |
| Zur Entstehungsgeschichte von Ludwigsburg. Von <i>Wolfgang Schmierer</i> | 79 |
| Aus der Geschichte von Hoheneck. Von <i>Herbert Felden</i> | 95 |
| Die Kämpfe um Montbéliard im Kriege 1870/71. Von <i>Norbert Stein</i> | 103 |
| Das Revolutionsjahr 1918/19 in Württemberg und die Ereignisse in Ludwigsburg. Von <i>Günter Cordes</i> | 117 |
| 80 Jahre Ludwigsburger Geschichtsblätter – Verzeichnis der von Heft 1/1900 bis Heft 32/1980 erschienenen Aufsätze. Zusammengestellt von <i>Franz Mögle-Hofacker</i> und <i>Wolfgang Schmierer</i> | 139 |
| Berichte und Notizen | |
| Veranstaltungen des Historischen Vereins für Stadt und Kreis Ludwigsburg e.V. 1979–1980 (<i>Markus Otto</i>) | 153 |
| Stadtgeschichte – Stadtgeschichtsforschung. Auszug aus der Begrüßungsansprache von Herrn Oberbürgermeister <i>Dr. Otfried Ulshöfer</i> zur Stadtgründungsfeier in Ludwigsburg am 9. Mai 1980 | 163 |
| Aufbau einer Quellensammlung zur Ludwigsburger Geschichte im Stadtarchiv Ludwigsburg (<i>Wolfgang Läßle</i>) | 166 |
| Tätigkeit des Historischen Arbeitskreises Kornwestheim 1979–1980 (<i>Joseph Kerkhoff</i>) | 168 |
| Baukunst und Bauhandwerk des Deutschen Ordens in der Barockzeit – Karten, Bilder, Pläne. Ausblick auf eine Ausstellung des Staatsarchivs Ludwigsburg 1981 (<i>Alois Seiler</i>) | 169 |
| Buchbesprechungen | 173 |
| Die Mitarbeiter dieses Hefts | 184 |
| Bildernachweis | 185 |
| Ludwigsburger Geschichtsblätter – Eine Übersicht | 187 |

Vorwort

Unsere Gesellschaft besinnt sich seit einiger Zeit kritisch auf einen neuen ideologiefreien Heimatbegriff, nachdem dieser durch die Blut-und-Boden-Doktrin der Nationalsozialisten in Mißkredit geraten ist. Hinwendung zu regionaler Eigenart, zu Herkunft und Mundart ist zu spüren, aber auch zur Vergangenheit und zur Beschäftigung mit ihr. In der Gegenwartsliteratur ist »Heimat« zu einem Leitmotiv geworden. Es wird an Martin Walser und Peter Härtling erinnert, die beide in den zurückliegenden Monaten in Ludwigsburg gelesen haben. »Heimat« wird nicht mehr als politisches Fahnenwort benützt, nicht mehr als Klischee für eine heile Welt, »Heimat« steht vielmehr für Identitätsfindung, für Sehnsucht nach Geborgenheit, für Aufdeckung geistiger und geistlicher Bindungen und für Überwindung der Geschichtslosigkeit.

Für den historischen Verein, der sich die Pflege der Geschichte zur Aufgabe gestellt hat, kommt eine solche Wiederbelebung des Heimatgedankens nicht überraschend, denn daß die geschichtslosen, ja geschichtsfeindlichen Jahre Episode bleiben würden, war ihm nie zweifelhaft. Ohne tiefen Grund im Vergangenen zu haben, ist keine wesentliche Teilnahme am gegenwärtigen Gang der Dinge möglich. Gegenwartsbewußtsein setzt Geschichtsbewußtsein voraus. Der Historische Verein hat ungeachtet der Mode und der Strömungen der Zeit hierauf hinzuweisen versucht. Er, der im Jahre 1897 gegründet wurde, war und ist jenem Heimatbegriff verpflichtet, wie man ihn heute zu verstehen bemüht ist, dabei freilich den historischen Aspekten dieses Begriffes besonderes Gewicht beimessend.

Im Jahre 1900 legte der Historische Verein erstmals einen Band der Ludwigsburger Geschichtsblätter vor. Seither sind – der vorliegende Band eingeschlossen – 32 Bände erschienen. Das ist, berücksichtigt man die Zeiten der Kriege und der Nachkriegsjahre, eine achtbare Leistung.

Band 32 der Ludwigsburger Geschichtsblätter enthält neue bedeutsame Beiträge zur Geschichte von Stadt und Kreis. Zu Recht steht der Bericht von *Dr. Jörg Biel* über den aufsehenerregenden frühkeltischen Fund von Hochdorf – ein Jahrhundertfund – an erster Stelle. *Dr. Biel* war der Ausgräber. Die Abbildung einer Grabbeigabe schmückt auch die Einbanddecke. Neue Erkenntnisse zur Bau- und Entstehungsgeschichte Ludwigsburgs durch Verwertung bislang nicht bekannter oder nicht erforschter Quellen legt *Dr. Wolfgang Schmierer* vor. Aus der Geschichte einiger Kreisgemeinden berichten *Dr. Paul Sauer* (Tamm), *Theodor Bolay* (Hessigheim) und *Herbert Felden* (Ludwigsburg-Höheneck). *Dr. Alois Seiler* weckt mit seiner Abhandlung über den Deutschen Orden in Südwestdeutschland, insbesondere über die Ballei Franken mit ihren zahlreichen Kommenden, das Interesse für eine Institution, deren prägende Kraft für das hohe Mittelalter viel zu wenig bekannt ist. Untersuchungen über die Kämpfe von Montbéliard im Kriege 1870/71 von *Dr. Norbert Stein* und über das Revolutionsjahr 1918/19 von *Dr. Günter Cordes* führen in die neuere Geschichte. Erwähnt sei auch der Auszug aus der Begrüßungsansprache zur Stadtgründungsfeier Ludwigsburgs am 9. 5. 1980 von *Dr. Otfried Ulshöfer*,

dem Oberbürgermeister der Stadt Ludwigsburg. Berichte, Notizen, Verzeichnisse und Buchbesprechungen runden den Band ab, den wiederum *Dr. Schmierer* – unter Mitarbeit von Kollegen des Staatsarchivs Ludwigsburg – besorgt hat, wofür herzlicher Dank gesagt sei.

Dank gebührt auch wiederum der Stadt und dem Landkreis Ludwigsburg für ihre finanzielle Unterstützung zur Herausgabe der vorliegenden Ludwigsburger Geschichtsblätter.

Dr. Wolfgang Bollacher

Der frühkeltische Fund von Hochdorf im Rahmen der Fürstengräber Südwestdeutschlands

Von Jörg Biel

An der Wende von der mittleren zur späten Hallstattzeit, also etwa um 600 v. Chr. tritt in reich ausgestatteten Grabhügeln Südwestdeutschlands der vier-rädrige Wagen als Grabbeigabe auf. Von diesen Wagen sind meist nur Einzelteile aus Metall erhalten, wie etwa Nebenbüchsen aus Bronze, dazu auch Metallschmuck großer Doppeljoche.

In Böhmen, Bayern und Oberösterreich kommen diese Wagen schon in Ha C-Zusammenhang vor¹. Woher letztlich die Sitte kommt, Wagen mit in die Gräber zu geben, ist noch unklar. Sie als einfache Beigaben anzusehen, als Ausrüstungsgegenstand des täglichen Lebens, indem man sie etwa als Kampfwagen bezeichnet, verbieten die bisher bekannten Rekonstruktionen. Zumindest ein Teil dieser Wagen war gar nicht lenkbar, wie etwa der aus dem Hochdorfer Grab und damit auch als Gefährt praktisch unbrauchbar. Man möchte eher an eine Funktion als Totenwagen denken und sie mit der griechischen Ekphora in Verbindung bringen.

Neue und wichtige religiöse Vorstellungen zeigen sich auch in der Beigabe von Speise- und vor allem Trinkgeschirren aus Bronze in reicheren Gräbern. Sie bestehen in der Regel aus einem großen Bronzekessel sowie zugehörigen Schöpf- oder Trinkgefäßen, wobei die Service je nach dem Reichtum des Bestatteten mehr oder weniger umfangreich sind. In der mittleren Hallstattzeit herrscht ja bekanntlich die Brandgräbersitte vor, doch können wir beobachten, daß die reicher ausgestatteten Gräber, besonders die Schwertgräber, oft Körperbestattungen sind. Diese Körpergrabsitte setzt sich nun in Ha D voll durch, lediglich ganz spärlich ausgestattete Tote werden noch verbrannt.

Die Körpergräber der späten Hallstattzeit sind vor allem mit ausführlichem Schmuck beigesetzt worden, dazu kommen dann in reicheren Gräbern Dolche und in Ausnahmefällen Wagen und Trinkservice aus Bronze. Mit dem Beginn der späten Hallstattzeit können wir aber auch feststellen, daß Höhenburgen angelegt werden. Vor allem am Nord- und Südrand der Schwäbischen Alb, auch auf Bergzungen, die von Tälern herausgeschnitten werden, errichtete man befestigte Siedlungen.

Wichtiger ist das Auftreten überdurchschnittlich reicher Gräber und monumental großer Grabhügel am Beginn der späten Hallstattzeit, Gräber, die wir mit dem Terminus Fürstengräber bezeichnen. Dieser aus dem Mittelalter übernommene Begriff ist umstritten, da er den Verhältnissen der frühen Keltenzeit natürlich nicht voll gerecht wird. Trotzdem möchte ich ihn hier weiterverwenden, da die übrigen Vorschläge noch weniger zusagen. Der Begriff Adelsgrab ist stärker mit dem Mittelalter verbunden, vor allem setzt er die Blutsverwandtschaft dieser reichen Toten in einem engen Gebiet voraus, also das Vorhandensein von Dynastien, was wir mit unserem archäologischen Material nicht belegen können. Der Begriff Herrengrab erscheint dagegen zu blaß, etwa für ein solch reiches Grab wie das im

Grafenbühl². Denn hier war sicherlich ein politischer oder geistiger Herrscher bestattet, für den der Begriff Herr eine Nummer zu klein ist. Die Bezeichnung Häuptling wiederum ist zu stark mit der Völkerkunde verbunden und liegt ebenfalls zu tief.



Goldene Trinkschale (Vorlage und Foto Landesdenkmalamt)

Georg Kossack hat für solch reich ausgestattete Gräber den Begriff Prunkgräber eingeführt³. Ein solches Prunkbedürfnis scheint für die reiche Ausstattung dieser Gräber ein sehr wichtiges Moment zu sein – die Präsentation des Toten in all seinem Reichtum, der zugleich seine Macht demonstriert – vielleicht weniger für das Jenseits, sondern seinem Volk gegenüber –, jedenfalls möchte ich den reichen Goldschmuck des Hochdorfer Fürsten so interpretieren. Andererseits aber können wir hier in der späten Hallstattzeit eine reiche Gräberschicht mit verschiedenen sozialen Abstufungen und einer deutlichen historischen Entwicklung fassen, so daß wir sicher über den neutralen Begriff Prunkgrab hinausgehen können und Berechtigung haben, den mehr politisch belasteten Begriff Fürst, Fürstengrab zu verwenden, ob wir ihn nun in Anführungszeichen setzen oder nicht.

Diese Fürstengräber nun haben verschiedene typische Eigenschaften. Zum einen handelt es sich in der Regel um Einzelhügel, die von den übrigen Grabhügelfeldern deutlich abgesetzt sind. Sie haben oft monumentale Größe, der Magdalenenberg bei Villingen etwa einen Durchmesser um 100 m bei einem Volumen von 46 000 m³ angeschüttetem Material. Die Grabausstattung ist gekennzeichnet durch reiche

Goldfunde oder durch aus dem Mittelmeergebiet importierte Gegenstände, in Spitzengräbern auch beides.

Die ältesten Fürstengräber finden wir im Oberrheintal und im Bereich der oberen Donau um die Heuneburg. Etwas abgelegen ist der Fundpunkt Uttendorf am Inn. Die Entwicklung des zu ihm gehörigen Fürstensitzes auf dem Hellbrunner Berg bei Salzburg ist noch nicht genau abzuschätzen⁴. Ein Fund in der Mittelschweiz, Grächwil, von wo die bekannte Hydria stammt, bezeichnet eine Gegend, aus der wir auch spätere Fürstengräber kennen. Auch ein Grab in Ostfrankreich, St. Collombe, bezeichnet eine Gegend, aus der später weitere Fürstengräber vorliegen, abschließend mit dem reichen Grab von Vix.⁵

Ganz deutlich wird, daß sich mit Ausnahme der oberrheinischen Gräber alle Fürstengräber weitläufig um Zentren gruppieren – in Südwestdeutschland um die Heuneburg und um den Hohenasperg, um ein Zentrum im Schweizer Mittelland, zwei Zentren in Ostfrankreich, eines um den Mt. Lassois bei Châtillon-sur-Seine, das andere am Doubs.

Abseits liegt auch ein Fundpunkt am Ursprung der Donau, der Magdalenenberg bei Villingen. Es ist ein Fürstengräbhügel, der ganz an den Beginn der Entwicklung gehört; das Zentralgrab dieses mächtigen Hügels wird an den Übergang von Ha C und Ha D datiert. Es war allerdings bis auf geringe Reste schon kurz nach der Bestattung des Toten ausgeraubt worden, so daß wir seinen Inhalt nicht kennen. Der mächtige Hügel enthielt jedoch eine wegen besonders günstigen Bodenverhältnissen außerordentlich gut erhaltene Grabkammer von 4×8 m Größe, die von einer mächtigen Steinpackung abgedeckt war. In den völlig isoliert liegenden Hügel waren im Laufe der Stufe Ha D 1 insgesamt 126 Nachbestattungen eingebracht worden. Sie sind in den Hügel eingegraben, also erst nach dessen Fertigstellung angelegt worden. Die Gräber brechen mit dem Ende der Stufe Ha D 1 ab⁶.

Nur weniger groß ist der bekannte Grabhügel Hohmichele in der Nähe der Heuneburg⁷. Auch sein Hauptgrab, die Zentralbestattung, war beraubt. Intakt war noch Grab 6, eine seitlich in den Hügel eingegrabene Holzkammer mit einer reich ausgestatteten Doppelbestattung von Mann und Frau. Die Skelette der beiden Toten sind bis auf die Zahnkronen vergangen, doch zeichnet sich ihre Lage an den Beigaben ab. Der Mann liegt neben dem Wagen, kenntlich an einem eisernen Halsreif und einem Gürtelblech, sowie seitlich einem eisernen Hiebmesser. Die Frau lag unter dem Wagen, kenntlich vor allem an dem reichen Kettenschmuck aus Glasperlen.

Beigegeben war ferner ein vierrädriger Wagen mit der zugehörigen Schirrung für zwei Pferde, ein Bronzekessel mit einer Schöpfschale sowie ein großer Bronzeteller, bzw. eine Platte. Wichtigste Bestandteile waren also der Wagen mit dem Schirrzeug, Speise- und vor allem Trinkgeschirr, sowie die persönliche Ausstattung der Toten, wobei chinesische Seide als Stickereimaterial beim Gewand der Frau verwandt wurde. Im weitesten Sinn als Waffen könnte man den Köcher des Mannes, sowie sein Hiebmesser ansprechen. Dieses Grab 6 ist nur eine Nebenkammer, es fehlen sowohl Gold als auch größere Importgegenstände, wenn wir nicht die Bronzegefäße als solche ansehen.

Was den Hohmichele vom Magdalenenberg unterscheidet, ist zweierlei: einmal liegt er am Rand einer großen Grabhügelgruppe und nicht einzeln wie der Magdalenenberg, zum anderen sind die verhältnismäßig wenigen Nachbestattungen, 12 an

der Zahl, offenbar nicht nachträglich in den Hügel eingebracht, sondern mit seiner Aufschüttung angelegt worden. Es handelt sich dabei um Brand- und Körpergräber, auch das eine Ausnahme von der Regel. Der Hohmichele gehört, wie gesagt, zur Heuneburg, auf die hier nicht näher eingegangen werden soll.⁸

Was uns hier in bezug auf die Fürstengräber interessiert, sind die Grabhügelgruppen um die Burg. Neben den »normalen« Grabhügelgruppen um den Hohmichele und NW Binzwangen sind es die Fürstengräber, wobei die ältesten, also der Hohmichele, der Rauhe Lehen bei Ertingen und der Lehenbühl – soweit wir wissen – in die Stufe Ha D 1 gehören. Sie alle liegen von der Heuneburg in einiger Entfernung. Die jüngsten Hügel befinden sich im Gießübel und Talhau, direkt bei der Burg und auf die Ruinen einer Außensiedlung aufgeschüttet. Diese Gräber sind gekennzeichnet durch das häufige Vorkommen von Goldhalsringen und -armbändern, das weitgehende Fehlen von Wagen und auch das Fehlen von größeren Importgegenständen.

Die Siedlung Heuneburg weist in der Stufe Ha D 1 zwei Zerstörungsschichten auf, sie wird aber bis an das Ende der Hallstattzeit weiter besiedelt.

Die Ausdehnung des Machtbereichs der Heuneburg abzugrenzen, ist wohl nicht einfach. Vor kurzem haben zwei englische Autoren versucht, die ökonomischen und handelspolitischen Strukturen der späthallstattzeitlichen Fürstensitze anhand ethnologischer Modelle zu klären⁹. Obwohl sowohl die Modelle selbst, als auch die daraus gezogenen Schlußfolgerungen fragwürdig erscheinen, so sind doch die von ihnen entworfenen Karten recht interessant. Sie gehen davon aus, daß ein zentrales Machtzentrum Unterzentren braucht, also Vasallen oder Häuptlinge, die auf Grund von reichen Grabfunden, vor allem Wagengräbern der Stufe Ha D 1 kartiert wurden.

Etwas anders sind die Verhältnisse beim zweiten Fürstensitz in Württemberg, dem Hohenasperg bei Ludwigsburg¹⁰. Da die Siedlungsschichten auf dem Hohenasperg selbst noch nicht untersucht sind, falls sie überhaupt noch vorhanden sind, müssen wir uns hier allein auf die Grabfunde stützen. Aus dem Bereich des Hohenaspergs gibt es bisher kein Fürstengrab der Stufe Ha D 1. Und auch die Unterzentren sind hier deutlich jünger. Sie beginnen in Ha D 2. Auch die mehr oder weniger direkt zum Hohenasperg gehörenden Gräber sind alle Ha D 2 oder jünger.

Das älteste Grab, das wir aus dem Bereich des Hohenaspergs kennen, ist das im Römerhügel bei Ludwigsburg¹¹. Hier wurde zwar nur die Nebenkammer des Hügels vollständig aufgedeckt, während das Hauptgrab nur angeschnitten ist. Die Funde der Nebenkammer entsprechen jedoch zeitlich denen des neuen Hochdorfer Grabfundes in allen Details, so daß wir die Hauptkammer des Römerhügels wohl noch etwas älter ansetzen müssen. Im Römerhügel kam etwa ein Jochverteiler zutage, der dem von Hochdorf weitgehend entspricht, dazu Tierfiguren, wie sie ähnlich auch auf dem Hochdorfer Joch angebracht waren. Bronzebecken mit Horizontalgriff vom Typus Hatten lagen in beiden Gräbern und auch ein Goldband des Ludwigsburger Grabes kann man analog dem Hochdorfer Fund als Mündungsbeschlag eines Trinkhorns ansehen. Immerhin enthielt die Nebenkammer dieses Hügels einen goldenen Halsring. Spektakuläre Importe fehlen. Aus der knapp angeschnittenen Hauptkammer kennen wir jedoch unter anderem einige palmettenförmig geschnittene Bernsteinplättchen, wie sie auch im Grafenbühl und in einem Hundesinger Hügel gefunden wurden. Sie werden als Intarsien von griechischen

Möbelstücken gedeutet, was darauf hinweist, daß das Hauptgrab des Römerhügels griechische Möbel enthielt, bzw. noch enthält.

Zeitlich gleich mit dem Römerhügel möchte ich das neue Grab von Hochdorf ansehen. Die Restaurierung der Funde dieses Grabes steckt noch in den Anfängen. Nur das wichtigste bisher Bekannte möchte ich hier anführen und die Einflüsse zeigen, die wir bisher in den Funden dieses Grabes aufzeigen können. Dies allerdings unter dem Vorbehalt der Vorläufigkeit.

Der Hügel liegt in 10 km Entfernung vom Hohenasperg westlich des Berges jenseits der Glems. Eine direkte Zugehörigkeit ist wie bei den anderen weiter entfernt liegenden reichen Gräbern lediglich durch eine ausgeprägte Sichtverbindung gegeben. Der Hochdorfer Hügel ist nun aus verschiedenen Gründen von großem Interesse. Einmal zeigt der Hügel selbst recht interessante Befunde zum Aufbau und auch zum Ablauf der ganzen Bestattung. Leider war dieser Befund durch die starke Überackerung schon sehr weit gestört, so daß manche Frage offenbleiben muß. Doch war das Hauptgrab des Hochdorfer Hügels unberaubt, da es durch eine aufwendige und komplizierte Grabkonstruktion geschützt war. Das Grab war reich ausgestattet und vor allem waren die Erhaltungsbedingungen für organisches Material außergewöhnlich gut, so daß bei der Endauswertung viele Fragen beantwortet werden können, die ungewöhnlich sind.

Zunächst zum Aufbau des Grabhügels. Im Zentrum des Hügels liegt die eigentliche Grabanlage; sie ist umgeben vom Aushub des großen Grabschachtes, der sie ringförmig als Wall umgibt. Soweit die Grabungsbefunde bisher ausgewertet sind, ergibt sich folgender Ablauf des Bestattungsvorganges und des Hügelbaues: Zunächst begann man wohl den 11×11 m großen und 2 m tiefen Grabschacht auszuheben und die beiden Holzkammern zu zimmern. Außerhalb des Hügelgeländes wurden Teile der Totenausstattung hergestellt. Für die Bestattungsfeierlichkeiten schüttete man von Norden her eine mit Steinen gepflasterte Erdrampe auf, die über den ringförmigen Aushub des Grabschachtes führte. Gleichzeitig errichtete man gegen Norden einen aus Steinen gesetzten Eingang, dessen beide Torwangen nach innen zum Zentrum ziehen. Diese Mauer war etwa 1,2 m hoch und 1,5 m breit. Nach der Bestattung, die sicherlich mit vielen Kulthandlungen verbunden war, die wir archäologisch nicht nachweisen können, wurde der Eingang im Norden mit Steinen zugesetzt, sowohl in der äußeren Mauerfront, als auch etwas weiter innen. Dann markierte man einen Kreis mit einem Durchmesser von 60 m um das Zentrum mit einfach gelegten Steinen. Diese Steine waren nur auf einer Seite vorhanden bzw. erhalten. Danach schüttete man aus Erde einen kleinen Wall über diese Markierung und errichtete auf ihm eine Umfassungsmauer, einen Steinkreis, der drei Lagen hoch war. In diese Mauer setzte man in unregelmäßigen Abständen von etwa 4 m senkrechte Holzpfosten. Sie waren bis zu einem Meter tief eingegraben und mit Steinen verkeilt. Wahrscheinlich waren diese Pfosten durch Querbalken miteinander verbunden. Der Steinkreis weist einige Lücken auf, wohl Durchlässe für die Aufschüttung des Erdmaterials für den Grabhügel.

Vor der eigentlichen Hügelaufschüttung brachte man die Reste von Werkstätten für Bronze-, Gold- und wohl auch Eisengegenständen in den Hügel, umstellte sie rechteckig mit Steinen und beerdigte sie so mit dem Toten. Dann wurde der Erdhügel aufgeschüttet, indem man um den Hügel herum flächig Erde abgrub und so das Niveau um etwa einen Meter absenkte. Die Außengrenze dieser Abtragung ist



Die beiden massiv aus Gold hergestellten Schlangenfibeln (Vorlage und Foto Landesdenkmalamt)

noch nicht bekannt, so daß wir über die ursprüngliche Höhe des Hügels noch keine Aussagen machen können. Sie dürfte bei 8–10 m gelegen haben.

Zunächst einmal zu den Werkstattresten, die noch nicht im einzelnen analysiert und untersucht sind. Die Stellen der Werkstätten selbst fanden sich nicht, denn sie lagen im Gelände außerhalb des Grabhügels und sind mit der Hügelaufschüttung abgegraben worden. Gefunden wurden die zusammengekehrten Reste dieser Werkstätten, die dann im Hügel beigesetzt worden sind. Ein Goldhalbfabrikat in der Form etwa eines Hufnagels zeigt, daß hier auch Gold verarbeitet worden ist. Gußtropfen aus Bronze beweisen Bronzeverarbeitung, Eisenschlacken sind noch nicht näher untersucht, einige Bernsteinsplitter könnten auch auf Bernsteinverarbeitung hindeuten. Jedenfalls wurde hier ein Teil der Totenausstattung neben dem offenen Grab hergestellt, vor allem wohl der Goldschmuck des Toten mit Ausnahme des Halsringes. Auch Bronze wurde verarbeitet, neben den schon genannten Gußtropfen wurde eine ganze Menge an Bronzealtmaterial gefunden, zerbrochene Ringe, Bleche, Fibeln und ähnliches, die offenbar zum Einschmelzen bestimmt waren. Welche Gegenstände der Totenausstattung man hier hergestellt hat, muß noch offenbleiben, vielleicht helfen hier Metallanalysen weiter. Warum man diese Werkstatt- und Metallreste im Hügel bestattet hat, scheint klar zu sein – es handelte

sich um Material, das für die Totenausstattung bestimmt war, und um es gegen eine Profanierung zu schützen, wurde es im Grabhügel bestattet.

Direkte Vergleiche zur ganzen Anlage des Grabhügels aus unserem Raum sind nicht beizubringen. Steinkreise sind hier nichts Ungewöhnliches, erinnert sei an den nur wenig von Hochdorf entfernt liegenden Hügel von Hirschlanden¹², der von einem Steinkreis eingefasst war. Ebenfalls bekannt sind Grabhügeleinfassungen durch senkrechte Pfosten¹³. Die Kombination von Pfosten und Steinkreis ist jedoch meines Wissens unbekannt. Die Pfosten waren nicht etwa zur Markierung des Kreises gedacht, sondern sie standen noch lange nach Errichtung des Hügels, da sie von der abfließenden Hügelerde nach außen gedrückt sind. Sie sind bis zu einem Meter tief eingegraben und mit Steinen verkeilt, haben also sicher weit nach oben gereicht. Ganz entfernt erinnert man sich vielleicht an Herodot, der von den Skythen berichtet, daß sie die Grabhügel ihrer vornehmen Toten mit Pfählen umgaben, auf die getötete Pferde gesteckt wurden¹⁴.

Ebenso ungewöhnlich wie der Aufbau des Hügels ist auch die Konstruktion der Grabanlage selbst. Sie bestand aus zwei ineinander gestellten Holzkammern in einem Grabschacht von 11×11 m Größe und 2 m Tiefe. In der äußeren Kammer von $7,5 \times 7,4$ m stand die eigentliche Grabkammer von $4,8 \times 4,2$ m. Der Zwischenraum zwischen beiden Holzkammern war mit großen Steinblöcken gefüllt, die Decke zusätzlich durch zwei Lagen von längs und quer gelegten Balken verstärkt, so daß die Grabkammer seitlich und nach oben durch eine gewaltige Packung von Steinen geschützt war. Steinschutz einer Grabkammer haben wir schon beim Magdalenberg beschrieben; hier war die Grabkammer jedoch auf die alte Oberfläche aufgesetzt worden. Von einem steingefüllten Grabschacht wird beim Hauptgrab des Kleinaspergles berichtet, auch vom Hauptgrab des Römerhügels. Die Anlage der Fürstengräber scheint recht unterschiedlich zu sein, vergleicht man die dürftigen Grabungsberichte. Ungeschützte Kammern auf der alten Oberfläche sowie in Schächte eingetiefte Kammern kommen gleichermaßen vor. Es ist jedoch sicher kein Zufall, daß das extrem stark gesicherte Hochdorfer Grab das einzige unberaubte Zentralgrab ist. Daß wir zur Konstruktion dieses Grabes keine Parallelen kennen, mag an den ungenügenden Grabungsmethoden des vorigen Jahrhunderts liegen. Die Grabanlagen der russischen Steppen oder gar Sibiriens hier als Vergleich zu bemühen, dürfte wohl etwas zu weit führen.

Das Hochdorfer Grab enthielt das Skelett eines etwa 40jährigen, mit einer Körperlänge um 1,83 m überdurchschnittlich großen Mannes. Er war mit seiner Kleidung und seiner persönlichen Ausstattung beigesetzt worden – wie etwa Angelhaken, Toilettenbesteck, Rasiermesser, Kamm. Dazu ein Hut aus Birkenrinde und ein Köcher mit Pfeilen. Um den Hals trug der Tote einen Ring aus Goldblech, wie wir ihn als Statussymbol dieser Fürstenschicht aus zahlreichen anderen Gräbern kennen. Für die Bestattungsfeierlichkeiten war der Leichnam mit eigens gefertigtem Goldschmuck überdeckt worden. Zwei goldene Schlangenfibeln hielten sein Gewand zusammen, an der rechten Hand trug er einen breiten Goldring, sein Gürtel war mit Goldblech überzogen, ebenso sein Dolch; auf seine Schuhe nähte man Goldstreifen aus dünnem verziertem Goldblech. Alle diese Gegenstände wurden in einer Werkstatt gefertigt, wohl in der beim Grabhügel durch Goldabfall nachgewiesenen.

Außer der persönlichen Ausstattung und dem Totenschmuck enthielt das Grab

dann einen vierrädrigen Wagen mit langer Deichsel, ein Doppeljoch aus Holz und die Geschirre für zwei Pferde sowie einen langen Pferdestachel. Auf dem Wagen aufgestapelt war das Speisegerät – insgesamt neun Bronzeteller und drei Bronzeplatten mit Griffen. Dazu Gerät zum Töten der Schlachttiere: eine Axt, ein Fleischmesser und eine Lanzenspitze. Sehr umfangreich war das Trinkservice. Dazu gehört ein großer Bronzekessel mit Löwen und Henkeln geschmückt, der auf einem Holzgestell in der Nordwestecke der Grabkammer stand. Er war von kostbaren Tüchern bedeckt, die zum Teil mit Seide bestickt und, wie auch der Kessel, importiert sind. Im Kessel fand sich eine kleine Schale aus Gold. Zum Trinkgeschirr gehören dann insgesamt neun Trinkhörner, die an der Südwand der Kammer aufgehängt waren. Acht sind aus Horn gefertigt mit Bronzehenkeln und Mündungen aus Goldblech, das neunte Horn aus Eisenblech und reich mit Goldbändern geschmückt.

Neu an diesem Hochdorfer Grab ist nun, daß der Tote nicht auf oder neben dem Wagen lag, sondern auf einer etwa drei Meter langen Bronzeliege aufgebahrt war. Dieses Möbelstück ist wohl der interessanteste Fund des Grabes. Zusammen mit dem erwiesenermaßen für die Bestattung hergestellten Goldschmuck unterstreicht diese Aufbahrung aber auch die Präsentation des toten Fürsten vor und während der Bestattungsfeierlichkeiten. Dieser Aspekt einer Grabausstattung ist neu. Doch hat man Hinweise auf mediterrane Holzmöbel schon in anderen Gräbern gefunden, nämlich die schon genannten Reste von Bernsteinintarsien im Grafenbühl, im Römerhügel und in einem Hundersinger Grab. Diese Intarsien sollen nach Meinung der klassischen Archäologen von Klinen, also von Liegen stammen, so daß wohl auch in diesen Gräbern der Tote aufgebahrt war. Den Hochdorfer Fürsten hat man übrigens auch mit Blumen geschmückt, es fanden sich Reste von spätblühenden Blumen wie Witwenblume, Dost und Rotklee, so daß wir sagen können, daß die Bestattung zwischen Ende August und Oktober stattfand (Prof. U. Körber-Grohne).

Zunächst nun zur genauen Datierung des Hochdorfer Grabes. Es gehört an den Übergang von Ha D 1 nach Ha D 2, also in die Zeit um 530 v. Chr. Die für die Stufe Ha D 1 typischen Schlangenfibeln fanden sich in großer Zahl in diesem Grab. Mit etwa 20 solcher Fibeln aus Bronze waren Stoffe an den Kammerwänden zusammengehalten worden und auch beim Toten lagen zwei Schlangenfibeln aus Gold. Ebenso waren zwei Nachbestattungen, die gleichzeitig oder wenig später als das Hauptgrab in den Hügel kamen, mit Schlangenfibeln ausgestattet. Allerdings enthielt das Hauptgrab auch zwei Paukenfibeln, die typisch für die Stufe Ha D 2 sind und auch unter den Werkstattresten fand sich neben vielen Schlangenfibeln eine solche Paukenform. Zur Zeit des Hochdorfer Grabes kamen also die Paukenfibeln gerade in Mode, während die Schlangenfibeln die geläufige Form waren und noch hergestellt wurden. Es ist ja auch ganz selbstverständlich, daß ein solcher Modewandel nicht von heute auf morgen, sondern innerhalb einer gewissen Zeitspanne erfolgte.

Auf die absolute Datierung, also den schon oben genannten Zeitanatz um 530 v. Chr. möchte ich hier nicht eingehen – es ergeben sich noch gewisse Schwierigkeiten und Diskrepanzen mit der Datierung des aus Griechenland importierten Bronzekessels und auch mit den derzeitigen Daten der Dendrochronologie, nach denen dieses Grab deutlich jünger angesetzt werden müßte. Der Zeitanatz der klassischen Archäologen ist jedoch noch vorläufig und die dendrochronologischen Daten sind

noch nicht publiziert, so daß es im Augenblick müßig wäre, hierauf näher einzugehen.

Nun zu den Funden selbst, zunächst zum Goldschmuck des Fürsten. Um den Hals trug er einen Ring aus Goldblech. Diese Goldhalsringe sind uns aus verschiedenen Fürstengräbern bekannt und dürften als Statussymbol dieser Fürsten anzusprechen sein, den sie vielleicht sogar täglich oder zumindest bei feierlichen Anlässen getragen haben. Der übrige Goldschmuck ist, wie schon ausgeführt, für die Bestattung hergestellt worden. Es ist der auf der Vorderseite mit Goldblech überzogene Dolch, die beiden Schlangenfibeln, ein goldenes Armband, das goldüberzogene Gürtelblech und vor allem die goldenen Schuhbeschläge. Wenn man diese auf verschiedene Schuhformen aufpaßt, so ergibt sich zwangsläufig die Form eines Schnabelschuhes, also ein Schuh mit aufgebogener Spitze. Die Bleche waren aufgenäht, deutlich zu erkennen sind die Löcher für die Schuhverschnürung, die recht grob durchgestochen sind. Eine neuen Kartierung dieser Schuhform zeigt, daß der Schnabelschuh vor allem im Osten vorkommt, während in Oberitalien und im westlichen Hallstattbereich die flachen Schuhformen vorherrschen.¹⁵

Überraschend war auch der Fund eines Hutes aus Birkenrinde. Er war beim Einbruch der Kammer zusammengefaltet und stark zerdrückt worden. Er hat eine flach konische Form, ist aus zwei Lagen zusammengenäht und sehr sorgfältig verziert. Dieser Hut ist uns natürlich nur dank der ungewöhnlich guten Erhaltungsbedingungen in diesem Grab überliefert und es gibt dazu keine Vergleichsstücke. Doch scheint diese Form der Kopfbedeckung die für diese Fürsten übliche gewesen zu sein. So fanden sich in einem der beiden Cannstatter Fürstengräber beim Schädel genähte Birkenrindenreste, die sicherlich von einem ähnlichen Hut stammen und auch die bekannte Stele von Hirschlanden trägt eine flach konische Kopfbedeckung – sicherlich ebenfalls ein Birkenrindenhut und kein Metallhelm.¹⁶ Hier zeigt sich ein grundlegender Unterschied zwischen den Fürstengräbern des Westhallstattkreises und den reichen Gräbern des Ostalpenraumes. Während unsere Gräber mit Ausnahme der Dolche und eventuell Speerspitzen kaum Waffen enthalten, sind die östlichen Gräber reich mit Waffen und Schutzwaffen ausgestattet. Brustpanzer aus Bronzeblech, sowie verschiedene Helmformen sind dort durchaus geläufig, während sie bei uns völlig fehlen. Dies weist sicherlich auf ganz unterschiedliche politische Strukturen hin, wahrscheinlich basiert eben der Reichtum unserer Gräber auf Handels- und Wirtschaftsbeziehungen, während die reine Macht der Waffen und der Faust kaum eine Rolle spielte. Der Hochdorfer Hut nimmt sich gegenüber diesen Helmen jedenfalls recht friedlich aus.

Über den vierrädrigen Wagen läßt sich vor Abschluß der Restaurierung noch wenig sagen. Er ist jedoch offenbar recht gut mit einem Wagen aus der Byciskalahöhle in Mähren zu vergleichen, dessen Nachbildung auf der Hallstattausstellung in Steyr gezeigt wurde.¹⁷

Nicht weiter eingehen möchte ich auch auf das Doppeljoch aus Holz, das noch nicht restauriert ist. Das gleiche gilt für die beiden Zaumzeuge, die mit vielen runden Bronzescheiben geschmückt waren. Die Lederriemen dieser Zaumzeuge waren zum Teil erhalten, so daß eine genaue Rekonstruktion möglich sein wird.

Nun zu dem Speisegeschirr, das auf dem Wagen aufgestapelt war. Neben einer Axt mit Holzstiel, einem langen Eisenmesser und einer Lanzenspitze fanden sich insgesamt neun Bronzeteller mit verziertem Rand. Es sind bekannte Formen, wie sie

etwa auch aus dem Hohmichele vorliegen. Die Verzierungen sind einfach – Kreuze, Kreise, Rauten und einfache und doppelte Punktreihen. Dazu gehören drei Bronzeplatten mit Griff vom Typus Hatten, ein Vergleichsstück stammt aus dem Römerhügel bei Ludwigsburg.



Einer der drei griechischen Bronzelöwen vom Kessel (Vorlage und Foto Landesdenkmalamt)

Sehr umfangreich und interessant ist das Trinkservice dieses Grabes. Dazu gehört der große Bronzekessel mit einem Durchmesser um 1 m und einer Höhe um 70 cm, der zwischen 300 und 400 Liter fassen dürfte. Auf der Schulter des Kessels liegen drei große Bronzelöwen und jeweils dazwischen ein großer massiver Henkel mit Rollenattaschen. Die Löwen sind recht unterschiedlich gearbeitet. Zwei der Tiere sind von außerordentlich guter Qualität. Sie haben eine Länge von 35 cm und sind damit die größten Bronzelöwen, die wir aus dieser Zeit kennen. Von der klassischen Archäologie werden sie vorläufig um 530 datiert, sie sollen in spartanischen Werkstätten, also in Griechenland hergestellt worden sein. In der Qualität völlig dagegen abfallend ist der dritte Löwe. Er ist zwar den beiden anderen Stücken nachempfunden, allerdings sehr stark schematisiert, vergrößert und links gemacht. Außerdem hat eine Metallanalyse gezeigt, daß er sich im Material sehr stark von den anderen Stücken unterscheidet. Er ist also nachgemacht, ob im Bereich des Hohenaspergs oder in einer Zwischenstation sei einmal dahingestellt. Dieser Bronzekessel scheint im übrigen eine recht bewegte Vergangenheit hinter sich zu haben. Sowohl die Henkel als auch die Löwen sind nachgearbeitet. Sie waren ursprünglich für einen

anderen Kessel gedacht und sind auf ihrer Unterseite recht grob zurechtgehauen worden, so daß sie auf das Hochdorfer Stück paßten. Der Kessel selbst ist geflickt, war also auch schon einige Zeit in Gebrauch und im übrigen wirkt die ganze Anordnung der Löwen und Henkel auf der Kesselschulter doch sehr ungriechisch, ja fast barbarisch. Wie und über welche Stationen der Kessel und die Löwen nach Norden gekommen sind, muß offenbleiben, doch dürfte zwischen der Herstellung der Löwen und der Bestattung in Hochdorf sicherlich mit einem längeren Zeitraum zu rechnen sein.

In einen griechischen Kessel gehört eigentlich griechischer Wein. Nun fand sich aber auf seiner Sohle eine braune Masse, deren Untersuchung Blütenpollen erbracht hat. Es sind etwa 0,6 kg Pollen, so daß man sagen kann, daß der Kessel ein Honiggetränk, nämlich Met enthalten hat. Die Analyse der Pollen, die von Frau Prof. Dr. U. Körber-Grohne in Hohenheim durchgeführt wird, hat ergeben, daß es sich um einheimischen Honig handelt.

Zu dem Kessel gehört eine goldene Trink- oder Schöpferschale, die getrieben und mit Kreisäugen verziert ist. Solche Goldschalen sind recht selten, wir kennen eine aus den Cannstatter Gräbern, eine aus einem französischen Grab von Apremont und eine aus Zürich, die sich allerdings nicht direkt vergleichen läßt. Auch in einem Grab aus Bayrisch-Schwaben wurde eine Schale aus dünnem Goldblech gefunden.

Zum Trinkservice gehören die schon genannten neun Trinkhörner – acht aus Horn mit goldener Mündung, die noch nicht restauriert sind und ein neuntes aus Eisenblech mit reicher Goldverzierung. Es war stark zerdrückt und zerbrochen, konnte jedoch inzwischen restauriert werden. Es ist 105 cm lang und reich mit Goldbändern geschmückt. Es ist aus neun Segmenten zusammengesetzt, die durch Eisenringe zusammengehalten werden. Das Horn kann an einem Bronzehenkel getragen oder aufgehängt werden. Während Trinkhörner in der Frühlatènezeit häufiger vorkommen, sind sie in der Späthallstattzeit sehr selten. Lediglich ein Goldblech aus der Nebenkammer des Römerhügels bei Ludwigsburg kann analog des Hochdorfer Fundes als Mündung eines Trinkhorns gedeutet werden. Um so erstaunlicher ist aber das gewaltige Horn aus Hochdorf.

Es gibt gewisse Parallelen im Südosten, einmal ist es ein weit abgelegener Fund aus Trebeniste¹⁸ im Südosten Jugoslawiens, wo in sehr reichem Fundzusammenhang ein Trinkhorn aus Silber mit Goldbeschlag gefunden wurde, das allerdings sehr viel kleiner als das Hochdorfer Stück ist, und auch aus skythischen Gräbern kennen wir Trinkhörner.

Als letztes Fundstück sei kurz auf die Bronzeliege eingegangen, das erstaunlichste Stück des Hochdorfer Grabes, zu dem es keine Parallelen gibt. Seine Bedeutung für das Grab wurde schon oben erwähnt. Auch diese Liege ist beim Einbruch der Grabkammer stark zerdrückt worden. Sie ist etwa drei Meter lang und hat stark geschwungene Seitenteile, die in der Form etwas an ein Biedermeiersofa erinnern. Die Sitzfläche wird von acht massiv gegossenen Frauenfiguren auf emporgehobenen Händen getragen, die auf Rädchen stehen, so daß die Liege in Querrichtung gerollt werden kann. Sie hat außerdem an beiden Schmalseiten je einen Griff. Die Form dieses Möbels ist völlig unbekannt. Im ganzen klassischen Bereich, also in Griechenland und Etrurien kennen wir nicht ähnliches.

Die tragenden Frauenfiguren sind 25 cm hoch. Der Schmuck der Frauen ist durch mitgegossene Vertiefungen angedeutet – sie tragen Unter- und Oberarmbänder,

einen Brustschmuck, einen Gürtel und Knöchelbänder. Dargestellt sind auch die Augen und die Nase, während der Mund vollkommen fehlt. Die Ohren sind durchbohrt, Eisenoxydreste weisen auf eiserne Ohringe hin. Auch zu diesen Figuren gibt es kaum Parallelen, gewisse Ähnlichkeiten haben Figuren des Kultwagens von Strettweg in Kärnten¹⁹, also wieder ein Fund des Ostalpenraumes. Die primitive Eindringlichkeit dieser Figuren läßt sich sehr gut mit der der Hochdorfer vergleichen.

Die Rückenlehne der Hochdorfer Liege ist mit eingepunzten Szenen verziert, die zwar ähnliche Motive zeigen wie einige Situlendarstellungen, in der ganzen Ausführung jedoch anders sind. Die durch Punktlinien dargestellten Figuren erinnern in ihrer Technik an frühe Stücke der Situlenkunst wie Kleinglein in der Steiermark²⁰ oder Funde aus Oberitalien und auch zu einer Wagendarstellung gibt es Vergleiche aus diesem geographischen Raum. In recht primitiver Perspektive ist ein vierrädriger Wagen dargestellt, der von zwei Pferden mit herunterhängenden Schwänzen gezogen wird, die mit einem Doppeljoch angeschirrt sind. Auf dem Wagen steht ein Mann, der in der einen Hand ein Schild, in der anderen eine Lanze oder einen Pferdestachel trägt. Jeweils ein solcher Wagen ist an den beiden Enden der Rückenlehne eingepunzt. Dazwischen sind drei Figurengruppen von jeweils zwei sich gegenüberstehenden Schwerttäncern dargestellt. Die einzelnen Gruppen sind durch Kreisbuckel voneinander getrennt. Sie halten in der hinteren Hand ein Schwert, in der vorderen einen Gegenstand, den man als Schild, vielleicht aber auch als Klapperinstrument ansprechen könnte. Die ganze Stellung und Bewegung der Figuren macht eher den Eindruck eines Tanzes als eines Kampfes. Die Männer haben lang herunterhängende Haare und seltsame Röckchen.

Sowohl diese Schwerttäncer als auch das Möbelstück werfen Fragen auf, die hier nicht weiter verfolgt werden können. Schwierig ist schon die Datierung des Stückes – es macht gegenüber den anderen Funden einen etwas älteren Eindruck; dann natürlich die Frage nach der Herkunft, bei der viele Hinweise in den Ostalpenraum und nach Oberitalien deuten, wobei eine Herstellung im Bereich des Hohenaspergs oder gar in Hochdorf selbst nicht ausgeschlossen werden kann. Schließlich auch die Funktion dieses Möbelstückes: wurde es im täglichen Leben gebraucht, etwa bei der Hofhaltung des hier bestatteten Toten oder ist es für die Bestattung, für die Aufbahrung des Toten eigens hergestellt worden? Beide Versionen haben etwas für sich. Falls die Liege älter ist als das Grab, wurde sie sicherlich auch als Möbel verwendet, deutet man jedoch die szenische Darstellung auf der Rückenlehne als Schwerttanz anläßlich der Bestattung und den Wagenfahrer als den Toten selbst auf seiner Fahrt ins Jenseits, so wird eine spezielle Herstellung für die Aufbahrung wahrscheinlicher. Für die Gesamtdeutung des Hochdorfer Grabfundes muß man die Restaurierung der Funde und die Ergebnisse der zahlreichen naturwissenschaftlichen Untersuchungen abwarten.

Unklar ist auch noch die Zuordnung dieses Grabes zum Hohenasperg – die Frage, ob der hier bestattete Tote auf dem Hohenasperg residiert hat, oder ob es sich um einen Vasallen des Aspergs gehandelt hat. Auch hier könnte man einerseits argumentieren, daß ein solch imposantes Fundstück, wie der importierte Bronzekessel nur im Grab des ersten Mannes im Staate liegen kann. Wenn man jedoch den zusammengeflackten Zustand dieses Kessels bedenkt, ist diese Lösung weniger klar. Sicher ist jedoch das Hochdorfer Grab als sehr reich zu bezeichnen.



*Schwertanz. Eingepunzte szenische Darstellung von der Rückenlehne der Bronze-
liege (Vorlage und Foto Landesdenkmalamt)*

Als Hartwig Zürn 1964/65 den direkt am Fuß des Hohenaspergs gelegenen Grafenbühl untersucht hat, fand er hier eine völlig beraubte Zentralkammer vor.²¹ Die spärlichen Reste, die die Grabräuber übriggelassen hatten – die bekannten Sphingen, die aus Elfenbein geschnitzten Löwenfüße, ein syrischer Spiegelgriff und Goldbrokat – zeigen uns aber jedoch und gerade im Vergleich zu Hochdorf, wieviel reicher der Grafenbühl einmal ausgestattet gewesen sein muß. Ein Vergleich mit dem französischen Grab von Vix ist hier durchaus angebracht. Damit wird aber auch die Bedeutung des Hohenaspergs als Fürstensitz unterstrichen – während die Heuneburg am Anfang der späten Hallstattzeit die großen und reichen Gräber aufweist, dann aber deutlich ärmer wird, kristallisiert sich die Macht des Hohenaspergs im Laufe der Späthallstattzeit heraus und überwiegt bald die der Heuneburg. Zürn hat schon in Erwägung gezogen, ob sich die Dynastie der Heuneburg auf den Hohenasperg verlagert hat. Natürlich unterstreicht auch das neue Grab von Hochdorf, besonders wenn wir es als »zweite Garnitur« ansehen, die Bedeutung des Hohenaspergs.

Allgemein wird das Ende unserer Fürstensitze mit dem Ende der Späthallstattkultur gleichgesetzt. Die Heuneburg endet mit einer Brandschicht, typische LatèneFUNDE fehlen bisher. Über die Siedlung auf dem Hohenasperg ist bisher nichts bekannt. Allerdings gehört zum Asperg das bekannte Grab aus dem Kleinaspergle. Es enthält Goldarbeiten des reinen und klassischen FrühlatèneSTILES. Und auch im weiteren Bereich des Hohenaspergs kennen wir verhältnismäßig viele Frühlatènegräber, die FUNDE schönster Frühlatènekunst enthalten, etwa das reiche Grab aus Schwieberdingen.²² Solche Frühlatènegräber fehlen im Nahbereich der Heuneburg.

Vor kurzem hat W. Drack in einem großen Grabhügel auf dem Uetliberg über Zürich ebenfalls GoldFUNDE mit reinem Frühlatènekunststil bergen können.²³ Auf dem Uetliberg wird ein späthallstädtischer Fürstensitz vermutet, unter anderem stammt eine schwarzfigurige griechische Scherbe von hier.²⁴ Möglicherweise ist also das Ende unserer Fürstensitze doch nicht so einheitlich, mit einem Andauern des Hohenaspergs und auch des Uetliberges bis zum voll ausgeprägten Frühlatènestil ist zumindest zu rechnen. Damit stellt sich natürlich auch die Frage nach der Entstehung der Frühlatènekunst überhaupt.

Selbstverständlich brechen die südwestdeutschen Fürstengräber und Fürstensitze in der Frühlatènezeit ab, während neue Burgen und reiche Gräber im Mittelrheingebiet plötzlich auftauchen und hier und in anderen Gebieten der Frühlatènestil und die Frühlatènekunst ihren eigentlichen Höhepunkt erleben. Die späthallstädtischen Fürstensitze Südwestdeutschlands, der Schweiz und Ostfrankreichs mit ihren intensiven Kontakten zu den Mittelmeerkulturen haben jedoch zur Entstehung des Frühlatènestils sicherlich die Grundlage gelegt und Wesentliches beigetragen. So kennen wir etwa von den Funden der Heuneburg zahlreiche Beispiele, bei denen Südländisches zunächst kopiert, dann aber auch in eigenes Stilempfinden umgesetzt wurde. Die nach Süden und Osten reichenden Kontakte dieser Fürsten waren Herausforderung und Anreiz zur Entwicklung des neuen Kunststils, der uns nicht nur in den rheinischen Fürstengräbern, sondern auch in den Funden des Kleinaspergles klar entgegentritt.

Die Wurzel der späteren keltischen Kulturentwicklung haben wir also sicher an unseren westhallstädtischen Fürstensitzen mit ihren reichen Gräbern zu suchen.

Anmerkungen

- 1 S. Schiek, Das Hallstattgrab von Vilsingen. Festschrift für Peter Goessler 1954, 150 ff.
- 2 H. Zürn, Hallstattforschungen in Nordwürttemberg. Veröffentl. d. Staatl. Amtes f. Denkmalpflege Stuttgart. Reihe A Heft 16, 1970, 7 ff.
- 3 G. Kossack, Prunkgräber. Bemerkungen zu Eigenschaft und Aussagewert. Studien zur Vor- und Frühgeschichtlichen Archäologie. Festschrift für Joachim Werner zum 65. Geburtstag. Teil I, 1974, 3 ff.
- 4 J. Straberger, Prähistorische Grabhügel zu Uttendorf. Berichte über das Museum Francisco-Carolinum 44, 1886
- 5 R. Joffroy, Le trésor de Vix. Paris 1954
- 6 K. Spindler, Grabfunde der Hallstattzeit vom Magdalenenberg bei Villingen im Schwarzwald. Ausgrabungen in Deutschland. Teil 1, 1975, 221 ff.
- 7 G. Riek, Der Hohmichele, ein Fürstengrabhügel der späten Hallstattzeit bei der Heuneburg. Röm. Germ. Forschungen 25, 1962
- 8 W. Kimmig, Die Heuneburg an der oberen Donau. Führer zu vor- und frühgeschichtlichen Denkmälern in Württemberg und Hohenzollern 1, 1968
- 9 S. Frankenstein u. M. J. Rowlands, The Internal Structure and Regional Context of Early Iron Age Society in South-western Germany. Bulletin of the Institute of Archaeology. University of London 15, 1978, 73 ff.
- 10 vgl. Anm. 2, bes. S. 107 ff.
- 11 Fundber. aus Schwaben NF 8, 1935, Anhang I, 19 f.
- 12 vgl. Anm. 2, S. 53 ff.
- 13 Trierer Zeitschrift für Geschichte und Kunst des Trierer Landes und seiner Nachbargebiete 24-26, 1956/58, 59 ff. mit Taf. 16
- 14 Herodot IV, 72
- 15 L. Pauli, Der Dürrnberg bei Hallein III. Münchener Beitr. z. Vor- und Frühgesch. 18, 1978, 468 Abb. 52
- 16 ähnlich schon: L. Pauli, Untersuchungen zur Späthallstattkultur in Nordwürttemberg. Hamburger Beiträge zur Archäologie II Heft 1, 1972, 55
- 17 Die Hallstattkultur. Frühform europäischer Einheit 1980, Abb. 11. 2
- 18 L. Popović, Katalog nalaza iz nekropole kod Trebeništa, 1956, 109 f. mit Tafel 16. 16 a
- 19 E. Lessing, Hallstatt. Bilder aus der Frühzeit Europas. Taf. 3
- 20 ebenda Taf. 1. 8. 9
- 21 vgl. Anm. 2
- 22 A. Stroh, Frühlatènegrab von Schwieberdingen, O. A. Ludwigsburg. Germania 19, 1935, 290 ff.
- 23 vgl. Anm. 19, S. 70
- 24 H. Reim, Zur Henkelplatte eines attischen Kolonettenkrateres vom Uetliberg (Zürich). Germania 46, 1968, 274 ff.

Der Deutsche Orden in Südwestdeutschland*

Hospitalorden, Ritterorden, Geistlicher Orden vom 12. bis 20. Jahrhundert.

Von Alois Seiler

Die geistlichen Ritterorden des hohen Mittelalters haben das christliche Abendland wesentlich mitgeprägt. In der Verschmelzung der Ideale ritterlichen Lebens mit dem urchristlichen Postulat des barmherzigen Samariters führten sie zur Synthese von Mönchtum und Rittertum. Neben den mönchischen Gelübden von Armut, Keuschheit und Gehorsam erhoben sie den Dienst am Kranken, wie auch den Kampf gegen die Ungläubigen, die Verbreitung des Christentums, – kurzum die militia Christi, zur Verpflichtung.

Von den 12 geistlichen Ritterorden, die zwischen 1100 und 1300 als die eigentlichen Kampftruppen des Christentums gegen den Islam entstanden waren, haben nur die Templer, die Johanniter und die Deutschherren als die großen Gemeinschaften internationalen Zuschnitts eine wesentliche Bedeutung erlangt. Die übrigen kleinen nationalen Orden erlitten meist auch rasch ein nationales Schicksal, nämlich die Unterstellung unter die jeweilige Landesherrschaft oder gar die Aufhebung. Letzteres traf schon 1312 sogar die Templer.

Der Deutsche Orden wurde zwischen dem Sommer 1189 und September 1190 von Bremer und Lübecker Kaufleuten als selbständige Hospitalbruderschaft in einem Zeltspital vor Akkon zur Hilfe für kranke Pilger und verwundete Kreuzfahrer gegründet. Kaiser Friedrich Barbarossa übertrug die Leitung des Spitals seinem Kaplan Konrad, der den losen Verband in einen Orden mit der Regel der Johanniter umwandelte.

Er knüpfte im Namen und in der Wirksamkeit an das zwischen dem 1. und 2. Kreuzzug (1118–1127) in Jerusalem errichtete Hospital der Deutschen an, das bis zu seiner Zerstörung 1187 den Johannitern unterstellt gewesen war. Im Frühjahr 1198 wurde die Hospitalgenossenschaft auf einem kleinen deutschen Kreuzzug im Haus der Templer zu Akkon, wengleich gegen den Widerstand, so doch nach dem Vorbild der Johanniter und unter zusätzlicher Übernahme der Ordensregeln der Templer in einen geistlichen Ritterorden umgewandelt, was nicht ohne aktives Zutun der in Palästina anwesenden deutschen Fürsten gedacht werden kann. 1229 schließlich wurde ihnen das Deutsche Haus in Jerusalem verliehen, womit der Deutsche Orden zum Rechtsnachfolger des zerstörten deutschen Hospitals in Jerusalem wurde.

Sein Titel lautete fortan »Brüder des Deutschen Ordens St. Mariens zu Jerusalem«, wofür sich seit dem 15. Jahrhundert im Reich die Bezeichnung »Deutschherren«

* Die Grundgedanken des nachstehenden Aufsatzes wurden im Januar 1975 vor dem Historischen Verein Ludwigsburg vorgetragen.

renorden« einbürgerte. Wenngleich er statutengemäß ein geistlicher Ritterorden war, so führte er doch nie die amtliche Bezeichnung »Deutscher Ritterorden«. Dieser Name kam allein dem 1834 in Österreich geschaffenen Adelsinstitut zu, das nach dem Ersten Weltkrieg in den Untergang des Hauses Habsburg mitgerissen wurde.

Der neue Orden teilt mit der älteren Johannitergemeinschaft die gleichen Ideen, die gleichen Ziele und – mutatis mutandis – die gleiche Organisation. Er unterscheidet sich von ihr jedoch von vornherein durch die nationale Komponente. Er wird trotz seiner schon früh ausgebildeten internationalen Verflochtenheit in Besitz und personeller Zusammensetzung eindeutig auf dem Hintergrund *eines* Volkes gesehen und auch benannt. War der auf Unabhängigkeit und Universalität des Wirkens, besonders auf dem Gebiet des Hospitals- und Krankenpflegewesens angelegte Johanniterorden hervorragend geeignet, ein Organ der Universalkirche zu werden, so war der Deutsche Orden prädestiniert als Instrument und Partner staufischer Weltpolitik.

Als Ritterorden begann sich der Deutsche Orden erstaunlich rasch auszubreiten, sowohl im Orient wie im Abendland. Von 1200–1300 entstand fast jährlich eine Kommende. So zählte um 1300 der Orden 300 Kommenden von der Düna bis fast zum Atlantischen Ozean, von Schweden bis zur Südspitze Europas. Die älteren Niederlassungen verdanken ihre Entstehung frommen Kreuzfahrern, die den Orden im Heiligen Land kennengelernt hatten. Unter den späteren Wohltätern stehen die Päpste und Kaiser obenan, Bischöfe und weltliche Fürsten, Adel und Bürger folgten nach. Das Bemühen des Ordens im Dienste der Kranken und der kämpferische Einsatz für den christlichen Glauben kehren als Motive der Schenkungen immer wieder. Bei der Bitte um Aufnahme in den Orden kamen gewiß auch sehr profane Gründe hinzu, wie Übervölkerung, Verarmung des Rittertums, Abenteuerlust und Gewinnstreben oder auch die Furcht vor weltlicher Strafe. Entscheidend blieben aber doch die religiösen Motive, vor allem das zeitgenössische Verständnis der Missionsidee als Heidenkampf.

Von Einfluß war sicher auch, daß in der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts drei hochangesehene Männer den Orden leiteten: Hermann von Salza, Landgraf Konrad von Thüringen und Heinrich von Hohenlohe. Hermann von Salza zählte von 1219 an zu den führenden Diplomaten seiner Zeit, den wenigen, denen sowohl Papst Gregor IX. als auch sein Gegner Kaiser Friedrich II. vertrauten. Landgraf Konrad von Thüringen war der Schwager und Jugendgespieler der heiligen Elisabeth, der das von ihr zu Marburg gestiftete Hospital 1234 dem Deutschen Orden schenkte und der noch im gleichen Jahr mit zwei Priestern und neun Rittern seines Gefolges selbst in den Orden eintrat. Er erreichte 1235 die Heiligsprechung Elisabeths – zwei Urkunden hierüber werden noch heute in den Deutschordensbeständen des Staatsarchivs Ludwigsburg verwahrt – und begann mit dem Bau der berühmten Elisabethenkirche zu Marburg. Heinrich von Hohenlohe schließlich saß von 1237 an im Regentschaftsrat für den unmündigen deutschen König und hatte derartigen Einfluß, daß ein Zeitgenosse wohl übertreibend schrieb: ganz Deutschland werde von einigen Deutschordensbrüdern regiert.

Die Ausbreitung des Ordens im Abendland erfolgte in etwa in zeitlicher Abfolge von Süden nach Norden. 1199 wurde der Grund zur Kommende Sonntag in der Steiermark gelegt, 1200 das Spital zu Halle an der Saale in Thüringen erbaut, 1202 das

zu Bozen. 1204 entstand die Kommende Prag, vielleicht auch die zu Wien, drei Jahre später das Haus zu Reichenbach in Hessen. 1209 erfolgte der Einzug in Griechenland, im selben Jahr in Nürnberg, 1210 in Bayern (Regensburg, Aichach) und 1211 in das Burzenland (Siebenbürgen). 1218 entstanden die ersten Häuser im heutigen Belgien und Holland, spätestens 1225 in der heutigen Schweiz und 1228 in Frankreich. 1230 endlich hielt der Orden seinen Einzug in Preußen und 1237 in Livland.

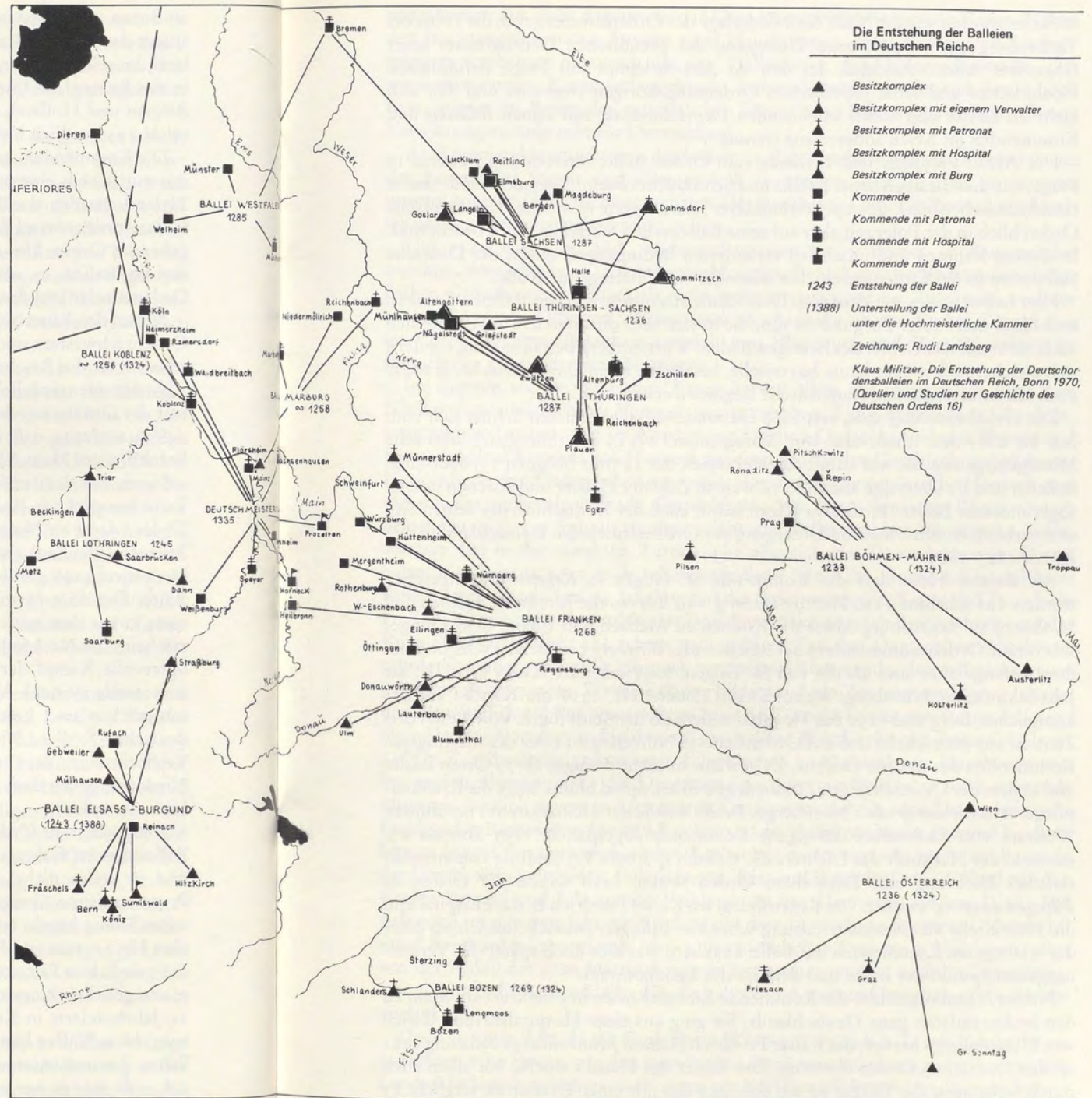
Die Kommenden, geleitet vom Komtur, wurden zu Balleien zusammengeschlossen mit jeweils einem Landkomtur an der Spitze. Für Deutschland, Preußen und Livland wurden darüber hinaus eigene Landmeister bestellt. An der Spitze des Gesamtordens stand der Hochmeister als Regent und das Generalkapitel als gesetzgebendes Organ. Um 1280 hatte der Orden bereits 13 Balleien im Deutschen Reich, drei in Italien, je eine in Frankreich, Griechenland und Syrien und dazu die Ordensländer Preußen und Livland.

Neben den Ritterbrüdern gab es Ordenspriester, »Andere Brüder«, Halbbrüder«, Ordensschwestern und Familiaren. Die kämpferische Aufgabe des Ordens bedingte schon früh die Beschränkung der Ritterbrüder auf jene Stände, die durch adlige Abkunft oder ritterliche Lebensführung hierfür in Frage kamen. Die Verflochtenheit des Ordens mit den übrigen ständischen und sozialen Bereichen dokumentiert sich u. a. darin, daß Ordensbrüder in wirtschaftlich einflußreichen Städten wie Frankfurt am Main, Ulm und Speyer das Bürgerrecht besaßen.

Noch vor dem endgültigen Verlust Palästinas (1291) und nach einem kurzen Zwischenspiel im Burzenland (1211–1225) fand die kämpferische Aufgabe des Ordens dann im Nordwesten Europas eine imponierende Erfüllung. Im Land der Pruzzen (Preußen) zwischen Weichsel und Memel, wohin sie Herzog Konrad von Masowien 1226 gerufen hatte, führten sie eine eigene Staatsgründung zu hoher Blüte. Die dort verwirklichte politische, wirtschaftliche und militärische Einheit eines zuvor dem mittelalterlichen Imperium noch nicht zugehörigen Territoriums erscheint der Nachwelt als das eigentliche Werk des Ordens. Vielbewundert sind der opfervolle Kampf der Gründungszeit des 13. Jahrhunderts und der fast modern anmutende rationale Verwaltungsaufbau des Ordensstaates mit seiner reichen wirtschaftlichen und kulturellen Blüte im 14. Jahrhundert mit Hilfe herangeholter deutscher Siedler. Nicht minder beeindruckend erscheinen die internationalen Verflechtungen des Ordens in jener Zeit, aber auch die lange und zähe Abwehr des Niedergangs seit dem 15. Jahrhundert bis zum Verlust Preußens im Jahre 1525 und Livlands 1561.

Der preußische Ordensstaat, der bis zum frühen 15. Jahrhundert in den deutschen Balleien seine Rekrutierungsbasis und seinen wirtschaftlichen Rückhalt fand, war und ist indes nicht der Deutsche Orden schlechthin. Als sich 1525 der zum Protestantismus übergetretene Hochmeister Albrecht von Brandenburg zum polnischen König begab, vor ihm den Ordensmantel ablegte und Ostpreußen als weltliches Herzogtum von Polen zu Lehen nahm, war dieser Staat längst nicht mehr der des geistlichen Ritterordens des 13. Jahrhunderts. Der aus der Stauferzeit herrührende geistlich-hierarchische Staatsaufbau kam schon in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts in Konflikt mit dem neuen Prinzip der landständischen Vertretung, neue Waffen hatten die militärische Taktik verändert, in der landmannschaftlichen Zusammensetzung der preußischen Konvente traten zunehmend Konflikte auf, – da war es nur noch eine Frage der Zeit, wann dieser Wandel auch politisch

Die Entstehung
der Balleien
des Deutschen
Ordens im
Deutschen Reich



wirksam werden würde. Nach der Niederlage des Ordensheeres gegen die Polen bei Tannenberg 1410 wurde zum Untergang des preußischen Ordensstaates jener Gegensatz mitentscheidend, der den im Abwehrkampf mit Polen befindlichen Hochmeister und seine preußischen Ordensangehörigen einerseits und den sich mehr an Kaiser und Reich anlehnenden Deutschmeister mit seinen Balleien und Kommenden im Reich andererseits trennte.

Der Abfall Preußens und Livlands vom Orden stellte nicht dessen Existenz in Frage, wie dies die noch heute Lexika und Schulbücher beeinflussende kleindeutsche Geschichtsschreibung des 19. Jahrhunderts nahezulegen versuchte. Der Deutsche Orden blieb in der Folgezeit aber auf seine Balleien im Deutschen Reich beschränkt. In diesem Rahmen und unter den veränderten Bedingungen spielte der Deutsche Südwesten in der Ordensgeschichte nunmehr eine überragende Rolle.

Hier haben wir es mit dem sog. Deutschmeistertum sowie den Balleien Franken und Elsaß-Schwaben-Burgund zu tun, die in sich sehr differenziert waren, die sich auch nicht auf das Gebiet des heutigen Baden-Württemberg beschränkten, sondern sich gleichermaßen über heute bayerische, hessische, rheinland-pfälzische, ja sogar auch schweizerische und französische Regionen erstreckten.

Die verhältnismäßig spät, erst 1268 entstandene Ballei Franken dehnte sich vom Inn bis über den Rhein und vom Voralpenland bis in das thüringisch-hessische Mittelgebirge aus. Sie war damit das Herzstück der 12 (mit Böhmen 13) deutschen Balleien und sie überragte alle anderen weit an Zahl der Häuser und Kirchen und an abgerundetem Besitz. In diesem Raum nahm auch der Deutschmeister seinen Sitz und verblieb daselbst bis zum Untergang der Ordensballeien in Deutschland in den Jahren 1805–1809.

Als ältestes Haus darf die Kommende St. Gilgen in *Regensburg* angesehen werden. Ihr schenkte 1210 Herzog Ludwig von Bayern die Kirche St. Ägidien und St. Georg zu Regensburg sowie die Kirchen zu Aichach und Cham. Etwas jünger scheint die Ordenskommende in der Reichsstadt *Nürnberg* gewesen zu sein, obwohl ihre Anfänge älter sind als die von St. Gilgen. 1208 schenkte Kaiser Otto IV. die Jakobskirche in Nürnberg, wozu Kaiser Friedrich II. 1216 die Kapelle auf der königlichen Burg und 1230 das Hospital außerhalb der Stadt fügte. Von diesen drei Zentren aus entwickelte sich das Ordenshaus in Nürnberg zu einer der mächtigsten Kommenden des ganzen Ordens. Es gewann in nicht weniger als 79 Orten Besitz und in dem der Ordensheiligen Elisabeth geweihten Spital blühte lange die Krankenpflege. Aus diesem großen Nürnberger Besitz wurde der Heimatort des berühmten Wolfram von *Eschenbach* als eigene Kommende abgespalten. Hier können wir schon in der Herkunft des Dichters die vielfach spürbare Verbindung von mittelalterlicher Dichtung und Deutschem Orden fassen. 1216 wurde der Orden zu *Ellingen* ansässig westlich von Regensburg, wo Kaiser Friedrich II. das Hospital und die Pfarrkirche als Grundausrüstung schenkte. Ellingen entwickelte sich zu einer der wichtigsten Kommenden der Ballei Franken, war hier doch später der Verwaltungsmittelpunkt der Ballei und der Sitz des Landkomturs.

Neben Nürnberg zählte die Kommende *Sachsenhausen* in Frankfurt am Main zu den bedeutendsten ganz Deutschlands. Sie ging aus einer Hospitalstiftung Ulrich von Münzenbergs hervor, die Kaiser Friedrich II. nach Münzenbergs Ächtung 1221 an den Deutschen Orden übertrug. Der Besitz des Hauses wuchs, vor allem auch durch Stiftungen der Bürger so an, daß man ihn mit einer Grafschaft verglich. Er

verteilt sich auf nicht weniger als 138 Orte im gesamten hessischen Raum. Neben den fast immer besetzten Ämtern eines Hauskomturs, eines Keller- und Küchenmeisters erscheinen hier auch die sog. Halbbrüder und Ordensschwwestern. Das wiederhergestellte Kommendengebäude Sachsenhausen befindet sich heute noch bzw. wieder im Besitz des neuzeitlichen Deutschen Ordens und dient als dessen Verwaltungsmittelpunkt für Deutschland.

An Kommendengründungen des frühen 13. Jahrhunderts sind noch *Weinheim* an der Bergstraße, *Speyer* und *Donauwörth* zu nennen. Auf drei der wichtigsten unseres engeren Untersuchungsgebietes (Mergentheim, Ulm, Heilbronn) wird weiter unten näher einzugehen sein.

Um 1225 waren im süd-, südwestdeutschen Raum bereits 10 Kommenden errichtet, denen bis 1300 11 weitere nachfolgten, die sich aber an Bedeutung mit den frühen Gründungen größtenteils nicht mehr messen konnten. Zu nennen sind vor allem *Würzburg*, *Öttingen*, *Münnerstadt*, *Rothenburg* ob der Tauber, *Gangkofen* im Osten Bayerns, *Prozelten* westlich von Würzburg und Burg *Virnsberg* im Bereich der Burggrafen von Nürnberg.

Im engeren südwestdeutschen Raum ist vor allem das majestätisch über dem Neckar thronende Schloß *Horneck* hervorzuheben. Einer sagenhaften Überlieferung nach soll es um 1250 als Ausstattung für die 2 Ordenskandidaten Werner und Konrad, Söhne Konrads von Horneck aus einem edelfreien Geschlecht unbekannter Herkunft, an den Orden gekommen sein. Von Anfang an gehörte die Horneck und die mit ihr verbundene Stadt *Gundelsheim*, wo Deutschmeister Eberhard von Seinsheim 1442 ein Spital gründete, nicht zur Ballei Franken im engeren Sinne, sondern fiel in den direkten Zuständigkeitsbereich des Deutschmeisters. Dieser nahm hier seit ca. 1400 auch seinen ständigen Sitz. Um Horneck/Gundelsheim verdichtete sich seit dem 14. Jahrhundert durch Schenkungen, Käufe und Tausch ein großer Deutschordenskomplex: das Dorf Stockheim westlich Brackenheim mit der Burg *Stocksberg*, das 1304 schon zum größten Teil den Deutschherren gehörte, wurde Sitz einer später mit Horneck vereinigten Kommende, deren Besitzschwerpunkt im Zabergäu lag. Westlich davon bildete sich ein Zentrum um *Kürnberg* aus, das vornehmlich auf Patronatsrechten basierte. Die von Dieter von Sternenfels 1297 dem Orden (Kommende Heilbronn) geschenkte Pfarrkirche mit ihren 1481 bzw. 1485 z. T. selbständig gewordenen Filialkirchen zu Ochsenburg, Leonbronn und Sternenfels übertrug 1389 der Deutschmeister für 1000 Gulden an die Kommende Horneck. Südlich davon an der unteren Enz kamen 1348 für 2600 kleine rheinische Goldgulden Patronatsrechte und Kirchensatz zu *Vaihingen* an der Enz und Enzweihingen (sowie Grünwettersbach bei Karlsruhe) zusammen mit weiterem Besitz in der Umgebung (Leinfelden, Pulverdingen, Riet und Hochdorf) durch Kauf von den Grafen Konrad und Johann von Vaihingen an den Deutschen Orden. Dieser ließ sich noch im gleichen Jahr die Kirchen von dem zuständigen Speyerer Diözesanbischof Reinhard inkorporieren. Neben den kirchlichen Rechten in Vaihingen selbst war der Anfall der alten Martinskirche in Enzweihingen eine wichtige Erwerbung, war sie doch die Mutterkirche für die nähere und weitere Umgebung (u. a. Hochdorf, Riet).

Doch in einer Zeit, da die Grafen von Württemberg sich z. T. mit Erfolg darum bemühten, eine eigene, von den auswärtigen Bistümern möglichst wenig beeinflusste Landeskirchenorganisation nach ihren territorialstaatlichen Vorstellungen aufzu-

bauen, paßte eine solche Erwerbung schon nicht mehr in die politische Landschaft der Landesherren, die bemüht sein mußten, ein *einheitliches* Staatsgebilde zu errichten. Daß der Deutsche Orden hierbei ein ernstzunehmender, ja ein störender Faktor sein mußte, war den Zeitgenossen, die im 14. Jahrhundert den Höhepunkt des preußischen Ordensstaates erlebten, die sahen, wie innerhalb des Reiches sich auch die Konturen eines *deutschen* Ordensstaates, des Deutschmeistertums, abzeichneten, ständig vor Augen und war je nach Interessenlage ein Stein des Anstoßes oder eine normale Entwicklung.

So blieben dem Deutschordensbesitz um Vaihingen keine weiteren Entfaltungsmöglichkeiten. Ja es kam dahin, daß am 25. März 1553 der Hochmeisteradministrator und Deutschmeister Wolfgang Schutzbar gen. Milchling das Patronatsrecht an diesen Kirchen, einschließlich der 9 Kaplaneien, des Spitals und zwei weiteren Kaplaneien an Herzog Christoph von Württemberg wieder vertauschte. Dem Orden verblieben nur Zehnteinkünfte, das Kastenhaus und die Kellerei. Immerhin stellten die jährlichen Bruttoerträge aus diesem verbliebenen Rumpfbesitz (1796: 5869 Gulden) immer noch eine stattliche Einnahmequelle dar. Vaihingen blieb daher auch eine im Nebenamt versehene sog. Pflgerei des Ordens bis zur württembergischen Besitznahme 1805.

Dieser Tausch von 1553, der politisch das Ende des Deutschen Ordens im Herzogtum Württemberg besiegelte, hatte einen ebenso handfesten politischen Hintergrund, der den »Tausch« als erzwungene Kriegsentschädigung charakterisiert. Der Hoch- und Deutschmeister Wolfgang Schutzbar unterlag 1552 bei der Besetzung der Fürstpropstei Ellwangen dem Kardinal Otto von Waldburg, einer der bedeutendsten Persönlichkeiten der Reichskirche des 16. Jahrhunderts. Es kam darüber zu kriegerischem Geplänkel mit viel Waffengeklirr, aber – soweit wir wissen – ohne Blutvergießen. Herzog Christoph von Württemberg, der gerade in Unterhandlungen stand, den ihm lästig gewordenen Schirm und Schutz über die Fürstpropstei los zu werden, griff ein letztes Mal in Ellwangen ein, vertrat den gerade in Rom weilenden neuen Fürstpropst, und besetzte kampflos mit über 10 000 Mann die Stadt Ellwangen, die er beschützen wollte, sowie weitere Gebiete des Hoch- und Deutschmeisters, der daraufhin auf eine weitere Auseinandersetzung verzichtete. Als Kriegsentschädigung verlangte der württembergische Herzog 30 000 Gulden und alle Patronatsrechte des Deutschen Ordens innerhalb des württembergischen Territoriums.

Auf den Patronatsrechten des schon erwähnten Grünwettersbach (1348, mit einem ausgedehnten Pfarrsprengel) und Weingarten (1427 bezeugt) süd- bzw. nordöstlich von Karlsruhe beruht wohl der dortige Streubesitz des Ordens, der später von den Amtsverwaltungen (Pfleger) des Ordens in *Weingarten* und *Stupferich* bis 1805 betreut wurde.

Nach dem geschlossenen Erwerb *Kirchhausens* (Kreis Heilbronn) in der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts und des Amtskomplexes *Heuchlingen* (1466, 1502) konnte vor allem durch den Gewinn der Reichsherrschaft *Scheuerberg* (mit der Stadt Neckarsulm, Kocherthürn und vielen geistlichen und weltlichen Besitzrechten der Umgebung) im Tausch mit dem Erzstift Mainz 1484 gegen die Ordenskommenden Prozelten und Neubronn am Main der Deutschordenskomplex Horneck des Deutschmeisters zu einer Deutschordenslandschaft am unteren Neckar ausgebaut werden.

Im altwürttembergischen Stammland entstand nördlich von Waiblingen aus einer Schenkung Bertholds von Neuffen (1288) die Kommende *Winnenden*, die südlich des Ortes das Schloß Winnental errichtete. Ihr Besitz hatte keinen großen Umfang. 1665 kam Schloß Winnental mit der ganzen Komturei durch Kauf an Württemberg, dem es als Apanageschloß einer Seitenlinie (W.-Winnental) diente.

Eine der letzten Kommendengründungen im heutigen Baden-Württemberg war Schloß *Kapfenburg* oberhalb Lauchheims, das 1364 für 4100 Pfund Heller vom Orden erkauft wurde. Zusammen mit älterem Ordensbesitz in der Umgebung entstand hier einer der territorial geschlossensten Verwaltungsbereiche in Südwestdeutschland. Die Kapfenburg wurde Verwaltungsmittelpunkt für die auf dem Härtsfeld und an der oberen Jagst gelegenen Besitzungen. Ihr bedeutendster Komtur, Johann Eustach von Westernach, stieg 1625 zur Würde des Hochmeisteradministrators und Deutschmeisters auf.

Werfen wir an dieser Stelle einen Blick auf die Ordensniederlassungen in der südlich anschließenden Ballei Elsaß-Schwaben-Burgund, die den Bodenseeraum, die Schweiz und das Elsaß abdeckte. Innerhalb des Ordensverbands genoß sie eine Sonderstellung, die für die Besitzausbreitung aber ohne Interesse ist.

Ihre größten Kommenden in der Schweiz waren *Bern*, *Sumiswald*, *Könitz* und *Hitzkirch*. Im Oberelsaß hatte der Orden mehrere kleine Kommenden, ihre wichtigste wurde *Mühlhausen*, daneben bestanden Niederlassungen zu *Ruffach*, *Gebweiler* und bei *Kaiserberg*. Im unteren Elsaß lagen die Kommenden *Andlau*, *Weißenburg* und *Straßburg*. Letztere hatte bei einem Jahresertrag von 150 000 Mark auch bedeutenden Besitz. Die Blüte der elsässischen Kommenden wurde allerdings schon früh, im 14. und 15. Jahrhundert durch Kriegszüge vernichtet. 12 km rheinaufwärts von Basel steht in dominierender Lage über dem Strom die 1246 gegründete Kommende *Beuggen*. Sie war besonders reich mit kirchlichen Patronatsrechten ausgestattet und hatte um 1400 Besitz an 38 Orten, der ca. 200 000 Mark im Jahr abwarf. Bis zur Zeit der Armagnakenkriege um 1440, in der sie wie viele anderen Ordenshäuser völlig verarmte, war sie der Sitz des Landkomturs der Ballei.

Rechts des Rheins entstand nach 1200 die Kommende *Freiburg* im Breisgau. Sie hatte 1398 einen Konvent von 19 Brüdern. Dieser Kommende scheint auch der Dichter Hugo von Langenstein als Priesterbruder angehört zu haben. Fast zugleich mit Freiburg entstand die Kommende *Altshausen* in der Nachfolge eines älteren Ordenshauses zu Bienburg. Sie erwarb durch Schenkungen und Käufe den größten Besitz unter allen Kommenden der Ballei. Im Jahr 1414 warf er nicht weniger als 300 000 Mark ab. Nach 1444 war Altshausen bis zum Ende der Ordenszeit Sitz des Landkomturs und Verwaltungsmittelpunkt der Ballei. Sein Deutschordensschloß ist heute Sitz des herzoglichen Hauses Württemberg.

Im Südosten der Ballei lag die Kommende *Mainau* auf der gleichnamigen Bodenseinsel mit ihrem fast subtropischen Pflanzenwuchs und dem Rundblick von den Schweizer Eisriesen bis zu den Kuppen der schwäbischen Hügellandschaft. Das ursprünglich alemannische Herzogsgut Mainau hatte zur Ausstattung der Abtei Reichenau gehört. Deren Verwalter, Arnold von Langenstein, überließ 1271 dem Deutschen Orden die Insel und trat selbst mit seinen vier Söhnen in den Orden ein, – ein auch in jener Zeit aufsehenerregender Vorgang. Komtur Wolfgang von Klingenberg erwarb um 1500 noch die Herrschaft Blumenfeld im Hegau hinzu.

Bei einer Bestandsaufnahme im Jahr 1414 zählte die Ballei nur noch 41 Priester,

2 sog. Sargbrüder und 160 Dienstboten. Daraus läßt sich schließen, daß die Wirtschaftskrisen der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts und die Kriegszerstörungen deutliche Auswirkungen zeigten und daß – entgegen den Ordensregeln – der Wirtschaftsbetrieb nicht mehr mit Laienbrüdern, sondern mit fremden Knechten betrieben wurde. Der Zuzug von dienenden Brüdern scheint also schon zu Beginn des 15. Jahrhunderts ganz oder fast ganz aufgehört zu haben.

Als Abschluß der gedrängten Besitzübersicht soll auf die oben unberücksichtigt gebliebenen Kommenden Mergentheim, Ulm und Heilbronn etwas näher eingegangen werden. Sie gehören zu den bedeutendsten im engeren südwestdeutschen Raum. An ihrer Geschichte lassen sich auch allgemeine Entwicklungen der südwestdeutschen Ordensgeschichte deutlicher exemplifizieren.

In *Mergentheim* hatten 1207 die Johanniter durch eine Stiftung Alberts von Hohenlohe ihre älteste Niederlassung im nördlichen Württemberg mit Spital und Pfarrkirche errichtet, der indes keine langfristige Wirkungsdauer beschieden war. Ihr wurden die Ausdehnungsmöglichkeiten abrupt beschnitten, als sich bereits drei Neffen des bruderlosen Stifters von 1207, nämlich Andreas, Heinrich und Friedrich von Hohenlohe, wohl unter dem Eindruck der Eroberung von Damiette in Ägypten durch das Deutschordensheer unter Hermann von Salza im Jahre 1219, engagiert dem noch jungen Ritterorden der Deutschen zuwandten und sich das Ordenskleid anlegen ließen. Innerhalb von nur drei Jahren schenkten sie und ihre Familie den Deutschherren reichen Grundbesitz in und um Mergentheim, darunter im Ort selbst »utrumque castrum«. Diese Stadtburg der Hohenlohe bildete den Mittelpunkt einer sogleich errichteten Deutschordenskommende Mergentheim, mit der die Gründersippe und in ihrem Gefolge die adligen Lehenleute sich auch in der Folgezeit auf das engste liierten. Zweifellos hat hier, wie überall in unserem Raum das stärker national ausgerichtete Auftreten des jungen Ordens und die dadurch gegebene Bindung zu Kaiser und Reich – im Jahrhundert nach der Ausbildung der europäischen Nationalstaaten – den Ausschlag zugunsten des Deutschen Ordens gegeben. Mit dem schon genannten Heinrich und mit Gottfried von Hohenlohe stellte die Mergentheimer Gründerfamilie im 13. Jahrhundert zwei Hochmeister des Ordens, viele weitere Angehörige des Geschlechts, vor allem aus der Linie Brauneck, waren im Mittelalter Komture oder auch nur einfache Ordensritter.

Die Gründung der Kommende Mergentheim hebt sich in ihrer Struktur deutlich von den anderen Ordensniederlassungen der späteren Ballei Franken ab. Die Grundlage des Ordenshauses bildeten hier nicht ein Spital oder ein Patronat oder auch Reichsgut, sondern hochadliges Allodialgut, das ganz bewußt zur Versorgung der Stifterfamilie gesehen und eingesetzt wurde. Während die meisten anderen Kommenden ihr Entstehen den vereinten Bemühungen von staufischem Königtum, Reichsaristokratie und Reichsministerialität verdankten, entstand die Kommende Mergentheim offensichtlich aus dem dynastischen Interesse der Stifterfamilie. Sie ist die Hauskommende des hohenlohischen Geschlechts und ihrer Vasallen.

Diese Gründungsstruktur schlug sich auch in der personellen Zusammensetzung des Ordenskonvents nieder. Der Hochadel stellte im 13. Jahrhundert 40% des Personalbestandes, dies ist doppelt so hoch, wie anderwärts durchweg beobachtet wird. Der 60%-Anteil des Niederadels entstammte zudem zur Hälfte der hohenlohischen Ministerialität bzw. Vassalität.

Andreas von Hohenlohe hatte noch persönlich den schnellen Aufstieg seiner

Stiftung miterlebt, die bereits um 1250 als eine Art Kreditanstalt für das hohenlohische Haus auftrat. Die übermächtige Bedeutung des Deutschen Ordens in Mergentheim setzte dann um 1300 ein, als die Ordensbrüder systematisch die Besitzungen und Rechte anderer Grundherren zu erwerben trachteten. 1330 gingen sie aus eigener Machtvollkommenheit daran, den Markt Mergentheim mit Mauern zu umgeben, was der Kaiser 5 Jahre später nachträglich sanktionierte. 1340 erhielt der Orden von Ludwig dem Bayern das Recht, aus dem Markt eine Stadt zu machen, sie zu befestigen und mit einer Wehranlage zu versehen. Als schließlich 1355 Kaiser Karl IV. alle dem Orden im Wege stehende fremde Gerichtsbarkeit aufhob und ihm das Münzregal verlieh, rief dies die Gerichtsklage der sich benachteiligt fühlenden Johanniter hervor. Das Verfahren endete indes für den Kläger mit einem Fiasko: Das Johanniterhaus mußte 1355 und 1359 gegen 1800 Pfund Heller alle seine Einkünfte und Rechte innerhalb der Stadtmauer an den Deutschen Orden abtreten, ausgenommen die Pfarrkirche und den Johanniterhof selbst mit seinen Weide- und Zehntrechten. Nach vielen weiteren Streitigkeiten im 15. Jahrhundert gelang es 1554 dem Hochmeisteradministrator Wolfgang Schutzbar gen. Milchling die Johanniter um 3300 Gulden ganz aus Mergentheim und Umgebung auszukaufen.

Damit waren die Deutschherren endgültig unbestrittene Stadtherren. Und Mergentheim bedeutete ihnen ja mittlerweile mehr als jede andere Stadt in ihrem Ausbreitungsgebiet. Nach dem Verlust des Ordensstaates Preußen 1525 hatte der Deutschmeister zwei Jahre später in seinem Amt auch die Administration des Hochmeistertums übernommen. Und er hatte nach der Zerstörung der Burg Horneck im Bauernkrieg bereits 1525 seine Deutschmeisterresidenz nach Mergentheim verlegt, die – nach ihrer Ausklammerung aus der Ballei Franken – bis 1572 provisorisch, dann bis 1809 de facto endgültig der Sitz des Ordenoberen und der Zentralverwaltung des Gesamtordens wurde.

Durch die reichen Stiftungen der hohenlohischen Sippen und der Reichsministerialität sowie durch den Ausverkauf des Adels bildete sich im Land um Mergentheim zwischen Jagst-Tauber-Main eine Deutschordenslandschaft, vergleichbar der am unteren Neckar. Kleinzentren waren Unterbalbach als Sitz des fränkischen und das Ganerbendorf Wachbach als Sitz des odenwäldischen (Überreuter-) Amtes. Hinzu kamen noch der 1447 von den Herren von Wollmershausen erworbene Amtsort Ailringen (1784 nach Nitzenhausen verlegt) und die 1411 als würzburgisches Lehen von den Grafen von Schwarzburg erkaufte Burg und Herrschaft Neuhaus. Der Gesamtkomplex wurde 1782 als Tauberoberamt des Meistertums zusammengefaßt.

Zeitgleich mit den Hohenloheschenkungen in der Tauberstadt faßte der Orden auch in den Reichsstädten Ulm und Heilbronn Fuß. Die Standortwahl entsprang wohl nicht dem Zufall, verbürgte doch die Ansiedlung von Kommenden in Städten dem auf die Erwirtschaftung von Kapital angewiesenen Orden die Teilnahme am städtischen Wirtschaftsleben.

Das Deutschhaus in *Ulm* geht auf eine Schenkung des Markgrafen Hermann V. von Baden zurück. Er übertrug zwischen 1216 und 1221, zugleich im Namen seines bei dem Kreuzzug vor Damiette gefallenen Bruders Friedrich, ihren beiderseitigen großen Grundbesitz bei Ulm den Brüdern des Hospitals der hl. Maria zu Jerusalem. Ordenshaus und Marienkirche stiftete 1226 der Ritter Meinloh von Söflingen. Die ohne Zutun der Stadt erfolgte Niederlassung des Ordens, die spätestens 1270 als Komturei erscheint, lag auf ehemaligem Reichsbesitz außerhalb der Mauern der

staufischen Stadt. Neben den wirtschaftlichen Gesichtspunkten sprach für eine Ansiedlung in Ulm zweifellos die Tatsache, daß kaum ein Landstrich Schwabens geeigneter war, dem Orden Zuzug aus den Reihen des Adels zu verschaffen. Hier waren die Grafen von Dillingen mit ihren vielen Ministerialen, die Grafen von Tübingen, von Helfenstein, von Württemberg, die Markgrafen von Burgau begütert, hier saßen die Herren von Klingenstein, die Güss von Güssenberg, von Haunsheim, von Freiberg, Schelklingen, Berg und viele andere, – deren Namen wir später z. T. im Ordensland Preußen wiederfinden. Durch Stiftungen und Ankäufe von Adel und Patriziat wuchs der Komplex bis zum 15. Jahrhundert noch beträchtlich an. 1316 wurde er in die beginnende Stadterweiterung miteinbezogen, wobei die Deutschherren einen Turm der Stadtbefestigung selbst zu bauen und zu unterhalten hatten. In den politischen Streitigkeiten der mittelalterlichen Reichsstadt stand die Kommende stets auf Seiten des Kaisers und der Fürsten, was ihrer Beliebtheit in der Stadt nicht gerade förderlich war.

Unter den berühmtesten der Ulmer Komture, Heinrich von Zipplingen, wurde 1335 mit dem Neubau des Komtureigebäudes und der Kirche begonnen, die der hl. Elisabeth von Thüringen geweiht war und die als besondere Auszeichnung die Reliquien des hl. Zeno erhielt. Heinrich von Zipplingen war zugleich Geheimer Rat in den Diensten Kaiser Ludwigs des Bayern und konnte als solcher wichtige Privilegien für seine Kommende erlangen, ohne jedoch eine gewisse Einflußnahme der Stadt, über das Schirm- und Schutzrecht u. a., verhindern zu können. Die Stadt ihrerseits war bemüht, jedem weiteren Machtzuwachs der Kommende, die wegen ihrer Reichsunmittelbarkeit in der nach Unabhängigkeit strebenden Reichsstadt zunehmend als Fremdkörper empfunden wurde, einen Riegel vorzuschieben.

Trotzdem konnte im 15. Jahrhundert unter der Verwaltung gewandter Schatzmeister (Trefßler) der Landbesitz erheblich ausgedehnt werden. Er mußte schließlich sogar in 5 Verwaltungsbezirke gegliedert werden, die freilich kein zusammenhängendes Territorium entstehen ließen.

Das Bemühen der Stadt, ihren Einfluß auf die Deutschordenskommende auszuweiten, führte zu zahllosen Reibereien. Ansatzpunkte waren das vom Deutschhaus beanspruchte Asylrecht, das der Orden gegen alle Anfechtungen behaupten konnte, die Pfarr-Rechte für die Ordenskirche und seit der Reformierung der Reichsstadt natürlich die Konfessionsfrage. Von allen geistlichen Anstalten in Ulm bewahrte allein das Deutschhaus wegen der Reichsstandschaft des Ordens über die Reformationszeit hin kontinuierlich den alten Glauben, wengleich es sich Beschränkungen in Predigt und Gottesdienst gefallen lassen mußte. Als Zufluchtsstätte der Katholiken und als Interessenvertretung des Kaisers führte die Kommende noch ein mehr oder minder stark ausgeprägtes Eigenleben bis zu ihrer Auflösung 1806.

In schon bekannte Zusammenhänge führt uns die Gründung der Deutschordenskommende *Heilbronn* in den Jahren 1223/24, deren Schicksal in vielem mit Ulm vergleichbar ist. An ihrem Anfang steht der Edelfreie Ulrich II. von Dürn, ein mächtiger Herr eines früh ausgestorbenen Geschlechts, dessen Herrschersitz, die Wildenburg im Odenwald, heute mit der Gralsburg des Parzifalepos identifiziert wird. Bei seinem Eintritt in den Orden um 1223 stiftete er seinen großen Heilbronner Besitz, nämlich den Grund und Boden, auf dem bis zum Jahre 1944 der Deutschhofkomplex stand und heute wiedererstanden ist. Wem der Name Dürn nichts sagt, der wird bei den Verwandtschaftsverhältnissen aufhorchen.

Über seine Mutter war er vermutlich der leibliche Vetter des Andreas von Hohenlohe, des Stifters der Kommende Mergentheim, ebenso wie des Hochmeisters Heinrich von Hohenlohe. Sein Stiefvater, Berthold von Alfeld, war als Urkundszeuge 1220 anwesend, als Markgraf Hermann von Baden den Grundstein für die Kommende Ulm legte. Damit wird nun allmählich der Kreis jener Adelsgesellschaft faßbar, die an der Wiege des Deutschen Ordens in Südwestdeutschland stand.

Der Deutschhof lag – wie in Ulm – außerhalb des ältesten Stadtkerns. Zum Konvent zählten 1291 schon mindestens 10 Ordensbrüder, neben dem Komtur 3 Priester und 6 Konventuale. Von zwei Ausnahmen, die dem Hochadel zuzurechnen sind, abgesehen, gehörten alle namentlich bekannten Ordensbrüder dem ritterschaftlichen Adel der fränkischen Region an.

Eine spezifische Aufgabe der Kommende durch alle Jahrhunderte hin war ihre Funktion als repräsentative Herberge hochgestellter Persönlichkeiten. Kaiser und Könige, Kurfürsten, Feldherren und Staatsmänner weilten als Gäste der Reichsstadt wie des Ordens in ihren Mauern. Hinter dem dabei entstandenen Bewirtungsaufwand aus Gründen der politischen Repräsentation verschwand fast die eigentliche Armenfürsorge.

Eine überlokale Bedeutung kam der Deutschordenskirche auf dem Gebiet der Seelsorge und Volksfrömmigkeit zu. Als Marienkirche und der damit verbundenen großen Wallfahrt besaß sie im Mittelalter eine besondere Anziehungskraft, nach der Reformation wahrte allein sie die Kontinuität der katholischen Lehre in der nunmehr protestantischen Reichsstadt. In Erinnerung an ihre einstige Funktion wurde die nunmehrige St. Peter- und Paulskirche erst im März 1977 vom Rottenburger Bischof zum Deutschordensmünster erhoben.

Bauernkrieg und Reformation fügten der Kommende beträchtlichen Schaden zu und führten wie in Ulm zu ständigen Streitigkeiten mit der Reichsstadt, die jahrzehntelang vor dem Reichskammergericht ausgetragen wurden.

Dennoch behielt die Kommende einen reichen Besitz. Die Zahlen des Jahres 1717 – sie sind willkürlich aus den im Staatsarchiv Ludwigsburg verwahrten Deutschordensbeständen herausgegriffen – mögen einen ungefähren Eindruck vermitteln. Die Jahreseinnahmen beliefen sich auf 10 000 Gulden, die Ausgaben auf 7 000 Gulden. Zum Grundstock in nicht bewerteter Höhe kamen ausgegebene Darlehen und Bankeinlagen in Höhe von 80 000 Gulden, dazu ein Barvorrat von 60 000 und Ausstände von 17 000 Gulden. Im Jahre 1717 konnte demnach die Komturei ihre gesamten Verwaltungsausgaben fast allein mit den Darlehenszinsen decken. Über den Eigenbedarf hinaus konnte sie daher öfters der Ordenskasse namhafte Geldbeträge für Großprojekte zur Verfügung stellen, wie etwa im gleichen Jahr 1717 10 000 Gulden für den Ankauf ungarischer Distrikte. Zwar haben die Ereignisse von 1805 die Existenz der Kommende vernichtet, doch zeugt der stilvoll wiederaufgebaute malerische Deutschhofkomplex als das neue Kulturzentrum Heilbronn heute wieder von ihrer einstigen Größe.

Machen wir am Ende dieser notgedrungen faktenreichen Übersicht über die Ordensniederlassungen im süd- und südwestdeutschen Raum noch den Versuch ihrer Einordnung in die allgemeine Ordensgeschichte.

Das Jahr 1525 war nur auslösendes Ereignis, nicht das historische Motiv für die Neuorientierung des Ordens auf seine deutschen, insbesondere seine südwestdeut-

Die Kommenden
und Ämter
des Deutschen
Ordens im
Jahre 1788



Die Kommenden und Ämter
des Deutschen Ordens im Jahr
Aus: Hofmann, der Staat des
Deutschmeisters, Beilage

schen Gebiete. Wichtig in diesem Zusammenhang ist vor allem die Stellung des seit 1216 erwähnten Deutschmeisters, der im Auftrag des Hochmeisters Ordensgebietiger über die deutschen Balleien war, aber auch den Gesamtorden am königlichen Hof vertrat. Unter seiner Leitung erhielten die Ordensballeien im Reich bereits im 14. Jahrhundert ein größeres Eigengewicht gegenüber dem preußischen Ordensstaat, es kam zu einem Prozeß der Verselbständigung dieser Balleien hin in Richtung zu einem eigenen Staat des Deutschmeisters, der nicht im fernen Hochmeister, sondern im Kaiser seine besondere Unterstützung fand.

Spätestens seit 1361 sind die meisten Kommenden an Rhein, Main und unterem Neckar (z. B. Horneck/Gundelsheim, Speyer, Weinheim, Flörsheim und vor allem Sachsenhausen) unmittelbare Kammerhäuser des Deutschmeisters zu dessen eigenem Unterhalt. Aus dem Verband der dem Deutschmeister unterstellten Balleien schied 1388 nur die Provinz Elsaß-Schwaben-Burgund aus, die als Pfand für eine Schuld von 10000 Gulden Kammerballei des Hochmeisters wurde (neben den Balleien Österreich, An der Etsch und im Gebirge sowie Koblenz). Aus einer jüngst im Staatsarchiv Ludwigsburg (von P. B. Demel) entdeckten Denkschrift des Deutschordenskanzlers Gregor Spieß von 1545 wissen wir, daß der Deutschmeister ursprünglich ohne festen Amtssitz agierte und zumeist in einer dem jeweiligen Aufenthaltsort des deutschen Königs nächstgelegenen Kommende residierte. Erst seit der Zeit König Ruprechts von der Pfalz (1400–1410) wählte er sich die nahegelegene Burg Horneck über Gundelsheim als festen Sitz.

Diese Wahl hatte allerdings auch nachteilige Folgen: bei der Nähe der Heidelberger Residenz der Pfalzgrafen gerieten die Deutschmeister des fehdereichen 15. Jahrhunderts immer stärker in Abhängigkeit von der Kurpfalz. Auf der anderen Seite gerieten die seiner Aufsicht unterstellten deutschen Ordensballeien immer mehr in den Schutz und Schirm der jeweiligen weltlichen oder auch geistlichen Landesherrschaften. So war zu Beginn des 16. Jahrhunderts, das allenthalben dem Orden größte Verluste zufügte, auch der Einfluß des Deutschmeisters praktisch auf seine unmittelbaren Kammerhäuser und die Ballei Franken beschränkt. Sein Amt wurde allerdings erheblich aufgewertet, als ihn Kaiser Maximilian 1494 mit allen Regalien belieh und in den Reichsfürstenstand aufnahm, dem der Hochmeister ja nicht angehörte.

Als Bauernkrieg, Reformation und der Verlust des Ordensstaates Preußen sowie vieler außerdeutscher Balleien den Orden der Gefahr der Auflösung, zumindest der Zersplitterung zutrieben, waren der Deutschmeister und die Ballei Franken, trotz ihrer eigenen Schwächung, nach den Ordensstatuten und nach der politischen Konstellation die einzigen Garanten für eine Kontinuität und eine zeitgemäße Erneuerung des Gesamtordens. Fast zwangsläufig wurde Mergentheim nach der Zerstörung der Horneck 1525 der neue Ordensmittelpunkt. Der tatkräftige neue Administrator des Hochmeistertums und Deutschmeister – so lautete jetzt der neue Titel – Walther von Cronberg, dessen Wahl ein Glücksfall war, erreichte auf dem Großkapitel zu Sachsenhausen 1529 die endgültige Sanierung und Neuorientierung des Deutschen Ordens. Die Einheit wurde gewahrt und die Stellung des Administrators als einziges Oberhaupt der sog. preußischen Balleien wie der Provinzen des Deutschmeisters reichs- und kirchenrechtlich klar umrissen. Der Verbleib aller Güter der geistlich-ritterschaftlichen Korporation beim Orden war für die Zukunft gesichert.

Die Mergentheimer Zentralregierung mit Ordensritter, weltlichen Juristen und Schreibkräften fächerte im 17. Jahrhundert in die Gremien des Hofrats, der Hofkammer und des Geistlichen Rates auf. Sie waren die obersten Verwaltungsorgane des Meistertums, dem 1789 die Ballei Franken inkorporiert wurde, und die Berater des Ordensoberen in Gesamtangelegenheiten des Ordens. Als gesetzgebende Institutionen fungierten – oft nur formell – die Ballei-, General- und Großkapital.

Dieser Orden des 16. bis 18. Jahrhunderts war jedoch nicht mehr jene geistliche Korporation der Gründungs- und Ausbauezeit. Solange die Aufgabe des Heidenkampfes im Osten die Ordensidee noch lebendig erhalten hatte, konnte einer Verweltlichung entgegengetreten werden. Da war der exempte Orden mit seiner Vielzahl von Hospitälern und inkorporierten Kirchen keine Fiktion, er entfaltete auch im Inneren ein reiches geistliches und karitatives Leben. Der Ordensbruder im weißen Mantel war Seelsorger seiner Pfarrkirchen wie seiner Ritterbrüder und Halbbrüder in den Konventen. Und Dienst wie Schenkung für den Orden standen im Stufenbau mittelalterlicher Werkgerechtigkeit. Da der ganzheitliche Ordo des Mittelalters aber zerbröckelte, mußte sich auch in dem geistlichen Ritterorden ein tiefgreifender politischer und sozialer Wandel vollziehen.

Auch die Ritter im weißen Mantel stellten im Wandel dieser feudalen Welt nun ihre Ansprüche, gleich ihren Standesgenossen im höheren Klerus. Sie setzten sich allmählich ab von ihren Priesterbrüdern, die in das sich ausbildende geistliche Proletariat abstiegen, erst recht von den Graumäntlern aus der Masse des dienenden Volkes. Ständische Aufnahmebeschränkungen mußten eingeführt werden, die bei dem sinkenden Ertrag der Ordensgüter den Rittern standesgemäßen Unterhalt sichern sollten. »Diese Ritter wollten auch unter dem Ordenskreuz Herren bleiben – Deutsche Herren hat schon das frühe 15. Jahrhundert sie genannt – nicht mehr Ritterbrüder, wollten Aufstieg und Versorgung im Orden genauso finden wie ihre Brüder und Vettern im höheren Klerus. So wandelte sich in drei Jahrhunderten die Idee des kämpferischen Hospitalordens der Kreuzzugszeit zum »Spital des armen Adels deutscher Nation« (H. H. Hofmann). Manche Reformen des 16. bis 18. Jahrhunderts haben die Kraßheit dieser Aussage gemildert, die Wandlung des Ordens blieb aber bestehen.

Das Versorgungsdenken führte u. a. dahin, daß der Deutschorden unter seinen aufgeschworenen Rittern bis ins Zeitalter Napoleons auch drei Konfessionen aufwies: die römisch-katholische, die lutherische (Balleien Sachsen und Thüringen) und die reformierte (Balleien Utrecht und Hessen). Diese ökumenische Zusammensetzung bei den Ritterbrüdern, die anderswo undenkbar war, entsprang dem adligen Standesbewußtsein des Ordens, das sich damit unmittelbar oder indirekt gegen das städtische Bürgertum richtete, wie wir konkret in den Fällen Heilbronn und Ulm gesehen haben.

Diese Zusammensetzung führte natürlich auch dazu, daß nur im süd- und südwestdeutschen Raum der Kontakt des Hochmeisters und seiner Regierung mit den übrigen Ordensballeien und -kommenden relativ intakt blieb, während sich die Beziehungen der Ordensleitung zu den nördlichen nichtkatholischen Balleien auf den kleinsten gemeinsamen Nenner beschränken mußten, wollte man die Reichsunmittelbarkeit und den Zusammenhalt des Gesamtordens wahren. Einen Sonderfall bildete die eigene Reichsstandschaft der Ballei Elsaß-Schwaben-Burgund (bis 1792), die beim Schwäbischen Kreis den ersten Platz auf der Grafenbank innehatte.

Der Orden, der sich unter seinem energischen Hochmeister Erzherzog Maximilian von Österreich 1606 zeitgemäße neue Statuten gegeben hatte, war fortan ein bedingungsloser Mitstreiter für Kaiser und Reich. In den Türkenkriegen des 16./17. Jahrhunderts fand er ohne sein Zutun mehr Gelegenheit zum Glaubenskampf als je zuvor. Aus zuerst losen Verbänden bildete sich von 1696 an das Regiment Hoch- und Deutschmeister, das spätere Wiener Hausregiment. Während die Hauptlast des Kampfes auf der Ballei Österreich lag, die daran fast zerbrach, steuerten die Ordenshäuser im Altreich die finanziellen Mittel bei. Freilich wurden in den Wirren des 30jährigen Krieges, der Reunionskriege Ludwigs XIV., im spanischen (1702–1714) und österreichischen Erbfolgekrieg der süd- und südwestdeutsche Ordensbesitz immer wieder hart in Mitleidenschaft gezogen, die linksrheinischen Besitzungen fielen sogar unter französische Oberhoheit.

Im Inneren diente der Erhaltung des katholischen Glaubens gemäß den Beschlüssen des Konzils von Trient die Errichtung von eigenen Priesterseminaren, so der Bursa Laurentiana 1574 in Köln für den niederrheinischen und des Seminars zu Mergentheim 1606 für den süddeutschen und österreichischen Raum.

Als die Kriegsnot in etwa überwunden war, begann der Orden, wie überall, eine rege Bautätigkeit. Die Mergentheimer Hochmeister aus dem wittelsbachschen und habsburgischen Hause ließen in der Barockzeit künstlerisch wertvolle Bauten schaffen, wie die Landkommende zu Ellingen, das Deutsche Haus zu Nürnberg, das zu Sachsenhausen, die Landkommende zu Altshausen und viele andere, gerade auch in kleinen Orten. Besonderes Gewicht wurde auf prächtige Schloßkirchen gelegt, wie die Beispiele Mergentheim und Ellingen zeigen.

Das Ende des Deutschen Ordens im Reich kam im Gefolge der napoleonischen Kriege. Im Frieden von Lunéville 1801 verlor er seine linksrheinischen Besitzungen an Frankreich, im Pressburger Frieden von 1805 seine Selbständigkeit als Reichsstand. Württemberg, Baden und Bayern waren im süddeutschen Raum die Rechtsnachfolger von Napoleons Gnaden. Der Ordensbesitz um Mergentheim, der zunächst an das habsburgische Kaiserhaus übergegangen war, wurde nach dem für Österreich unglücklich ausgegangenen Krieg von 1809 von Württemberg gewaltsam militärisch besetzt, ein Aufstand der Bevölkerung blutig niedergeschlagen. Im gleichen Jahr erklärte Napoleon den Orden in allen Staaten des Rheinbundes für aufgelöst.

In wirtschaftlichen Zahlen ausgedrückt fielen dadurch jährliche Kameralgefälle in Höhe von 272 584 Gulden an Bayern, 275 068 Gulden an Württemberg und 44 472 Gulden an Baden, wobei für Baden die Einkünfte der reichen Ballei Elsaß-Schwaben-Burgund, die ein Vielfaches dieser Summe ausmachten, gar nicht berücksichtigt sind.

In Österreich lebte der Orden zunächst als habsburgisches Adelsinstitut fort. Unter dem Hochmeister Maximilian von Österreich-Este kam es um die Mitte des 19. Jahrhunderts zu einer ersten geistigen und geistlichen Erneuerung. 1837 wurde das mittelalterliche Institut der Deutschordensschwwestern wiederbelebt, seit 1854 kam es zur Errichtung von Priesterkonventen in Lana (Südtirol), Troppau und Laibach. Nach dem Untergang der habsburgischen Monarchie erfolgte 1929 die päpstliche Umwandlung des Ritterordens in einen rein geistlichen Orden der katholischen Kirche mit einem priesterlichen Hochmeister im Rang eines Abtes an der Spitze. 1946 nahmen Deutschordensbrüder und -schwwestern ihre seelsorgerlich-

karitative Tätigkeit in Deutschland wieder auf, denen Laienmitglieder, sog. Familien, helfend an die Seite traten. 1970 schließlich nahm das Generalkapitel den alten Titel der »Brüder vom Deutschen Haus St. Mariens in Jerusalem« (»Deutscher Orden«) wieder an.

Im Jahre 1980 betreuen Deutschordenspriester 38 Pfarreien und Seelsorgestellen in der Bundesrepublik Deutschland, in Österreich, Italien und Jugoslawien, und Schwestern des Deutschen Ordens versehen in den gleichen Ländern, darunter auch in Baden-Württemberg (z. B. Caritas-Krankenhaus Bad Mergentheim), 55 z. T. ordenseigene Krankenhäuser, Altenheime, Schulen, Kindergärten u. v. a., unterstützt von über 400 weltlichen und geistlichen Familien, die sich für den südwestdeutschen Bereich zur Komturei »Am Oberrhein, Neckar und Bodensee« zusammengeschlossen haben. Die Militia Christi, unter der der Orden im 12. Jahrhundert antrat, wird heute wieder verwirklicht unter dem urchristlichen Leitwort: »Helfen und Heilen«.

Quellen und Literatur:

- Staatsarchiv Ludwigsburg B 231 – B 342 (Deutschorden) passim
Zur Deutschordenspflege Vaihingen vgl. insbesondere
B 232 Rechnungen II
B 235 Lagerbücher
B 270 Pflege Vaihingen (Reg. akten)
B 314 Pflege Vaihingen (Hofkam.-Akten)
Württembergisches Urkundenbuch Bd. II – XI, 1871–1913
Weller, K., Hohenlohesches Urkundenbuch Bd. I–III, 1899–1912
Tumler, K., Der Deutsche Orden im Werden, Wachsen und Wirken bis 1400. . . , Wien 1954
Tumler, M. und Arnold, U., Der Deutsche Orden. Von seinem Ursprung bis zur Gegenwart, 1974
Voigt, J., Geschichte des Deutschen Ritterordens in seinen zwölf Balleien in Deutschland, 2 Bde, 1857, 1859
Hofmann, H. H., Der Staat des Deutschmeisters (Studien zur Bayer. Verfassungs- u. Sozialgeschichte 3), 1964
Maschke, E., Domus Hospitalis Theutonicorum (Quellen und Studien z. Geschichte d. Dt. Ordens Bd. 10), 1970
Favreau, M. L., Studien zur Frühgeschichte des Deutschen Ordens (Kieler Histor., Studien 21), o. J. (1974)
Köllenberger, H., Der Deutsche Ritterorden im Westteil der Ballei Franken bis zur Reformation. Phil. Diss. (Masch.) Heidelberg 1951
Demel, B., Der Deutsche Orden und seine Besitzungen im südwestdeutschen Sprachraum vom 13. bis 19. Jahrhundert. In: Zs. f. Württ. Landesgesch. Jg. 31, 1972 S. 16–73
Demel, B., Mergentheim – Residenz des Deutschen Ordens (1525–1809). In: Zs. f. Württ. Landesgesch. Jg. 34/35, 1974/75 S. 142–212

- Wojtecki, D., Der Deutsche Orden im Württembergischen Franken. Zur Entwicklung, Besitz- und Personalgeschichte der Kommenden Mergentheim, Heilbronn und Horneck. In: Württ. Franken 60, 1976 S. 55-113
- Müller, K. O., Das Finanzwesen der Deutschordensballei Elsaß-Schwaben-Burgund im Jahre 1414. In: Histor. Jahrbuch 34, 1913, S. 281-323.
- Specker, H. E., Reichsstadt und Stadt Ulm bis 1945. In: Der Stadtkreis Ulm, Amtliche Kreisbeschreibung, 1977, S. 86ff.
- Seiler, A., Horneck-Mergentheim-Ludwigsburg. Zur Überlieferungsgeschichte der Archive des Deutschen Ordens in Südwestdeutschland. In: Horneck, Königsberg, Mergentheim (= Schriftenreihe Nordost-Archiv Heft 19, Lüneburg 1980), S. 53-102

Kirche und kirchliches Leben in Tamm im Wandel der Jahrhunderte*

Von Paul Sauer

Bis Mitte des 15. Jahrhunderts gehörte Tamm kirchlich zu Markgröningen. Es besaß eine Kapelle oder Filialkirche. Diese war St. Bartholomäus, dem Heiligen der Schäferzunft, geweiht. Mit dem Aufkommen des Schäfermarkts und des Schäferlaufs übernahm die ursprünglich St. Peter und Paul geweihte Markgröninger Stadtkirche gleichfalls diesen Heiligen als Patron. Die weite Entfernung von der Mutterkirche, die für die Bewohner Tamms manche Unannehmlichkeiten im Gefolge hatte, aber auch die wachsende Bevölkerung bewogen im Jahr 1331 *den Schultheißen und die Gemeinde des Dorfes Tamm*, mit Erlaubnis Meister Heinrichs von Stockach, Chorherrn zu Konstanz und zugleich Kirchherrn zu Markgröningen, des Vogts Konrad von Schlüsselberg, der damals die Stadt Markgröningen als Reichslehen innehatte, sowie des Schultheißen und der Richter von Markgröningen eine Frühmesse in ihrem Gotteshaus zu errichten. Mit der Gründung der Frühmesse kam ein Priester ins Dorf, der täglich eine Messe las und die Bevölkerung seelsorgerisch betreute. Die Befugnis, Taufen, Trauungen und Beerdigungen vorzunehmen, blieb auch weiterhin bei der Markgröninger Stadtkirche. Dennoch war die Gemeinde Tamm bei ihrem offenkundigen Bestreben nach kirchlicher Verselbständigung einen beachtlichen Schritt vorangekommen. Daß ein Dorf bereits in der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts eine so gewichtige Pfründe aus eigenem Vermögen ausstattete und eine Urkunde darüber ohne Vermittlung der Ortsherrschaft ausstellte, zeugt einerseits von der Wohlhabenheit Tamms und andererseits von einer bemerkenswerten Eigenständigkeit, die seine Einwohner bei der Verwaltung ihrer Angelegenheiten besaßen. Fünfzehn Jahre nach der Errichtung der Frühmeßpfründe vermehrte die Gemeinde die Jahreseinkünfte ihres Frühmessers um 12 Simri Roggen und um 26 Schilling Heller.

Die Verfügungsgewalt über Vermögen und Einkünfte der Filialkirche Tamm hatte der Rektor oder Kirchherr der Markgröninger Stadtkirche. 1402 war dies der Sohn von Syfferlin, Kammerherr Graf Eberhards III. von Württemberg. Über die Errichtung der selbständigen Pfarrei Tamm ist keine Urkunde mehr erhalten. Der württembergische Chronist Steinhofer berichtet 1746 sehr wahrscheinlich auf Grund ihm vorliegender, inzwischen aber verlorengegangener Quellenzeugnisse, Graf Ludwig von Württemberg habe im Jahr 1456 der Tammer Einwohnerschaft erlaubt, eine eigene Pfarrei und einen eigenen Pfarrherren *füröhin* zu haben. In

* Geringfügig veränderte Fassung des am 28. Januar 1980 anlässlich der Wiedereinweihung der restaurierten Tammer Bartholomäus-Kirche gehaltenen Vortrags. Der Vortrag wurde bereits in der von der Evangelischen Kirchengemeinde Tamm im Sommer dieses Jahres herausgegebenen Schrift »Kirche und Kirchliches Leben in Tamm in Vergangenheit und Gegenwart« veröffentlicht.

dieselbe Zeit wie die Erhebung der Tammer Kirche zur eigenständigen Pfarrei fällt der Neubau des Gotteshauses. Unter der Leitung des Baumeisters Heinzelmann entstand die imposante spätgotische Chorturmanlage, die in unserer Gegend einzigartig ist. Georg Sigmund Graf Adelman vermutet, daß der Baumeister die Anregung zu dieser Anlage (*ein mächtiger Turm sitzt über dem hohen Chor, der sich nach Osten über den Turm hinaus noch dreiseitig fortsetzt*) möglicherweise durch seine Tätigkeit in Ulm, Nördlingen, Esslingen und Nürnberg bekommen habe. Die Steinmetzgruppe, die hier am Werk war, läßt sich auch in Beihingen und Großingersheim nachweisen.

Die Einkünfte aus dem nur 15 Morgen großen Widumhof, dem Pfarrhof, mit dem die Verpflichtung zur Haltung des Dorfebers verbunden war, standen seit der Verselbständigung der Pfarrei dem Ortspfarrer zu. Ebenso wurden diesem Ansprüche auf den Kleinen Zehnten sowie Teile des Heuzehnten eingeräumt. Aus einem Hof in Bissingen erhielt er zudem jährlich je 5 1/2 Malter Roggen, Dinkel und Haber. Nach dem Hofbrief vom 1. August 1465 hatten die *Hofleute*, die Inhaber, die Güter ordnungsgemäß zu bebauen. War dies nicht der Fall, konnte ihnen der Pfarrer den Hof wegnehmen und in andere Hände geben. Wenn die Hofleute ihre Fruchtabgaben im Herbst in Tamm ablieferten, hatte ihnen der Ortsgeistliche an Essen und Trinken dem Mahl entsprechend zu reichen, das an diesem Tag auf seinen Tisch kam.

Zu Beginn des 16. Jahrhunderts bestanden in Tamm eine Pfarrei und eine Frühmesse. An auswärtigen geistlichen Institutionen waren hier mehrere Kaplaneien in der Markgröninger Stadtkirche, das dortige Heilig-Geist-Spital, das Benediktinerkloster Lorch, einst Hauskloster des Kaisergeschlechts der Hohenstaufen, sowie die Frühmesse in Möglingen begütert. Zehntanteile besaßen die St. Peter-Kaplanei in Vaihingen an der Enz, die Pfarrei Geisingen und die Kaplanei Unterberg. Die Natural- und Geldeinkünfte, die die auswärtigen Pfarreien, Kaplaneien und sonstigen kirchlichen Institutionen von hier bezogen, dienten, soweit sie nicht wie beim Kloster Lorch zur grundherrschaftlichen Besitzausstattung gehörten, dem Unterhalt von Priestern, der Förderung und Vertiefung des Gottesdienstes und der Seelsorge, der Wahrnehmung karitativer Aufgaben sowie der Erhaltung kirchlicher Gebäude. So bezog das Markgröninger Spital aus einem Morgen Weingarten beim Bäumle für seine armen Siechen, d. h. Kranken, 6 Maß Wein. Die kirchlichen Institutionen verdankten einen nicht unerheblichen Teil ihres Besitzes und ihrer Einkünfte frommen Stiftungen, sogenannten Seelgeräten, die Angehörige der verschiedensten Bevölkerungsschichten um ihres Seelenheils willen gemacht hatten und machten.

Über den Bezug des Kleinen Zehnten, also des Zehnten von Gewächsen wie Erbsen, Linsen, Bohnen, Rüben, Kraut, Zwiebeln, Hanf und Flachs, die gewöhnlich nicht in der Feldflur, sondern in Gärten und Ländern angepflanzt wurden, ferner von dem auf der Markung erzeugten Obst, kam es wiederholt zu Zwistigkeiten zwischen dem Pfarrer und den Dorfbewohnern. Aber auch andere dem Ortsgeistlichen zustehende oder von ihm beanspruchte Rechte und Einkünfte waren zuzeiten strittig. Am 16. März 1501 entschied der Generalvikar des Bischofs Ludwig von Speyer eine Zehntangelegenheit in Tamm. Wenige Jahre später mußte sogar der Landesherr eingreifen: Am 23. August 1506 beendete Herzog Ulrich von Württemberg einen Streit zwischen Pfarrer Albertus Ercklin und der Gemeinde durch einen

Vergleich. Die Tammer hatten sich offensichtlich bisher dagegen gesträubt, die ihnen bei der Errichtung der Pfarrei auferlegte jährliche Abgabe von 10 Pfund Heller ordnungsgemäß zu bezahlen. Dazu wurden sie jetzt angehalten. Ebenso hatten sie zur *Bedeckung des Pfarrhauses* Sand, Kalk und Steine beizufahren, damit der Pfarrer das Haus in einen befriedigenden baulichen Zustand bringen konnte.

Die Lehre Martin Luthers gewann in Württemberg unter der von 1520 bis 1534 währenden österreichischen Herrschaft nur wenige Anhänger. Die Regierung, aber auch die bürgerliche Oberschicht, die sogenannte Ehrbarkeit, hielten streng am alten Glauben fest und duldeten in religiöser Hinsicht kein Aufmucken. Mit der blutigen Niederschlagung der revolutionären Bewegung der Bauern im Jahr 1525 wurden nicht nur optimistische politische und soziale Zukunftserwartungen weiter Volkskreise gewaltsam erstickt, sondern auch deren Vertrauen in die von Luther ins Werk gesetzte kirchliche Erneuerung erschüttert. Allzu scharf hatte sich der Reformator von der revolutionären Sache der Bauern distanziert. Manche der in ihren Wünschen und Hoffnungen auf eine sozial gerechtere Gesellschaftsordnung so sehr Getäuschten wandten sich der schwärmerischen Glaubensrichtung der Wiedertäufer zu, die in zahlreichen Orten unserer Gegend starken Zulauf fand. Aus Tamm ist nur ein Wiedertäufer bekannt: Adam Schnyder. Diesem wurde 1534 nicht nur zum Vorwurf gemacht, daß er *die allweg in der christlichen Kirche gebrauchte Kindstaufe als einen Greuel* bezeichnet und abgelehnt hatte, sondern daß er sich ebenso wie Wernher Östreicher aus Neckargröningen hatte wiedertaufen lassen und sich zu einigen anderen irrigen Artikeln bekannt hatte. Zusammen mit Wernher Östreicher sowie mit Hans und Veltin den Fritzen von Dettingen/Teck wurde er in Kirchheim/Teck inhaftiert. Doch Herzog Ulrich, kurz zuvor aus dem Exil zurückgekehrt und im Begriff, sein Land der Reformation zuzuführen, ließ Milde walten. Er beauftragte einige Theologen, die vier Männer, deren bisheriges Wohlverhalten ausdrücklich bezeugt wird, aus der heiligen Schrift zu unterweisen, damit sie ihren Irrtum einsahen, ihn widerriefen und sich künftig an die christliche Ordnung hielten. Der Widerruf bzw. dieses Versprechen leisteten die Gefangenen. Sie wurden daraufhin aus der Haft entlassen. Sehr wahrscheinlich wäre Schnyder, wenn sein *Vergehen* zur Zeit der österreichischen Herrschaft ruchbar geworden wäre, härter angefaßt worden. Daß weitere Tammer mit der Wiedertäuferbewegung sympathisierten, steht zu vermuten. Aktenkundig ist darüber nichts. Freilich fließen die Quellen über Tamm in der Reformationszeit äußerst spärlich.

Wie bereits angedeutet, entschloß sich Herzog Ulrich 1534 nach seiner Rückkehr, die Reformation, der er sich während seines 15jährigen Exils persönlich zugewandt hatte, in Württemberg einzuführen. Durch den Theologen Erhard Schnepf ließ er das *Land unter der Steig* [d. h. unter der alten Stuttgarter Weinsteige] reformieren. An die Stelle der Messe trat die deutsche Predigt und der deutsche Gemeindegesang. Das Abendmahl wurde in beiderlei Gestalt gefeiert. Die Bibel erlangte im kirchlichen Leben Württembergs, in dem durchaus im Lutherischen Sinne das Priestertum aller Gläubigen betont wurde, eine zentrale Bedeutung. Sehr ernst nahm die Kirche der Reformation auch soziale Aufgaben. So wurde die Armenfürsorge auf eine neue Grundlage gestellt. Die für den evangelischen Gottesdienst entbehrlich gewordenen Ornate und Kirchengüter ließ die Regierung einziehen und die wertvollen Stücke nach Stuttgart in die herzogliche Schatzkammer bringen. Den Kirchen verblieben im allgemeinen nur die notwendigsten Abendmahlgeräte. Die bisherigen katholischen

Priester wurden vor die Wahl gestellt, den Lutherischen Glauben anzunehmen und den Gottesdienst nach der neuen Ordnung zu gestalten oder aber ihr Amt gegen eine ihnen zugesicherte Pension aufzugeben. In Tamm wirkte damals Pfarrer Balthasar Plieninger, dem erst ein Jahr zuvor die Pfarrei von der königlich österreichischen Regierung übertragen worden war. Er trat zwar zum evangelischen Glauben über, vertauschte aber seine Pfarrei Tamm mit der besser dotierten in Affalterbach bei Marbach. Sein Nachfolger wurde Weigandt Holtzwardt. Der zweite Geistliche, der Frühmesspriester, wurde, da die Frühmesse als kirchliche Einrichtung zu bestehen aufhörte, entbehrlich. Ob er ein Gemeindepfarramt übernahm oder ob er sich ein anderes kirchliches oder karitatives Betätigungsfeld suchte, wissen wir nicht. Die Bevölkerung wurde nach ihrer Einstellung zum neuen Glauben nicht gefragt. Sie hatte sich dem landesherrlichen Willensentschluß zu fügen. Immerhin gaben Herzog Ulrich und seine Ratgeber in beschränktem Umfang der Toleranz Raum. So war es der erklärte Wille des Fürsten, daß niemand zur Annahme der reformatorischen Lehre gezwungen werden sollte. Zu einem ernstlichen Widerstand gegen den obrigkeitlich eingeführten Glauben scheint es in Tamm nicht gekommen zu sein. Sicher hat es Einwohner gegeben, die weiterhin der alten Kirche anhängen. Allerdings fehlte ihnen hinfort die geistliche Führung. Sie konnten sich mit ihren Anliegen, Fragen und Nöten nur an den evangelischen Ortsgeistlichen wenden. Soweit dieser selbst kurz zuvor noch katholischer Priester gewesen war, dürften sie im allgemeinen bei ihm das erwartete seelsorgerische Verständnis gefunden haben. Doch auch bei den neu ins Land gerufenen Pfarrern – nur ein Teil der seitherigen katholischen Geistlichen hatte sich dem Verlangen des Herzogs gebeugt und war zum evangelischen Glauben übergetreten – überwog die Bereitschaft, die Bevölkerung in behutsamer Weise aus den traditionellen Bindungen zu lösen und sie für die Lutherische Lehre zu gewinnen.

In Tamm mußte sich Pfarrer Holtzwardt in einem elementaren Sinne um seine und seiner Familie Leibesnotdurft kümmern. Jahrelang kämpfte er um die Rückerstattung von Geld- und Naturaleinkünften, die der Pfarrei entzogen worden waren, und um eine Instandsetzung des baufälligen Pfarrhauses. Daß sich ein Geistlicher, der so stark von der Sorge um eine materielle Existenzsicherung belastet war, nicht mit der Hingabe seinen seelsorgerischen und erzieherischen Aufgaben widmen konnte, wie dies bei einer Bevölkerung nötig gewesen wäre, die einer neuen geistlichen Orientierung bedurfte, liegt auf der Hand. Dennoch entwickelten sich die kirchlichen Verhältnisse zunächst auch in Tamm ohne Bruch. An die Stelle von Pfarrer Holtzwardt trat schon bald danach Pfarrer Johannes Gutenberg, ein bereits älterer Mann, dem die Sache des Evangeliums Herzensangelegenheit war und dem es, wie wir sogleich hören werden, an Bekennermut nicht fehlte.

Die Niederlage der protestantischen Reichsstände im Schmalkaldischen Krieg gegen Kaiser Karl V. und die katholischen Fürsten 1546/47 stellte den Fortbestand des kirchlichen Reformwerks in Württemberg für einige Jahre in Frage. Der Hohenasperg erhielt eine spanische Besatzung, die die Umgebung durch Raub, Plünderung und sonstige Übergriffe in schlimmer Weise drangsalierte. Das vom Kaiser verfügte Interim, das auf eine Wiederherstellung der früheren kirchlichen Zustände abzielte, den Protestanten jedoch einige geringfügige Zugeständnisse machte, mußte mit aller Strenge durchgeführt werden. In den Kirchen wurde wieder die Messe gefeiert, der katholische Gottesdienst restituiert. Die Bevölkerung lehnte

jedoch in ihrer überwiegenden Mehrheit die Rückkehr zum alten Glauben ab und setzte den Versuchen, sie zu einem solchen Rücktritt zu bewegen, passiven, mit politischen Mitteln nicht zu brechenden Widerstand entgegen. So blieb sie etwa den Meßfeiern fern und verweigerte den Gebrauch der Sakramente. Besonders standhaft verhielten sich die evangelischen Geistlichen. Sie nahmen um ihres Glaubens willen Verfolgung und bittere Not für sich und ihre Familien auf sich.

Der auf dem Hohenasperg als Seelsorger der Besatzung eingesetzte katholische Kaplan versicherte sich der Unterstützung der Spanier und verbot den Predigern der Umgebung, den württembergischen Untertanen das Wort Gottes zu verkündigen, die Kinder in der christlichen Lehre zu unterweisen, *auch die Heiligen Sakramente und sonderlich des Herrn Nachtmahl nach der Einsetzung unseres Herrn Jesu Christi unter beiderlei Gestalt zu administrieren*. In arge Bedrängnis geriet der suspendierte Tammer Pfarrer Johannes Gutenberger, der sich wie die Pfarrer in den benachbarten Orten geweigert hatte, das Interim anzunehmen. Im April 1549 hatte der Büchsenmacher Clemens auf dem Hohenasperg Gutenberger durch einen Boten bitten lassen, auf den Berg zu kommen und seiner schwerkranken Gattin das *Nachtmahl* zu reichen. Bereitwillig entsprach Gutenberger der Bitte. Auf seine Frage, in welcher Gestalt er der Kranken das heilige Abendmahl reichen solle, erklärte ihm Clemens, es solle so geschehen, wie dies vormalig üblich gewesen sei, als noch die Deutschen auf der Festung gelegen hätten. Da der Kommandant, ein Oberst, nicht anwesend war, erwirkte der Pfarrer die Erlaubnis zu der Sakramentshandlung von dessen Stellvertreter, und er vollzog sie sodann im Beisein vieler Deutscher, aber auch etlicher Spanier. Einige Wochen später, an Pfingsten, wurde Gutenberger nach Unterasperg, der heutigen Stadt Asperg, gerufen, um dort das Evangelium zu verkündigen, auch mehreren schwangeren Frauen und sonstigen gutherzigen Leuten das Abendmahl zu reichen. Wiederum folgte er dem Ruf ohne Zögern. Doch als er in der Unterasperger Kirche die Vorbereitungen zur Feier des Abendmahls traf, erschien der Meßpriester von der Festung im Gotteshaus und verlangte zu wissen, was er vorhabe. Gutenberger antwortete, er sei im Begriff, *den Begehrenden das Nachtmahl des Herrn in beiderlei Gestalt* zu reichen. In dem sich nun entspinneenden erregten Disput warf der Priester Gutenberger vor, er und seinesgleichen seien von der christlichen Kirche abgefallen. Der Pfarrer verwahrte sich gegen die Bezeichnung mit theologischen Argumenten, wobei er sich insbesondere auf Paulus berief. Seine Argumente ließ der Kaplan nicht gelten. Doch fand er sich auf die Aufforderung Gutenbergers schließlich bereit, die Kirche zu verlassen, so daß der Pfarrer die Abendmahlsfeier vollenden konnte. Beim Hinausgehen äußerte der Priester noch, er wolle lieber Gras als Gutenbergers Sakrament fressen. Am nächsten Tag erschien er in Markgröningen und wollte unter Berufung auf den Festungskommandanten den Vogt bestimmen, Gutenberger zur Anerkennung des Interims zu zwingen oder ihn zur Strafe zu ziehen. Der Vogt nahm sich jedoch des alten Pfarrers an, der sich schon zuvor seiner Hilfe versichert hatte. Er stellte fest, weder Gutenberger noch andere Pfarrer, die in den Orten um den Asperg ansässig seien, hätten sich bereit erklärt, die Messe zu lesen und dem Interim gemäß zu handeln, sondern sie seien *gänzlich müßig gestanden*, d. h. sie hätten sich aller kirchlichen Amtshandlungen enthalten. Falls sie jedoch Kirche hielten und sich über das Interim hinwegsetzten, sollten sie umgehend in Haft genommen, auf den Hohenasperg gebracht und dort bis zur Ankunft des Kaisers verwahrt werden. Gutenberger

wurde in dieser Angelegenheit nicht weiter behelligt. Allerdings hatte er andere harte Drangsale zu erdulden: So wurde er einmal von der Festungsbesatzung völlig ausgeplündert. Daß die Spanier in der Folgezeit ein wachsameres Auge auf die suspendierten Pfarrer hatten, damit diese nicht das Interim verletzten, beweist ein Einzelfall. Fünf bis sechs Spanier erschienen eines Tages in Münchingen, zechten dort auf Kosten des Heiligen, der Kirchenpflege, wobei sie sich brüsteten, sie hätten vom Kaiser Befehl, die Orte um den Asperg zu visitieren. Die herzoglichen Räte vermuteten nicht zu Unrecht, daß der Bietigheimer Interimpriester Bartholomäus Scheck durch seine Verdächtigungen und Anschuldigungen die Besatzung auf dem Hohenasperg zu solchen Aktivitäten anreize.

Langsam bahnte sich eine Wende an. Die politische Konstellation änderte sich grundlegend. Kaiser Karl V. bedurfte jetzt wieder der gedemütigten protestantischen Fürsten. Herzog Christoph, der Sohn und Nachfolger des im November 1550 verstorbenen Herzog Ulrichs, nutzte die sich bietende Gelegenheit. Am 9. und 10. September 1552 traf er sich mit dem Kaiser in Markgröningen und rang dem Herrscher, in dessen gewaltigem, sich nahezu über den ganzen Erdball erstreckendem Reich die Sonne nicht unterging, die Aufhebung des Interims, die Bestätigung der fürstlichen Freiheiten und nicht zuletzt den Abzug der fremden Besatzung – die spanische war im Vorjahr durch eine deutsche Besatzung ersetzt worden – vom Hohenasperg ab. Der Herzog, nunmehr wieder Herr im eigenen Haus, gab in den folgenden Jahren im Zusammenwirken mit dem Schwäbisch Haller Reformator Johannes Brenz der evangelischen Landeskirche Württembergs eine festgefügte äußere und innere Form, die rund zweieinhalb Jahrhunderte ihre Gültigkeit behalten sollte.

Pfarrer Johannes Gutenberger war bei der Aufhebung des Interims ein kranker, gebrochener Mann, der seine Amtsgeschäfte nicht mehr versehen konnte. 1554 übernahm der wohl aus Schwäbisch Hall stammende Leonhard Weidenbach, der in Basel und Tübingen Theologie studiert hatte und zuvor Diakon in Großingersheim gewesen war, die Pfarrei Tamm und betreute sie 44 Jahre lang bis zum Jahr 1598.

Der von 1618 bis 1648 wütende Dreißigjährige Krieg brachte über Tamm fürchterliches Unheil. Hunger, Krankheiten und Gewalttaten der zunehmend verrohenden Heere, fiel ein Großteil der Einwohner zum Opfer. Während der zehnmonatigen Belagerung des Hohenaspergs durch kaiserliche Truppen 1634/35 wurde das Dorf gänzlich eingäschert. Bis 1639 war es dann völlig verlassen. Pfarrer Jakob Bernhäuser, seit 1598 in Tamm, starb 1627. Vielleicht wurde er durch die damals grassierende Pestseuche dahingerafft. Sein Nachfolger Johann Jakob Herrenberger flüchtete im September 1634 mit einem Teil seiner Gemeindeglieder auf den Hohenasperg und suchte dort sein seelsorgerisches Wirken fortzusetzen. Nach der Kapitulation der Festung wandte er sich nach Marbach, starb aber schon bald. Seitdem hatte Tamm keinen Pfarrer mehr. Die kirchliche Betreuung der ersten nach 1640 in das verbrannte Dorf zurückgekehrten Einwohner erfolgte von Markgröningen aus. Dekan David Cleß tat viel, um das Elend in Stadt und Amt zu mildern und den armen gequälten Menschen seelsorgerisch zur Seite zu stehen. 1642 hatte Tamm in Jörg Ruoff wenigstens wieder einen Schulmeister und Mesner.

Bei Kriegsende 1648 war Tamm noch immer ein Geisterdorf. Verbrannte, verfallene Hausruinen und über diese hinausragend der rauchgeschwärzte, zerschossene Kirchturmstumpf, der das einstige Schmuckstück des Dorfes, den Chor, umschloß;

dieser jetzt fensterlos und ohne Dach, dem Verfall preisgegeben. Zwischen den Trümmern erhoben sich die ersten Behelfs- und Neubauten: einige kümmerliche Häuschen und Scheunen. 1648/49 lebten in dem Dorf, das vor dem Großen Krieg etwa 550 Einwohner gezählt hatte, nur wenige Familien und Einzelpersonen. Bis 1654 stieg die Zahl der Einwohner auf 87, bis 1661 auf 154 an. 1703 lebten in Tamm wieder 432 Menschen.

1650 wandten sich die Tammer an ihren Landesherrn, Herzog Eberhard III., mit der eindringlichen Bitte, ihnen doch die Mittel zu verschaffen, damit sie ihren beschädigten Kirchturm mit einem Dach versehen könnten. In ihrer Eingabe legten sie dar: Es wohnten jetzt wieder 17 Familien im Dorf, freilich in sehr schlechten und liederlichen Hüttlein. Scheunen, in denen sie die wenigen von ihnen geernteten Früchte unterbringen könnten, besäßen sie kaum. Am allermeisten aber fehle ihnen die Kirche, weil sie den Gottesdienst *nicht der Gebühr nach abwarten* könnten. Zwar kämen sie in dem noch stehenden halben Turm zusammen, doch fänden sie sich dort mit wachsender Besorgnis ein. Der Turm habe seit 16 Jahren kein Dach mehr, sei von Regen und Schneewasser so *erfeuchtet*, daß er völlig durchlöchert erscheine und man überall durchschauen könne. Wenn man ihn nicht bald mit einem Dach ausstatte, werde er über kurz oder lang *übereinanderfallen* und, was Gott verhüten möge, Pfarrer und Zuhörer erschlagen. Nach dem vorliegenden Kostenüberschlag dürfte ein niedriges einfaches Dach einen Aufwand von 300 Gulden verursachen. Eine solche Summe aber könnten die 17 Familien, von denen bislang noch nicht einmal alle einen Unterschlupf gefunden hätten, unmöglich aufbringen. Zudem sei es gewiß um keinen anderen Flecken im Markgröninger Amt derzeit übler als um Tamm bestellt. In Stuttgart erkannte man die besondere Notlage des Dorfes durchaus, aber in Anbetracht der Hilferufe aus dem ganzen Land fiel die herrschaftliche Beisteuer zum Kirchturmdach über die Maßen bescheiden aus. Die Kloster Hirsausche Pflege in Weil der Stadt wurde angewiesen, für das Tammer Bauwesen 8 Scheffel Dinkel und 4 Scheffel Haber zur Verfügung zu stellen. Zugleich erhielt die Geistliche Verwaltung Markgröningen den Auftrag, streng darauf zu sehen, daß diese Getreidebeisteuer nur für den genannten Zweck verwendet wurde. Mit diesen wenigen Scheffeln Dinkel und Haber, die bei den niedrigen Fruchtpreisen ohnehin nur wenig einbrachten, ließ sich das Bauvorhaben vorläufig nicht verwirklichen.

Bis 1654 gelang es, die stehengebliebenen Umfassungsmauern der Kirche mit einem Notdach zu versehen, nicht jedoch den Turm. Dekan Cleß schrieb in seinem Visitationsbericht: *Die gute arme verbrannte Leut wissen ihnen selbst nicht zu helfen*. Schlaglichtartig beleuchtet dann seine weitere Bemerkung die desolaten Zustände in Tamm: *Auf den Pfarrkeller ist noch kein Hütten gemacht, welches doch mit 5 oder 6 Gulden geschehen könnte*.

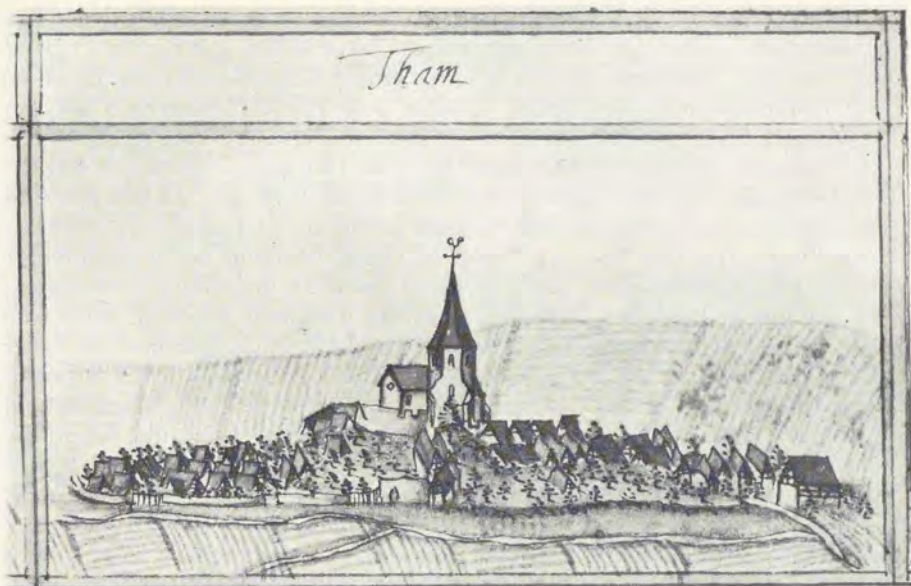
Seit Jahren versah der Markgröninger Diakon Lang die Pfarrei Tamm. Die Gemeinde war mit ihm *wohl zufrieden*. Lang mutete sich offensichtlich zu viel zu, predigte er doch etwa 1656 auch noch in Asperg. Anfang 1658 erlitt der nunmehr 63jährige einen Schlaganfall, der ihn für zwei Wochen der Sprache beraubte. Kaum einigermaßen genesen, nahm er seinen beschwerlichen Doppeldienst wieder auf. Im Juli 1658 sah er sich dann freilich im Hinblick auf seine angeschlagene Gesundheit zu der Eingabe gezwungen, ihm das Diakonats Markgröningen abzunehmen und ihm allein noch die Pfarrei Tamm zu übertragen. Dekan Cleß befürwortete das Gesuch,

wobei er darauf hinwies, daß der Herzog den Bau des Pfarrhauses in Tamm bewilligt habe und daß Lang dorthin übersiedeln werde, sobald das Haus ein wenig *zugerüstet* sei. Leider erlebte Pfarrer Lang den Umzug nach Tamm nicht mehr. Er starb im April 1659. Die Gemeinde Tamm bat, die Pfarrei so rasch wie möglich wieder mit einem *tauglichen Subiecto* zu besetzen, diesem aber so lange in Markgröningen Unterschlupf zu gewähren, bis das Pfarrhaus in Tamm wieder aufgebaut sei.

Mit dem Nachfolger Langs, Pfarrer Friedrich Heinlin, hatte die Gemeinde wenig Glück. Er erkrankte, kaum daß er sein Amt angetreten hatte, an einer *Melancholie*. Die starke *cura medica*, die sein Vater Johann Jakob Heinlin, Abt zu Bebenhausen, für notwendig hielt, brachte keine Besserung. Man versuchte andere *Medicamenta*, ließ den Bedauernswerten zur Ader und nahm eine Sauerbrunnenkur mit ihm vor. Doch alles war vergeblich. Er blieb, wie der Dekan berichtete, bei seinem *opinatri-schen Kopf*, d. h. bei seinen Fantastereien, Einbildungen, haderte mit Gott, schimpfte auf den Landesfürsten und auf dessen Räte, schlug und kratzte seine Frau, auch behandelte er seinen Schwiegervater, den herzoglichen Kellereibeamten auf dem Hohenasperg, schändlich. Indessen fand sich das Konsistorium zu einer Ablösung Heinlins erst bereit, als keine Aussicht mehr bestand, daß er von seiner Geisteskrankheit geheilt werden könnte. Die seelsorgerische Betreuung der Gemeinde hatte zwischenzeitlich ein Vikar zu besorgen. 1663 übernahm Alexander Hölderlin, der Urgroßvater des Dichters Friedrich Hölderlin, für sechs Jahre die Pfarrei. Er konnte in das inzwischen erstellte neue Pfarrhaus einziehen.

1664 endlich vermochten die Tammer daranzugehen, ihre Kirche wieder notdürftig instand zu setzen. Doch auch jetzt waren die Mittel, die sie dafür aufzubringen in der Lage waren, völlig unzureichend. Sie mußten daher erneut an die Gnade des Herzogs appellieren. Dieser verschloß sich den Bitten der Gemeinde nicht. Tamm erhielt aus den kirchlichen Getreide- und Weinvorräten 1 Scheffel Roggen, 4 Scheffel Dinkel sowie 3 Eimer Wein bewilligt. Außerdem wurde ihm ein Sammelpatent ausgestellt, das ihm die Befugnis einräumte, in einem bestimmten Bezirk milde Gaben für seinen Kirchenbau zu sammeln. Diese Aktion ergab 100 Gulden. Die Kirche benötigte noch eine Glocke. Hier kam der Landesherr der Gemeinde abermals zu Hilfe. Aus dem Stuttgarter Zeughaus wurde ihr eine 268 Pfund schwere Glocke samt Glockenstuhl um 128 Gulden und 12 Kreuzer überlassen. An dieser Summe sollte sie die Hälfte sofort, den Rest innerhalb Jahresfrist bezahlen. Doch wegen anderer unabweisbarer Ausgaben für die Kirche sah sie sich außerstande, die 128 Gulden 12 Kreuzer zu entrichten. Jahrelang blieb die Schuld unbeglichen. Schließlich erließ sie der Herzog 1676 im Gnadenwege.

Die Mittellosigkeit der Bürgerschaft, das Heiligen und der Gemeinde erlaubte 1664 lediglich, Kirche und Turm in ihrer äußeren Gestalt wiederherzustellen. An den Innenausbau war nicht zu denken. Noch 1672 fehlte die *Borkirchen*, d. h. die Empore, sowie alle Chorfenster. Die Fensteröffnungen im Chor waren mit einem Bretterschlag abgeschirmt. Freilich mußte man, um das Licht nicht ganz aus der Kirche zu verbannen, die oberen Teile der Fensteröffnungen frei lassen. Dies wirkte sich vor allem im Winter nachteilig aus, wenn Schnee und Kälte durch diese Löcher ungehindert eindringen konnten. In einer Eingabe führten Pfarrer, Schultheiß, Bürgermeister, Gericht und Rat im Namen der ganzen Gemeinde bewegt Klage. Die Männer, ledigen Gesellen und Schulknaben hätten, so schrieben sie, wegen des Fehlens einer Empore während des Gottesdienstes ihre Stehplätze im Chor. Dies



Tamm 1682. Zeichnung von Andreas Kieser (Vorlage und Foto Hauptstaatsarchiv Stuttgart)

bewirke vor allem im Sommer, wenn sich zu den Einwohnern noch in größerer Zahl fremde Arbeiter, die bei den Fortifikationsarbeiten auf dem Hohenasperg beschäftigt und in Tamm einlogiert seien, gesellten, eine drangvolle Enge. Die männlichen Gottesdienstbesucher mußten dann *wie eingespannte Schäflein* die Predigt anhören. Der Dekan sprach in seinem Beibericht von dem Chor als einem *Notstall*, in dem *sich die Männer und Schüler im Regen, Schnee und Sturm elendig behelfen, schmiegen und biegen müssen*.

Herzog Eberhard III. entschied am 15. April 1673, daß die Gemeinde Tamm zu ihrem Kirchenbau aus den Erträgen des Kirchenguts 15 Scheffel Dinkel und $\frac{1}{2}$ Eimer Wein bekam. Ferner wies der Herzog die Dekane in Lustnau (Tübingen-Lustnau) und Marbach an, gemäß der Großen Kirchenordnung die Heiligen zu Altdorf (Lkr. Böblingen) und Pleidelsheim (Lkr. Ludwigsburg) zu einem Beitrag für den Tammer *Kirchenreparationsbau* aufzufordern. Sodann sollte den Tammern ein Sammelpatent ausgestellt werden, damit sie im Bedarfsfall *bei gutherzigen Leuten hin und wieder etwas ersammeln lassen* könnten. Schließlich hatte die Rentkammer noch 2 Eimer Wein für den Tammer Kirchenbau zur Verfügung zu stellen. Nunmehr konnte die Gemeinde ans Werk gehen und 1673/74 Kirche und Kirchturm vollends in einen befriedigenden baulichen Zustand bringen.

1669 hatte die Pfarrei Tamm Philipp Hegel inne. Es handelte sich bei ihm allerdings nicht, wie schon behauptet wurde, um einen direkten Vorfahren des Philosophen Georg Wilhelm Friedrich Hegel. Erst 41 Jahre alt, starb Hegel Ende 1680. Seine Witwe Susanna, die fünf unerzogene Kinder zu versorgen hatte, bekam die übliche vierteljährliche *Besoldungsnachfolg*, d. h. die Besoldung ihres verstorbe-

nen Mannes noch für ein Vierteljahr. Weitere Unterhaltsansprüche für sich und ihre Kinder besaß sie nicht. Der Nachfolger Hegels, Jakob Müller, galt als guter Prediger und friedsamere Charakter, der sich in Tamm großer Beliebtheit erfreute. Er wurde 1693 unmittelbar vor dem Umzug in seine neue Pfarrei Affalterbach bei dem berüchtigten Franzoseneinfall brutal ausgeplündert. Der neue Ortsgeistliche Moritz Hartmann aus Großingersheim traf eine durch die Franzosen ausgeraubte, verelendete Gemeinde vor. Der seelischen und körperlichen Belastung, die ihm sein Amt auferlegte, war er nicht gewachsen. Er starb bereits am 12. Januar 1694. Balthasar Saugenfinger, von 1694 bis 1715 Pfarrer in Tamm, beurteilte der Markgröninger Dekan 1703 folgendermaßen: *Studia mediocra* [Studien mittelmäßig], *mores* [Sitten] *gut, einfältig in* Predigten, *disponiert wohl, mit jedermann friedsam, daher kein Klag*. Daß die Besoldung des Tammer Pfarrers schlecht und Saugenfinger bei seiner großen Familie darum ein *armer, dürftiger Mann* war, verschwieger der Dekan nicht. Wirtschaftlich ging es den Nachfolgern Saugenfingers, Seybold, Baumann und Horn, auch kaum besser. Viel Verdruß bereitete es ihnen zuzeiten, ihre Ansprüche auf die Kleinzehntfrüchte gegenüber der Einwohnerschaft durchzusetzen. Pfarrer Weysser, der einstige Feldprediger, der von 1767 bis 1799 die Pfarrei versah, hatte es in dieser Beziehung besser. Er verfügte von seinen Schwiegereltern her über beträchtlichen Grundbesitz in Asperg und konnte es sich deshalb leisten, einen ständigen Vikar zu halten. Er erreichte schließlich, daß seine Zehntforderungen mit einer Pauschalsumme abgegolten wurden.

Wie schon in früherer Zeit sah die evangelische Kirche Württembergs auch im 18. Jahrhundert auf strenge Kirchenzucht. Ihr konnte sich niemand entziehen, wollte er nicht riskieren, aus der Dorfgemeinschaft ausgestoßen oder zumindest ganz an den Rand gedrängt zu werden. Der von Pfarrer und Schultheiß geleitete Kirchenkonvent, dem der Heiligenpfleger sowie mehrere Mitglieder des Dorfgerichts angehörten, war eine Art mit Strafgewalt ausgestattetes oberstes Polizeiorgan der Gemeinde. Er überwachte das Leben der Bürger und ihrer Familien und erstickte alle Lebensäußerungen, die nicht den an Moral und Sittlichkeit angelegten rigorosen kirchlichen Maßstäben entsprachen. Die in Tamm seit 1717 erhaltenen Kirchenkonventsprotokolle machen dies deutlich. Gleich die ersten Einträge sind aufschlußreich. Bernhard Wyrich und seine Frau bekamen einen scharfen Verweis, weil sie am Sonntag während des Mittagsgottesdienstes in die Erdbeeren gegangen waren. Wyrich versuchte sich zwar mit Zahnweh herauszureden, von dem er gehofft hatte, es würde sich in der frischen Luft bessern. Der Kirchenkonvent ließ aber die Entschuldigung nicht gelten. Die Einwohner hatten die Gottesdienste zu besuchen, taten sie es einmal aus gewichtigen Gründen nicht, dann sollten sie während dieser Zeit wenigstens zu Hause bleiben. In derselben Sitzung ermahnte der Kirchenkonvent unter Strafandrohung die jungen ledigen Leute zum fleißigen Besuch der Katechisation. In der Kirche selbst hatten sich die Gemeindeglieder tadelnsfrei zu benehmen. Ende 1717 rügte der Kirchenkonvent das *gewaltsame Drücken* der Ledigen auf der *Borkirche*, der Empore. Die Zuspätkommenden, die vor allem solchen Unfug verschuldeten, sollten künftig empfindlich gestraft werden. Doch auch wer sich auf offener Straße oder auf dem Feld ungebührlich verhielt, wurde zur Rechenschaft gezogen. Wegen einer Schlägerei am Erscheinungsfest 1718 wurden einige junge Leute um je 45 Kreuzer in den Armenkasten gestraft. Ein Mädchen, das auf dem Feld geflucht und geschworen hatte, mußte für vier Stunden ins Zucht-

häuschen, in den Dorfarrest. Streng sah der Kirchenkonvent darauf, daß die Bevölkerung in den Sonn- und Feiertagen angemessenes würdiges Verhalten an den Tag legte. Feiertagsentheiligung, und als solche galten Karten- und Würfelspiele, Spielen und Zechen in den Häusern, Spiel und Tanz in den Wirtshäusern, prangerte er an und war mit Verweisen und Strafen rasch bei der Hand. Den Viehhirten untersagte er, am Sonntagvormittag mit ihren Herden auszufahren. Sie durften dies erst nachmittags nach der Predigt tun. 1735 beschloß er, das im Dorf wieder überhandnehmende Kegeln abzustellen.

Die Lichtkärze, d. h. die geselligen Zusammenkünfte von Mädchen und Frauen an den Winterabenden zum Spinnen, ließ der Kirchenkonvent nur in sehr beschränktem Maß zu. Soweit er überhaupt solche Zusammenkünfte gestattete, beobachtete er sie argwöhnisch. Kam ihm zu Gehör, daß an ihnen heimlicherweise auch junge Burschen und Männer teilnahmen, stellte er sie sofort ab. Doch selbst noch harmlosere Vergnügen unterdrückte er. Am 2. Februar 1738 beispielsweise stellte er fest, daß das Schlittenfahren und Schleifen der Schuljugend sowie anderer Kinder und junger Leute höchst schädlich und gefährlich seien, zumal dabei schon manches Unglück geschehen sei. Er befahl deshalb dem Schulmeister, er solle den Schülern das Schlittenfahren ernstlich verbieten und diejenigen, welche es sich nicht wehren lassen wollten, exemplarisch abstrafen. Der Schultheiß sagte zu, durch den Büttel die Schlitten wegnehmen zu lassen. Einem Bürger und Bäcker verbot der Kirchenkonvent 1760 das Geigenspiel am Sonntag. Als ein Einwohner acht Jahre später in der Adventszeit bei einer Hochzeit *aufgeigte*, tadelte er ihn hart und drohte ihm für den Wiederholungsfall 1 Pfund Heller als Strafe an. Fluchen und gotteslästerliche, aber auch bloß freche Reden bewertete er als höchst strafbare Handlungen. 1723 ließ er den Hans Georg Fischer, der dem Pfarrer *ganz grob und frech widersprochen* hatte, eine Nacht ins Zuchthäuschen sperren. Dasselbe geschah einem jungen Mann wegen Fluchens. Für seine gottlosen Äußerungen erhielt ein Einwohner 1769 eine Strafe von 1 Pfund Heller.

Zu den unerfreulichsten Aktivitäten des Kirchenkonvents gehörte das ihm übertragene Ermitteln und Examinieren von unehelich schwangeren Mädchen und Frauen. Über die Ergebnisse der häufig sehr ins Detail gehenden Befragungen und Untersuchungen, die in den Kirchenkonventsprotokollen ganze Seiten füllen, war stets an das Oberamt zu berichten. Soziale Mißstände, etwa Heiratsverbote für Arme, kümmerten die Examinatoren dabei wenig. Sie waren allenfalls über die Zunahme der unehelichen Geburten beunruhigt. So stellte der Ortsgeistliche auf der Kirchenkonventssitzung am 27. Januar 1737 fest, es fange in Tamm an, mit Hurenkindern zu purzeln. Manchmal genügte dem Kirchenkonvent der bloße Verdacht, ein Mädchen sei schwanger, um es vorzuladen und zu examinieren, ohne sich ernsthaft darüber Rechenschaft zu geben, was es für den Ruf eines fälschlicherweise der unehelichen Schwangerschaft bezichtigten jungen Mädchens bedeutete, wenn es vor den Kirchenkonvent zitiert wurde. Auch die ersten Ermittlungen beim Verdacht ehebrecherischer Handlungen hatte das Gremium zu führen. Freilich hatte es sich damit nicht oft zu befassen, da der als besonders verwerfliches Verbrechen eingestufte und mit schwersten Strafen bedrohte Ehebruch – im Wiederholungsfall mit der Todesstrafe – selten war. Zerrüttete Ehen gab es auch damals, und manche unglückliche Ehe vermochte der Kirchenkonvent mit Hilfe von Zwangsmaßregeln oder harten Strafen äußerlich zusammenzukitten, was jedoch für den einen Ehegat-

ten oder auch für beide oft ein lebenslanges Martyrium zur Folge hatte. Eine der ersten Ehescheidungen, die uns aus Tamm bekannt sind, datiert aus dem Jahr 1794.

Tamm war im 18. Jahrhundert rein evangelisch. Nur vorübergehend hielten sich damals hier auch Katholiken auf. Starb ein solcher, konnte ihm das Begräbnis nicht verwehrt werden. Allerdings wurde er ohne alle Zeremonien, d. h. ohne Glockengeläut, Grabrede und Gesang der Schulkinder, begraben. So geschah dies 1724 mit dem 50jährigen aus dem Hochstift-Augsburgischen Buchloe gebürtigen Strohschneider Martin Hölderle. Mitunter setzte man entgegenkommenderweise die Beerdigung zu einer Tageszeit an, wenn, wie dies etwa um elf Uhr der Fall war, die Kirchenglocken ohnehin läuteten. Selbstverständlich war es, daß Kinder katholischer Eltern, die sich gerade im Dorf befanden, durch den Ortsgeistlichen getauft wurden, so 1726 das Kind des *papistischen Wannenflickers* Martin Gsell. Taufpaten waren Dorfbewohner.

Das kirchliche Leben war im 18. Jahrhundert sehr rege, und dies nicht nur, weil es die geistliche und weltliche Obrigkeit so haben wollten. Den Menschen jener Zeit war die Teilnahme am Gottesdienst inneres Bedürfnis. Sie wußten um die entscheidenden Lebenshilfen, die die christliche Lehre ihnen bot, und sie nahmen sie angesichts der vielen Widerwärtigkeiten, denen sie sich in ihrem Alltag ausgesetzt sahen, dankbar in Anspruch. Zugegeben, manches war nur christlich verbrämt, anderes Form ohne Inhalt, aber ein gesunder, guter Kern blieb, und er hielt auch schweren seelisch-geistigen Belastungs- und Bewährungsproben stand.

Die Reformation des 16. Jahrhunderts hatte zumindest in Württemberg keinen radikalen Bruch mit der früheren Zeit bedeutet. Vieles Bewährte wurde übernommen. So war etwa in Tamm noch in den 1730er Jahren die Beichte üblich. Die Gottesdienste beschränkten sich nicht auf die Sonn- und Feiertage. Allmonatlich wurde wohl an einem Werktag ein Buß- und Betttag gefeiert. 1706 fand am Freitag regelmäßig ein Predigtgottesdienst statt. Der Pfarrer hielt damals um halb elf Uhr mittags Betstunde. In besonderen Betstunden brachte die Gemeinde ihre Bitten um eine gute Heu- und Getreideernte oder um einen ergiebigen Weinherbst vor Gott. Auch andere Anlässe bewogen die Einwohner, sich zum gemeinsamen Gebet zu versammeln: große Kälte, epidemisch auftretende Krankheiten, ja selbst unaufschiebbare Aderlässe. Die Kirchweihe wurde um 1760 am Sonntag Misericordiae Domini, also vierzehn Tage nach Ostern, gefeiert.

1723 kaufte die Gemeinde um 150 Gulden von dem Orgelmeister Michel Schmal in Heilbronn ihre erste Orgel. Der Entschluß zu der Anschaffung der Orgel war dem Kirchenkonvent offenbar nicht leicht gefallen, denn er begründete sie damit, daß Tamm nicht ohne Orgel bleiben könne, nachdem bereits *die meisten Orte unseres Vaterlands* eine solche besäßen. Die Orgel erregte indessen so sehr die Neugierde der Kirchenbesucher, daß der Heiligenpfleger 1728 beauftragt wurde, das Musikinstrument, um es vor Schaden zu bewahren, mit einer Türe zu *beschließen*. Bis zur Aufstellung einer Orgel war der Gottesdienst lediglich durch den Gemeindegang umrahmt worden. Als Vorsinger oder Vorsänger hatte sehr wahrscheinlich der Schulmeister fungiert, der nunmehr das Schlagen der Orgel übernahm.

Im Jahr 1717 gab es im Tammer Gotteshaus noch besondere *Klagstühle*. Sie waren den Angehörigen von Verstorbenen während der ersten Trauerwochen vorbehalten. Da es immer wieder zu Beschwerden kam, daß die Trauernden zu lange in den

Stühlen *stehen* blieben, beschloß der Kirchenkonvent, es dürfe künftig kein Trauernder länger als vier Wochen die *Klagstühle* benutzen. In den folgenden Jahrzehnten büßten diese Stühle ihre Bedeutung zunehmend ein; sie wurden gegen Ende des 18. Jahrhunderts schließlich aufgegeben. Die regulären Kirchenstühle, bei denen man zwischen Männer- und Weiberstühlen unterschied, waren numeriert. Ihre Inhaber hatten sie auf Lebenszeit zu kaufen. Es gab höherwertige und geringere Kirchenstühle. Daß *sich* Wohlhabende und angesehene Bürger nur die teuersten Stühle *leisten* konnten, versteht sich in einer Zeit, in dem die Teilnahme am Gottesdienst eine zentrale Bedeutung hatte, von selbst. Der Magistrat, d. h. die Angehörigen von Gericht und Rat, besaßen übrigens besonders ausgezeichnete Stühle im Gotteshaus.

Bemerkenswert war die Opferwilligkeit der Gemeinde. Von Lichtmeß 1779 bis Lichtmeß 1781 wurden beispielsweise rund 145 Gulden an Opfern aufgebracht. Das Einsammeln der Opfergaben erfolgte übrigens noch Ende des 18. Jahrhunderts mit dem Klingelbeutel. Besonders gesammelt an Buß- und Bettagen, ebenso bei den Hochzeitsessen wurden Beiträge für das Stuttgarter Waisenhaus. Für die Jahr für Jahr ausgeschriebenen Brand- und Bausteuern mußten an den Kirchtüren eigens Becken aufgestellt werden. Die Wirtshäuser erhielten von der Heiligenpflege sogenannte Schwörbüchsen. In sie hatte jeder Gast, der sich dort zum Fluchen oder zu üblen Reden hinreißen ließ, seinen Obulus einzulegen.

Beinahe ein wenig verwunderlich ist es, daß sich in Tamm bis Ende des 18. Jahrhunderts keine pietistischen Privatversammlungen bildeten. Das Stundenwesen blühte hier erst im 19. Jahrhundert auf. Ein überaus günstiges Urteil über die Gemeinde Tamm gab im Jahr 1767 der bekannte Ludwigsburger Dekan oder Spezial Zilling ab. Die moralische Beschaffenheit der Gemeinde, so berichtete Zilling nach Stuttgart, sei beispielhaft. Es fänden sich nur wenige ihresgleichen in der weiten Umgebung. Zumindes ihm sei keine Gemeinde bekannt, welche gegen *dero Ministerio* [Pfarrer] so ehrerbietig, so folgsam, auch nach ihren Kräften und Vermögen so dankbar wie diese sei, keine *Commun*, welche auf äußerste Zucht-, Ehrbarkeit und Ordnung so pünktlich sehe und halte wie sie. Keine andere Gemeinde sei so friedliebend, verträglich und ruhig. Beispielsweise habe die Einwohnerschaft etliche von auswärts zugezogene Bürger, die hier einige Unruhe hätten erregen wollen, genötigt, sich eines Besseren zu besinnen. Zusammenfassend rühmte der Dekan Tamm als eine *Commun*, die wie keine andere, *was sonderlich die älteren Bürger unter ihnen betrifft, in ihren principis und observantiis so gleichgesinnt ist, keine Commun, welche die altdeutsche Einfalt und Redlichkeit, auch zum Teil Sitten und Gebräuche noch so lange beibehalten hätte als diese.*

In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts genügte der stark wachsenden Gemeinde ihre nach dem Dreißigjährigen Krieg in bescheidenen Dimensionen wiederhergestellte Kirche nicht mehr. Nach dem Gutachten des Kirchenbaumeisters Götz wollten die Vorsteher der Heiligenpflege das Gotteshaus mit einer zweiten Emporkirche, einer Empore, ausstatten, die über der ersten Empore eingebaut werden sollte. Ferner sahen sie, damit die ohnehin finstere Kirche nicht noch dunkler würde, auf der Seite gegen Mittag, also gegen Süden, ein proportioniertes Fenster vor. Der Heilige, die Kirchenpflege, verfügte nicht über die Mittel, um das Bauvorhaben zu verwirklichen, zumal gleichzeitig mit der Erweiterung des Gotteshauses das Schulgebäude durch einen Anbau wesentlich vergrößert werden sollte. Der Kirchenrat

lehnte jedoch wider Erwarten einen Baukostenzuschuß ab. Die Gemeinde fand sich mit dieser Entscheidung nicht ab. In einer erneuten Eingabe vom 17. November 1777 erinnerte sie die oberste kirchliche Verwaltungsbehörde des Herzogtums, die unterwürfigen Ausdrucksformen der Zeit durchaus während, in recht deutlichen Worten an ihre Verpflichtung, Mittel aus dem eingezogenen Kirchengut zu derart wichtigen Bauvorhaben beizusteuern. Die Eingabe ist ungewöhnlich geschickt formuliert und gibt sehr sprechend den Geist der Zeit wieder. Ich erlaube mir deshalb, Ihnen im folgenden ihre wesentlichen Abschnitte zu zitieren. Die Tammer schrieben: *Da uns diese Repuls – die Ablehnung eines Baukostenzuschusses – in die größte Bestürzung und Verlegenheit setzt, der Grund derselben uns unbegreiflich bleibt und wir bei solcher Hilflosigkeit die Zerrüttung unseres Pii Corporis [Heiligen] verursachen, so unterwinden wir uns, unsere untertänigste Bitte um den so hochnötigen Beitrag andurch auf das Angelegentlichste zu wiederholen und solche mit folgender und andringlicher Vorstellung zu begleiten. Unser Bauwesen ist von unserem gemeinsamen Oberamt selbst eingesehen, von hochlöblichem Synodo per Recessum speciale ausdrückenlich befohlen, auch dessen Notwendigkeit von dem Baumeister als Arteperito [als Sachverständigem] anerkannt, an einen Luxum ist dabei gar nicht zu gedenken, indem wir kaum das Notwendigste bestreiten können, niemand von uns Vorstehern darf dabei einen Lohn oder Akzidenz nehmen; unser pium Corpus würde ohne Beihilfe dergestalten hiebei enerviert, daß es sich, weil es von jeher nicht frei von Passivis [Schulden] ist, in vielen Jahren nicht wieder erheben könnte, und wir hernach nur genötigt wären, desto öfter bei geringeren Praestationen [Leistungen] um Beiträge nachzusuchen. Eine herzogliche Rentkammer hat uns einen milden Beitrag nicht verweigert, sondern geben uns die Werkstein gratis. Eine löbliche Landschaft [Landtag, Landstände] läßt uns nicht ungetröstet, und die von herzoglicher Regierung gnädigst angewiesenen Städt und Ämter haben uns zum Teil reiche und christlich milde Beiträge zugesandt, ein herzoglich hochlöblicher Kirchenrat wird also nicht ganz allein das Herz und die Hand gegen uns verschließen und uns einen Beitrag versagen, der nach ältester Observanz allen anderen Gemeinden in derlei und oft mindernötigen Fällen gnädigst zugeschieden worden, einen Beitrag, welcher der Natur und Foundation des württembergischen Kirchenguts vollkommen gemäß ist, welchen selbst das Instrumentum pacis Westphalicae [Westfälischer Friedensvertrag von 1648] zur zweckmäßigen Bestimmung des eingezogenen Kirchengutes macht...*

Mit ihrer nochmaligen Eingabe hatte die Gemeinde Erfolg. Der Kirchenrat bewilligte einen Beitrag von 40 Gulden. Der Kirchenumbau konnte durchgeführt werden.

1790/91 mußte die Gemeinde ihre Emporkirche erneut, diesmal um einen 20 Schuh langen Anstoß, erweitern. Bei dieser Gelegenheit erhielt der Magistrat, um ihn aus seiner seitherigen drangvollen Enge zu befreien, neue Stände oder Stühle zugewiesen. Bei der Kanzel wurde ein Fenster durch die Wand gebrochen. Damit erfüllte die Gemeinde einen Wunsch ihres Pfarrers nach mehr Licht im Gotteshaus. Der Kirchenboden wurde mit drei Zoll dicken Steinplatten ausgelegt.

Von 1799 bis 1811 wirkte in Tamm Pfarrer Ludwig Hermann Roeder, einer der fruchtbarsten landeskundlichen Schriftsteller seiner Zeit. Sein Hauptwerk *Geographisch statistisch-topographisches Lexikon in Schwaben*, eine hervorragende wissenschaftliche Arbeit, ist auch heute noch ein unentbehrliches Handbuch. 1804 erregte

er mit seinem Werk *Neu-Wirtemberg*, in dem er die durch den Reichsdeputationshauptschluß an das Herzogtum und nunmehrige Kurfürstentum Württemberg gefallenen Gebiete beschrieb, den allerhöchsten Unwillen. Wegen *höchst unschicklicher und injuriöser Ausfälle gegen die Zensur in Ellwangen* verhängte Kurfürst Friedrich am 10. Dezember 1804 eine Strafe von 10 Reichstalern über ihn. Ein kurioser Zufall war es deshalb, daß der selbstherrliche Kurfürst und nachmalige erste württembergische König im gleichen Monat auf der Tammer Markung jagte und bei seinem kurzen Aufenthalt auf dem Rathaus das Porzellannachtgeschirr des Pfarrers in Anspruch nahm, das diesem, weil es irgendwie abhanden kam, später die Gemeinde ersetzte. Roeder und seine Frau Johanne Elisabeth Friederike geborene Rau unterhielten freundschaftliche Beziehungen zu Ludowike Simanowiz geborene Reichenbach. Eines der schönsten Bilder der berühmten Schiller-Malerin ist ein lebensgroßes Ölbild von Frau Roeder.

Sehr viel vertrauter als das kirchliche Leben früherer Epochen ist uns die in die allgemeine Entwicklung eingebettete kirchliche Geschichte unserer Gemeinde im 19. und 20. Jahrhundert. Ich begnüge mich deshalb für diese knapp zwei Jahrhunderte mit einigen stichwortartigen Ausführungen.

Im 19. Jahrhundert besserten sich die Einkommensverhältnisse der Tammer Pfarrer. Sie betrieben jetzt auch keine Landwirtschaft mehr, wie dies ihre Vorgänger jahrhundertlang getan hatten. Zwei Ortsgeistliche vertauschten übrigens ihre hiesige Stelle mit einem Universitätslehrstuhl: Pfarrer Gottlieb Friedrich Jäger wurde am 24. Januar 1816 von König Friedrich zum Ephorus am Evangelisch-Theologischen Stift und zum Professor an der Universität Tübingen ernannt. Genau achtzig Jahre später erhielt der seit 1891 hier wirkende Pfarrer Paul Mezger vom Verein für theologische Wissenschaft in Basel einen Ruf an die dortige Universität. Mezger gewann in Basel hohes wissenschaftliches Ansehen, war wiederholt Dekan der Theologischen Fakultät, 1909 wurde er sogar zum Rektor gewählt. Am 27. Oktober 1913 starb er. An seiner Beisetzung auf dem Stuttgarter Pragfriedhof nahmen die obersten Repräsentanten der württembergischen Landeskirche und des Kultministeriums teil. Die Gemeinde Tamm war durch eine von Pfarrer Geck geleitete Abordnung vertreten.

Der Kirchturm wurde im Lauf des 19. Jahrhunderts durch Unwetter mehrmals beschädigt. Die Kirche bekam 1875 einen von dem Stuttgarter Bildhauer Steindorff geschaffenen Altar. Steindorff gestaltete auch die Chorfenster neu. An die Stelle der hölzernen Säulen traten solche aus Stein. Anfang 1880 wurde in dem bis dahin unbeheizten Gotteshaus eine erste Heizungsanlage, ein Sparofen, installiert. 1893 beschloß der Kirchengemeinderat, künftig die Kirchenstühle nicht mehr zu verkaufen, sondern sie den Gemeindegliedern frei zugänglich zu machen. Ein Jahr zuvor war der Turm mit einem eisernen Glockenstuhl ausgestattet, die seitherigen zwei Glocken durch eine dritte zu einem harmonischen Dreiklangeläut ergänzt worden.

Die Kirche behauptete ihre zentrale Funktion im Leben des Dorfes. Doch erlangte der einzelne Bürger in seinen persönlichen Angelegenheiten zunehmend mehr Freiheit. Der Kirchenkonvent büßte als oberste moralische und sittenrichterliche Instanz der Gemeinde dementsprechend an Bedeutung ein. 1851 wurde mit dem Pfarrgemeinderat eine neue Institution geschaffen, der neben dem Kirchenkonvent die Aufsicht über das kirchliche Leben im Ort oblag. Bei der ersten Wahl waren bezeichnenderweise die Stimmzettel am Altar abzugeben. Von Interesse ist viel-

leicht noch, daß der Pfarrgemeinderat anfänglich seine Sitzungen jeweils an den monatlichen Buß- und Bettagen morgens um 8 Uhr abhielt. Die Pfarrbeschreibung von 1862 hob hervor, daß sich in Tamm trotz der Nähe der Städte der *alte ländliche und bäuerliche Sinn ziemlich erhalten* habe. Hausgottesdienste mit Morgen- und Abendsegen waren damals noch in beinahe allen Häusern üblich. Kritisch merkte der Pfarrer indessen an, daß die Einwohner im allgemeinen zu großen Wert auf die zeitlichen Güter legten. 1863 nannte Generalsuperintendent Christlieb Tamm *eine der geordnetsten und der kirchlichsten Gemeinden in der ganzen Diözese*. Die beiden im Dorf vertretenen pietistischen Gemeinschaften, die Michelianer und die Pregizianer, bezeichnete er als *durchaus nicht engherzig*.

Das Gesetz vom 14. Juni 1887 verfügte in Württemberg die Trennung von bürgerlicher und kirchlicher Gemeinde. An die Stelle des vom Ortsgeistlichen geleiteten Pfarrgemeinderats trat der Kirchengemeinderat, dem auch der Schultheiß angehörte. Das seitherige kirchliche und bürgerliche Besitztitel umfassende Stiftungsvermögen wurde aufgelöst. Die kirchlichen Stiftungen fielen der Kirchenpflege zu und wurden von jetzt an vom Kirchengemeinderat verwaltet. Die Kirchengemeinde erhielt den Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts, die befugt war, ihre Mitglieder zu besteuern. Neben Verwaltungsaufgaben oblag dem Kirchengemeinderat die Beratung des Ortsgeistlichen bei der Wahrnehmung seines seelsorgerischen Auftrags. Der Kirchenkonvent, der in Tamm zuletzt aus fünf Mitgliedern (Pfarrer, Schultheiß, Stiftungspfleger und zwei weiteren Gemeindebürgern) bestanden hatte, wurde endgültig aufgehoben.

Der Erste Weltkrieg, die schweren Nachkriegsjahre und die Weltwirtschaftskrise warfen ihre düsteren Schatten auch über die hiesige Kirchengemeinde. Die nationalsozialistische Machtergreifung im Jahr 1933 weckte große Hoffnungen. Auch die kirchlichen Kreise blieben von ihnen nicht unberührt. Doch Ernüchterung und Enttäuschung folgten auf dem Fuß. Der vom NS-Regime entfesselte Kirchenkampf machte selbst vor Landgemeinden wie Tamm nicht halt. Die Kirchengemeinde war zunehmend den Schikanen örtlicher Parteifunktionäre ausgesetzt. Der CVJM wurde bedrückt, seine Führer wiederholt gemäßregelt. Vor seiner zwangsweisen Eingliederung in die Hitlerjugend löste sich der Verein im Februar 1934 auf. Pfarrer Eugen Zier und sein Amtsnachfolger, Pfarrer Anton Rathgeb, ebenso der Kirchengemeinderat beharrten auf einer kompromißlos ablehnenden Haltung gegenüber den Deutschen Christen, die den Glauben der Reformation im Sinne der nationalsozialistischen Ideologie zu verfälschen trachteten. Sie waren mit Erfolg um die Jugend bemüht. Im Gottesdienst, in Bibel- und Gebetskreisen sammelte sich die Gemeinde. Sie schrumpfte zwar zahlenmäßig, aber sie blieb innerlich gefestigt und bekenntnistreu. Dies gab ihr dann auch nach dem Untergang des NS-Regimes und dem Ende des furchtbaren Zweiten Weltkriegs die Kraft, im geistlich-geistigen wie auch im materiellen Sinn aufzubauen und Neues zu schaffen.

Die Hessigheimer Weiberzeche*

Von Theodor Bolay

Erstmalige Erwähnung

»Dem Durchleuchtigen Hochgeborenen Fürsten und Herrn, Herrn Friederichen, Herzogen zu Württemberg und Teckh, Grauen zue MümpPELLgart, Herrn zu Heydenheim p. Meinem gnedigen Fürsten und Herrn/Oberrath«

So lautete die Anschrift eines Berichtes aus Besigheim, in dem sich der Untervogt Bescheid einholte, »weß er sich gegen denen von Hessigkheim des Järlich uff den Ester Mittwoch und Innvocavit angestellten Weiber Zech halben, auch gegen des Ihenigen so daryber böße reden außgestoßen, verhalten solle.«

Dieser Bericht des Untervogts lautete, der heutigen Schreibweise angepaßt, wie folgt:

»Durchleuchtiger Hochgeborener Fürst, Euer Fürstlichen Gnaden seyen mein unterthänig, gehorsam, verpflichtet, schuldwillige Dienst zuvor,

Gnädiger Fürst und Herr, Es ist in dem Flecken Hessigheim von Alters Herkommen, daß man jährlich auf den Mittwoch nach Fastnacht, der Estherich Mittwoch (Aschermittwoch) genannt, wie nit weniger auf den Sonntag Invocavit hernach, allen Einwohner-Weibern, zu gedachtem Hessigheim, auf bestimmte beide Täg, von gemeines Flecken Einkommen einen Trunk gegeben, da es dann jährlich dem Flecken ungefähr an Geld 5 Gulden und 1 Eimer Weins gekostet, das übrige haben die Weiber selbstn ausgericht.

Als aber vorige Jahr die Einwohner nit allein von Gefröhrich Hägel, Mißgewächs und (erneuerten) Viehsterbens halb viel erlitten, sondern auch gemeiner Nutzen selbighmahlen an ihm selbstn nit viel Vorrat gehabt, so hat Euer Fürstlichen Durchlaucht Obervogt zu Lauffen, Albert von Liebenstein, und mich für ratsam angesehen, daß um gehörter und anderer Ursachen willen, solche Weiberzech diesmaln eingestellt wurde, inmaßen dann von uns, dem Schultheißen und Bürgermeistern daselbsten, auf Ansuchen und Erlaubnis bemelter Weibergastung, berührt unser Bedenken, warum solche dieser Zeit nit zu bewilligen sein möchte, angezeigt: doch Ihnen dabei frei gestellt worden, selbige für sichselbsten fürzunehmen und zu verantworten, welches sie aber nit tun wollen.

Indem nun dieses Herkommen, Schultheiß, Gericht und Rat, auf unsere Wohlmeinung vergangenes Jahr eingestellt haben, da findet sich ein unnützer Gesell,

* Der folgende Beitrag läßt in erster Linie die Quellen unmittelbar zu Worte kommen. Wengleich die hier angewandte Methode problematisch erscheint, entschloß sich die Redaktion dennoch zu einer ungekürzten, der Lesart von Theodor Bolay folgenden Wiedergabe der Texte. Vgl. im übrigen den informativen Überblick zur Geschichte des Hessigheimer Weibertrunks von W. Müller (»Der Weibertrunk zu Hessigheim«) in: Hie gut Württemberg, 2. Jg., Nr. 7 (1951), S. 55 f. [Anm. d. Red.]

zween oder drei unter der Gemeinde zu Hessigheim, und lästern hierumben, die Ehrbarkeit mit diesen Worten, daß diejenigen, so den Weibern angezogenes altes Herkommen abgetan, nit wert wären, daß sie der Erdboden trüge, und man sollte (mit gnädiger Erlaubnis zu schreiben) selbige Schelmen vierteilen, welches dann die von der Ehrbarkeit zu Hessigheim für hoch schmähhlich klagend angebracht.

Und obwohl gedachter Obervogt und Ich, dies unterthänig anzubringen in Vorhaben gestanden, weil aber Er Obervogt bald darauf das Besigheimer Obervogtamt gnädig verlassen, so ist ein solches und weil von Hessigheim aus nit mehr angemahnet, etwas in Vergessenheit gestellt: Bis vor zweien Tagen von einem Außenschulz zu Hessigheim abermahlen um Zulassung mehr berührter Weibergastung angehalten worden, denen man mit Vorwissen Jetzigen neuen Obervogts Joachim von Trauschnitz, (welcher eben sollichen Tags nacher Stuttgarten Verreisen müssen), den Beschied erteilt, weil ferndige Fastnacht Unruh noch nit ausgerichtet, müßte ein solches zuvor bei Euer Fürstlichen Gnaden unterthänig angebracht und derselben genädigen Befehls des Orts erwartet werden.

Derowegen Euer Fürstlichen Gnaden dieses alles, auch dessen Verabschiedung gemelten dero Neuen Obervogts, Ich unterthänig berichten, und darneben unterthänig bitten wollen, was Ich gegen solchen Schmähern und Lästern (da sich ungezweifelt die Sach anderst nit befindet) Amtshalben fürnehmen: Und weil oft angezogene Weiberzech, ein uralt Herkommen, der neue Wein auch heurig Jahr nit gar teuer, mich hierüber mit Erlaubnis derselben verhalten solle p. Und befehle Hochgedacht Euer Fürstlichen Gnaden mich hiemit zu dero Gnaden ganz unterthänig.

Datum Hessigheim, den 18. Februar anno 1601.

Euer Fürstl. Gnaden unterthänig Gehorsamer Untervogt daselbst
Konrad Cantstetter.«

Die Antwort des Fürstlichen Oberrats lautete:

»Ihme wieder zu schreiben, dieweil die berührte WeiberZech ein alt Herkommen, als sie unserem Gnädigen Fürsten und Herrn nicht zuwider, daß den Weibspersonen zu ermeltem Hessigheim, solcher Trunk hinfürder wieder gestattet und Ihnen vom Flecken gereicht, doch darauf gute Achtung gegeben, damit aller Überfluß, auch andere Unordnung verhütet werde. Was dann diejenigen, welche von wegen ferndiger eingestellter Zech sich vermessener, ungebürender Reden wider die von der Ehrbarkeit vernommen lassen, belangt, solle Er Untervogt, Ihretwegen fleißige Nachfrage und Erkundigung haben, Folgens selbige, da Sie ihm namhaft gemacht, hierbei zu Rede stellen, ihre Verantwortung mit Fleiß, wie auch der Jenigen, so solche ausgestoßene Reden, von ihnen gehört, anzeigen, beschreiben, alsdann die Beschaffenheit wieder alhero berichten, und darauf weiteren bescheids gewarten.

Actum Stuttgart die et supra

V. Canzler Dr. Eisengrem

D. Mitschelin.

D. Ayhin

D. Welch.«

Vor Ausbruch des Dreißigjährigen Krieges

Wie aus der Quelle hervorgeht, war der sogenannte Weibertrunk den Hessigheimern in Zukunft gestattet. Die Erkundigung, die der Untervogt durchführen sollte, um diejenigen vor Gericht zu stellen, die vermessene, ungebührende Reden wider die Ehrbarkeit ausgestoßen hatten, wurde wohl durchgeführt, leider ist der entsprechende Bericht des Untervogts weder im Hauptstaatsarchiv Stuttgart noch im Stadtarchiv von Besigheim vorhanden. So fehlen auch Unterlagen über die Durchführung des Weibertrunks. Daß Hessigheim damals über genügende Weinberge verfügte, geht aus einer Zusammenstellung hervor, wonach damals in Hessigheim 235 Morgen Weingärten und 576 Morgen Äcker im Bau waren.

Schwierigkeiten dürften aufgetreten sein, als die Pest ausgebrochen war. Aus Besigheim wurde am 2. Juni 1607 der erste Pestfall gemeldet: »Caspar Dexer, ein junger starker Mann, Peste.« Und noch am 23. Oktober 1611 wurde berichtet: »Peter Käufer, ein Schneider seines Handwerks, ist lange Zeit auf dem Asperg sich gehalten, sonst aber ein Bürger allhier gewesen, wie es das Ansehen gehabt, ist er Pesté gestorben.«

Da die Kirchenbücher von Hessigheim aus der damaligen Zeit nicht mehr vorhanden sind, kann angenommen werden, daß auch in Hessigheim die Pest wütete und daß während dieser Zeit der Weibertrunk nicht durchgeführt werden konnte.

Auch wurden in der Zeit von 1599 bis 1608 vier ausgesprochene Fehllerbste verzeichnet. Im Jahre 1602 wurde die ganze Gegend durch ein Hagelwetter heimgesucht, durch welches die Weinstöcke auch für die Folgejahre schwer beschädigt wurden.

Trotzdem ging das Leben weiter seinen Gang. Das Totenbuch von Besigheim berichtet unter dem 4. Januar 1614 folgenden Fall, aus dem hervorgeht, daß Hessigheimer in Besigheim Zuflucht gesucht hatten: »Balthas Riegger, ein Junger Ehmann, Bürger zu Heßigkheim, deß Berkenhansen Stören Stiefsohn, hat lang gesiechet, letztlich ist der stachel darzu geschlagen.«

Im übrigen aber waren die wirtschaftlichen Verhältnisse vor dem Dreißigjährigen Krieg im ganzen gesehen geordnet. Berichteten doch die Bietigheimer Annalen: »In Anno 1634 war die Statt Biettigkheimb, wie auch dies gantze Land Württemberg, in Höchstem Flor«, das heißt in höchster Blüte.

Die ersten Jahre des Dreißigjährigen Krieges

Die ersten Soldaten machten sich im Jahre 1620 in der Gegend bemerkbar. 1622 kamen die ersten größeren Durchzüge, 1623 waren Bayern in Besigheim und Löchgau im Quartier, und das Amt Besigheim, zu dem Hessigheim gehörte, gab 24 400 Gulden als bisherigen Kriegsschaden an. Dann aber wurde es wieder still, und erst im Jahre 1631 wie auch in den folgenden Jahren lagen Truppen in der Gegend, die gepflegt werden mußten. Hinzu kam noch, daß im Jahre 1626 eine große Teuerung sich bemerkbar machte und erneute Pestfälle zu verzeichnen waren, so daß ein bedeutender Bevölkerungsverlust eintrat.

Es ist verständlich, wenn in diesen Zeiten der Brauch des Weibertrunks in Vergessenheit geriet, und keinerlei Aufzeichnungen darüber vorhanden sind. Im Jahre 1632 sah sich dann der Besigheimer Bürgermeister, ein gebürtiger Hessigheimer, Joseph Veigel, veranlaßt, durch eine Stiftung diesen uralten Brauch wieder ins Leben zu rufen.

Stiftungsurkunde

(Der heutigen Schreibweise in etwa angepaßt)

»Im Namen Gottes Amen.

Ich Joseph Veigel, zu Zeiten wesender Bürgermeister der Stadt Besigheim, in dem Herzogtum Württemberg gelegen, bekenne und tue kund Jedermann mit diesem offenen Brief für mich und alle meine Erben, demnach ich als ein geboren Kind aus dem Flecken Hessigheim, Besigheimer Amts, nicht allein selbst gesehen, sondern auch von meinen in Gott ruhenden lieben Eltern seeligen vielfältig gehört, daß dieser gemeine Gebrauch von unvordenklichen Jahren her je und allezeit in gedachtem Flecken Hessigheim gewesen und practiciert worden, daß man von der Gemeinde Vermögen und Vorrat den Weibern allda insgemein alle Jahre auf den Aschermittwoch (Zweifelsohne zu einer Recompens [Belohnung] Ihrer der Schuldigkeit nach leistenden Fronen halben) einen Trunk neben Brot, Suppen und Fleisch mitgeteilt, solcher Gebrauch und Cost aber bei kurzen Jahren von Fürstlich Württembergischer Gnädigster Herrschaft wegen eingefallener und leider noch währenden schwierigen Kriegszeiten (wozu man sonderlich aber nur notwendigen Landesvertheidigung dergleichen Kosten und Ausgaben nunmehr viel höher benötigt) sowohl wie in anderen mehreren Orten, da man dieses oder anders dergleichen auch gepflegt, durch ein Fürstliches Generalaus Schreiben cassiert und abgeschafft worden. Weil nun durch gänzliche Abschaffung dieses uralten Gebrauchs und Herkommens manchem gemeinen und hausarmen Weib (deren oft etwa das ganze Jahr hindurch sonst nicht wohl einmal ein Trunk Weins und ein Stück Fleisch zusammen gebühren und werden mag) Ihre Freude und Ergötzlichkeit dabei ganz entzogen und genommen gewesen, habe ich als jedesmal ein getreuer Patriot des Fleckens Hessigheim mir gänzlich vorgenommen, und bevorab in Betrachtung, daß Gott der Allerhöchste selig gedachte, meine lieben Eltern in oberwähntem Flecken mit mehrerem Gut, denn sie um ihn verdient, reichlich gesegnet gehabt, auch solche Geschenke Gottes, wofür denn seiner Göttlichen Allmacht je und allezeit, ja bis in Ewigkeit Lob, Ehr, Preis und Dank sei gesagt, bei mir und meinen lieben Kindern ebenso reichlich gewähret und florieret, dieses oben angedeutete getane Gestift von meinem eigentümlichen Vermögen widerum an- und aufzurichten, und nachdem mir ohne längst hin durch eine in Ausstand gehabte, jetzt heimgefallene Schuld anstatt der Bezahlung ein Stück Weingarten auf Hessigheimer Markung, dessen fünf Viertel im Eulenberg genannt, zwischen Daniel Möhrern, Hans Veigelin Familie und Jung Melchior Röschen, auch andern mehr liegend, woran vor Jahren vermög Lagerbuchs ein Teil ein Acker gewesen, zinst in die Kellerei Hessigheim jährlich 3 Imi 5 Maas Bodenwein, mit aller Beschwernus und Gerechtsame eigentümlich worden, so will ich hiemit solchen Weingarten, wie ich ihn bisher mit aller Beschwerde und Gerechtigkeit genossen, gleichmäßig in Kraft dieses Briefs mit der allerbesten beständigsten Form, Maß und Weise, wie der mit Geistlichen und

Weltlichen Rechten, Sitten und Gewohnheiten kann und mag, zu einem ewigen unaufhörlichen nießenden Stuft [Stiftung] übergeben und gereicht werden, dem ganzen weiblichen Geschlecht in oftgedachtem Hesigheim, die von Rechts und Gewohnheit wegen jedesmal darein gehören, obgehörter maßen und ferner dergestalt zu einem beständigen immerwährenden niesenden Gut gestiftet, geschenkt, zugestellt und tradiert haben.

1. Erstlich, daß Sie, die bürgerlichen Weiber insgemein, nunmehr solchen Weingarten hinfüro zu ewigen Zeiten, oder so lang, bis sich diese Stiftung soweit bereichert, daß derselbe von dem Vorrat gebaut werden kann, in ihren selbsteigenen Kosten zu bauen schuldig sein, dagegen aber auch denjenigen Wein, so Ihnen Gott der Allmächtige vermittelst mildreichen Segens von Jahr zu Jahren darinnen bescheren wird, an einem gewahrnsamen und Ihnen beliebigen Orth hinzulegen Macht haben sollen.

2. Zum andern sollen sie auch hinfüro alle Jahre jährlich und eines jeden Jahres allein, und besonders allwegen, entweder wie vor diesem auf den Aschermittwoch oder über den bald darnach folgenden Tag Josephi, welcher ist gemeinlich der neunzehnte März, Ihrer Wahl und Belieben nach, und in anno 1633 erstmals anzufangen: von solch erwachsenem Wein zu einem ewigen Gedächtnis Mein und der Meinigen auf dem Rathaus allda zu Hessigheim als in einem solchen Ort, da sich männiglich aller Ehrbarkeit befließigt, insgesamt einen Trunk ehrbar und bescheiden zu tun, befugt sein.

3. Damit aber drittens aus solchem Ehrerbietigen kein ohnehrlarlicher und sträflicher Trunk bei teils Weibern (die ebenso wenig wie andere vertrunkene Weinzapfen, wann sie genug haben wissen mögen) so solle einer Jeden insonderheit allwegen ein Maas Weins (welches ja einmal ein vollkommener Trunk ist, und sich eines wohl dabei betragen und erlustigen kann) zu erfordern und empfehlen haben.

4. Daß aber viertens Ihnen keine Schalkheit oder Betrug damit möge gemacht werden, so solle eine Jede ihre eigene Maas- oder Halbmasskanne mit auf das Rathaus nehmen, und solche ehe oder so bald sie nieder sitzt, füllen zu lassen, auch bis zu Ende bei Ihr zu behalten Fug und Macht haben.

5. Und dieweil fürs Fünfte, bei dem vorig abgeschafften Trunk, wie man Nachricht hat, etwa auch diese Unordnung eingelaufen, und ein schändlicher Mißbrauch daraus geworden, daß ein Teil ohnverschämte Geitzwännst ihre Kinder mit allem Fleiß dazu gewöhnt haben, daß Sie ihnen nach und vor die Tische geloffen, und doch zum Schein, als wann es Ihnen nicht lieb wäre sich gestellt, nichts destominder zu sonderem Abbruch eines Andern, denselben was sie gekönnt und gemöcht, zugeschoben und zugemockt, zu Abschneidung nun dessen, solle Ihnen nun samt und sonders ganz ernstlich auferlegt sein, wofern inskünftig bei Haltung dieses gestifteten Trunks und was etwa ferner dazu kommen möchte, einer oder der andere, ein oder mehr Kinder danach kommen, und dem oder denselben etwas zuzuschieben, also der alte Mißbrauch wieder aufgerichtet zu werden begehrt würde, daß entweder die Überfahrerin nächstfolgenden Jahres solchen Mahls und Trunks privirt [enthoben] sei, oder um ein gewisses Geld Gerichtlichem Erkennen nach, in Armenkasten gestraft werden solle.

6. Allweil dann Sechstens solcher Weibertrunk, wie gehört, auf dem Rathaus zu reichen, auch ehrbar und bescheiden zu vollbringen angestellt, als werden außer allem Zweifel, Schultheiß, Bürgermeister und Gericht, der Enden, wegen Anrecht-

Erbauung und Erhaltung aller Ehrbarkeit solchen Ortes zu diesem intent [Veranstaltung] Ihnen wiederfahren zu lassen, kein Bedenken tragen, sondern sich dahin schuldig erkennen, warum ich zwar hier bittend mit angelangt haben will.

7. Und nachdem ich zu solchem Trunk auch fürs Siebente jedesmal einen Pfarrer und Keller allda, samt mein des Stifters und nach ihrem Ableben das nächste in meiner Linie, wie es die nachfolgende Disposition [Verfügung] zu erkennen geben wird, habende Frauen gemeint haben will, als sollen selbige allwegen zu rechter Zeit ordentlicherweise dazu berufen und erbeten, auch zu rechter Ehrerbietung Ihnen neben Ihren Herrn und Hauswirten, sowohl einem Schultheißen und regierenden Bürgermeister samt ihren Weibern ein eigener Tisch eingeräumt werden.

8. Achtens, sodann nun die übrigen Gemeine Weiber beisammen, sollen dieselben sämtlich und zwar jede Insonderheit allervorderst ehe und dann Ihnen der Trunk gereicht wird, durch einen Schultheißen und Bürgermeister gefragt werden, ob Sie Ihren Kosten, der dann bei den Armen sowohl als den Reichen, dieweil alle einen gleichmäßigen Trunk haben und genießen, gleich sein solle, erlegt, und zumal auch Ihren Salvo honore Dung, dessen dann einer Jeden jährlich, sie sei reich oder arm, zwei große aufgehäufte TragZainen [Tragkörbe] voll gebüren, dasselbige Jahr in solchen verschafften Weingarten geliefert und so das von einer oder andern nicht geschehenn, dieselbe ohne einiges Ansehen der Person von diesem Trunk abgewiesen und solange nicht mehr dazu gelassen werden solle, bis sie in gleichmäßige Gebühr einstehe, und hierunter Niemanden denn mein des Stifters oder desselben Nachkommen samt eines Pfarrers und Kellers Hausfrauen als Gäste zu verschonen oder dessen zu entübrigen.

9. Und nachdem zum Neunten auch gar nicht zu zweifeln, daß Gott der Allmächtige in diesem Weingarten, sollte etwa auch dergleichen Jahrgänge geschehen, die ein namhaftes an Wein geben und ertragen möchten, damit dann nun ein solcher verliehener göttlicher Segen mit rechter Danksagung und ferneren guten Ordnung recht und wohl möge gebraucht werden, so solle hiemit auch ferner disponiert und geordnet sein, auch gleich in diesem Jahr seinen Anfang damit gewinnen, daß man denjenigen Wein, der auf diesen hierin disponierten Trunk nicht völlig aufgeht, allerfleißigst zusammenhalten und davon das ganze Jahr hindurch auf Hausarme, notleidende Kindbetterinnen oder kranke Weiber im Flecken und nicht »Landfährerinnen«, nach Ermessen des Schultheißen und Bürgermeisters auch etwas mitteilen sollen.

10. Sollte dann vor das Zehnte Gott der Allmächtige diese Stiftung, wie ich hoffe, noch weiter segnen, daß man mit der Zeit von selbigem Vorrat auch etwas verkaufen könnte, so solle, ist mein des Stifters allerliebster Wille und beständige Meinung, von dem zu erlösenden Geld, Ihnen Weibern von Jahr zu Jahren gebessert und wo möglich soweit gerichtet, daß neben dem Trunk und Brot nach Belieben und nicht überflüssig eine Suppen, Gemüse und Fleisch und aufs Höchste auch ein Gebratenes dazu möchte gegeben werden, aber weiter und mehr nicht.

11. Was sich dann zum Elften, ferner darüber sparlich [erspart] erfindet, das soll an ein gewisses und ordentliches Hauptgut angelegt und womöglich ein solcher Vorrat davon geschafft, daß mit der Zeit in Mißgewächsjahren, welche doch Gott der Allerhöchste gnädig verhüten wolle, diesen Tag und Nacht, entweder von den verfallenen Zinsen oder dem Kapital gehalten, auch endlich der erforderlich Baukosten ganz davon abgerichtet werden und also einige Heller nirgends anderst dann

auf diese Mahlzeit, Hausarme, Kindbetterinnenn, kranke Weiber, Weingartbau und völligst in den Vorrat am gewissen Hauptgut zu verwenden und zu richten.

12. Und damit diese Stiftung recht florieren und fruchten möge, so solle zum Zwölften jedesmal auf den Tag, wann diese gestiftete Mahlzeit begangen wird, den Weibern insgemein über diese Stiftung ein ehrbarer, bescheidener, gewissenhafter und unvorteiliger Mann, der diesen weit ausstehenden Nutzen wohl in achtnehmen, zu ihrer Wissenschaft von Schultheißen, Bürgermeistern und mir dem Stifter oder meinen Erb-Successoribus zu einem Stiftspfleger verordnet und vorgestellt werden.

13. Auch solle solcher Stiftspfleger zum Dreizehnten richtige Rechnung halten, durch den Stadtschreiber allhier oder falls derselbe anderer Geschäfte halber nicht auskommen kann, einen Keller allda zu Hessigheim stellen, und auf den Tag dieser Mahlzeit vor mir dem Stifter oder meinen Successoribus [Nachfolgern] neben Schultheißen, Bürgermeistern und wen man später dazu zu ziehen für nötig erachtet, verhören und justificieren [vergleichen] zu lassen, auch was sich jedesmal im Vermögen und Vorrat erfindet, den Weibern zur Nachricht angezeigt und darüber des Stiftspflegers seiner Mühewaltung und erwiesenen Fleißes halber auch bei dieser Mahlzeit gehalten werden solle.

Diese Stiftung und Ordnung nun in Ewigkeit desto steifer und fester im Gedächtnis zu erhalten, so solle Schultheiß, Bürgermeister und Gericht zu Hessigheim, deswegen einen ordentlichen Revers [Verwahrungsschein] dieses Inhalts mit dem Stifter zu übergeben verbunden sein, erstlich daß Sie diese Ordnung und den Stiftersbrief hinfüro alle Jahr jährlich und eines jeden Jahrs allein, allwegen auf den Tag haltender Mahlzeit den Weibern samt und sonders ordentlicher Weise wollen ablesen lassen.

Zum andern: Diese gestiftete Mahlzeit oder Rechnungsabhör niemals für sich Selbst anstellen, es werde dann Ich der Stifter und nach meinem Ableben der älteste Veigel von meiner Linie her, oder so derselben auch keiner mehr vorhanden sein sollte, der älteste außer der Zweiglinie von meinen Tochtermännern und ihrer Nachkommen zuvor darum angesprochen und dazu berufen, wie dann ohne mich und derselbigen Beisein hierinnen nichts mehr disponiert und geordnet werden solle. Was aber Ich oder meine Erben und Nachkommen hiezu weiters Nutzbarliches verordnen und disponieren würden, das solle ebenso fleißig und steif gehalten werden, als obig inserirtes [Angezeigtes], alles bei Verleihung dieser Stiftung dergestalten und also, wofür ein oder der andere Punkt inskünftig vorsätzlicher Weise aus der Beachtung gelassen werden, oder sich einer oder der andere etwa zu seiner Zeit einen gesammelten Rest oder Vorrat in seinen eigenen Nutzen zu verwenden, oder anderwärts zuvor partieren [verteilen] oder dann wohl gar zu alieniren [verkaufen] unterstehen sollte, daß also Ich oder meine Erben und Nachkommen guten Fug, Macht und ergeben Recht haben, diese Stiftung ganz wieder aufzuheben, oben inserierten Weingarten ohne einiges Entgelt anzufallen und zu verkaufen, das daraus erlösende Geld zwar nicht zu behalten, sondern in einem oder dem andern Ort, unserem Belieben nach, den Armen zum Besten zu stiften, darwider soll niemand zu handeln, zu schaffen, zu schalten, zu walten, zu reden, zu gebieten, zu verbieten oder schaffen getan zu werden, weder durch Geistlichem oder Weltlichem Recht noch sonst nichts überall zu tun Macht haben, so lieb einem jeden mein hiemit gewünschter reicher Segen, den ich einem Jeden dieser Stiftung Folge leistenden und allein den Seinigen zur zeitlichen und ewigen Wohlfahrt von Grund

meines Herzens, hingegen aber denjenigen so ungetreu oder fahrlässig mit demselben umgehen, den Fluch, auch alle zeitlichen und ewigen Plagen, so auf einem solchen gottlosen, meuchlerischen oder öffentlichen Stiftungsdieb und Verstörer gehörig ist, will gewünscht haben, alles getreulich und ohne Gefährde.

Dessen allem nun zur wahren steifen und festen Urkunde habe Ich eingangs bekennender und mit Namen benannter Stifter mit dienstlichem Fleiß gebeten und erbeten die Ehrenvösten, Vornehmen, Fürsichtigen, Ehrsamem und weisen Herrn Bürgermeister und Gericht allhier zu Hessigheim, meine g. gebietenden Herren und Mitgerichtsverwandte, daß Sie Ihr und Gemeiner Stadt Besigheim gewöhnliches Innsiegel (doch ohne ihren Erben und Nachkommen, auch der Stadt anderwärts ohne präjudicierlich [nachteilig] zu meherer Bekräftigung gezeugnußweise öffentlich gehangen an diese Schrift. So geschehen und gegeben am Samstag nach Bartholomäi den 25. Monatstag Augusti, als man nach Christi unsers einigen Erlösers und Seligmachers Geburt gezählt 1632 Jahr.«

Die Ereignisse nach der Nördlinger Schlacht 1634

Die Weiber von Hessigheim durften sich dieser Wohltat nicht allzulange erfreuen. Vermutlich nur in den Jahren 1633 und 1634 wurde der Weibertrunk durchgeführt, dann wurde dieser Brauch jäh unterbrochen, denn die Schrecken des Krieges kamen näher und näher.

Mit dem Verlust der Nördlinger Schlacht trat für die Evangelische Partei ein entscheidender Wendepunkt ein, und eine ununterbrochene Kette schwerster Erschütterungen brach besonders auch über das Württemberger Land herein.

»Die Reste des bei Nördlingen geschlagenen schwedischen Heeres nahmen ihren Rückzug durch Württemberg, und in ihrem Gefolge überschwemmten die kaiserlichen Truppen das wehrlos daliegende Land. Die abziehenden Schweden nahmen noch mit, was sie im Rückzug an Wertgegenständen erreichen konnten, und verursachten so in der Gegend einen nicht unbedeutenden Schaden. Weit voraus drang den kaiserlichen Truppen der Ruf ihrer Grausamkeit; der Feuerschein der brennenden Orte leuchtete ihnen auf ihrem Wege. Die Bietigheimer Annalen berichten, daß man vom Bietigheimer Wachturm aus an einem Tage 16 Orte in Brand stehen sah.« (*Sieber*, S. 83)

Ob darunter auch Hessigheim war? Zählte man 1634 in Hessigheim 135 Gebäude, so waren 1652 noch 88 vorhanden; 33,4 % der Häuser waren im Kriege zerstört worden.

Die folgenden Jahre waren erfüllt von Winterquartieren und Plünderungen, so daß die Bevölkerung des Ortes es vorzog, in den festen Städten der Umgebung Zuflucht zu suchen, obwohl ihr dabei nichts erspart blieb. Betrugem doch die Kriegskosten in Stadt und Amt Besigheim in den Jahren 1634/38 227 316 Gulden. Laut dem Besigheimer Totenbuch starb am 3. März 1637 Balthas, Balthas Veigels Sohn aus Hessigheim, 7 Jahre alt. Am 4. März 1637 starb Stefan Meininger (oder Menninger), 45 Jahre alt. Am 21. April 1637 starb Margarete Läsen (?), Hügelsins Eheweib, Bürger zu Hessigheim.

Am 22. Mai 1637 ist auch gestorben Magister Georg Bechtlin, Pfarrer zu Hessigheim, alt 46 Jahre. Und im Juni 1637 starben in Besigheim zwei Bettelmädchen, davon eines aus Hessigheim.

Im Jahre 1639 konnte Hessigheim – des Krieges wegen – nicht bewohnt werden. Einen zusammenfassenden Bericht über die Ereignisse in Stadt und Amt Besigheim bietet uns der Bericht des Besigheimer Untervogtes von 1645, dem folgendes zu entnehmen ist:

»1. In Stadt und Amt befinden Sie, daß nach leidiger Occupation [Besetzung] und Einfall der Soldatesca aller hier in Bereitschaft gehabter Vorrat, alle Pfarrschaftlichen Kleinodien, Silbergeschirr und dergleichen, Früchten, Wein und Vieh, auch Kleider und andere Mobilien, neben den Bürgermeister-, Heiligen-, Allmosen-, Mühlmeister-, Vorrats-, Waisen-, nicht weniger die Contributions-[Kriegssteuer] und alle anderen Rechnungen mehrertheils distrahirt [zerstreut] und gänzlich verschleift worden, auch sogar, daß sonderlich zu Hessigheim keine Steuer-, Teil-, Kauf- oder andere des Fleckens Bücher mehr vorhanden, sondern sehr viel elendiglich zu Grunde gegangen und dadurch männiglichen unwiderbringlichen Schaden zugefügt worden, darüber gleichfalls diejenige, so solche geführt, erbärmlich erhungert, verschollen und Tods verblichen.

Also bis auf E. F. Gnaden durch Gottes gnädige Vermittlung angetretene Regierung und Landes Immission [Einweisung in den Besitz gewisser Güter] dergleichen alles zu erstatten und ins Werk zu setzen, nicht nur schwer, sondern unmöglich fallen tue.

2. Der Stadt und Amtsflecken gemeine Güter, als Äcker, Weingart und Wiesen, hatten, Jeder billig wohl beobachtet, umgetrieben, gebauet und der Eintrag zu Gemeinem Nutzen verwendet werden sollen. Es ist aber dasjenige, so vorhanden gewesen, sowohlen publicum, als privatum in die Rabühl [?] gangen, sogar, daß etlich Jahr keiner Meister in seinem Hause gewesen, sondern es haben die Soldaten nach ihrem bösen Willen gehandelt, wie Sie gewollt, und hat immerzu nur geheißt: Bauernschaft schaff und solltest du dich zu Tod schaffen, welches auch geschehen, die Amtsflecken öd worden und dadurch wegen großer Unsicherheit, eingetretener Seuche der Pest, nahend alle guten Wiesen liegen blieben, daher dann wir leichtlich in ermessener vieler langer schädlicher Confusiones (Untereinander) und Zerrüttung denen man zu steuern nicht vermocht, entstanden, und haben die Untertanen solcher Armut und Unmöglichkeiten halben, wider Willen Wiesen öd liegen lassen müssen.«

In einem Generalaussschreiben vom 28. August 1652 forderte die Regierung von allen Untervögten Berichte darüber, wie es um die einzelnen Ämter bestellt sei. Die Beamten sollten der Regierung berichten: »erstlich wie viel Mannschaft gegen vorigen, friedlichen und vollkommenen Ruhstandszeiten diesem unserem, durch den leidigen Krieg äußerst depopulirten Herzogtum annoch ermangeln, am andern wie viel an Weinwachs, Ackerbau, Wiesen und dergleichen noch ohngebaut und öd zugegen liegen...«.

Der Obervogt von Besigheim, Georg Christoph von Sternenfels, und der Untervogt Johann Christoph Müntzer berichteten nun am 11. Oktober 1652 unter anderem, daß sie dem ernstlichen Befehl in Untertänigkeit gerne »nachgesetzt Unnd allßgleich Underthönig Bericht, so ist jedoch solche einlieferung Eben in Vollem Herpst, da mäniglich mit dergleichen geschäften häufig Beladen gewesen, Zuemah-

len auch die Steur Unnd güetterbücher noch durchgehen müessen, Beschehen, daß also wür würckhliches nichts verrichten mögen, Nach dem aber nun der Herpst seine Endschaft erraicht, Haben wür uns zusamen verfügt, mit Hilf und Zuethun Burgermaister und Gerichts und der Statt unnd Beeden Ampts Fleckhen, genahe Erkhundigung eingezogen, Unnd die sachen in Einem und anderm mit fleiß explorirt unnd Befunden, allermaßen die Beylag mit mehrerem zuerkennen gibt, Welches, daß deme also gewiß, da der schaden wohl größer, dann Er gesetzt, Sindemahlen diess geringe Statt und Ämptlin von andern vast Continuiertlich mit Hochbeschwehr- ja grund Verderblichen Guarnisons unnd sonder Extra ordinari Einquartierungen Belegt unnd yberschwemmt gewesen, destokhend zue glauben, umb welchen Ruins willen, auch noch der Zeit sich Keine frembde unnd neue Burger allda einzuelaßen Begehrt, und noch schlechte Hoffnung darzue . . .«.

In dem oben angeführten Beilagenbericht werden nun unter anderem angeführt: »Obwohlen Bey Hievorigen Fridlichen unnd Volkhomenen Zuestands Zeiten in der Ampts Statt Besigheim, Insgesamt 350, Zue Wah leim 140, unnd Hesigkheim, als Beeden Ampts-Fleckhen in die 95 Bürger gehabt, so seyen jedoch vor dißmahl Laider nur noch in 225 effective vorhanden, also auch noch in diesem geringen Ortht gegen Voriger anzahl ime 360 Burger ermangleten, welche Zuer Zeit deß Landes ein- und yberfalls, damahlen vorgangener Blinderung, unnd darauff gefolgten yberschwehren einquartierungen, Tewerung, Hungersnoth unnd Pest, Umkommen, Verhungert, in daß Exilium verjagt, gestorben und zuegrund gangen, deren weib unnd Kinder auch mehreren Thail mit vergangen,

Fürs Erste: So Ligen vor daß andere Umb solchen großen obgangs der Burger-schafft willen bey Statt unnd ampt ahn Weinbergen noch öed unnd ungebawt Inn die 690 Morgen, Unnd ahn ackherVeldter ungefäh 633 Morgen. Unnd weilen Zuem dritten diser ortht vor all andern vast Continuiertlich mit Extraordinari und eigenthätig genommenen Guarnisons Quartieren häufig unnd ohnerträglich Belegt gewesen, seyen in der amptStatt 90 Häußer unnd 25 Scheuern, auch ein MahlMühlin: Item in dem Fleckhen Walheim 71 Häußer unnd 44 Scheuern, Sodan In dem Fleckhen Hesigheim Item 30 Häußer unnd Scheuren Thails obgebrannt, Thails dirch die Soldaten eingerißen, die yberigen noch stehende oder gueten Thails dergestaltten zuegericht und verderbt worden, daß Vihl nit mehr zue bewohnen . . . So seind auch andre Gemeinder Statt und der Fleckhen gebäu schandlich verderbt, daß Sonderlich die Rath- unnd Schuelhäuser in Beeden ampts Fleckhen noch der Zeit nicht zue bewohnen. An eigendtIhro Fürstl. Gnaden gebäu Ist die eine Kellter in der Statt gar eingefallen, die ybericgt so wohlen, allß die in den Beeden AmptsFleckhen noch nicht Volkhommen Reparirt, ohnerachtet schon ein Zimblicher PowCosten daran verbawdt worden.

Umb welch erlittenen und noch vor augen stehenden großen schadens unnd bey so vihlen ohnerträglichen Inquartierungen, gemachter nahmhaffter Schulden willen, noch der Zeit sich wenig neue Bürger in disen Orthen burgerlich ein- unnd niederlaßen Begehrt, auch noch kein ansehen darzu; dahero Bey disem Statt und Ämptlin annoch Kein rechte Ufnahmb zue hoffen . . . Burgermaister unnd Gericht von Statt unnd ampt Besigheim.«

Daß unter diesen Umständen der Brauch des Weibertrunks wieder aufgenommen werden konnte, ist kaum zu glauben, und es sind auch keine diesbezüglichen Unterlagen vorhanden. Als dann die Verhältnisse sich wieder gebessert hatten,

kamen die Einfälle der Franzosen in den Jahren 1688 und 1693. Einem Bericht des Besigheimer Vogtes Johann Balthasar Golther vom 3. September 1693 ist folgendes zu entnehmen:

»1. Daß von dißem Statt- und Ämbtlen weegen bekandten äusßersten Ruins, dazumahlen Ein zimlicher Theil der Innwohner nimmer nach Hauße Kehren kan, oder will und was zugegen entweder stirbt oder wider hinweg zu gehen gedenkhet, an ewigen Gelt-, Frucht-, Geflügel- und Ayer-Gefällen, lediglich nichts: Weins, ohngefähr erachtung nach 3 biß 4 Fuder: Zoll, Umbgeldt, und andere unbeständigen Geltgefällen sehr wenig (so ist zu denen nothwendigen täglichen außgaben weit nocht erklöcklich seyn werden) zu hoffen.

2. Der HerbstErtrag ist bereits oben gemeldet.

3. Hew, Öhmdb, und Stroh ist nichts eingebracht, auch weiters nichts einzubringen.

4. Die Besoldungen hatte Her Cammerrath Hopfenstockh notirt, und sein solche auch aus meinen bey der Canzley ligenden Amtsrechnungen ordentlich zuersehen.

5. Mit übrigen GeltAufgaben hat es gleiche Bewandtnus.

6. Wie die Herrschafftll. Gebäw verderbt und Schaden gelitten, hat der Eingenommenen augenschein gegeben, und ist, wie bekandt, sonderlich der Frucht-Casten, Zehend-Scheuren, Keller und beede Kelltern also verwüstet und ohnbrauchbar gemacht, daß wenn nicht gleich nöthige säuberung und reparation ein Nahmhafftes erfordern würd, worzu aber Keine Mittel vorhanden, sondern anderstwoher zu assigniren seyn werden, p.den Belauff des Schadens aber kan mann noch nicht aigentlich wißen, sondern beruhet uff eines Werckhmeister Ankunfft und machendem Überschlag.

7. Der Feldbaw in Statt und Amt ist sehr schlecht beschaffen, und schier nicht zuvermuthen, daß nur Zehen Morgen aus aigenen Cräfften möchten angeblümt werden können, indeme Zug und Saatfrüchte gänzlich ermanglen.

8. Meine jüngsten Rechnungsgeschäftten, die eben fast zu Beschluß gewesen, habe uffs beste salvirt zu seyn vermeint, da Selbige über Neccar nach Liebenstein gethan, und mit dasigen Amtmanns Fekels dergleichen Sachen in ein gut Gewölb verwahrt, welches aber von Feinden gefunden, eröffnet, alles verwüstet, zerrissen und distrahirt worden, daß man schier Kein Stuckh mehr zusammen bringen kan, und folglich vil gar verlohren gegangen seyn würd, so noch uff genawre außsuchung, wovon man bereits begriffen, beruhet; Gleichermaßen ist es auch mit allen übrigen, in meiner Ambts Stuben noch vorhanden gewesenenen Actis ergangen, und sonderlich vil alte Rechnungen, mein Amptprotocoll und Conzept Buch gantz zerrissen...«

Breining entnimmt einem Bericht des Hirsauer Kellers zu Hessigheim folgendes:

»Nach der Einnahme Besigheims hat die Bevölkerung in Stadt und Amt alles im Stich gelassen. Die französischen Schnapphahnen haben bei Hessigheim über dem Neckar drüben sich in großer Zahl eingefunden und herübergeschossen, worauf Keller samt dem Pfarrer, weil die übrige Bürgerschaft schon Reißaus genommen, sich eben auch flüchten mußte mit Weib und 5 Kindern, und weil er weder Wagen noch Pferd hatte, auch kein Bauer das Geringste ihm auf den Karren nehmen wollte, mußte er auf 5 Wochen ins bittere Exilium [Verbannung] wandern. An Früchten, Wein und Mobilien hat er über 1000 Reichstaler Werts verloren. Er hat sich, während der Feind noch im Dorf gestanden, verschiedene Male nächtlicherweile ins Dorf geschlichen. Aber der Schaden war schon geschehen. Auch die im Keller



Hessigheim 1686. Zeichnung von Andreas Kieser (Vorlage und Foto Hauptstaatsarchiv Stuttgart)

verborgene Registratur war entdeckt und »mehistens zerrissen und übel distrahiert« worden; doch konnte er die noch zugegen seienden, aber in großer Konfusion befindlichen Documenta, Rechnungen, Gült-, Läger- und andere Bücher anderwärts in sichere Verwahrung bringen. Sobald der Feind von Besigheim abgezogen, am 14. August 1693, begab sich der Keller am 15. August samt seiner Familie wieder nach Hessigheim, als der erste Amtmann im Revier. Dies wurde ihm von Pfarrer Magister Vitus Israel Futtermann, der allerdings erst später von Schwäbisch Hall wieder zurückkam, schriftlich betätigt.« (*Breining*, S. 41 f.) So ist also sichtbar geworden, daß aus dieser Zeit keine Unterlagen über den Weibertrunk in Hessigheim mehr vorhanden sind; denn es dauerte wahrscheinlich noch viele Jahre, bis man an den alten Brauch sich wieder zurückerinnern konnte und ihn, wie es der Stifter gewollt hatte, den Weibern zuteil werden ließ.

Im 18. Jahrhundert

In der Maß-Tabelle von 1718 wird Seite 398 erwähnt: »161 Ruthen Meß, der Weiber-Weingart, einerseits Hanß Heinrich Veygel, andererseits Hanß Jerg Rieb 1 Morgen 1 Viertel, gibt Bodenwein 3 Imi 5 Mas, gehört in das 1. Lehen.« Dies ist die erste Erwähnung dieses Weiberweingartens.

Genauere Angaben bekommen wir dann aus den vorhandenen Rechnungen der Pfleger dieser Stiftung. Die älteste vorhandene Rechnung stammt aus dem Rechnungsjahr 1740/41 und lautet wie folgt:

»Im Jahre Christi Anno 1740 bis 1741 den 1. Martii: Johann Conrad Jehlen wegen den Weibern vor Weißbrot bezahlt 5 Gulden 50 Kreuzer. Ferner hat Conrad Veigel, Pfleger, zur Weiber-Weingart-Ebene Frucht hegegeben Dinkel 4 Simri 2 Vierling, dem Scheffel nach à 3 Gulden, tut 1 Gulden 58 Kreuzer.« Offenbar war der Teil des Weingart, der auf der »Ebene« lag, mit Getreide eingesät worden, weshalb hier die Angabe über den Kauf von Säfrucht enthalten ist. Bereits im Rechnungsjahr 1739/40 wird unter Einnahmen und Ausgaben erwähnt: »Erstlich haben beede Pfleger von eingeernteter Weiberfrucht, nämlich 24 Garben Dinkel im Treschen erhalten 2 Scheffel 7 Simri, Spitzen 3 Simri, gedachte Frucht an Georg Veigel verkauft worden, der Scheffel à 3 Gulden, tut 8 Gulden 32 Kreuzer 3 Heller. Spitzen das Simri für 12 Kreuzer, tut 36 Kreuzer, Stroh 23 Büschel, die Büschel à 3 Krz., tut 1 Gulden 9 Kreuzer.«

Ferner haben die beiden Pfleger im Herbst des Rechnungsjahres 1740/41 »wegen des Weiberweingarts für Brot zum Lesen und Deyhen bezahlt 20 Kreuzer, Thimotheus Veigel, Beckenbuben Tretterlohn 3 Kreuzer, Joseph Jacob und Conrad Veigels Weiber Leserlohn, zusammen bezahlt 7 Kreuzer 3 Heller, Conrad Veigels Mägdlen 2 Kreuzer 3 Heller. Den beiden Pflegern wegen Versaumnis im Herbst 12 Kreuzer, dem Weingartschützen Geld bezahlt 7 Kreuzer, Herrn Keller Möglin Herrschaftlichen Keller-Zins bezahlt 20 Kreuzer.«

Im Jahre 1740 (2. September) haben beide Pfleger, Conrad und Jacob Veigel, Weiberwein, das heißt Wein aus dem Ertrag dieses Weiberweingartens, an Andreas Hengerer verkauft »1 Imi, das Imi vor 30 Kreuzer, ferner an Johannes Veigel 5 Mas, tut 15 Kreuzer, ferner an Balthes Hengerer Weiberwein verkauft 1 Imi 4 Mas, tut 42 Kreuzer. Und im Jahr 1740 bis 1741 haben beide Pfleger Herrn Keller Möglin wegen Weiberweingarts Bodenweinsgeld die Hälfte bezahlt mit 26 Kreuzer 2 Heller.«

Im Rechnungsjahr 1742/1743 weist die Rechnung folgende Einträge auf:

»Im Jahr Christi Anno 1742 bis 1743 haben Beede Pfleger Conrardt und Jacob Veigel im Weiber-Weingarth Vier Hundert Pfehl erkaufft, Das Hundert vor 20 Kreuzer, thut 1 Gulden 20 Kreuzer. Ferner hat Conrardt Veigel, Pfleger zur Weiberweingarth's Ebene SehFrucht [Säfrucht] hergeben 4 Simri 1 Vierling, dem Scheffel nach 3 Gulden 15 Kreuzer, thut 1 Gulden 42 Kreuzer 3 Heller. Im Herbst Vor Brod zum Leßen und Deyen Bezahlt 24 Kreuzer. Vor Wein bezahlt 12 Kruzer.

Georg Veigels Buben Tretterlohn bezahlt 4 Kreuzer, Joseph Veigels Tochter Leserlohn bezahlt 3 Kreuzer, Valeten Tochter 3 Kreuzer, Beeden Pfleger Weiber Leserlohn 6 Kreuzer, Vor eine Fahrt Most zu führen bezahlt 9 Kreuzer, Von Zwey Fich Most in untern Herrschaftlichen Keller zu tragen bezahlt [unleserlich] vermutlich 4 Kreuzer, Herrn Johannes Berneckher, Herrn Kieffer vor einem Führling

auszuwaschen und zuzuschlagen bezahlt 4 Kreuzer, Im Jahr Christi Anno 1742 Biß 1743 haben beede Pfleger Weingarth Schützengelt bezahlt 8 Kreuzer, Herrn Johannes Berneckher, Herrn Kieffer von einem Bodenstückh in das Weiber Fäßlen zu machen bezahlt 24 Kreuzer.

Anno 1743 den 23. Dezember haben beede Pfleger Georg Veigel und Matheus Hörler von 24 Garben Dinckel Trescherlohn bezahlt 22 Kreuzer, Georg Veigel Scheurenzins bezahlt 10 Kreuzer. Den 23. Dezember haben beede Pfleger Conradt und Jacob Veigel von eingeernteter WeiberFrucht nämlich 24 Garben im Tresch erhalten 2 Scheffel 6 Simri, ahn Thimotheus Veigel, Becken, verkauft worden, den Scheffel à 3 Gulden 15 Kreuzer, thut 6 Gulden 52 Kreuzer, Spitzen 4 Simri ahn Georg Veigel verkauft worden, daß Simri vor 14 Kreuzer, thut 56 Kreuzer, Stroh 20 Büschel auch ahn Georg Veigel verkauft worden, die Büschel à 2 Kreuzer, thut 50 Kreuzer.

Am 21. März 1743 wurden in Weiberweingart Zweyhundert pfehl erkaufft, daß Hundert vor 21 Kreuzer, thut 42 Kreuzer.« Die anderen Angaben waren ähnlich wie im Rechnungsjahr zuvor. Erwähnt wurden noch »von einer Fahrt Most zu führen 9 Kreuzer, Herrn Johannes Bernecker von einem Führling zum Weibermost zu rüsten bezahlt 24 Kreuzer, von 3 Eich Most in untern Herrschaftlichen Keller zu tragen bezahlt 4 Kreuzer 3 Heller, beeden Pflegern wegen Herbst Versaumnuß Leßens und Deyens einem Jeden zu Lohn 10 Kreuzer, thut 20 Kreuzer, vor Schwefel und Lichter bezahlt 4 Kreuzer.

Im Jahr Christi Anno 1744 bis 1745 haben beede Pfleger wegen Weiber Ausgaben: Johann Conrad Jehlen Becken sambt Rechnungsabhör, an Weiß- und anderm Brot bezahlt 5 Gulden 34 Kreuzer und Wein zur Rechnungsabhör 9 Maas, das Maas à 12 Kreuzer ferner zur Weiber Weingarth Ebene Erbßen erkaufft 1 Simri 1 Vierling, daß Simri vor 44 Kreuzer thut 55 Kreuzer, ferner in Weiber Weingarth ein Hundert Pfehl erkaufft vor 24 Kreuzer.

Ferner haben beede Pfleger den Herrschaftlichen Bodenwein 3 Imi 5 Maas, den Eimer nach à 30 Gulden, thut 6 Gulden 33 Kreuzer wegen deß Weiber Weingarths von Georg Veigel Most erkaufft. Den 15. Oktober haben beede Pfleger vor 53 Büschel WeiberErbßen Jacob Nägelen und Georg Heinrich Veigel Drescherlohn bezahlt 36 Kreuzer, Scheurenzins bezahlt 10 Kreuzer.

Im Jahr Christi Anno 1747 biß 1748 den 14. Februar haben beede Pfleger Conradt und Jacob Veigel Joh. Conradt Jehlen wegen Ausgab des Weiberbrots bezahlt 9 Gulden 57 Kreuzer, ferner wegen einer Garbenfuhr 1 halb Maas Wein bezahlt 8 Kreuzer und Brot 1 Kreuzer.

Im Jahr Christi 1748 den 11 Martyi hab ich Joh. Conradt Veigel Pfleger mit Erlaubnuß Herrn Schultheißen die Zwey Weiber Fäßle erkaufft vor 5 Gulden, welche vor der ganzen Burgerschaft verrufen, darauf geschlagen: o.

Herrn Bürgermeister Thimotheus Metsch hat außer Achtzig Gulden Capital wegen des erkaufften WeiberWeingarths, den auf Lichtmeß 1749 verfallenen Zins bezahlt mit vier Gulden den 10. Juni 1749 an den Pfleger Johann Conrad Veigel« (Damit war offenbar der Weiberweingart in den Besitz des Fleckens übergegangen).

»Am 26. Februar 1752 haben beede Pfleger wegen Ausgebung des WeiberBrods Joh. Adam Veigel, Beckhen, bezahlt Sieben Gulden dreißig fünf Kreuzer.« Der Erlös aus dem Verkauf dieses Weingartens wurde dann offenbar immer wieder an Gemeindebürger ausgeliehen, weshalb sie Zinsen dafür bezahlen mußten. So zahlten

beispielsweise »Mattheus Hirsch, Müller et Consorten« ausser achtzig Gulden Capital wegen des Weiber Weingarts in drei Viertel Jahr Zins einen Gulden 20 Kreuzer, am 1. Februar 1755. Insgesamt waren von 1753 bis 1755 11 Gulden Capitalienzinsen eingezogen worden.

Und weiter wurde noch angeführt: »Daß an hieübrigen Dag oder Dattum denen Burgerschaftlichen Weiber, nach Herrn Stifters seligen sein Vermachtnuß von denen 2 Pfleger an Brodt ist ausgetheilt worden 156 Porzionen, die Porzion à 3 Kreuzer, Macht zusammen Sieben Gulden 48 Kreuzer.« (vermutlich 1753)

Unter den Ausgaben von 1798 wird erwähnt, daß »Johannes Nägele, Beck, am 20. Februar für Weißbrot, so unter die burgerlichen Weiber ausgetheilt worden, so in 78 Leible, in der Zahl, das Leible á 3 Kreuzer, thut 3 Gulden 54 Kreuzer.« Conrad Eisele, Beck, eodem in der Zahl 99 Leible thut 4 Gulden 57 Kreuzer.

Am 28. März 1797 wurde im Beisein von Schultheiß, Magistrat und Gemeindedepu-
tierten über die Bewirtschaftung des Weiber-Weingarts, der nun im Besitz des
Fleckens war, verhandelt. Das Protokoll darüber berichtet:

»Von Oberamts und Magistrats wegen wurte vor gut angesehen, den der Com-
mun gehörige Weingartt um den Lohn Bauen zu lassen, um auf ein jahrlang zu
erproben, ob es nicht vor den Weingartt vortheilhaffter und beßer, als wan er durch
die frohnende Bürgerschaft gebaut würde, Man hat also vor Heute den Versuch
gemacht und viertelweiß nach anforderung der Bürger unter nachstehenden Condi-
tionen in Abstreich gebracht:

1. Daß jeder Bürger was er zu Bauen übernimmt redlich schaffen und darbey keine
arg listigkeit und Betrug gebrauche.

2. Müssen alle Arten in dem übernommenen accord ohne andere Benutzungen
dem Flecken verbleiben, außgenommen daß Bodengraß. Die Reben kan jeder vor
daß Biegen vor sich Benutzen bey der schwersten Straffe aber keine arglistigkeit
gebrauchen keine Reben oder WachsHölzer abzuschneiden.

3. Alle Arten nach der Bauordnung hat der übernehmer durchzumachen Biß zum
überhauen, wo sodann der AmtsBürgermeister in der Frohn solchen zu überhauen
und daß er haulaub zum Flecken zu verrechnen hat, von da an hat Niemand den
Flecken Weingarthen zu Betretten Bey HerrschafftStraffe.

4. Soll der Weingartt nicht Bey übler Witterung sonder gleich Bürgerlichen
Gütern geschafft werden.

5. Soll neben dennen BurgerMeistern, welches nach ihren Pflichten die HauptAb-
sicht Bleibt neben den Feld Steußler auch wann es der Nothfall erforderte auß dem
Magistrat mehrere Aufseher Bestellt werden.

6. Den Lohn mag jeder Bey dem BürgerMeister Amt Baar einnehmen, oder an
seiner Steuer abschreiben zu lassen.

7. Derjenige, der sein angenommenes Feld nicht recht Bauen, solle wann es zur
Klag kommen würde, nicht nur mit HerrschafftStraffe Belegt, sondern auch zum
schaden Ersaz Condemnirt werden.«

Am 21. März 1798 wurde noch einmal der Versuch unternommen, denn das
Protokoll berichtet darüber:

»Auf Herzogl. Oberamtl. erlaubnus und Magistrath gutachten, solle der dem
Flecken Zugehörige Weingartt dieses Jahr wiederum um den Lohn gebaut werden.
Zu dem Ende nun wurte solches einer gesambten Burgerschaft Bekannt gemacht
und darauf bey denen Liebhabern, unter denen Ferndt gemachten Conditio-

nen... in Abstreich gebracht, wo nachstehendes verhandelt worden ist: 1 Viertel wirdt angeboten.

Da die Liebhaber, die sich vorgefunden, die Forderung übertrieben und per Morgen 20 Gulden Lohn gefordert, erachtet der sammtliche Magistrat vor dißmal die Verhandlung auf andere Zeit vorzunehmen, würden die Bürger aber auf übertriebener grober Anforderung Beharren, so solle der Amts Burgermeister gleich andern Jahren, wiederum in der Frohn Bauen Laßen, Heßigheim den 21. Martii 1798. Schultheiß und Magistrat: J. S. Häußler, Johannes Metsch, Georg Heinrich Veigel, Friedrich Hengerer, Daniel Metsch, Conrad Nägele, Georg Eysele.«

Im 19. Jahrhundert

Trotz der Kriegswirren, die die Zeit Napoleons hervorgerufen hatte, blieben die Hessigheimer bei ihrem alten Brauch. Waren früher hauptsächlich die Kosten, die der Bau des Weinbergs verursacht hatte, bei den Rechnern aufgezeichnet worden, so begann man bereits gegen Ende des 18. Jahrhunderts die Anzahl der ausgegebenen Portionen, beziehungsweise die der ausgegebenen Brote neben den Unkosten zu verzeichnen. Der Wein wurde nicht erwähnt, war er doch im Herrschaftskeller für den Trunk aufbewahrt worden, während die Brote in Auftrag gegeben werden mußten. Noch im Jahre 1798 mußten am 7. Mai 48 Kreuzer Kriegssteuer bezahlt werden, eine Folge der Zeitereignisse! Doch lassen wir die Rechnung berichten:

»Den 25 ten Februar 1800 ist nach des Stifters Willen unter die bürgerlichen Weiber Weißbrot ausgetheilt worden, so in 176 Leible besteht, das Leible à 2 Kreuzer, thut 5 Gulden 52 Kreuzer, so nachstehende Becken dafür empfangen: Johannes Nägele 42 Leible 1 Gulden 24 Kreuzer, Conrad Eisele 42 Leible 1 Gulden 24 Kreuzer, Friedrich Veigel 46 Leible 1 Gulden 32 Kreuzer, Timotheus Veigel 46 Leible 1 Gulden 32 Kreuzer. Der mit Pfleger wie sonst 15 Kreuzer, Rechner wie gewöhnlich 30 Kreuzer...

Unter dem 16. November 1800 wurde dem Oberpfleger des Weiber Stifftschen Capitals die Pflegrechnung probiert; wo sich ergeben, daß die Ausgabe mit der Einnahme sich compensirt und derselbe dieser Curatel im Rest verbleiben 1 Gulden 20 Kreuzer 3 Heller. Davon Rechnungsstellkosten, dem Schultheißen und Waysen Gericht, auch dem Pfleger wurde um Abhör derselben ausbezahlt 1 Gulden 30 Kreuzer...«

Unter dem 22. Februar 1803 brachten die Becken folgendes in Rechnung: »Johannes Nägele für 41 Leible à 3 Kreuzer, thut 2 Gulden 3 Kreuzer, Conrad Eisele für 40 Leible à 3 Kreuzer, thut 2 Gulden, Timotheus Veigel für 40 Leible à 3 Kreuzer thut 2 Gulden und Conrad Veigel für 60 Leible à 3 Kreuzer thut 3 Gulden.

Am 26. Februar 1805 empfang Conrad Friedrich Veigel für 80 Leible à 2½ Kreuzer 3 Gulden 10 Kreuzer und Timotheus Veigel für 94 Leible à 2½ Kreuzer 3 Gulden 55 Kreuzer.

Am 10. Februar 1807 empfangen Conrad Eisele für 92 Leible à 2½ Kreuzer 3 Gulden 50 Kreuzer und Johannes Nägele für 85 Leible à 2½ Kreuzer 3 Gulden 32 Kreuzer 3 Heller.

Am 14. Februar 1809 wurde das Veigelsche Legat wieder ausgeteilt und hat an Weißbrot erhalten für 104 Leible à 2 Kreuzer 3 Heller 4 Gulden 20 Kreuzer Conrad Friedrich Veigel, Beck, und für 72 Leible 3 Gulden Thimotheus Veigel, Beck.

Am 11. Februar 1812 wurden insgesamt 189 Leible ausgeteilt und am 7. Februar 1815 186 Leible.«

Die Bürgermeisterrechnung des Jahres 1816/17 erwähnte unter »Gemeine Zehrungen«:

»Nach uralter Observanz hat man jährlich einem Bürger wegen der das Jahr hindurch leistenden vielen Frohndiensten aus gemeinem Fleckenkeller Eine Maas Wein und Zwey Pfund Brod gereicht, welches auch dem Herrn Pfarrer, Gericht und Rath nach dem Rezeßbuch 4 Pfund Brod gebührt, abgegeben worden.

Der Wein wurde jährlich an Faßnacht ausgetheilt; da aber der Commun Weingart seit 1812 nichts mehr ertragen hat, und der Wein aus der Bürgermeister Amtskasse hätte erkaufet werden müssen und dadurch die großen Kosten wegen den zu hohen Weinpreisen verursacht worden, die nur durch Umlagen wieder gedeckt werden müssen, so wurde nach dem hier anliegenden Communschadens Projekt [nicht mehr vorhanden] beschlossen, den der Commun zuständigen Weinberg zu verkaufen und für heuer und für die Zukunft solle an Fastnacht kein Wein mehr ausgetheilt und nur heute der Bürgerschaft wegen der theuren Zeiten das Brod ausgetheilt werden, hiegegen auch diese BrodAbgabe zukünftig für immer aufhören. Die Frohnbauern, die Förker und der Magistrat solle keinen Wein mehr für ihre Mühe, sondern letztern den Communordnungsmäßigen Taglohn und erstere einen verhältnismäßigen Lohn aus der Gemeinde Kasse empfangen.«

Und der Verkauf des Fleckenweinbergs kam zustande. Darüber gibt folgendes Verkaufsprotokoll Aufschluß:

»Auf erhaltene allergnädigste Erlaubniß verkaufen Schulthais und Magistrat Im Aufstreich Almanden Weingart nach dem Meßurkund: 3 Morgen 5 $\frac{1}{8}$ Ruthen, der Fleckenweingart, jenseits Näccars, stoßt unten auf daß Gewändt und oben auf den Heldenrein, dieser Plaz ist dem Noval zehendbar, sonsten aber frey und aigen.

Diese 3 Morgen 5 $\frac{1}{8}$ Ruthen Weingart wurden an 13 Bürger stückweise im Aufstreich um 1083 Gulden verkauft. Nach der Aufstreichsverhandlung offerirte Bürgermeister Georg Eisele für den ganzen Weingart à 3 Morgen 5 $\frac{1}{8}$ Ruthen unter denen nehmlichen Bedingungen, welche denen 13 Käufern gemacht wurden, und hieüben nachgetragen sind, die Summa von 1200 Gulden zu behalten, da sich nun weiter kein Liebhaber zeigte, so wurden der Kauf für 1200 Gulden dem Herrn Eisele zugesagt, unter nachfolgenden Festgesetzten Bedingungen:

1. Muß der ganze Kauf von Georgii 1817 in die Verzinßung laufen und $\frac{1}{4}$ hievon Tero Merteny 1817, 1818, 1819, 1820, jedamal samt Interesse baar bezalt werden.

2. Daß Eigenthumsrecht wird biß zur völligen Bezahlung vorbehalten und hat Käufer neben diesem, noch einen tüchtigen Bürgeu zu stellen.

3. Wird besagter Flecken Weingart mit dem Recht und Gerechtigkeit verkauft, wie solcher anhero von der Commun besessen und Genossen worden, auch haben die daranstoßenden Gärten, Plätze und Weingarten gleiches Recht, Und wie sie würllich und vorher Beseßen und genossen worden, seyn verbleiben.

4. Sind unten, zwischen dem anstoßenden Gewändt und dem Flecken Weingart, 2 Schu breit zu einem Fußpfad, so nicht in das Meß aufgenommen gelassen worden,

damit die anstößen und der Flecken Weingartts Inhaber ohne Schaden, aus und Ein gehen können. Auch solle Bemelter Pfad ordentlich versteint werden.

5. Hat jeder Käufer, nach seinem erkauften Plaz die Untergangs FeldmeßVersteinerung wie auch gerichtskosten zu übernehmen. InKraft der Unterschriften.

Heßigheim den 10 ten Merz Anno 1817. Käufer: Georg Eisele, Bürg: Häußler. – Verkäufer: Schulthais und Magistrat: G. F. Häußler, D. Metsch, Scholl, Veigel, Eisele, Hengerer, Holbein, Haiber.«

Nach diesem Verkauf ist es verständlich, daß in der Bürgermeisterrechnung des Jahres 1817/18 unter Zehrungen folgender Vermerk verzeichnet wurde: »Durch den Verkauf des Flecken Weingartts, hat der Magistrat und die versammelte Bürgerschaft freiwillig auf diese Abgab Verzicht geleistet, daher hier und in Zukunft Ausgab kommt: 0.«

Doch die Gemeindedeputierten waren danach – wohl nach nochmaliger Überlegung – anderer Meinung, und in Gegenwart des versammelten Magistrats sowie der Bürgerlichen Collegien übergaben sie am 19. Februar 1819 folgende Bittschrift, daß

»1. von den von gnädigster Herrschafft der allhiesigen Commune, wegen der Arbeitsamkeit und Sparsamkeit der allhiesigen Einwohner und des Wetterschadens im Jahr 1816 und dieses welches im Jahr 1817 von dem Almosen verwilligten 1600 fl zur Unterstützung der Commun der Zinns und von dem verkauften Flecken Weingart dessen Kaufschilling auf 1200 [und 1211fl??] belauft, der Zinns hievon zu Abgabe des Faßnachtswins an die hiesige Bürgerschaft gleich vorigen Jahren nach uralter Observanz verwendet werden solle. Sie garantieren zugleich, dieses daß ganze BürgerCollegium es der ganzen Bürgerschaft Recht sey.

Der Magistrat hat heute den Amts Bürgermeister Eisele und 2 Deputierte an das Hochlöbliche Oberamt abgeschickt, um die Resolution zu erwarten, was in der Sache verhängt werden solle. Das Hochlöbliche Oberamt hat hierauf verordnet, den Magistrat und die Bürgerschaft über die Gesinnung zu hören.

Dem erhaltenen oberamtlichen Befehl zur Folge ist heute Nachmittag der ganze Magistrat zusammen berufen und darüber gehört worden.

Der Magistrat hat die Sache am 22. Febr. 1819 in Überlegung genommen und in Erwägung, dieses wenn auch ein Kosten der Commun aufgelegt werde, es ein altes Herkommen und da vorher von dem Ertrag des Flecken-Weingartts die Abgabe prästirt und sogar der Wunsch mehrerer Bürger sey, dieses das alte Herkommen nicht abgethan werden solle der künftige Aufwand sofort, obschon der Flecken Weingart durch die Bürgerschaft unentgeltlich gebaut worden sey, 100 fl. verursacht habe und heuer sollte 115 fl betragen, – hiezu noch ferner ein Beitrag von der Cameralverwaltung von Führung des Weinzehnten von 14 fl geschehe. – und der Magistrat für den Aufwand, wenn es der Bürgerschaft nicht recht sei, garantiere wie das BürgerCollegium, so wurde beschlossen:

Den Wein dem Aymer nach kaufen, das Brod baken und Morgen als am Faßnachtstag unter der Bürgerschaft austheilen zu lassen, und in den folgenden Jahren fortzusezen.

Vorstehende verhandlung beurkunden

Schultheis Häusler, Georg Eisele, Johannes Scholl, Daniel Metsch, Melchior Eisele, Christoph Holbein, Jacob Fr. Haiber, Heinrich Veigel.

– Victor Häusler, Johannes Eisele, Jakob Grünenwald, Conr. Mozer, Conrad Haiber, Adam Fr. Schaaf, Burkhard Haug.«

Und der Wunsch war in Erfüllung gegangen, denn in der Bürgermeisterrechnung von 1818/19 wurde unter »Ausgaben für erkaufte Wein und Brod« berichtet:

»Wie in der letzten Rechnung zu ersehen ist, so hat nach einem alten Herkommen Jeder hiesige Bürger wegen der vielen Frohndienste von dem Ertrag des Flecken-Weingarts jährlich an Fastnacht 1 Maas Wein und 2 Pfund Brod zu empfangen. Weil nun aber jetzt der Fleckenweingart verkauft ist, so hätte für die Zukunft diese jährliche Abgabe nimmer Stattfinden können, wenn nicht die hiesige Gemeinde auf ihre Bitte von Hochlöblichen Oberamt die Erlaubnis erhalten hätte, den jährlichen Zins von dem Kaufschilling des Fleckenweingarts auf diese *Fastnachtwein-Rechnung* zu verwenden. Vermöge dieser oberamtlichen Erlaubnuß nun wurde heuer durch die Gemeinde Pflege zum Behuf dieser Abgabe von dem hiesigen Pfarrer 1 Aimer 2 Imi 3 Maas Wein erkaufte, wofür nach der Quittung bezahlt wurden à 80 Gulden pro Aimer, im Ganzen 91 Gulden 30 Kreuzer. An Brod wurden erkaufte von den hiesigen Beken nach der allegirten Urkunde 53 Laib und hiefür bezahlt laut den Quittungen darinnen 15 Gulden 54 Kreuzer. An der diesjährigen Fastnacht fand sodann diese Austheilung unter der Bürgerschaft statt, wobey alle dem angeschlossenen Verzeichnis enthaltenen Personen ihren Theil am Fastnachtwein und Brod erhalten haben. Betrag: 107 Gulden 24 Kreuzer.«

Und in der Rechnung 1819/20 wurde vermerkt: »Von dem Interesse aus dem Flecken Weingardt Kaufschilling wurde zu diesem Zweck 1 Aimer 8 Imi Wein erkaufte wofür dem Adam Fr. Metsch als Verkäufer des Weins ausbezahlt wurden 58 Gulden 20 Kreuzer. An Brod wurden aufgekauft 424 Pfund und dafür ausbezahlt nach dem Zettel 14 Gulden 40 Kreuzer.«

Offenbar wurde nun ein Teil der Kosten von der Gemeindepflege übernommen, während das Brod für die Weiber wie bisher aus der Stiftung bezahlt wurde, sonst würde es nicht in der Rechnung heißen: »Den 6 ten Merz ist das Veigelsche Legat in Brod unter den allhiesigen Weibern wiederum ausgetheilt und hat sich Betragen auf 200 Leib à 3 Kreuzer, wofon gebaken Conrad Eisele, Bek, 50 Leible 2 Gulden 30 Kreuzer, Johannes Nägele, Bek, 50 Leible 2 Gulden 30 Kreuzer, Thimotheus Veigel 50 Leible 2 Gulden 30 Kreuzer und jung Jakob Veigel, 50 Leible 2 Gulden 30 Kreuzer, zusammen 200 Leible = 10 Gulden.« Und auch Steuer hatten die Pfleger zu verrechnen, denn sie verzeichneten: »Capitalsteuer auf 3 Jahre à 30 Kreuzer thut 48 Kreuzer, den 2 ten Juli 1821 Capitalsteuer 16 Kreuzer den 20 ten September 1821 Capitalsteuer 32 Kreuzer den 15 ten Januar 1823 Capitalsteuer 16 Kreuzer, zusammen 1 Gulden 4 Kreuzer.« Am 2. März 1824 wurden 202 Laible, am 27. Februar 1827 ebenfalls 202 Laible, am 23. Februar 1830 208 Laible, am 19. Februar 1833 213 Laible, am 16. Februar 1836 213 Laible, am 12. Februar 1839 218 Laible, am 8. Februar 1842 219 Laible und am 4. Februar 1845 210 Laible ausgeteilt.

Und nun hört die Rechnung auf, weitere Unterlagen über die Rechnungsführung der Stiftung sind nicht mehr vorhanden. Wie es weiter ging, kann nur vermutet werden. Während W. Müller annimmt, daß dieses Legat mit der Ablösung des Zehnten aufgehört habe, teilte Palm, Bietigheim, in den Dreißiger Jahren mit: »An dem Stiftungsvermögen aber zehrte die Not der napoleonischen Zeit, daß 100 Jahre lang bis zum Ausbruch des Weltkrieges nur noch Brotlaible zu Aschermittwoch verteilt werden konnten, dann und wann auch ein Fläschchen Wein. Schließlich fiel das zusammengeschmolzene Hauptgut der Geldentwertung des Jahres 1923 völlig zum Opfer. Nur noch ein kleiner Aufwertungsbetrag, der von dem jüngsten

Nachkommen des Stifters, Herrn Heinrich Gotthilf Veigel zu Hessigheim, verwaltet wird, erinnert heute an die einst so reiche Stiftung.«

Literatur- und Quellennachweise

Hauptstaatsarchiv Stuttgart, Best. A. 29, Bü. 105 a; Best. A 202, Bü. 2030; Best. A. 106, Bü 654 u. 666; *Gemeindearchive Besigheim und Hessigheim*; F. Breining, *Alt-Besigheim in guten und bösen Tagen*, Besigheim 1903; A. Sieber, *Das heutige Oberamt Besigheim in den Zeiten des Dreißigjährigen Krieges*, Tübingen 1935; W. Müller, *Der Weibertrunk zu Hessigheim*. In: *Hie gut Württemberg*, 2 Jg., Nr. 7 (24. März 1951), S. 55 f.

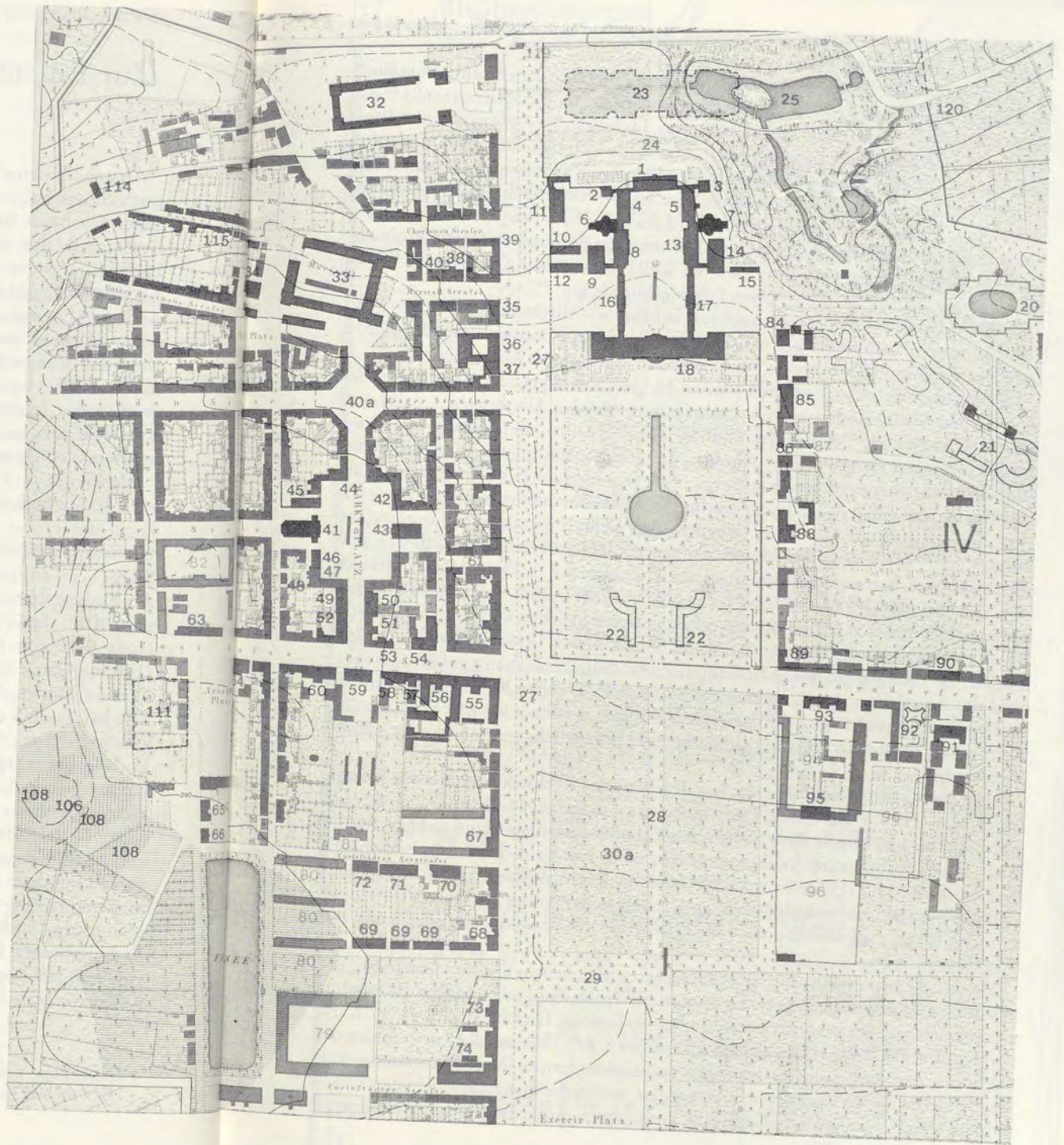
Zur Entstehungsgeschichte von Ludwigsburg*

Von Wolfgang Schmierer

An qualifizierten Untersuchungen und Darstellungen der Ludwigsburger Stadtgeschichte in zahlreichen Aspekten herrscht kein Mangel, seitdem der Gymnasiallehrer Christian Belschner in Heft 1 der von ihm begründeten Ludwigsburger Geschichtsblätter im Jahr 1900 eine »Kurze Geschichte der Entstehung der Stadt Ludwigsburg«¹ veröffentlichte, die er schon in Heft 2 durch die Edition »Amtliche Aktenstücke zur Geschichte der Gründung Ludwigsburgs«² ergänzte. Aus diesen Anfängen hat sich schließlich der umfangreiche, 1969 von Walter Hudelmaier neu herausgegebene Band »Ludwigsburg im Wechsel der Zeiten«³ entwickelt, in dem die vielen bis dahin erschienenen Einzeluntersuchungen zusammengefaßt werden sollten. Doch dies ist nicht immer gelungen, die meisten dieser Arbeiten, die überwiegend in den Ludwigsburger Geschichtsblättern erschienen, sind zu komplex und entziehen sich gerade in ihren differenzierten Aussagen der zusammenfassenden referierenden Darstellung.

Neben der 1918 erschienenen Dissertation von Hermann Ströbel: »Ludwigsburg – die Stadt Eberhard Ludwigs – ein Beitrag zur Geschichte der fürstlichen Stadtbaukunst um 1700«⁴ sind hier etwa zu nennen die Arbeiten des früh verstorbenen Gerhard Heß über die Alt-Ludwigsburger Markung und die baulichen Anfänge der Stadt (1957–60)⁵, von Wolfgang Bollacher über die obrigkeitlichen Verhältnisse auf Alt-Ludwigsburger Markung, die Entwicklung der Zisterzienser-Grangie Geisnang sowie über die Gründung Ludwigsburgs und das alt-württembergische Kirchengut (1963–65),⁶ von Heinrich Gaese zur Bevölkerungsentwicklung (1968–71),⁷ von Gislinde Gaese über die Ludwigsburger Alleen (1966/67),⁸ von Heinrich Schmäh über die Ludwigsburger Manufakturen und das Arbeitshaus (1963/65).⁹ In jüngster Zeit hat Erich Faßl »Ludwigsburg im Umbruch vom Jagdschloß zum regionalen Zentrum« (1974)¹⁰ dargestellt, Martin Brecht zur evangelischen Kirchengeschichte Ludwigsburgs (1977)¹¹ berichtet; eine Geschichte der katholischen Gemeinde Ludwigsburg« von A. Heine erschien bereits 1932.¹² Schließlich besitzen wir mit Jürgen Heinen-Tenrichs Dissertation »Die Entwicklung Ludwigsburgs zur multifunktionalen Mittelstadt«¹³ eine neue gründliche Untersuchung insbesondere über die wirtschaftliche und soziale Entwicklung unserer Stadt von der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg (1976). Über die nationalsozialistische Machtergreifung und Herrschaft in Ludwigsburg gibt es eine – leider bislang nur im Manuskript vorhandene – PH-Zulassungsarbeit von Ulrich Häcker (1970, »Der Ludwigsburger Gemeinderat unter dem Nationalsozialismus 1933–1939«);¹⁴ den von dem NS-Regime an den jüdischen Bürgern unserer Stadt verübten Verbrechen ist das vorletzte Heft der Ludwigsburger Geschichtsblätter mit der Arbeit von Beate

* Geringfügig geänderte Fassung des am 17. 1. 1980 anlässlich der Jahresversammlung des Historischen Vereins für Stadt und Kreis Ludwigsburg e. V. gehaltenen Vortrags.



Ausschnitt aus: Historischer Atlas von Baden-Württemberg,
Karte IV, 11

Maria Schüßler »Das Schicksal der jüdischen Bürger von Ludwigsburg während der Zeit der nationalsozialistischen Verfolgung«¹⁵ gewidmet.

Als repräsentative Bände erschienen im letzten Jahrzehnt Peter Lahnsteins Buch »Ludwigsburg, – Aus der Geschichte einer europäischen Residenz« (1968),¹⁶ das Werk von Hans Rees »Die Postmeister von Ludwigsburg« (1974),¹⁷ von Peter Lahnstein und Mechthild Landenberger »Das Ludwigsburger Porzellan und seine Zeit« (1978),¹⁸ von Helga Gengnagel »Ludwigsburg in alten Ansichtskarten« (1977)¹⁹ und der mit oberbürgermeisterlichem Segen versehene Bildband »Ludwigsburg« (1977) von Frank Grube und Gerhard Richter,²⁰ der neben wunderschönen Fotos von Ludwigsburg auch einen sehr lesenswerten Beitrag von Martin Hohnekker über »Ludwigsburg nach dem Zweiten Weltkrieg« enthält. Ganz neu ist Bruno Hahnemanns bebildeter Führer von Ludwigsburg (1979).²¹

Angesichts dieser – keineswegs auch nur annähernd vollständig referierten – Fülle von Untersuchungen und Darstellungen zur Geschichte Ludwigsburgs kann man durchaus fragen, ob noch Neues zur Geschichte dieser Stadt beizutragen sei.

Die Antwort ist wider Erwarten positiv. Es gibt, wie ich bei der Bearbeitung des historischen Stadtgrundrisses von Ludwigsburg für den Historischen Atlas von Baden-Württemberg²² feststellen konnte, noch Quellen, die bislang zu wenig vergleichend beachtet wurden, nämlich die frühen Stadtpläne, die zahlreichen bildlichen Darstellungen Ludwigsburgs und insbesondere das älteste sogenannte »Meßbuch« der Stadt.²³ In diesem amtlichen, handschriftlich verfaßten Werk hat 1788 der verpflichtete Geometer Wagner »das Grundeigentum jedes einzelnen Bürgers nach den GrenzMarksteinen aufgenommen, verzeichnet und dessen FlächenMaas berechnet« (siehe Abbildung der Titelseite: S. 83). Tatsächlich findet sich für jedes einzelne Grundstück und Gebäude der Stadt in diesem Band ein Handriß mit Angaben über Länge und Breite – noch gemessen in Schuh und Ruten –, bauliche Form, Eigner und Anstößer. Der Band, der übrigens noch 1976 nicht im Stadtarchiv, sondern zum ständigen amtlichen Gebrauch im Stadtmessungsamt auf dem Bücherregal des Amtsleiters stand, ist eine der wichtigsten Quellen für die Baugeschichte Ludwigsburgs, hält er doch den baulichen Zustand der Stadt im Jahr 1788 fest und bietet damit den festen Ausgangspunkt sowohl für zurückgreifende wie für spätere Datierungen.

An frühen Stadtplänen besitzen wir den Plan des Architekturstudenten Johann Leger von 1726 – als ersten Ludwigsburger Stadtplan überhaupt, den Ströbel rekonstruiert hat. Dieser Plan enthält den Entwurf einer Befestigungsanlage für die Stadt, auf den noch zurückzukommen sein wird. Der zeitlich nächste brauchbare Plan wurde von J. P. E. Stoll am 1. 12. 1782 aufgenommen (Ilse Manke hat ihn in den Ludwigsburger Geschichtsblättern 1964 vorgestellt)²⁴ und ist – auch durch die zeitliche Nähe zum »Meßbuch« – als Quelle für die Baugeschichte der Stadt von erheblichem Wert.

Mit diesen hier nur knapp charakterisierten Quellen und unter Beachtung der geleisteten Forschungsarbeiten kann man die frühe Baugeschichte Ludwigsburgs einigermaßen sicher rekonstruieren und periodisieren. Dies habe ich mit der Karte im Historischen Atlas versucht (vgl. Ausschnitt S. 81). Hier soll die Entwicklung der Stadt von den Anfängen bis ins frühe 19. Jahrhundert in ihren Wachstums- und Stagnationsperioden nachgezeichnet werden, wobei die insbesondere in den Erläuterungen zum historischen Grundriß enthaltenen Einzelheiten hier weitgehend

Stadmessungsamt 16
Kaufverzeichn. 40 757.



Wauingerthier
32 Quartiere Markt und Straße.

Mess Buch.
Der Stadt
Ludwigsburg.
in welchem



Das Grund stück zum indel
nuzulichen Bürgerrecht, nach der
Grenze Marktstrasse aufzunehmen,
verzeichnet, id. dessen Flächen
Maß bemessen ist.

Nach diesem Flächen Maß die ein
zelnen Bürgerrecht werden demnach
die Verteilung umgekehrt.

Aufgenommen im Jahr 1788.

Dieser die
verzeichneten Grundstücke wegen ihre
Größe ist nach dem alten Maß angenommen
ausgleich die Maße zu 16. Fuß
der Fuß zu 12. Zoll.

Von Stadtverordneten wegen verteilt

unberücksichtigt bleiben müssen. Einige Ausblicke auf die weitere Gestaltung der Stadt, von der Belschner sagte »Nichts hatte sich bisher in Ludwigsburg beständiger erwiesen, als der Unbestand, nichts dauerhafter als der Wechsel«²⁵ mögen zeigen, wie langwierig und schwierig der Weg der aus dem Boden gestampften fürstlichen Residenz zur heutigen multifunktionalen Mittelstadt war.

Die Geschichte der Stadt beginnt mit dem Bau von Schloß Ludwigsburg, dessen Grundstein am 7. Mai 1704 gelegt wurde. Der 1693 zur Herrschaft gelangte Herzog Eberhard Ludwig hatte – als leidenschaftlicher Jäger – 1699–1702 anstelle des 1693 beim Franzoseneinfall zerstörten Erlachhofs neue Gebäude für Jagdaufenthalte auf dem damals sehr wald- und wildreichen Gebiet der heutigen Stadt Ludwigsburg errichten lassen. Erlachhof, Fuchshof und Schafhof, die aus der Zeit vor der Stadtgründung vorhandenen Hofstätten auf der Alt-Ludwigsburger Markung waren ursprünglich Besitz des Klosters Bebenhausen und mit diesem im 16. Jahrhundert an Württemberg gekommen. Sie gehen ihrerseits auf das einst südöstlich des neuen Friedhofs – etwa beim heutigen Stadionbad – gelegene ehemalige Dorf Geisnang zurück, das um 1150 erstmals urkundlich erwähnt, Ende des 13. Jahrhunderts in eine Zisterzienser-Grangie, d. h. einen Wirtschaftshof umgewandelt wurde und seit dem 16. Jahrhundert nach einem Pächter namens »Fuchs« Fuchshof hieß; Erlachhof und Schafhof entstanden im 15. Jahrhundert als Pachthöfe des Klosters. 1704 ließ Herzog Eberhard Ludwig den Bau eines »rechten Jagdschlusses« durch Philipp Joseph Jenisch (1671–1736) auf dem Erlachhof beginnen. Es war das alte »Corps de Logis« (der »Alte Hauptbau«), dem er seinen Namen gab: »daß fürderhin der Erlachhof nimmer mit diesem Namen, sondern Ludwigsburg genannt werden solle«, wird 1705 befohlen.²⁶ Ab 1706 führte Johann Friedrich Nette (1672–1714) den Schloßbau nach eigenem Entwurf mit den Pavillons und den rechtwinklig angeordneten Trakten zur Dreiflügelanlage weiter.

Dem als Reichsfeldmarschall aus dem spanischen Erbfolgekrieg (1701–14) heimgekehrten und – wie der neuerdings aufgefundene Königsplan von 1711/12²⁷ zeigt – nach höheren Ehren strebenden Herzog Eberhard Ludwig genügten diese Bauten nicht.

Sicherlich beeinflusst von Ludwig XIV. und dessen Residenz Versailles strebte der Herzog die Errichtung einer seinem Herrschaftsanspruch und seinem Drang zur Entfaltung von Herrscherglanz und -pracht entsprechenden Residenz an, die er in Stuttgart, der Hauptstadt des Herzogtums, nicht verwirklichen konnte. Dort war der Mittelpunkt der ihm opponierenden bürgerlichen Ehrbarkeit, der Sitz der vom Herzog befehdeten Landstände und der Wohnsitz der Herzogin Johanna Elisabeth von Baden-Durlach, von der Eberhard Ludwig getrennt lebte, seit er 1707 die langdauernde Verbindung mit Christine Wilhelmine von Grävenitz eingegangen war. In Ludwigsburg gestaltete sich Eberhard Ludwig sein »Versailles« – sein Schloß und seine Stadt im Stil seiner Zeit.

Das Schloß wurde als erster Großbau des Herzogtums nach dem Dreißigjährigen Krieg unter der persönlichen Leitung des Herzogs bis zu dessen Tod 1733 zum – neben Mannheim und Nymphenburg – größten deutschen Barockschloß ausgebaut – eine außerordentliche Leistung in einem Herzogtum, das zu Beginn des 18. Jahrhunderts nur wenig mehr als rund 350 000 Einwohner zählte.^{27a} Als neuer Architekt fand sich 1715 der Italiener Donato Guiseppe Frisoni (1693–1735), als Baumeister und Bauunternehmer dessen Neffe Paolo Retti. Neben und um das Schloß entstan-

den in diesen Jahren ausgedehnte Parkanlagen, in ihnen ab 1714 das Lustschlößchen Favorite.

Die Gründung einer Stadt im Anschluß an das Schloß hat Herzog Eberhard Ludwig vielleicht nicht von Anfang an vorgeschwebt, die Entwicklung seiner Bautätigkeit – und sicher auch das Vorbild Versailles – legten diese Ausweitung jedoch nahe. Die Anlage einer neuen Stadt im Anschluß an ein neues Residenzschloß war ja nicht außergewöhnlich: schon im 17. Jahrhundert hatte der *pfälzische Kurfürst* auf diese Weise Mannheim gegründet, gleichzeitig mit Ludwigsburg entstand Karlsruhe als neue Residenzstadt der *badischen Markgrafen*.

Die Entwicklung der Stadt Ludwigsburg begann – sieht man ab von den wilden Ansiedlungen der Bauhandwerker, dem sog. »Neuweiler«, von dem sich Reste bis heute in der Bauhof- und Unteren Reithausstraße erhalten haben – im Jahr 1707 mit dem Bau des Gasthauses »Waldhorn« außerhalb des Schloßbereichs. 1709 erging der erste herzogliche Aufruf zur Ansiedlung bei Schloß Ludwigsburg. Bauplätze und Baustoffe sollten den ansiedlungswilligen künftigen Bürgern kostenlos zugeteilt werden, fünfzehnjährige Steuerfreiheit wurde versprochen. Schon 1710 wurde der Aufruf zur Ansiedlung erneuert, ebenso 1712 und 1715. Die Anforderungen an die Ansiedler bezüglich ihrer finanziellen Mittel stiegen dabei ebenso, wie sich die Vorstellungen über die zu erbauende Stadt präzisierten. 1715 wird bezüglich der Bebauung festgelegt, daß die Ansiedler »ihre Häuser und Gebäude, zu besserer Régularité und Zierde nach denen fürstlichen Bauordnungen und gemachten Rissen, aufbauen und einrichten«²⁸ müssen. Einen ersten, nicht mehr vorhandenen, Bebauungsplan entwarf Nette um 1709. Er legte die Baufluchten der Vorderen und Hinteren Schloßstraße, die wohl auf einem alten Weg beruhende Poststraße (heute Wilhelmstraße) und ihre Verlängerung nach Osten (heutige Schorndorfer Straße) sowie die Anfänge der Marstall-, Kaffeeberg-, Hirsch- und Bären-, vermutlich auch der Charlottenstraße fest. Die Planung stieß auf beträchtliche Schwierigkeiten infolge der erheblichen Geländeunterschiede zwischen Schloß und künftiger Stadt und war durch den im barocken Schloß- und Stadtbauwesen ungewöhnlichen, aber aufgrund der bereits vorhandenen Schloßanlagen nicht mehr zu umgehenden Kunstfehler belastet, daß die Stadt über dem Schloß angeordnet werden mußte.

Auf der Grundlage von Nettes Plan schuf Frisoni 1715 den heutigen Stadtplan der Altstadt oder Ludwigstadt, wobei ihn der bereits vorher erbaute Marstall und die Bauhof- und die Untere Reithausstraße an der strengen Durchführung der geforderten »Régularité« hinderten. Frisoni wählte als Erschließungsstraße vom Schloß in die Stadt die Kaffeebergstraße und ordnete, um den großräumigen Marktplatz an höchster Stelle anlegen zu können, den über Eck gestellten Holzmarkt als Zwischenstück für die notwendige Drehung um 90 Grad an. Er bewältigte damit die bestehenden ungünstigen Gegebenheiten der Topographie und der seitherigen Bebauung künstlerisch so gut wie eben noch möglich. Mit seinem Plan war die Grundlage für die weitere bauliche Entwicklung geschaffen: Das rechtwinklig zugeordnete System von breiten Straßen, dem Marktplatz als Mittelpunkt und kurzen Querstraßen, in die Länge gezogene einreihige Häuserblöcke mit unbebauten, als Gärten benützten Innenhöfen und einheitlich vorgeschriebene, meist zweistöckige Bauweise.

Aufgrund dieses Bebauungsplans wurde in den folgenden zwei Jahrzehnten bis 1733 die heutige Altstadt bzw. Ludwigstadt erbaut: Neben den zum herzoglichen

Schloß gehörenden Großbauten – dem Marstall und dem Reithaus sowie der Talkaserne als Sitz der Ludwigsburger Garnison – entstanden die bürgerlichen Gebäude in der Vorderen Schloßstraße und den von ihr nach Westen führenden Straßen, in der Eberhardstraße sowie um Holzmarkt und Marktplatz. Einige palastartige Gebäude wurden in der dem Adel vorbehaltenen Hinteren Schloßstraße und in der Schorndorfer Straße errichtet, darunter die Häuser von Frisoni und Retti (86, 88, 91, 93). In der Vorderen Schloßstraße entstanden der »Gesandtenbau« und der »Grafenbau« (36, 37: heute Polizeidirektion), in der Charlottenstraße das Palais der Landhofmeisterin von Würben, die vulgo die »Landverderberin« Grävenitz hieß (38).

Einen besonderen städtebaulichen Akzent erhielten die Obere Marktstraße und die Poststraße (heute Wilhelmstraße) durch die vornehmlich dort ab etwa 1720 errichteten Amtshäuser (Nr. 49–52, 55, 57, 59): Relativ große Gebäude, die auf herzoglichen Befehl von den württembergischen Ämtern errichtet werden mußten und meist in halbfertigem Zustand von herzoglichen Günstlingen aufgekauft und fertiggebaut wurden. Weitere Amtshäuser stehen an der Vorderen Schloßstraße (39) und am Marktplatz (44 und 46).²⁹

Den raschen Auf- und Ausbau der Stadt beschleunigte der Herzog durch die Verlegung seiner Residenz von Stuttgart nach Ludwigsburg: 1718 erhob er Ludwigsburg zur Stadt und zugleich – nach Stuttgart und Tübingen – zur Residenz und dritten Hauptstadt des Herzogtums mit Sitz und Stimme im Engeren Ausschuß der Landschaft. Als Wappen wurde zugleich zum Zeichen besonderer Gunst die vom württembergischen Herzoghaus geführte Reichssturmfahne verliehen. Das Stadtgericht wurde Obergericht, die Stadt Sitz eines Oberamts. Diese und weitere Begünstigungen Ludwigsburgs – z. B. im Zunftwesen – erfolgten insbesondere zu Lasten von Stadt und Amt Markgröningen sowie der Orte Asperg und Hoheneck; das seitherige Amt [Mark-]Gröningen wurde – ungeachtet der scharfen Proteste der Betroffenen – dem neuen Oberamt Ludwigsburg eingefügt.^{29a} 1720 erhielt Ludwigsburg mit dem Juristen Johann Wilhelm Wild seinen ersten rechtskundigen Bürgermeister, Dekanatamt und Lateinschule begannen ihre Tätigkeit. Schon 1718 wurde der Hof nach Ludwigsburg verlegt, ihm folgten im gleichen Jahr die Kanzleien, d. h. die staatlichen Zentralbehörden. Dieser sogenannte »Canzleyzug«, der das Bedürfnis nach Büro- und Wohnräumen in der kaum angefangenen Stadt ins Ungeheure trieb, hatte den Bau der Amtshäuser zur Folge und führte insgesamt zu einer gewaltigen Baukonjunktur in der Stadt. 1724 erklärte der Herzog seine neue Hauptstadt zur alleinigen und beständigen Residenz.

Den Stand der Bebauung, zum Teil wohl auch der Bauplanung um 1725 zeigt in schematisierter Form der schon erwähnte älteste erhaltene Stadtplan von Johann Leger. Die auf diesem Plan eingezeichnete großangelegte Befestigung wird – wie bereits erwähnt – Frisoni zugeschrieben.³⁰ Mir scheint jedoch wahrscheinlicher, daß es sich um einen Entwurf von Leger – vielleicht eine Examensarbeit – handelt, gerade weil die Anlage, von der nie ein Stück ausgeführt wurde, ohne jede Berücksichtigung der topographischen Gegebenheiten eher anfängerhaft um die werdende Stadt herumgezeichnet ist. Tatsächlich blieb die neue Stadt unbefestigt.

Als Herzog Eberhard Ludwig seine Schöpfung 1718 zur Residenzstadt machte, zählt sie kaum 600 Einwohner. Die ersten Ansiedler waren meist Gewerbetreibende, Gastwirte und Handwerker, die ihr Fortkommen in Ludwigsburg von den Bedürf-

nissen des Hofes direkt oder indirekt erhofften. 1726 zählte man 2442 Einwohner, darunter allerdings nur 86 Bürger und 65 Beisitzer; in 185 Häusern befanden sich 1726 381 Haushalte. 1730 gab es schon 4224 Einwohner in 701 Haushaltungen, darunter 200 Bürger und 84 Beisitzer; 1733 hatte Ludwigsburg rund 5600 Einwohner (Stuttgart rund 9000).^{30a} Darunter befanden sich nun zahlreiche Hof- und Staatsbeamte, Soldaten und sonstiges Hofgefolge. Durch die Residenzfunktion war die Anziehungskraft der Stadt erheblich gestiegen.

1715 hatte der Herzog Religionsfreiheit verkündet: »wer sich zu einer von denen im Heil. Röm. Reich recipirten Religionen bekennet, ohne Unterschied derselben«, soll »aufgenommen und tolerirt« werden, die Ausübung (»Exercitio«) dieser Religionen wird gewährleistet³¹ – eine außerordentlich beachtenswerte Willenserklärung im strikt evangelischen Württemberg, gegen die daher Konsistorium und Landschaft sofort Einwendungen erhoben. 1724 fehlte der Passus daher. Für die evangelischen Gottesdienste wurde 1716–1719 die Hofkapelle (7) erbaut, 1718–1730 die Stadtkirche (41). 1721 begannen die zugewanderten Reformierten mit herzoglicher Hilfe den gegenüberliegenden Kirchenbau am Marktplatz (43), den sie allerdings nicht vollenden konnten; er wurde erst 1781 als evangelische Garnisonskirche geweiht und nach der Erbauung der neuen Garnisonskirche (heute Friedenskirche) am Karlsplatz 1909 der katholischen Kirchengemeinde überlassen. Seit 1906 ist der Bau katholische Pfarrkirche. Die Katholiken, zunächst insbesondere durch die einflußreichen italienischen Künstler und Bauleute um Frisoni und Retti repräsentiert, hatten 1724 mit stillschweigender Duldung des Herzogs eine – offiziell als »Gartenhaus von Frisoni« bezeichnete – Kirche an der Schorndorfer Straße (92) erbaut.³² Sie war offenbar aus Holz, wurde aber bis 1776 genutzt und schließlich 1800 abgebrochen; seitdem benutzten die Katholiken die Schloßkirche.

Beim Tod von Eberhard Ludwig 1733 waren damit die Grundlagen für eine städtische Siedlung neben dem Schloß und die ersten Ansätze für den Auf- und Ausbau einer Stadt geschaffen worden. Aber die Stadt hatte kein Eigenleben entfalten können; sie lebte nur vom Hof- und Schloßbau und stand – was allerdings bei allem Wandel beständig blieb – im Schatten der alten Residenz Stuttgart. Der auf seinen abenteuerlichen Reisen auch nach Ludwigsburg gekommene Baron Karl Ludwig von Pöllnitz bemerkt zu dieser Zeit in seinen Memoiren:

»Die Stadt Ludwigsburg ist ebenso uneben angelegt, wie das Schloß, und ihre Lage, die wegen der Unebenheit des Terrains höchst unvorteilhaft ist, wird den Verkehr außerordentlich erschweren. Die meisten Häuser sind aus Holz und von leichter Bauart. Wer hier baut, tut es widerwillig, entweder aus Not, oder dem Herzog zu gefallen, der den Wunsch bezeigt, daß man hier baue. Dieser Fürst richtet Stuttgart zugrunde und wird doch niemals aus Ludwigsburg eine richtige Stadt machen. Wäre der Hof auch nur ein Jahr von hier entfernt, so würde Ludwigsburg zu einem der elendsten Dörfer Württembergs herabsinken.«³³

Pöllnitz sollte recht behalten. 1733 starb Herzog Eberhard Ludwig. Sein Nachfolger Herzog Karl Alexander (1684–1737) verlegte die Residenz nach Stuttgart zurück, und Ludwigsburg verödete innerhalb weniger Monate. Die Einwohnerzahl fiel binnen eines Jahres auf rund 2300, die Stadt verlor schlagartig rund 60% ihrer Einwohner, darunter die kaufkräftigsten Bevölkerungsteile, den Hof und das Hofgefolge sowie einen Teil des Militärs. Die Versuche, mit staatlicher Hilfe Manufakturen anzusiedeln, mißlangen über kurz oder lang. Dauerhaft war nur die

Einrichtung des 1736 gegründeten Zucht-, Arbeits- und Waisenhauses (93), das in der Folge zu einem gewaltigen Gebäudekomplex ausgebaut wurde (94–96), der bis heute die Justizvollzugsanstalt beherbergt. Bis 1736 wohnte Karl Alexanders allmächtiger Finanzberater Josef Süß Oppenheimer in Ludwigsburg (86). Nach 1737 stagnierte die Stadt fast völlig, zusätzlich geschädigt durch die 1739 eingetretene Beendigung der seitherigen Steuerfreiheit und sonstigen Privilegien. Jede weitere Bautätigkeit unterblieb; die vorhandene Bausubstanz begann zu zerfallen.

Nach mehr als einem Jahrzehnt der Stagnation setzte von 1744 an eine neue Aufwärtsentwicklung ein. Herzog Karl Eugen (1728–1793), der 1744 die Herrschaft antrat, nützte das Schloß als Sommerresidenz und führte den inneren Ausbau desselben fort. Er ließ auch die Außenanlagen neu gestalten: 1745/46 wurde die sogenannte Planie (24) zur Verbesserung der Verbindung zwischen Residenzschloß und Favorite aufgeschüttet, die Stuttgarter Allee (27) und die sogenannte Dicke Allee (28) wurden erneuert und 1753/54 die sogenannte Sechsfache Allee (30) als Abschluß des Schloßbereichs nach Süden hin neu angelegt, um das Schloß mit einer entsprechenden Kulisse zu versehen.

1758 wird mit der Ummauerung als sichtbares Zeichen von Ludwigsburgs Qualität als Stadt begonnen. Die Stadtmauer, erbaut bis 1760, wurde in einer Länge von ca. 6 km weit um den vorhandenen Baubestand herumgeführt. Mit einer Höhe von etwa 3,5 m und einer Stärke von 0,7 m diente sie weniger dem Schutz vor militärischer Bedrohung, als der Abwehr von vagabundierendem Gesindel und zur Verhinderung der häufigen Desertation von Soldaten. Als Zugang zur Stadt waren ursprünglich sieben Stadttore offen, von deren Torhäusern heute noch einige erhalten sind (Schorndorfer, Aldinger, Stuttgarter, Pflugfeldener und Asperger Torhaus). 1761 wird der Schafhof (105) mit den zugehörigen Gütern, einschließlich der Schafhofer Seen (106–110), die zu diesem Zeitpunkt zum Teil schon weitgehend verlandet waren, zur Ludwigsburger Markung geschlagen. Von etwa 1764 an wird der alte, neben dem heutigen Arsenalplatz gelegene kleine Friedhof nicht mehr belegt; die Ludwigsburger finden nun ihre letzte Ruhe in dem vor dem Schorndorfer Tor angelegten neuen Friedhof.

Nach der Vollendung der Stadtmauer folgen weitere militärische Bauten, die angesichts der unruhigen Zeiten notwendig erschienen. Seit 1756 schon tobte der Siebenjährige Krieg, in den – als Europäischen Krieg – auch Württemberg hineingezogen wurde. 1761/62 wird die Arsenalkaserne (62), ab 1761 die Reiterkaserne (75) errichtet. Durch diese Bauten wurde die schon unter Eberhard Ludwig begonnene Entwicklung Ludwigsburgs zur Hauptgarnison des Herzogtums weitergetrieben.

Der Bau der Reiterkaserne, weit entfernt von der Altstadt, leitete die spätestens 1760 projektierte großzügige Stadterweiterung durch den Bau der Karlsstadt südlich der Ludwigsstadt ein. Noch 1760 forderte der Herzog zu neuer Ansiedlung in Ludwigsburg auf und lockte, wie zuvor Eberhard Ludwig, mit 20jähriger Steuerfreiheit, freien Bauplätzen und Baukostenzuschüssen für Ansiedlungswillige. Die Aufrufe hatten Erfolg. Die noch vorhandenen Baulücken in der Altstadt wurden nun geschlossen, weitere Quartiere erbaut und entlang der Stuttgarter und der Schorndorfer Straße entstanden repräsentative Bauten, als einer der ersten das Haus des Hofbuchdruckers Christoph Friedrich Cotta (73), in dem die Eltern von Friedrich Schiller zeitweilig wohnten. Bis 1763 stieg die Einwohnerzahl wieder auf knapp 5000 Personen.

Als der Herzog 1764, wie sein Vorgänger Eberhard Ludwig aus Ärger über die zunehmenden politischen Auseinandersetzungen mit den Landständen, seine ständige Residenz erneut von Stuttgart nach Ludwigsburg verlegte, erlebt die Stadt eine Neuaufblüte der sprunghaften Aufwärtsentwicklung der ersten Residenzzeit: 1766 wurden über 8800 Einwohner (wovon etwa 20% zum Hof gehörten), 1770 über 10 000, 1774 über 11 000 gezählt. Abermals war Ludwigsburg an Stuttgarts Einwohnerzahl (1774: 15 200) nahe herangerückt.

Die künstlerischen und wissenschaftlichen Interessen von Herzog Karl Eugen machten Schloß und Stadt Ludwigsburg in diesen Jahren zu einem kulturellen Mittelpunkt Europas, der Künstler aller Art (Jomelli, Mozart, Noverre, Schubart und v. a.), Wissenschaftler, Projektemacher und Abenteurer (Casanova) anzog. Die Landesbibliothek und Kunstakademie entstanden in dieser Zeit in Ludwigsburg und hatten zuerst ihren Sitz in dem Gebäude Stuttgarter Straße 12, später – ab 1767 – im Gesandtenbau und Grafenbau. 1764/65 wurde das Große Opernhaus (20) als Holzbau mit einer Länge von 63 m und einer Breite von 23 m errichtet, ein technisches Wunderwerk seiner Zeit und Schauplatz der damals bedeutendsten Opernaufführungen Europas. 1767 wird das ehemalige Heidenheimer Amtshaus (59) Rathaus.

1775 wiederholte sich das Schicksal von 1733. Der Herzog, nach dem Erbvergleich von 1770 mit den Landständen endlich in Frieden, verlegte die Residenz zurück nach Stuttgart, obwohl er persönlich es vorzog, weiterhin in Hohenheim bzw. auf der Solitude zu residieren. Der Hof, die Behörden, das Theater, die Bibliothek und die Kunstakademie sowie ein großer Teil der Garnison verließen Ludwigsburg. Und wiederum verschwanden zahlreiche Einwohner, die von den Bedürfnissen dieser wegverlegten Einrichtungen gelebt hatten, umgehend ebenfalls aus der Stadt: Innerhalb eines Jahres sank die Bevölkerung schon auf die Hälfte von 1775. Erneut verödete die weitläufige Stadt, leerstehende Häuser verfielen, auf den unbetretenen Pflastern, Mauern, Straßen und Plätzen wuchs hohes Gras. Justinus Kerner berichtet in seinem »Bilderbuch aus meiner Knabenzeit«:

»Schon nach dem Tode Herzog Karls und noch mehr nach dem Herzog Ludwigs wurde Ludwigsburg durch Abzug des Hofes und eines Teils vom Militär sehr verödet, – Bevölkerung und Gewerbe waren ohnedies klein, und desto auffallender die Menschenleere in den langen, weit gebauten Straßen. Ich erinnere mich noch mancher Sonntage, wo nachmittags der große Marktplatz vor unserem Hause so still war, daß man auf demselben fast die Perpentikel der benachbarten Turmuhr gehen hörte. In den Arkaden waren oft die einzige Bevölkerung die Hühner des Italieners Menoni, und nur das Krähen derselben unterbrach die Stille, die oft ringsherum herrschte. Es war in Wahrheit so, wie ich in meinen Reiseschatten anführte, wo die Stadt Ludwigsburg unter dem Namen *Grasburg* vorkommt, weil aus dem unbetretenen Pflaster mancher Straßen und Plätze hohes Gras wuchs.«³⁴

Es gab jedoch auch nicht wenige prominente Besucher Ludwigsburgs, die von der Stadt insgesamt, von der Großzügigkeit ihrer Bauweise, der Weiträumigkeit des Marktplatzes und der klaren Überschaubarkeit der breiten, von Alleen gesäumten Straßen stark beeindruckt waren. Friedrich von Schiller, der ja einen Teil seiner Jugend – vom 7.-14. Lebensjahr (1766-1773) – in Ludwigsburg verbrachte, urteilte bei seinem späteren Aufenthalt in der Stadt (1793/94) in einem Brief an seinen Freund Körner: »Die Stadt ist überaus schön und lachend, und ob sie gleich eine

Residenz ist, lebt man darin wie auf dem Lande.«³⁵ Hier sollte sicherlich auf Ludwigsburgs Vorzug gegenüber den oft sehr engen, verwinkelten, verbauten und dunklen älteren Städten hingewiesen werden, der bezüglich der – modern ausgedrückt – Wohnqualität zweifellos vorhanden war.

Mehr als zwei Jahrzehnte lang schleppte sich die Stadt dahin. Um ihr aufzuhelfen wurden erneut Manufakturen und Fabrikationsbetriebe mit Staatshilfe angesiedelt; zum Teil schloß man diese dem 1779 gegründeten Militärwaisenhaus in der Kanzleikasernerne oder dem inzwischen vergrößerten Zucht-, Arbeits- und Waisenhaus an. Der Wert dieser Bemühungen blieb gering, da die Firmen meist nach kurzer Zeit wieder eingingen. Auch die nach der Französischen Revolution zahlreichen französischen Emigranten, die sich vorübergehend in den billigen Wohnungen der Stadt einmieteten, trugen wenig zu deren Wiederbelebung bei. Die private Bautätigkeit stockte vollkommen.

Ludwigsburgs dritte Wachstumsperiode setzte nach dem Regierungsantritt von Herzog Friedrich (ab 1806 König) ein, der das Schloß zur ständigen Sommerresidenz machte. Sein umfangreicher Hofstaat und die alsbald begonnenen Bauarbeiten am und im Schloß, unter anderem die Umgestaltung des östlichen Schloßparks und der Anlagen und Gärten südöstlich des Schlosses brachten wieder Leben in die Stadt. Die großen Truppenaufstellungen infolge der napoleonischen Kriege hatten den Bau neuer Kasernen sowie sonstiger zahlreicher militärischer Gebäude (77, 79, 80, 82, 102) zur Folge; viele ältere Gebäude wurden nun zu militärischen Zwecken genutzt. Privatbauten entstanden dagegen in dieser Zeit kaum mehr. Die umfangreichen Militärbauten dagegen hatten zur Folge, daß Ludwigsburg die wichtigste Garnisonsstadt Württembergs als Königreich und – ab 1871 – Bundesstaat im Deutschen Reich wurde und bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs blieb: Im Laufe des 19. Jahrhunderts wurden im »Schwäbischen Potsdam« die weiteren – heute so störenden – riesigen Kasernenanlagen insbesondere im Bereich westlich der Stuttgarter und südlich der Schorndorfer Straße, aber auch um den Arsenalkomplex (Wilhelmsbau, Zeughaus) erbaut. Das Militär dominierte zeitweilig die Stadt vollkommen: Ende 1918 waren in Ludwigsburg z. B. rund 40 000 Soldaten stationiert.³⁶

Nach dem Tod von König Friedrich 1816 verlor Ludwigsburg seine Residenzfunktion endgültig. Zwar wurde die Stadt 1817/18 Sitz der Kreisregierung und der Kreisfinanzkammer für den »Neckarkreis«, d. h. eines der vier Regierungsbezirke Württembergs, geriet aber nun stärker denn je in den Schatten der aufsteigenden Stadt Stuttgart.

Im Adreßbuch der Stadt von 1825 wurde festgestellt: »Ludwigsburg ist keine Handelsstadt, sondern die Einwohner erhalten ihre Nahrung von den gewöhnlichen städtischen Gewerben, dem Garten- und Feldbau, der Garnison, dem bedeutenden Durchpaß, den vielen sich hier niedergelassenen Pensionärs und von eigenen Mitteln Lebenden sowie der bedeutenden Anzahl besoldeter und angestellter Personen und durch den Hof der hier residierenden Königin Witwe.«³⁷

Und in der Zeitschrift »Die Gartenlaube« berichtete ein Kenner über Ludwigsburg, es sei »unter allen langweiligen Orten, die es in der alten und neuen Welt gibt, sicher der langweiligste...«, der daher niemanden zum freiwilligen Aufenthalte reizt. Die Stadt macht den Eindruck eines Kleides, das für den Körper, den es bedecken soll, viel zu weit ist. Ludwigsburg ist eine Soldatenstadt wie Potsdam, nur im Taschenformat. Das bürgerliche Element ist daselbst nur sehr schwach vertreten.

Die Stadt gleicht einem Lager, in welchem die Zelte zu Häusern erstarrt sind. Außer Militär sieht man in den breiten, mit der Größe der Häuser in schreiendem Verhältnisse stehenden Straßen zu gewissen Tagesstunden nicht einen einzigen Zivilmenschen; die paar tausend Einwohner, die nicht dem Militärstande angehören, verlieren sich in der weitläufigen Stadt über die Gebühr.«³⁸

Der endgültige Verlust der Residenzfunktion verursachte eine langdauernde, fast zwei Generationen währende Stagnation in der Entwicklung der Stadt. War schon die Bautätigkeit nach 1788 fast ausschließlich militärisch bestimmt gewesen, so änderte sich auch in den folgenden Jahren bis um 1860 daran nichts: kaum ein paar Dutzend private Häuser wurden in dieser Zeit in Ludwigsburg gebaut.

Auch an den wirtschaftlichen Verhältnissen der Stadt erfolgten bis in die 1860er Jahre keine Verbesserungen. Das Gewerbeleben blieb in erster Linie am Lokalbedarf orientiert, wobei die Bedürfnisse der Garnison die wichtigste Rolle spielten. Auch der schon sehr früh erfolgte Eisenbahnanschluß – 1846 wurde die Strecke Ludwigsburg–Cannstatt eröffnet, ab 1850 war die Strecke Heilbronn–Stuttgart–Ulm–Friedrichshafen in Betrieb – hatte zunächst keinen verbessernden Einfluß.³⁹

Noch die Oberamtsbeschreibung von 1859 bemerkt: »Die Hauptnahrungsquellen der Einwohner fließen hauptsächlich aus den Gewerben, deren Betrieb besonders auch durch die Bedürfnisse der bedeutenden Militärgarnison, des Beamtenpersonals und der verschiedenen Staatsanstalten vermehrt wird. Der landwirtschaftliche Betrieb ist verhältnismäßig unbedeutend, indem die Stadt eine sehr beschränkte Feldmarkung besitzt, welche nur gegen Osten und Westen einigermaßen über die Stadt hinausreicht, während sie gegen Süden und Norden beinahe an der Stadtmauer hinzieht. Dagegen gewährt die Obstzucht, welche in den zahlreichen Gärten sowohl innerhalb als außerhalb der Stadtmauer auf das Schwunghafteste betrieben wird, eine sehr beträchtliche Einnahme. Auch der Garten- und Gemüsebau ist bei dem Bedürfnis der Einwohner gewinnbringend.«⁴⁰ Daß die Anfänge eines neuen Aufschwungs zu dieser Zeit endlich erkennbar wurden, erfahren wir in derselben Beschreibung: »Die Fabrikationsanstalten insbesondere sind von Erheblichkeit und gewinnen täglich größere Ausdehnung.«⁴¹

Tatsächlich erreichte die nach der fehlgeschlagenen bürgerlichen Revolution von 1848/49 allgemein in Deutschland einsetzende Industrialisierung mit einer gewissen Verzögerung um den Beginn der 1860er Jahre auch Ludwigsburg. Jürgen Heinen-Tenrich hat durch seine Untersuchungen am Gewerbekataster gezeigt, daß insbesondere in den Jahren 1864–1869 ein sehr intensiver industrieller Aufschwung der Stadt erfolgte, bei dem die Grundlagen für einen Großteil der heutigen Industriestadt Ludwigsburg gelegt wurden.⁴²

Insbesondere die Niederlassung der Cichorienfabrik Franck, die 1868 von Vaihingen/Enz nach Ludwigsburg verlegt wurde, brachte eine enorme Steigerung des wirtschaftlichen Potentials der Stadt mit sich. Der Anteil der Firma am gesamten Gewerbesteuerkapitalaufkommen belief sich im Jahr 1869 bereits auf 5,7%, an der Steigerung der Gesamtkatastersumme seit 1864 war sie mit 22,8% beteiligt. Da diese Firma mit ausdrücklichem Hinweis auf die bestehende günstige Eisenbahnverbindung nach Ludwigsburg verlegt wurde, erkennt man wohl erstmals den einsetzenden fördernden Einfluß der Bahnlinie auf die Wirtschaft.⁴³ Die Ansiedlung der Fabrik westlich des Bahnhofs – mit direktem Gleisanschluß – war zugleich der

Anfang für die industrielle Besiedlung dieses bisher fast unbebauten Geländes, in dem heute die Ludwigsburger Industrie massiert ist.

Mit der Einrichtung der Cichorienfabrik Franck in Ludwigsburg wurde – wie Jürgen Heinen-Tenrich deutlich macht – ein Zeichen für den Wendepunkt in der Stadtentwicklung Ludwigsburgs gesetzt.⁴⁴ Klarsichtig, aber spöttisch brachte diesen Wandel der Literaturprofessor und Dichter Friedrich Theodor Vischer (1807–1887) zum Ausdruck, als er auf seine Vaterstadt reimte:

»Oh Ludwigsburg, du edle Stadt,
wo es so viel Soldaten hat,
Artillerie, Infanterie
und zweierlei Cavallerie,
wie mehrt sich deine Gloria
zumal durch die Cichoria,
Juchhe!
Einst warst du zweite Residenz,
doch nur im Sommer und im Lenz.
Jetzt thront in dir mit Prachtgestank
allzeit der Wurzelsieder Franck.
Dich rühmt die Welthistoria
als Hauptstadt der Cichoria.
Juchhe!«⁴⁵

Anmerkungen

- 1 LBGBI 1 (1900), S. 48–55.
- 2 LBGBI 2 (1901), S. 56–91.
- 3 3. A., Ludwigsburg 1969.
- 4 Hrsg. vom Historischen Verein Ludwigsburg, Ludwigsburg 1918.
- 5 Gerhard Heß: Zur Geschichte der Alt-Ludwigsburger Markung, in: LBGBI 13 (1957), S. 59–76; Ders.: Häuser und Menschen in Alt-Ludwigsburg, in: LBGBI 14 (1960), S. 6–17; Ders.: Die 4 Bauten des Herrn v. Pöllnitz, in: Hie gut Württemberg 1 (1955); Ders.: Ludwigsburger Amtshäuser, in: Hie gut Württemberg 12 (1954).
- 6 Wolfgang Bollacher: Die Entwicklung der Zisterzienser-Grangie Geisnang, in: LBGBI 15 (1963), S. 7–21; Ders.: Die obrigkeitlichen Verhältnisse auf Alt-Ludwigsburger Markung, in: LBGBI 16 (1964), S. 7–29; Ders.: Die Gründung Ludwigsburgs und das Altwürttembergische Kirchengut, in: LBGBI 17 (1965), S. 52–69.
- 7 Heinrich Gaese: Zur Gründung der Stadt Ludwigsburg, in: LBGBI 20 (1968), S. 7–31; Ders.: Ludwigsburg unter Eberhard Ludwig, in: Hie gut Württemberg 5–8 (1959).
- 8 Gislinde Gaese: Zur Geschichte der Ludwigsburger Alleen, in: LBGBI 18 (1964), S. 163–179.
- 9 Heinrich Schmäb: Ludwigsburger Manufakturen im 18. Jahrhundert, in: LBGBI 15 (1963), S. 29–51; Ders.: Das Ludwigsburger Arbeitshaus, in: LBGBI 17 (1965), S. 93–117.
- 10 LBGBI 26 (1974), S. 79–103.
- 11 Martin Brecht: Die Frommen und die Kirche, in: LBGBI 29 (1977), S. 69–86.
- 12 A. Heine: Geschichte der katholischen Gemeinde Ludwigsburg, 1932.
- 13 Jürgen Heinen-Tenrich: Die Entwicklung Ludwigsburgs zur multifunktionalen Mittelstadt (1860–1914). Veröffentlichungen der Kommission für geschichtl. Landeskunde in Baden-Württemberg, Band 79 (besprochen in dieser Zeitschrift, S. 178 ff.).

- 14 Zulassungsarbeit zur 1. Dienstprüfung an der PH Ludwigsburg, 1970, Maschinenschrift.
- 15 LBGBL 30 (1978), S. 23–125.
- 16 Stuttgart 1968.
- 17 Freiberg/Neckar 1974.
- 18 Stuttgart 1978.
- 19 Frankfurt a.M. 1977.
- 20 Ludwigsburg 1977.
- 21 Ludwigsburg – Stadt, Schlösser, Blühendes Barock; Ludwigsburg 1979.
- 22 Karte IV, 11 (Grundrisse neuzeitlicher Städte II), 6. Lieferung 1977, mit Beiwort von Wolfgang Schmierer (besprochen in dieser Zeitschrift, S. 177 f.).
- 23 Stadtarchiv Ludwigsburg, Bestand L 165, Nr. 9 a.
- 24 Ilse Manke: Zwei Ludwigsburger Stadtpläne aus den Jahren 1782 und 1805–1820, in: LBGBL 16 (1964), S. 157–162.
- 25 Belschner, Ludwigsburg im Wechsel der Zeiten (1936), S. 252.
- 26 Zit. bei Belschner – Hudelmaier, Ludwigsburg im Wechsel der Zeiten, 3. A., S. 36.
- 27 Bernd Wunder: Die französisch-württembergischen Geheimverhandlungen 1711. In: Zeitschrift für Württ. Landesgeschichte 28 (1969), S. 363–390.
- 27a Herzog Karl Eugen und seine Zeit. Hrsg. vom Württ. Geschichts- und Altertums-Verein, Stuttgart 1907, Bd. I, S. 20.
- 28 Zit. bei Oskar Paret: 250 Jahre Ludwigsburg 1704–1954, Ludwigsburg 1954, S. 24.
- 29 Heß: Häuser und Menschen in Alt-Ludwigsburg. In: LBGBL 14 (1960), S. 6–17.
- 29a Hermann Roemer: Markgröningen im Rahmen der Landesgeschichte 1550–1750. LBGBL 11, 1930, S. 111 ff.
- 30 Stroebel, S. 13.
- 30a Belschner: Ludwigsburg im Wechsel der Zeiten (1936), S. 81.
- 31 Belschner, Amtl. Aktenstücke... In: LBGBL 2 (1901), S. 62 f.
- 32 Eine bildliche Darstellung der Kirche findet sich auf Ludwigsburger Porzellan; vgl. Werner Fleischhauer: Unbekannte Ansichten verschwundener Ludwigsburger Bauten, in: Hie gut Württemberg 6 (1959).
- 33 Professor Raunecker: Ludwigsburg ums Jahr 1730. Nach den Memoiren des Barons Karl Ludwig v. Pöllnitz. LBGBL 3 (1903), S. 81–96, hier S. 95.
- 34 Zit. bei Heinen-Tenrich, S. 13 f.
- 35 Zit. bei Hahnemann, S. 71.
- 36 Eberhard Kolb / Klaus Schönhoven (Bearb.): Regionale und lokale Räteorganisationen in Württemberg 1918/19. Düsseldorf 1976, S. 392.
- 37 Adreß-Handbuch für die Kgl. württ. zweite Haupt- und Residenzstadt Ludwigsburg, 1825, Anhang S. 12.
- 38 Zit. bei Heinen-Tenrich, S. 14 f.
- 39 Heinen-Tenrich, S. 23.
- 40 Beschreibung des Oberamts Ludwigsburg. Hrsg. von dem Kgl. statistisch-topographischen Bureau, Stuttgart 1859, S. 132.
- 41 Ebd.
- 42 Heinen-Tenrich, S. 28.
- 43 Ebd.; vgl. auch »Ich werde Sie stets guth und redlich bedienen«. Unifranck 1828–1978. Hrsg. Unifranck Lebensmittelwerke GmbH Ludwigsburg/München. Ludwigsburg 1978, 44 S.
- 44 Heinen-Tenrich, S. 26.
- 45 Zit. bei Bernhard Zeller: Ludwigsburg und seine Dichter, in: Hie gut Württemberg 22 (1971).

Aus der Geschichte von Hoheneck

Von Herbert Felden

I Ein Rundgang durch die Wolfgang-Kirche

Einen schönen Gesamtanblick von der Wolfgang-Kirche, dem Kirchplatz mit Pfarrhaus und dem Friedhof hat man von der Umgehungsstraße Neckarweihingen-Marbach aus. Reizvoll ist auch der Blick vom Weg zum Schloßberg auf diese schöne geschlossene Anlage. Leider hat man es versäumt, bei allen Um- und Neubauten im Bereich der Kirche den Blick von der Unteren Gasse her auf den gotischen Kirchbau freizulegen und den Stil der Häuser in der Oberen Gasse der alten Umgebung anzupassen, obwohl gute Bauentwürfe dafür vorlagen.

Die Kirche hat keinen Turm, sondern nur einen schlanken Dachreiter. Sie ist also 1496 noch als Filialkirche der Laurentiuskirche in Neckarweihingen erbaut worden. 1496 ist das Jahr, in dem der schöne spätgotische Chorraum vollendet wurde. Die schlanken Chorfenster zeigen in ihrem Maßwerk spätgotische Stilelemente. Der Chor ruft mit seinem schlanken Stern- und Netzgewölbe, dessen schmale Rippen zu vier bunten Schlußsteinen emporstreben, zu Andacht und Anbetung. Er ist in seiner ursprünglichen architektonischen Gestalt erhalten geblieben. Stilwidrige Einbauten wurden bei den letzten Renovationen wieder entfernt. So 1899 »eine häßliche Orgelempore« (Vortrag von Pfarrer Mauz beim Historischen Verein) und 1973 ein Chorgestühl aus der Wilhelminischen Zeit. Im gleichen Jahr erhielt die Kirche eine neue Walckerorgel. Der Prospekt, den Dr. Supper entwarf, läßt das Mittelfenster bis zur Hälfte frei und paßt sich in seiner schmalen, aufstrebenden Form der Gotik gut an.

Beim Abbruch des Chorgestühls wurde auch wieder die Jahreszahl 1378 über der Tür zur Sakristei sichtbar. Die Sakristei ist wesentlich älter als die Kirche. Sie hat ein Tonnengewölbe. Die Vermutung von Pfarrer Mauz, daß in ihr die alte Marienkapelle erhalten ist, die im 13. Jahrhundert errichtet worden war, teile ich. Dafür spricht auch die Tatsache, daß der früher tiefer liegende Fußboden bis auf die Höhe der Wolfgang-Kirche aufgeschüttet worden ist.

Die vier Schlußsteine stellen dar: Maria (wohl auch zur Erinnerung an die Marienkapelle), Bischof Wolfgang, dem die Kirche geweiht wurde, das Wappen der Burgherrschaft von Speth und das Zeichen eines Steinmetzen. Die Fenster sollen mit schönen Glasmalereien ausgefüllt gewesen sein. Herzog Karl habe diese nach Hohenheim versetzt. Die Chronik hat diese Annahme nicht aufgenommen.

Spätere Buntfenster wurden durch den Luftdruck von Bomben, die auf die Neckarwiesen fielen, im Zweiten Weltkrieg im Februar 1944 zerstört. Anfang November 1948 wurden durch den Hohenecker Glasermeister Rätzer einfache Glasfenster provisorisch eingesetzt. Sie wurden durch Familie Hubele gestiftet. 1949 erst konnte die Firma Sailer, Stuttgart, Fenster in Antikglas liefern.

Das Kirchenschiff hat mancherlei Veränderungen erlebt. So berichtet die Chronik, »1634 sei die Kirche mit Abbrechung des Dachwerks und Verbrennung der

Stühl und anderem sehr übel ruiniert worden«. 1789 mußte das Langhaus der Kirche abgebrochen werden, neue Balken wurden eingezogen. Der ganze Dachstuhl wurde mit neuem Holz versehen, auch Arbeiten am Dachreiter waren erforderlich.

Durch die schon erwähnten Folgen der Bombenabwürfe im Zweiten Weltkrieg wurde auch die Decke über dem Kirchenschiff zerstört. 1947 wurde die neue Holzdecke eingezogen. In ihre Mittelfelder hat der Künstler Blutbacher die Symbole der vier Evangelisten eingezeichnet.

An der Nordwand hängt ein spätgotischer Kruzifixus, ein künstlerisch sehr wertvolles Werk. Es war 1884 auf der Bühne der Kirche gefunden worden; der Meister ist nicht bekannt. Das Holzkreuz hatte stark gelitten. Notdürftig ausgebessert, mit neu angesetzten Armen, wurde es zunächst an der Außenseite der Nordwand angebracht. 1899, durch Maler Bauerle und Bildhauer Berner gründlich erneuert, erhielt der Kruzifixus seinen jetzigen Platz in der Kirche.

Die Kanzel war auch 1634 verbrannt worden, die jetzige stammt aus dem Jahre 1662.

Eine Orgel wird erstmals 1744 erwähnt. In diesem Jahr wurde sie gestimmt. Die Akten geben leider keine Auskunft darüber, wann die Orgel aufgestellt wurde. Der Platz der Orgel wechselte. Einmal gab es eine Orgelempore im Kirchenschiff, rechts vom Triumphbogen, von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis 1899 stand sie auf »einer häßlichen Orgelempore im Chorraum«. 1899 kam sie auf den jetzigen Platz zu stehen. Nach dem Zweiten Weltkrieg kam der Gedanke auf, einen Anbau im Westen der Kirche zu errichten, der die Orgel aufnehmen sollte. Aus akustischen Gründen wurde dieser Plan wieder aufgegeben. Der Anbau wurde zur Vergrößerung der Empore an der Westseite benützt. Der Chorraum ist für die Klangwirkung der Orgel der beste Platz, deshalb wurde er auch für die neue Walckerorgel im Jahre 1973 nach fachkundiger Beratung beibehalten.

Von 1947 bis 1973 hat die Kirchengemeinde viele Opfer aufgebracht, um das Innere der Wolfgang-Kirche zu erneuern und zu verbessern. Das Landesamt für Denkmalspflege hat sie dabei gut beraten, die notwendigen Arbeiten stilgerecht ausführen zu lassen. Nur einige Verbesserungen seien erwähnt. 1950 wurden zwei neue Glocken angeschafft. 1957 und 1973 wurde der Innenraum ganz renoviert. 1951 wurde ein neuer Altar errichtet, 1957 ein neuer Sandsteinfußboden gelegt, neue Bänke und Türen durch örtliche Handwerker gefertigt, 1960 eine elektrische Heizung angeschafft. Bei der Verlegung von 350 Meter Erdkabel hat die Jugend der Gemeinde aktiv mitgewirkt. Nachdem der Turmhahn nach einer neuen Schieferdeckung des Kirchturms neu auf den Kirchturm angebracht und eine Blitzschutzanlage angelegt wurde, kam es 1964 zur Sanierung der Sakristei, 1965 zur Erneuerung von Turmuhr und Kirchturm. 1963 wurde ein elektrisches Geläut besorgt, 1978 folgte eine elektrische Turmuhr. 1967 wurde das schmiedeeiserne Tor als Zugang zum Kirchplatz gesetzt, 1968 erhielt die Kirche neue Beleuchtungskörper. Mit dem Einbau der Orgel wurde ein neuer Anstrich von Chorraum und Kirchenschiff verbunden.

Bei den Vorarbeiten für das Legen neuer Sandsteinplatten wurde am 9. Januar 1957 zwischen Altar und Taufstein eine gemauerte Gruft entdeckt. Landeskonservator Professor Dr. Oskar Paret leitete die sachgemäße Öffnung der Gruft und die Auswertung des Fundes. Die ersten Feststellungen erfolgten am Abend des 9. Januar in Gegenwart interessierter Gemeindeglieder. In dem Sarg, der bei dem Zustrom

frischer Luft in sich zusammenfiel, lagen von dem Skelett noch Schädelknochen, die stärkeren Arm- und Beinknochen; an der Schädeldecke waren noch wenige blonde Haare erhalten. Erhalten war auch ein Schmuckkränzchen, das auf dem Kopf getragen worden war und seltsamerweise zwei Schleifen, die an ein Kleid auf Schulterhöhe genäht gewesen sein mögen.

Erste Feststellungen von Prof. Dr. Paret: Es war hier beigesetzt ein Mädchen, etwa im Alter von sieben bis acht Jahren. Ihre Lebenszeit lag wohl in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts. Ein großes Rätselraten begann: Wer war dieses Mädchen? Warum wurde es in der Kirche beigesetzt? – Es wurde u. a. auch die Vermutung geäußert: Das war wohl ein uneheliches Kind des Herzogs Eberhard Ludwig.

Klare Antwort gab das Sterberegister. Der Ortspfarrer Herbert Felden fand dort folgenden Eintrag:

»Den 24. August, an Bartholomäi ist in hiesiger Kirche nahe dem Altar in einer Kruft eingesenkt Fräulin Juliana, Ihrer Gnaden Herrn Lieutenant von Metzsch unter dem Würtembg. Leybregiment geliebteste Fräulin Tochter, nicht gar 8 Jahre alt. Gott erwecke dero Gebeine mit Freuden.« Das Jahr der Eintragung ist 1733. Auf Vorschlag des Vorsitzenden beschloß der Kirchengemeinderat die Beisetzung der sterblichen Überreste von Juliana in einer Urne in der alten Gruft, die aufgefüllt wurde. Ein Sandstein über der Urne erhielt die Inschrift »Juliana von Metzsch. 1725–1733«. Über dem Namen wurde ein Kreuz als Zeichen der christlichen Hoffnung in den Stein eingemeißelt. Diese Arbeiten führte Kunstbildhauer Erwin Scheerer, Ludwigsburg, aus. Hauptkonservator Dr. Graf Adelman stellte fest, daß der Grund für die Beisetzung des Kindes in der Kirche die Zugehörigkeit der sächsischen Familie von Metzsch zum Hochadel war. – Leutnant von Metzsch lag im Quartier bei dem Herzoglichen Kammerjunker von Kamecke. Pfarrer von Kapff hatte ihm das Pfarrhaus mit Genehmigung seiner vorgesetzten Behörde vermietet. Er selbst bewohnte ein Haus, das er sich in der Oberen Gasse gebaut hatte. Es trägt heute noch das Wappen seiner Familie.

Wenn man die Wolfgang-Kirche durch das westliche Portal verläßt, sieht man halbrechts vor ihr einen Steintisch und eine zum Verweilen einladende Steinbank. Dahinter erblickt man einen Grabstein. Er verschließt eine Gruft. Die Inschrift ist leider nicht mehr voll lesbar. Wir finden sie zum Glück in der Chronik. Sie soll auch hier wiedergegeben werden.

»M. Johann Friedrich
von Kappffen
gebohren den 19. Febr. Anni
1667

Auß dem Stipendio auff hiesi-
ge Pfar promovirt, anno
1696 und derselben vorge-
standen 45 Jahr,
gestorben den 19. Dez. anni
1741

Beeder Symbolum:

Dise Gruft und Stein haben beede noch in ihrem Leben aus feiner ursachen
auferstellen lassen und daselbst ihre Fröhliche auferstehung erwarten wollen
Anno 1718.«

Sabine Barbare Kapfin
gebohrene Mittelin
gebohren am 9. Febr. anni
1671

verheuratet mit dem an ihrer
Seiten Ruhenten Anno 1696
und mit dem sie, jedoch ohne
Kindersegen, in der Ehe
gelebet 45 Jahr
gestorben den 21. Mai anni 1748
Jesum lieben wir ewig.

Pfarrer Mauz berichtet in seinem Vortrag vor dem Historischen Verein im Jahre 1899: »Vor 15 Jahren fiel die Verschlussplatte weg und sah man die beiden schweren eisernen Särge unversehrt.«

Pfarrer von Kapff stand dem Pietismus nahe. In Visitationsberichten heißt es über ihn: »Er predigt und katechisiert deutlich und erbaulich, gehet auch der Kommunion mit gutem Exempel vor, und ist solche mit ihrem Seelsorger in allen Stücken wohl zufrieden.« Im Jahre 1706 hat er bei der Kirchenvisitation katechisiert, um »zu zeigen, was seine Auditores aus den gehaltenen Passionspredigten gefaßt, und haben nicht nur die Schuljugend, sondern auch erwachsene Manns- und Weibspersonen jede vorgelegte Frage fertig und gründlich beantwortet mit Anfügung der daraus fließenden Lehren und Nutzenwendungen« (Chronik, 181).

Da er in den letzten Dienstjahren oft krank war, hatte er Vikare. Sein letzter Vikar war Johann Friedrich Flattich in der Zeit von 1737 bis 1741. Er hat den Ortspfarrer auch in Sitzungen des Kirchenkonvents als Vorsitzender vertreten. Eine Anzahl der Sitzungen hat Flattich selber protokolliert. Die Kirchengemeinde wollte Flattich gern als Nachfolger von Pfarrer von Kapff in Hoheneck behalten. Das Konsistorium aber versetzte ihn als Garnisonsprediger auf den Hohenasperg.

Von der Kapffschen Gruft gehen wir an der Nordseite der Wolfgang-Kirche entlang und kommen so zur Sakristei, die sicher das älteste Bauwerk ist, das in Hoheneck steht, wohl ein Teil der alten Marienkapelle.

An der Nordseite der Sakristei sind zwei Grabsteine angebracht. Der älteste stand schon ursprünglich hier und trägt die Inschrift, die schon teilweise verwittert ist. In der Chronik finden wir ihren vollen Wortlaut:

»Hier ruet in Gott Christian Ludwig, des Wol
Edlen und Besten Herren Albrecht Friderich
Heler F. Wb. Fasanen –
Meister zo Ludwigsburg und Fraven Heva, ein
geborne Kornkeve(r) in welche(r) anno
1713 den 25. September in diese Welt ge(b)
den 30. Dezember in dem Herrn Selig verschiden.
Ein Kind wie eine Blum
holdselig auffgegangen
mit mänichlichem Freud und Rum
zu blüen angevangen
ist in der Blüe
des Morgens früe
vom Tod schnell abgemäet
und von der Wält
ins Dodn Feld
mit Trenen här gessäiet
wird einmal gleicher Weise
sich treiben schen
und aufersten
Ein Pflantz dem Heren zum Preise.«

Links davon wurde erst später ein Grabstein hingesetzt, der ursprünglich an der Kirchhofsmauer stand. Das beweist eine Aufnahme, die als Bildtafel 10a in die Chronik aufgenommen wurde. Den Grabstein hat der Müller Johann Joseph Binder

seinem früh verstorbenen Sohn gesetzt. Er zeigt im Stil des Spätbarocks ein Mühlrad, das von Blumenornamenten umgeben ist. Die Inschrift lautet:

»Gen. XLV, XXVIII (d. h. 1. Mose 45, 28)
Hier ruht die abgestreifte Hülle des hoch
gen Salem aufgeschwungenen jungen Pilgers
Joseph Binder
erbaren . . . (unleserlich)
Hrn. Joh. Jos. Binder und
Fr. Johane Luise geb. Buhl,
gest. den 1. September 1806.«

Wir umschreiten nun den Chorraum und freuen uns an seiner schönen Architektur. Auf seiner Süd- und Südostseite stehen wir vor drei Denkmälern, die für Gefallene dreier Kriege erstellt wurden. 1870/71 ist ein einziger Hohenecker gefallen:

»Gedenkstein
für

Joh. Gottfr. Sulzberger
geb. dahier d. 7. Juni 1846
gefallen d. 30. November 1870
bei Villiers s/M.
Er starb, seiner Pflicht getreu,
den Tod fürs Vaterland.«

(Chronik, 60). Der zweite Gedenkstein durchbricht in seiner Form den aufstrebenden Stil der Gotik. Hier gedenkt Hoheneck der 42 gefallenen Mitbürger, die im Ersten Weltkrieg in fremder Erde begraben wurden.

Die Gedenktafeln für die Gefallenen und Vermissten des Zweiten Weltkriegs sind bewußt schlicht gehalten und fügen sich in ihrer schlanken Form der Gotik des Chorraumes gut ein. Vier Tafeln tragen die Namen von 97 Toten, eine Tafel die Namen von 29 Vermissten. Zwischen den Tafeln sind vier schlichte Kreuze als Zeichen der christlichen Hoffnung angebracht. Die drei mittleren Tafeln tragen die Inschrift: »Den Opfern des Zweiten Weltkriegs.« Neben den alten Hohenecker Familiennamen stehen hier auch die Familiennamen von Neubürgern, von Vertriebenen und Flüchtlingen, die in Hoheneck neue Heimat fanden und die Namen ihrer allernächsten Angehörigen hier finden, die zu den Opfern des Zweiten Weltkrieges gehören. Wenn die Sonne auf die Kreuze fällt, werfen sie Schatten auf die Wand des Chorraumes. Der Betrachter kann so an die vielen Reihen von schlichten Kreuzen denken, die uns auf Soldatenfriedhöfen begegnen. Diese Gedenktafeln sind ein Werk des Kunstbildhauers Erwin Scheerer, Ludwigsburg.

II Das Heilbad Hoheneck

Interessant ist es, die ersten Prospekte des alten Heilbades zu lesen. Dabei wird klar, daß es hier gar nicht um eine bewußte »Entdeckung«, sondern um einen glücklichen »Fund« ging. So heißt es in der Schrift »Chemische und Physikalisch-Chemische Untersuchung der Ludwigsburger Heilquelle zu Hoheneck« von Dr. H. Fresenius aus dem Jahre 1908: »Gelegentlich einer Tiefbohrung auf Trinkwasser in

der Gemeinde Hoheneck hat die Stadt Ludwigsburg zwar kein Trinkwasser, aber eine salinische Kochsalzquelle erschlossen.« »Die Bohrung war im oberen, mittleren und unteren Muschelkalk bis zu einer Tiefe von 143 Metern vorgedrungen, als nach Durchstoßung einer fünf Meter starken Tonschicht die eingesetzte Bohrröhre auf einmal sprudelartig überflutet wurde, am Abend des 17. Dezember 1906. Dieses Wasser tritt mit artesischem Druck zu Tag.« Das war wirklich ein großes und heilsames Weihnachtsgeschenk. Eine kleine Werbeschrift wählt einen biblischen Vergleich für den glücklichen Fund und beginnt mit dem Satz: »Wie dereinst der Jüngling, welcher auszog, seines Vaters Eselin zu suchen, eine Königskrone fand, so strömte den Ludwigsburgern, welche nach Trinkwasser bohrten, plötzlich ein gar köstlicher Heilquell zu.«

In dem Werbeprospekt von 1908 heißt es geradezu poetisch und gemütvoll: »An einem reizenden Plätzchen voll trauter Stille entquillt der heilende Born dem Schoß der Erde, in geschützter Mulde erhebt sich über seinen perlenden Fluten das praktisch eingerichtete Heilbad. Nach dem Bade setzen wir uns auf die Terrasse des Restaurants und erfreuen das Auge am lieblichen Bilde: es rauscht der Neckar, von fröhlicher Jugend belebt, ein Garten voll Obstbäumen grüßt uns um und um, und an den steilen Hängen des Flußtals reift der Wein der Ernte entgegen. Und dabei ist ringsum jene herrliche Stille, die uns ausruhen läßt vom Getriebe des geschäftigen Lebens. Aber auch für des Leibes Nahrung und Notdurft ist gut gesorgt, ein hübsches Kurhotel [im Privatbesitz, heute Wohnhaus Marbacher Straße 211] bietet vorzügliche Unterkunft; billige Wohnung und gute Verpflegung findet sich auch sonst im nahen Hoheneck. Von diesem hübschen Dorf aus, über das stolz die Burgruinen ragen, können hübsche Spaziergänge, besonders am Neckar entlang, gemacht werden, wobei stets gesunde kräftige Luft den Erholungsbedürftigen erfrischt. Besonders aber wird das leicht erreichbare Schillerstädtchen Marbach zum Besuche locken, zumal ein Motorboot auf dem Neckar schnell in Schillers Geburtsort führt. Mit Ludwigsburg aber verbinden den heilkräftigen Quell auf bequeme Weise die regelmäßigen Fahrten der Ludwigsburger Oberleitungsbahnen. Und diese Stadt birgt so viele landschaftliche Schönheiten und Reize, bietet so manches zu schauen.«

Die ersten Beschreibungen der Hohenecker Heilquelle (1911) bringen natürlich auch die Ergebnisse ihrer chemischen und chemisch-physikalischen Untersuchungen, ihre Bewertung und später auch stolze Meldungen über ihre Heilerfolge »bei Krankheiten des Magens und Darmkanals, bei Zuckerkrankheit, Gicht, Rheumatismus und Ischias, Katarrhen der verschiedenen Schleimhäute«. Es wird betont, daß dieses Heilwasser »eine hervorragende Ähnlichkeit mit den Mineralquellen in Mergentheim, Dürkheim, Kissingen besitzt«. Ein eingedrucktes »Landkärtchen« zeigt, daß sich das Hohenecker Heilbad »von allen Orten Europas aus bequem erreichen« läßt.

Am 17. Dezember 1906 wurde die Quelle gefunden; schon am 14. Juli 1907 konnten die ersten Wannenbäder genommen werden. Es standen zunächst zwölf Wannen zur Verfügung, es waren »Holzzuber«. Seit 1908 wurden »in dem Gebäude des Heilbads selbst ärztliche Sprechstunden abgehalten«. Von Anfang an wurde das Heilbad gut besucht. Schon im Jahre 1907 wurden 9853 Bäder abgegeben, 1908 waren es 19008 Bäder. Im Jahre 1913 wurde die Höchstzahl von 34485 Bädern erreicht. Schon in den ersten Jahren mußte das Bad erweitert werden. Im Lauf der



Am Heilbad Hoheneck, um 1908

Zeit wurden zwei weitere Wannentrakte angebaut, die Anzahl der Wannens stieg auf 38. Weiter konnte berichtet werden: »Nebenbei haben sich auch die Trinkkuren (Gurgelungen, Nasenspülungen und Inhalationen) gut eingeführt und auch der Wasserversand durch Gebrüder Walcker und der Vertrieb der Quellenprodukte, Pastillen, Salz, Bonbons, zeigt eine aufsteigende Linie.« In den Apotheken und Drogerien waren erhältlich: Mineralpastillen, -tabletten und Brausesalz. Auch für die Zukunft des neuen Heilbades kann man aus der Erfahrung des alten manches lernen. In einer kleinen Schrift aus dem Jahre 1911 lesen wir: »Wir sind fest überzeugt, daß die Herren Ärzte die Patienten zur Kur nach Hoheneck schicken und geschickt haben, im wesentlichen mit den erreichten günstigen Resultaten zufrieden sein werden und immer mehr ihren Patienten den Gebrauch der Kur empfehlen werden.«

Die Bäderpreise im Jahre 1911 betragen für ein Einzelbad:

| | | | |
|---------------------------|--------------|--------------|------------|
| im Alten Bad | 0,70 Mark | im Neuen Bad | 1,00 Mark |
| 1 Bad mit Ruhebett | im Neuen Bad | | 1,30 Mark |
| 1 »Nobelbad mit Ruhebett« | im Neuen Bad | | 2,00 Mark |
| 1 Zwölferkarte | im Alten Bad | | 7,20 Mark |
| 1 Zwölferkarte | im Neuen Bad | | 12,00 Mark |
| 1 Kinderbad | im Neuen Bad | | 0,50 Mark |

»Altes Bad« bezeichnet hier die ersten zwölf Wannensäler aus dem Jahre 1907, »Neues Bad« meint hier: die neuen Wannensäler aus den Jahren 1908 und 1909.

Im Jahre 1921 kam es am 18. Juni zu einem plötzlichen Versiegen der Heilquelle. Das berichtet uns die Chronik von Hoheneck. Der Grund dafür war zum Glück nur ein »Röhrenbruch«. Die Beseitigung des Schadens wurde aber kostspielig und

zeitraubend. Die Kurgäste mußten abreisen. Das Bedauern war groß, die Kurgäste teilten die Sorge der Hohenecker um die Wiedereröffnung des Bades. Das konnte erst im Jahre 1922 geschehen.

Die Heilquelle blieb erhalten. Als ihre Schüttung nach dem Zweiten Weltkrieg von ursprünglich fünf bis sechs Litern pro Sekunde auf zwei bis drei Liter pro Sekunde zurückging, entschloß sich die Stadt Ludwigsburg im Jahre 1962, einen neuen Brunnen zu bohren. Schon in 30 Meter Tiefe stieß man auf Wasser, aber nicht auf das gesuchte Heilwasser, sondern auf Trinkwasser mit starken mineralischen Bestandteilen. Die Bohrung wurde ausgebaut und diente jahrelang der Trinkwasserversorgung. Unmittelbar daneben wurde eine zweite Bohrung bis in 177 Meter Tiefe durchgeführt. Sie erbrachte das gewünschte Heilwasser, das dem »alten Brunnen« des Heilbades entspricht. Die Schüttung betrug im September 1962 sogar zwölf Liter pro Sekunde. Nach Langzeitpumpversuchen wurde die Dauerentnahme auf sechs Liter pro Sekunde festgelegt (Festschrift »Hoheneck – 50 Jahre Stadtteil von Ludwigsburg«).

1954 bis 1956 wurden jährlich noch 47 000 bis 49 000 Bäder genommen. Die Höchstzahl hatte das Kriegsjahr 1943 mit 51 500 gebracht. Nach 1956 sanken die Bäder auf rund 30 000 pro Jahr ab. Die Gründe lagen in den gesteigerten Ansprüchen der Kurgäste, in der »Wohlstandszeit« und in den nicht mehr weiter entwickelten Badeeinrichtungen.

Nach 1948 gab es in Hoheneck kaum eine Bürgerversammlung und nach der Gründung der Freien Bürgervereinigung Bad Hoheneck im Dezember 1958 auch keine Hauptversammlung des eingetragenen Vereins, in der die Stadt Ludwigsburg nicht um einen großzügigen Umbau oder Neubau des Heilbades Hoheneck gebeten wurde. Dabei kam auch immer zum Ausdruck, daß die Hohenecker Wert darauf legten, daß auch das neue Heilbad innerhalb der Vorstadt Hoheneck gebaut werde. Als im Gemeinderat Ludwigsburg und in der Stadtverwaltung schon um 1920 Pläne auftauchten, das Heilbad von Hoheneck nach Ludwigsburg zu verlegen, wehrten sich die Hohenecker entschieden gegen eine solche Standortverlegung »ihres« Heilbades. In der »Vereinbarung zwischen der Stadtgemeinde Ludwigsburg und der Gemeinde Hoheneck betreffend die Vereinigung der Gemeinde Hoheneck mit der Stadtgemeinde Ludwigsburg« vom Juli 1926 hat diese Haltung der Hohenecker sich im § 14 wenigstens folgende Zusicherung geben lassen: »Das Heilbad in Hoheneck ist bei einer etwaigen Leitung des Wassers nach Ludwigsburg mit einem Umfang von etwa 30 Wannen in seitheriger Weise weiter zu betreiben, auch ist die Gelegenheit zur unentgeltlichen Entnahme von Quellwasser außerhalb des Heilbades zu erhalten.«

Die Lösung des Heilbadproblems, die nach gründlicher Vorbereitung und einem Architektenwettbewerb durch den Baubeschluß des Ludwigsburger Gemeinderats (vom 12. 11. 1975) schließlich gefunden und in einer Bauzeit von zwei Jahren realisiert wurde, ist eine zeitgemäße und großzügige »Fassung« der nunmehr 71 Jahre alten Heilquelle. Sie wird auch in der Wahl des Standorts und des Namens dem Hohenecker »Lokalpatriotismus« gerecht und festigt und vertieft die lebendige Verbindung zwischen der ganzen Stadt Ludwigsburg und ihrer Vorstadt Hoheneck.

Die Kämpfe um Montbéliard im Kriege 1870/71

Von Norbert Stein

Montbéliard, das alte württembergische Mömpelgard und die heutige Partnerstadt Ludwigsburgs, hat im Deutsch-Französischen Kriege 1870/71 eine nicht unwesentliche strategische Rolle gespielt, freilich noch nicht in der ersten Phase des Krieges, die gekennzeichnet war durch die für die Deutschen siegreich verlaufenen großen Grenzschlachten sowie durch den Fall und die Kapitulation von Sedan (2. Sept. 1870). Mit letzterer Niederlage war bekanntlich das Schicksal des Zweiten Französischen Kaiserreichs unter Napoleon III. besiegelt. Doch auch in anderer Hinsicht bedeutete Sedan einen Wendepunkt: Der Kampf mit der zur Fortführung des Krieges entschlossenen Dritten Republik erforderte beiderseits ein strategisches Umdenken. In Erwiderung der strategischen Konzeption der »Regierung der nationalen Verteidigung«, die durch Aufstellung neuer Armeen in den Provinzen und durch tätige Förderung des »Kleinen Krieges« im Rückengebiete der deutschen Truppen den Entsatz der von der Hauptmasse der Deutschen eingeschlossenen Riesenfestung Paris anstrebte, reagierte der Große Generalstab mit der Abspaltung taktisch relativ selbständig operierender Armeeteile, die im Nordwesten, Südwesten und Südosten von Paris einerseits die bedrohten Etappenverbindungen und Nachschublinien offenzuhalten, andererseits die Zernierung der französischen Hauptstadt zu decken angewiesen wurden. Nach einer offensiven Phase in den ersten vier Wochen des Feldzuges befanden sich also die deutschen Truppen seit Beginn der Belagerung von Paris, und so lange größere Truppenverbände vor Metz und Straßburg gebunden waren, in der strategischen Defensive¹.

Am 27. September 1870 kapitulierte Straßburg, das unter schwersten Bedingungen einer fast siebenwöchigen Belagerung durch eine vorwiegend aus badischen Truppen bestehende, von der 3. Deutschen Armee abgezweigte Abteilung standgehalten hatte. Die Belagerungstruppen unter General von Werder² waren nunmehr zur operativen Verwendung freigeworden, wurden laut Befehl des preussischen Königs zum XIV. Armeekorps umformiert und sollten zunächst, um die rückwärtigen Verbindungen der vor Paris und Metz stehenden Heeresverbände zu sichern, gegen die obere Seine mit Stoßrichtung auf Troyes und Châtillon-sur-Seine vorrücken³. Nachdem diese Bewegungen zu Anfang Oktober 1870 eingeleitet, die Vogesen überschritten, und die in der Franche-Comté in Ansammlung begriffenen Truppen der Generale Cambriels und Garibaldi durch hinhaltende Gefechte gebunden worden waren⁴, erhielt das Korps v. Werder in Anbetracht der Kapitulation von Metz (27. Oktober) eine neue Bestimmung. Die Sicherung der Zernierung von Paris im südlichen Abschnitt fiel nunmehr der bei Metz freigewordenen 2. Armee (Prinz Friedrich Karl v. Preußen) zu, so daß ein weiterer Vorstoß des XIV. Armeekorps in westlicher Richtung unnötig wurde. General v. Werder erhielt jetzt den Befehl, mit dem um zwei Reserve-Divisionen verstärkten Korps alsbald die Belagerung der Festungen Schlettstadt, Neu-Breisach und Belfort, die die rückwärtigen Linien der deutschen Truppen bedrohten, einzuleiten, das Elsaß und die linke Flanke der

vorrückenden 2. Armee zu decken und nach geplanter Besetzung von Dijon vornehmlich bei Vesoul zu stehen. Von hier aus war insbesondere gegen die mit starken Garnisonstruppen ausgestatteten Festungen Langres (im Norden), Besançon (im Süden) und Belfort (im Osten) zu sichern⁵.

Ende des Monats ergab sich eine günstige Gelegenheit, die Einnahme von Dijon durchzuführen⁶, welches in der Folgezeit stark besetzt und durch hinreichend besetzte Etappen mit Vesoul, wohin das Gros des Werderschen Korps dirigiert wurde, in Verbindung blieb. Die nachgezogene 4. Reserve-Division unter Generalmajor v. Schmeling, welche mittlerweile die beiden Festungen Schlettstadt und Neubreisach eingenommen hatte, ergänzte seit etwa Mitte November die mobilen Verbände des XIV. Armeekorps derart, daß dieses in stärkerem Maße vom westlichen Flügel seiner Aufstellung aus (um Dijon) Operationen in südlicher Richtung gegen die dort stehenden und in Sammlung begriffenen französischen Verbände vortreiben konnte. —

Seit dem 3. November hatte Generalmajor v. Tresckow mit der von Straßburg nachgerückten 1. Reserve-Division die stark armierte Festung Belfort eingeschlossen und alsbald mit den Belagerungsarbeiten begonnen⁷. Um den Einschließungsring nach außen genügend zu sichern, war es notwendig, die strategisch wichtigsten Plätze im Umfelle der Festung zu besetzen. Zu diesen Orten gehörte nun im Südwesten von Belfort die Stadt Montbéliard mit ihrem festen, kasemattierten und sturmfreien Schloß, welches in seinen wesentlichsten Teilen in den letzten Jahren des 16. Jahrhunderts durch den württembergischen Baumeister Heinrich Schickhardt ausgebaut worden war⁸. Aus der Richtung von Besançon stießen vier Straßen bei und in Montbéliard zusammen, die allesamt vom Schlosse, welches auf einem Felskegel am Ostufer der Lisaine die Stadt überhöht und beherrscht, eingesehen werden konnten⁹. Stadt und Schloß wiederum konnten von einer alten, westlich der Stadt gelegenen Zitadelle, die allerdings schon damals weitgehend verfallen war, überschaut werden. Die Zitadelle besaß zwar keinen taktischen Wert mehr, gestattete aber einen weiten Überblick nach Osten und war demzufolge ein wichtiger Observierungspunkt. Bei Montbéliard mündet das von Norden kommende kleine Flüsschen Lisaine in die, den äußeren Südteil der Stadt durchfließende Allaine, welche wiederum südwestwärts von Montbéliard in den Doubs einmündet. Die wichtige Eisenbahnlinie Lyon-Besançon-Belfort kreuzt bei Montbéliard sowohl die Allaine als auch den parallel zu ihr verlaufenden, im Jahre 1834 eröffneten Rhein-Rhône-Kanal, um dann nordwärts der Lisaine zu folgen und bei Héricourt in nordöstlicher Richtung auf Belfort abzubiegen. Da nun Besançon im Operationsbereich des XIV. Armeekorps eine der stärksten und wichtigsten Aufmarschbasen der Franzosen darstellte, und jede größere Truppenbewegung, die zum Entsatz von Belfort vorgetrieben wurde, an die Eisenbahnverbindung angelehnt werden mußte, kam der Stadt Montbéliard notwendigerweise eine enorme strategische Bedeutung für die Sicherung der Einschließungsgruppen vor Belfort zu¹⁰. Daher ließ General v. Tresckow bereits am 8. November 1870 Schloß und Stadt, die zugleich als Stützpunkt des Belagerungskorps bei etwaigen Ausfällen der Belforter Besatzung dienen sollte, besetzen und das Schloß zur Verteidigung herrichten¹¹. Es wurde darüberhinaus für längere Zeit mit Lebensmitteln versehen. In der Stadt selbst richtete man ein Proviantmagazin ein, welches in den kommenden harten Wintermonaten den Belagerungsgruppen als Versorgungsbasis diente¹².

Während nun General v. Werder von Dijon aus im Saône-Tal operierte und am 18. Dezember die Division Crémer bei Nuits schlagen konnte¹³, entwarf der Delegierte des französischen Kriegsministeriums, Charles de Freycinet, einen kühnen Plan¹⁴, der darauf abzielte, den größten Teil der im Raume von Bourges stehenden 1. Loire-Armee unter General Bourbaki (15., 18., 20. Korps) überraschend mit der Bahn in östlicher Richtung nach dem etwa 250 km entfernten Beaune zu werfen, mit der bei Autun stehenden Vogesen-Armee Garibaldi's und der Division Crémer zu vereinigen und Dijon dem Korps Werder zu entreißen. Gleichzeitig sollte das in



General v. Werder.

August von Werder (1808–1887), General der Infanterie, Kommandeur des XIV. Armeekorps. Aus: Julius v. PFLUGK-HARTTUNG (Hrsg.), Krieg und Sieg 1870–71, Ein Gedenkbuch, Berlin 1895, S. 479.

Lyon in Bildung begriffene 24. Korps mit der Bahn nach Besançon herangezogen, durch die dort stehenden Garnisonstruppen verstärkt und dann an Bourbakis Armee, die nun in östlicher Richtung über Dijon vorstoßen sollte, angeschlossen werden. Die so gebildete riesige Armee von über 110 000 Mann könnte dann ohne Schwierigkeit – so der Plan Freycinets – Belfort entsetzen, die rückwärtigen Verbindungen der deutschen Truppen durchschneiden und den Gegner im Rücken bedrohen. – Der mit nahezu diktatorischen Vollmachten ausgestattete Kriegs- und Innenminister Gambetta stimmt diesem Plane zu, und die Vorbereitungen für die umfangreichen Truppentransporte wurden in Absprache mit den betroffenen Eisenbahngesellschaften sofort in die Wege geleitet¹⁵. Der ursprünglich auf zwei Tage

veranschlagte Transport dieser gewaltigen Truppenmassen verzögerte sich allerdings aus organisatorischen und technischen Gründen um mehrere Tage bis in die erste Januar-Woche des Jahres 1871, so daß General v. Werder in Anbetracht der langsam fühlbar werdenden Bedrohung des Belagerungskorps vor Belfort, wohin immer stärkere Vorposten von Besançon aus vorgeschoben wurden, Gegenmaßnahmen einleiten konnte, seine Truppen – unter Aufgabe Dijons – enger zusammenzog und näher an Belfort heranrücken ließ, um – seiner Aufgabe gemäß – die Belagerung decken zu können. Nach ersten Gefechtsberühungen mit der Armee Bourbakis bei Vesoul und Villersexel¹⁶ rückte er ab 11. Januar 1871 vor Belfort in eine große Stellung hinter der Lisaine ein, die sich über eine Frontlänge von mehr als 20 km von Montbéliard im Süden bis Frahier im Norden erstreckte und mit Hilfe der Truppen des Generals v. Tresckow sogleich zur Verteidigung eingerichtet wurde.

Im Südabschnitt der Frontstellung war das Schloß zu Montbéliard bereits vorsorglich mit vier 6-Pfünder-Belagerungsgeschützen armiert worden. General v. Werder beorderte am 12. Januar zwei weitere 12-Pfünder-Belagerungsgeschütze der Badischen Festungsartillerie dorthin und ließ der Besatzung, die durch zwei Kompanien des ostpreußischen Landwehrbataillons Gumbinnen unter Major v. Olszewski gestellt wurde, für 21 Tage ausreichende Verpflegung zukommen¹⁷. In die Stadt selbst wurde das 10. Feldlazarett gelegt¹⁸. Pioniere versuchten, die Durchlässe der bei Montbéliard über die Allaine führenden Chausseebrücke zum Zwecke der Aufstauung des Flusses zuzusetzen und den Eisgang der Wasserläufe aufzuhauen, was freilich bei dem überaus starken Frost nur zum Teil gelang¹⁹. Auf der Höhe bei dem Pachthofe »La Grange Dame« im Osten der Stadt wurden starke Artillerie-Postierungen eingerichtet, die das Umfeld von Montbéliard bis nach Bethoncourt im Norden beherrschten.

Bis zum 13. Januar mittags waren – wie hier in Montbéliard – an der gesamten Frontstellung bis nach Frahier im Norden alle Vorbereitungen für die bevorstehenden Kämpfe mit der Armee Bourbakis abgeschlossen und die nur 42 000 Mann zählenden Truppen Werders wie folgt aufgestellt:²⁰ Auf dem linken Flügel von Montbéliard bis Héricourt stand die 4. Reserve-Division des Generalmajors v. Schmeling, nördlich von ihr die Kombinierte Infanterie-Brigade des Generalmajors v. d. Goltz bei Luze und Chagey und auf dem rechten Flügel der Stellung bei Chenebier und Frahier Teile der Badischen Feld-Division unter Generalmajor v. Degenfeld, die im übrigen die Reserven bei Brévilliers, dem Hauptquartier Werders, hinter dem Zentrum der Aufstellung und bei Grand Charmont auf dem linken Flügel stellte. Den Abschnitt zwischen der Allaine und der Schweizer Grenze bei Delle zu sichern, war die Bestimmung der vom Generalgouvernement des Elsaß zur Verfügung gestellten Truppen des Generalmajors v. Debschitz. (Vgl. Karte auf S. 108.)

Den südlichen Abschnitt des der 4. Reserve-Division zur Verteidigung übertragenen linken Flügels füllte die Ostpreußische Landwehr-Infanterie-Brigade des Obersten v. Zimmermann, die – wie schon erwähnt – das Schloß zu Montbéliard mit zwei Kompanien des Bataillons Gumbinnen besetzt hielt²¹. In der Stadt selbst und zum Teil als Vorposten bis zur alten Zitadelle vorgeschoben standen die beiden anderen Kompanien des Bataillons Gumbinnen sowie die Bataillone Insterburg und Wehlau mit der 2. schweren Reserve-Batterie. Das westliche Vorfeld Montbéliards sicherten als Vorposten die Landwehrbataillone Lötzen und Marienburg, die bereits am

14. Januar Gefechtsberührung mit den Avantgarden des französischen 15. Korps erhielten.

Der schon für den 14. Januar erwartete, allgemeine Angriff der französischen Ost-Armee blieb allerdings aus. General Bourbaki beschloß die Offensive für den 15. Januar²². In der Schlachtlinie sollten sich auf dem rechten Flügel das 15. Korps gegen Montbéliard, das 24. Korps nördlich anschließend gegen die Lisaine-Front bei Bethoncourt und Bussurel, im Zentrum das 20. Korps gegen Héricourt und auf dem linken Flügel das 18. Korps sowie die Division Crémer gegen Couthenans, Luze und Chagey entwickeln²³, wo man den rechten Flügel der deutschen Stellung vermutete, der jedoch – wie wir wissen – noch sechs Kilometer weiter nördlich bis Frahier reichte²⁴. Bourbaki führte ca. 130 000 Mann gegen die 42 000 Mann zählende Streitmacht Werders ins Gefecht, so daß dieser sich einer dreifach überlegenen Übermacht gegenüber sah.

Für das Vorgehen des 15. Korps gegen Montbéliard hatte General Bourbaki in seinem Armeebefehl für den 15. Januar folgendes bestimmt:

»Dès que le jour commencera, le 15^e corps se dirigera sur Montbéliard en faisant fouiller tous les bois avec le plus grand soin, s'avançant avec précaution et surveillant la route qui longe le Doubs sur son flanc droit; il s'emparera du bois Bourgeois, de la ferme de Mont Chevis et des positions avoisinantes de la rive droite de la Lisaine; il fera ouvrir contre la citadelle et la ville le feu de son artillerie. [...] L'action devra s'engager par la droite, c'est à dire par le 15^e corps, qui soutiendra le 24^e en se portant sur la Lisaine. Le rôle du 1^{er} de ces



General Bourbaki.

Charles Denis Sauter Bourbaki (1816–1897), Befehlshaber der französischen Ost-Armee. Aus: Julius v. PFLUGK-HARTTUNG (Hrsg.), Krieg und Sieg 1870–71, Ein Gedenkbuch, Berlin 1895, S. 520.

14. Januar. (Abends).



- Deutsche Truppen.
- ▣ Französische Truppen.

Die Stellungen der französischen Ost-Armee und des deutschen XIV. Armeekorps an der Lisaine am 14. Januar 1871 (abends). Aus: Der deutsch-französische Krieg 1870-71. Redigiert von der Kriegsgeschichtlichen Abteilung des Großen Generalstabes. 2. Teil, 2. Band, Berlin 1880.

corps sera d'occuper Montbéliard, mais sans brusquer le mouvement, de façon à réduire les chances de pertes et à bénéficier du mouvement de notre extrême gauche destiné à rendre plus aisées les opérations du reste de l'armée. Sa mission sera d'ailleurs facilitée par le mouvement de quatre bataillons qui par ordre du général Rolland, commandant la division militaire de Besançon, ont quitté la position de Blamont et doivent menacer la retraite des défenseurs de Montbéliard en descendant le Doubs sur la rive droite en se portant sur Exincourt et Sochaux. Le 15^e corps ne perdra pas de vue qu'il sert de pivot et que le mouvement de conversion doit être exécuté par les autres corps.«²⁵

Bourbakis Plan bestand also darin, mit dem 15. Korps die westwärts von Montbéliard gelegenen Höhen zu nehmen, von dort die starke Artillerie gegen die Zitadelle und die Stadt zu entwickeln sowie diese dann – allerdings nicht übereilt – einzunehmen. Die Hauptlast des Angriffs sollte der linke Flügel der Armee, der sich aus dem Aufmarsch zum Gefecht entwickeln mußte, tragen. Ihm war bestimmt, in die rechte Flanke des Gegners vorzugehen und damit eine Rechtsschwenkung des ganzen Heeres einzuleiten²⁶. Den Drehpunkt dieser Bewegung sollte das 15. Korps bilden, welchem demzufolge ein weiteres Avancieren über Montbéliard hinaus nicht anbefohlen wurde.

Morgens, den 15. Januar 1871, entwickelte sich zunächst die 3. Division des 15. Korps gegen die bei Mont Chevis Ferme und bei Ste Suzanne stehenden Feldwachen und Vorposten der Bataillone Lötzen und Marienburg, die sich zwar vorerst in ihren Stellungen noch behaupteten, dann aber, als auch die 1. Division des 15. Korps zum Angriff schritt, am frühen Nachmittag nach Montbéliard zurückgenommen werden mußten²⁷. Die bisher südlich und westlich der Stadt auf Vorposten stehenden Kompanien des Bataillons Insterburg wurden zur alten Zitadelle beordert, um von dort aus im Verein mit einer leichten Batterie den Rückzug der Vorposten zu decken. Das Bataillon Lötzen wurde am Osteingange von Montbéliard gesammelt und rückte dann nach Grand Charmont in Reserve. Auch die bei der alten Zitadelle stehende Batterie und das Bataillon Insterburg mußten schließlich der nachdrängenden Übermacht weichen und auf Montbéliard zurückgehen. Zwei Kompanien des Bataillons Gumbinnen hielten einige Fabrikgebäude und Gärten der Vorstadt sowie die verbarrikadierten Ortsausgänge der inneren Stadt besetzt, von wo aus sie zusammen mit der schweren Artillerie des Schlosses den Rückzug des Bataillons Insterburg deckten. Gegen 16.00 Uhr nachmittags mußten auch diese Kompanien ihre Positionen räumen und folgten dem nach La Grange Dame abgerückten Bataillon Insterburg. Das zum Teil auf dem Waffenplatz in Montbéliard, zum Teil an der Allaine-Brücke stehende Bataillon Wehlau trat gegen 14.30 Uhr ebenfalls seinen Rückzug nach der Höhe von La Grange Dame an, nachdem es die Brücken über den Rhône-Rhein-Kanal und die Allaine unbrauchbar gemacht hatte. Drei Kompanien des Bataillons Marienburg hatten am Kanaldamm bei Courcelles bis nach 16.00 Uhr dem französischen Ansturm standgehalten, gingen erst dann zurück, mußten aber Montbéliard im Süden umgehen, da die Stadt mittlerweile von den nachdrängenden französischen Truppen des 15. Korps besetzt worden war. (Vgl. Karte auf S. 110.)

Seit dem Nachmittag des 15. Januar befand sich also die Stadt Montbéliard, deren Straßenausgänge nach Belfort und zum Schloß verbarrikadiert wurden, in der Hand der Franzosen²⁸. Nur das Schloß selbst, welches durch Sturm nicht zu nehmen war,



Die deutschen Postierungen um Montbéliard am 15. Januar 1871 (nachmittags). Aus: Hermann KUNZ, Die Entscheidungskämpfe des Generals von Werder im Januar 1871, Zweiter Teil: Die Schlacht an der Lisaine am 15., 16., 17. und 18. Januar 1871, Berlin 1895.

blieb nach wie vor durch zwei Kompanien des Landwehr-Bataillons Gumbinnen und durch die schwere Festungsbatterie besetzt. Diese Batterie beteiligte sich übrigens – zusammen mit den auf der Höhe bei La Grange Dame aufgefahrenen Batterien – nachhaltig am Geschützkampfe auf dem linken Flügel der deutschen Stellungen und nahm sogar die in die Stadt eingedrungenen Franzosen unter Feuer²⁹. Noch in der Nacht zum 16. Januar beschoß eines der auf dem Schlosse postierten Geschütze die Umgegend des am Bahnhof liegenden Proviantmagazins, um die dort noch befindlichen Vorräte, die in Ermangelung von Transportmitteln nicht mehr rechtzeitig hatten weggeschafft werden können³⁰, vor Zerstörung oder Plünderung zu retten³¹. Ein weiteres Vordringen der Franzosen über Montbéliard hinaus erfolgte – wie wir sahen, befehlsgemäß – nicht, und General Bourbaki, der an diesem ersten Schlachttage nur hier auf seinem rechten Flügel größere Vorteile zu erzielen vermocht hatte³², telegraphierte am Abend an das Kriegsministerium:

»L'armée s'est battue toute la journée. Ce soir, nous occupons Montbéliard (sans le château) [. . .]«³³

Nur mit äußerster Schwierigkeit gelang in der Nacht zum 16. Januar einem Vizefeldwebel des Badischen Grenadier-Regiments Nr. 110 die Kommunikation mit der Schloßbesatzung von Montbéliard. Er schlich sich mit zwei Füsiliern an das Schloß heran und verlas bei dürrtiger Beleuchtung dem Major v. Olszewski den

Befehl für den nächsten Tag. Freilich wurde er von den in den umliegenden Häusern der Stadt eingesteten französischen Schützen entdeckt und erhielt Feuer, konnte sich aber unversehrt wieder zurückziehen³⁴.

Auch die Franzosen waren in der Nacht nicht untätig geblieben. Am Nordrand der Stadt waren Deckungen vorbereitet, und die Mauern und Dächer insbesondere der in der Umgegend des Schlosses stehenden Häuser kreneliert (d. h. mit Schießscharten versehen) worden³⁵. Bereits in der Frühe des 16. Januar wurde ein lebhaftes Infanterie-Feuer gegen die Besatzung des Schlosses unterhalten. Um 7.30 Uhr erschien ein französischer Parlamentäroffizier vor dem Schloß und forderte die Besatzung zur Übergabe auf. Gemäß dem ihm überstellten Tagesbefehl, der besagte, daß die eingenommenen Stellungen weiter verteidigt werden sollten³⁶, lehnte Major v. Olszewski die Kapitulation ab.

Während nun in den Morgenstunden die schwere Artillerie des Schlosses sehr erfolgreich eine mittlerweile auf der Höhe bei der alten Zitadelle aufgefahrene französische Batterie und die bei Mont Chevis Ferme stehende Artillerie des 15. Korps bekämpfte, erhielt die Schloßbesatzung fortwährend heftiges Gewehrfeuer durch die in den Häusern eingesteten französischen Scharfschützen, so daß die Geschützbedienung sehr erschwert, jedoch nicht verhindert wurde³⁷. Am Nachmittag vermochte die Artillerie des Schlosses mit drei Geschützen nachhaltig bei dem Abweisen der französischen Angriffe auf das nördlich der Stadt gelegene Bethoncourt mitzuwirken, während die anderen Geschütze Granaten in die Stadt schossen und namentlich die größeren freien Plätze, auf denen man Kommandos und Lärm der Franzosen zu hören meinte, mit Schrapnellfeuer belegten³⁸.

Wenngleich am Abend des 16. Januar der dünne rechte Flügel der Deutschen durch die Eroberung von Chenebier und die zeitweise Räumung von Frahier in



Verteidigung des Schlosses von Mompelgard (Montbéliard) durch 2 Kompagnieen Landwehr unter Major Olszewski.

Aus: Georg HILTL, *Der Französische Krieg von 1870 und 1871, Bielefeld und Leipzig* 3 1876, S. 677 (Zeichnung von H. Knackfuß).

immer größere Bedrängnis geriet³⁹, die von Bourbaki geplante Konversionsbewegung also langsam einsetzte, erzielten die Franzosen auf dem Südabschnitt der Front zwischen Héricourt und Montbéliard keine nennenswerten Vorteile. Bourbaki telegraphierte abends der französischen Regierung:

»[...] Aujourd'hui nous nous sommes maintenus dans nos positions. Nous ne nous sommes avancés que par notre gauche qui occupe Chenebier. Une brigade de la division Peytavin est dans Montbéliard; mais le château tient encore. Une attaque vigoureuse a été dirigée contre l'ennemi par Bethoncourt, elle n'a pas réussi. [...]«⁴⁰

Am nächsten Morgen setzten die Schloßbatterie und eine der bei La Grange Dame postierten schweren Batterien zunächst ihr Feuer auf die Stadt fort, bis eine Deputation der Bürgerschaft erschien, die die Versicherung abgab, daß die Stadt von den Franzosen völlig geräumt sei, und um Schonung bat. Nachdem daraufhin um 11.00 Uhr das Bataillon Insterburg den Befehl erhalten hatte, die unmittelbare Verbindung mit dem Schlosse wiederherzustellen, trieb die erste Kompanie, welche sogleich den Bahnhof besetzte, Patrouillen in die innere Stadt vor und konnte dort noch zehn Gefangene machen. Die zweite Kompanie besetzte den Bahndamm und die vierte die am Südostrand der Stadt gelegene Fabrik⁴¹.

Mittlerweile hatte sich zwischen den Batterien bei La Grange Dame sowie auf dem Schloß Montbéliard und den französischen Artilleriepostierungen bei Mont Chevis Ferme erneut ein heftiger Geschützkampf entwickelt, bis sich große Massen französischer Infanterie gegen 14.00 Uhr in Richtung auf La Grange Dame und Montbéliard in Bewegung setzten⁴². Der Angriff konnte allgemein abgewiesen werden. Nur einzelnen Schützen-Abteilungen gelang es, bis in den Lisaine-Grund und nach Montbéliard vorzudringen, wo einige Züge des Bataillons Insterburg und die schwere Batterie des Schlosses die Angreifenden zurückwerfen konnten⁴³. Um 15.00 Uhr nachmittags fanden sich, wie Patrouillen der Schloßbesatzung erkundeten, die Westausgänge der Stadt, die sonst größtenteils geräumt war, noch von einigen Abteilungen des 15. Korps besetzt⁴⁴. Das Gros der französischen Truppen führte hier wie auch in den anderen Frontabschnitten nurmehr Rückzuggefechte, da auch auf dem rechten deutschen Flügel der von Bourbaki geplante Durchbruch auf Belfort rechtzeitig hatte gestoppt werden können. Am 18. Januar räumten die Franzosen, die noch abends zuvor aus Montbéliard zurückgegangen waren, vollends ihre Stellungen: Der Kampf um Montbéliard war entschieden⁴⁵.

Bourbakis geschlagene Ost-Armee marschierte vor dem bald nachdrängenden XIV. Armeekorps in südwestlicher Richtung, wurde aber durch die neu aufgestellte, vorrückende Südarmerie des Generals v. Manteuffel in der Flanke bedroht. In auswegloser Situation unternahm Bourbaki einen Selbstmordversuch⁴⁶. Die Reste seiner Armee mußten, da ihnen der Rückzug versperrt war, die Schweizer Grenze im Jura überschreiten und wurden interniert.

Die Festung Belfort konnte sich bis Ende des Krieges halten und wurde erst am 18. Februar 1871, als der Waffenstillstand auch auf den südöstlichen Kriegsschauplatz ausgedehnt worden war, übergeben. Leutnant Karl Erhardt, Offizier in der dem Belagerungskorps attachierten Württembergischen Festungsartillerie-Abteilung, besuchte nach dem Waffenstillstand die alte Hauptstadt der früheren württembergischen Grafschaft Mömpelgard, bevor seine Kompanie am 28. Februar 1871 den Rückmarsch antrat. Er stellte fest, daß sich die Einwohnerschaft Montbéliards

»nicht sehr freundlich zeigte«⁴⁷. Eine – wie wir meinen – völlig verständliche Regung; denn der kleinen Stadt war von den Deutschen eine Kontribution von 50 000 Francs auferlegt worden, weil angeblich einige wenige, unbedachtsame Einwohner mit Schrotflinten auf die Schloßbesetzung gefeuert hatten⁴⁸. – Drei Monate später besuchte übrigens Theodor Fontane das Schlachtfeld an der Lisaine und die Stadt Montbéliard. Von feindseligen Gefühlen der Stadtbevölkerung, die einem geschulten und aufmerksamen Menschenkenner wie ihm mit Sicherheit nicht entgangen wären, weiß er in seinem Werke »Aus den Tagen der Okkupation« nichts zu berichten.

Heute jedenfalls, wo uns 110 Jahre von jenen denkwürdigen Ereignissen trennen, findet die Aussöhnung und Freundschaft des deutschen und französischen Volkes, die sich im Januar 1871 bei Montbéliard als Feinde gegenüberstanden, sicher keinen besseren und lebhafteren Ausdruck, als in der nun dreißig Jahre alt gewordenen Partnerschaft der beiden ehemaligen württembergischen Residenzstädte Ludwigsburg und Montbéliard.

Anmerkungen

- 1 Vgl. hierzu aus französischer Sicht: Charles *de Freycinet*, *La guerre en province pendant le siège de Paris 1870–71. Précis historique*. Paris 1872. (Freycinet war »Délégué du ministre de la guerre« und damit rechte Hand Gambettas); ferner: Colmar *Freiherr von der Goltz*, Léon Gambetta und seine Armee, Berlin 1877; J. P. T. *Bury*, Gambetta and the National Defence. A Republican Dictatorship in France, London 1936; Hans *Meier-Welcker*, Der Kampf mit der Republik, in: Entscheidung 1870. Der deutsch-französische Krieg, hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt durch Wolfgang v. Groote und Ursula v. Gersdorff, Stuttgart 1970, S. 105 ff.
- 2 August (seit 1879: Graf) von Werder, geb. 12. Sept. 1808 zu Schloßberg bei Norkitten/Ostpr.; gest. 12. Sept. 1887 bei Belgard/Pommern. Vgl.: Emil *von Conrady*, Das Leben des Grafen August von Werder, Berlin 1889.
- 3 Hierzu der Befehl des Großen Hauptquartiers vom 30. Sept. 1870. Druck: *Der deutsch-französische Krieg 1870–71*. Redigiert von der Kriegsgeschichtlichen Abteilung des Großen Generalstabes. Zweiter Teil: Geschichte des Krieges gegen die Republik. Erster Band: Von der Einschließung von Paris bis zur Wiederbesetzung von Orléans durch die Deutschen, Berlin 1878, Anlage Nr. 80, S. 117* f. (künftig zitiert: *Generalstabswerk*).
- 4 Zu den Operationen im einzelnen: Ludwig *Löhlein*, Feldzug 1870–71. Die Operationen des Korps des Generals von Werder, Berlin 1874, S. 11 ff.; *Generalstabswerk*, 2. Teil, 1. Band, S. 305 ff.; Franz *Oberhoffer*, Straßburg–Belfort–Pontarlier, in: Julius v. *Pflugk-Hartung*, Krieg und Sieg 1870–71, Ein Gedenkbuch, Berlin 1895, S. 488 ff.
- 5 Befehl des Großen Hauptquartiers (Versailles, 23. Oktober 1870). Druck: *Generalstabswerk*, 2. Teil, 1. Band, Anlage Nr. 84, S. 135* f., Vgl. auch *Löhlein*, a.a.O., S. 60 ff.
- 6 Vgl. *Löhlein*, a.a.O., S. 65 ff.; *Generalstabswerk*, 2. Teil, 1. Band, S. 333 ff.; *Oberhoffer*, a.a.O., S. 498 ff.
- 7 Hierzu: *Generalstabswerk*, 2. Teil, 1. Band, S. 362 ff.; E. *Thiers* – S. *de la Laurencie*, La défense de Belfort, Paris 1871. (Thiers und de la Laurencie waren Genie-Offiziere im Stabe des Festungskommandanten Denfert-Rochereau); die umfassendste Darstellung: A. *Castenholz*, Die Belagerung von Belfort 1870/71, 4 Bde, Berlin 1875–78.
- 8 Vgl.: Adolf *Schabl*, Heinrich Schickhardt-Architekt und Ingenieur, in: ZWL 18 (1. Heft), 1959, S. 39.

- 9 Geländebeschreibung nach *Löhlein*, a.a.O., S. 178; Hermann *Kunz*, Die Entscheidungskämpfe des Generals von Werder im Januar 1871, Zweiter Teil: Die Schlacht an der Lisaine am 15., 16., 17. und 18. Januar 1871, Berlin 1895, S. 2. – Theodor Fontane besuchte übrigens, nachdem er sich schon während des Krieges gegen die Republik als Kriegsberichterstätter in Frankreich aufgehalten hatte, im Mai 1871 das Schlachtfeld an der Lisaine und bemerkte: »[...] Das Terrain, auf dem die dreitägige Schlacht gegen Bourbaki geschlagen wurde, zu charakterisieren ist so schwer, daß ich bis jetzt dieser Aufgabe nicht gewachsen fühlte [...]« (Theodor *Fontane*, Aus den Tagen der Okkupation, in: Th. *Fontane*, Wanderungen durch Frankreich. Erlebtes 1870–1871. Berlin [-Ost] ²1971, S. 489.)
- 10 Auf die strategische Bedeutung dieser Eisenbahnlinie wies übrigens der Große Generalstab in einem Befehl an Werder vom 8. Dezember 1870 hin:
 »[...] Ferner lenke ich Euer Excellenz Aufmerksamkeit auf das Terrain zwischen Dôle und Senans hin, in welches das XIV. Armee-Korps auf diesseitige Veranlassung schon einmal hineingerückt war. Der Euer Excellenz nicht entgehende Vortheil der dauernden Okkupation desselben besteht in der Abschneidung von Besançon von den rückwärtigen Bahnverbindungen, sowie in der unmittelbaren Sicherung der Belagerung von Belfort gegen von Süden per Eisenbahn etwa heranzuführende Entsatztruppen [...]«
- Druck: *Generalstabswerk*, 2. Teil, 2. Band (Berlin 1880), Anlage Nr. 112, S. 362*.
- 11 *Löhlein*, a.a.O., S. 148; *Generalstabswerk*, 2. Teil, 1. Band, S. 366.
- 12 *Heeresverpflegung*, hrsg. vom Großen Generalstabe, Kriegsgeschichtliche Abteilung I. (= Studien zur Kriegsgeschichte und Taktik, 6. Band), Berlin 1913, S. 217.
- 13 Vgl. *Löhlein*, a.a.O., S. 123 ff.; *Generalstabswerk*, 2. Teil, 2. Band, S. 726 ff.; *Oberhoffer*, a.a.O., S. 509 ff.; Xavier *Humbel*, La Bataille de Nuits et la Guerre en Bourgogne, 18 Décembre 1870, Nuits-Saint-Georges 1970.
- 14 *Freycinet*, La guerre en Province, S. 222 ff. Druck des Memorandums auch in *Generalstabswerk*, 2. Teil, 2. Band, Anlage Nr. 135, S. 503* f. Über die neue Ost-Armee und ihre Operationen: *Pouillet*, La campagne de l'est (1870–1871), Paris 1879 (Oberst Pouillet war Stabschef des Generals Crémer, der zuvor selbständig im mittleren Saône-Tal operiert hatte); *Grenest*, L'armée de l'est, relation anecdotique de la campagne de 1870/71, Paris 1895.
- 15 Hierzu und zum folgenden: *Heeresbewegungen im Kriege 1870–1871*, hrsg. vom Großen Generalstabe, Kriegsgeschichtliche Abteilung I. (= Studien zur Kriegsgeschichte und Taktik, 1. Band), Berlin 1901, S. 84 ff.
- 16 Näheres bei *Löhlein*, a.a.O., S. 155 ff. sowie S. 164 ff.; *Generalstabswerk*, 2. Teil, 2. Band, S. 1054 ff. sowie S. 1067 ff.; *Oberhoffer*, a.a.O., S. 523 ff.; *Kunz*, Die Entscheidungskämpfe des Generals von Werder im Januar 1871, Erster Teil, Berlin 1895, S. 60 ff.
- 17 Vgl. *Löhlein*, a.a.O., S. 177 u. S. 183 f.; *Kunz*, a.a.O., Zweiter Teil: Die Schlacht an der Lisaine am 15., 16., 17. und 18. Januar 1871, S. 7.
- 18 *Heeresbewegungen im Kriege 1870–1871* (wie Anm. 15), S. 129.
- 19 *Kunz*, a.a.O., S. 2.
- 20 Korpsbefehl Werders vom 11. Januar, abends 19.00 Uhr. *Löhlein*, a.a.O., S. 181 f., Vgl. auch *Kunz*, a.a.O., S. 12 f.
- 21 Zur Verteilung der einzelnen Bataillone dieser Brigade s. *Löhlein*, a.a.O., S. 193 (Anm.).
- 22 Größere Verbände des 18. Korps und der Division Crémer waren am 14. Januar noch weit zurück. – Die Ordre de Bataille der französischen Ost-Armee: *Löhlein*, a.a.O., S. 281 ff.; *Generalstabswerk*, 2. Teil, 2. Band, Anlage Nr. 134, S. 495* ff.; am vollständigsten *Kunz*, a.a.O., Erster Teil, S. 27 ff.
- 23 Zur französischen Aufstellung vgl. den Armee-Befehl Bourbakis für den 15. Januar 1871. Druck: *Generalstabswerk*, 2. Teil, 2. Band, Anlage Nr. 139, S. 514* ff., *Kunz*, a.a.O., Zweiter Teil, S. 19 ff., auch: *Heeresbewegungen im Kriege 1870–1871* (wie Anm. 15), Anlage 29, S. 275 ff.

- 24 *Kunz*, a.a.O., S. 78; *Heeresbewegungen im Kriege 1870–1871*, S. 135 f.
- 25 Armee-Befehl Bourbakis vom 14. Januar 1871. Vgl. Anm. 23.
- 26 Vgl. *Generalstabswerk*, 2. Teil, 2. Band, S. 1089 f.; *Heeresbewegungen im Kriege 1870–1871*, S. 135.
- 27 Hierzu und zum folgenden: *Löhlein*, a.a.O., S. 196 f., und vor allem *Kunz*, a.a.O., S. 24 ff.
- 28 Zur Zusammensetzung dieser Truppen: *Kunz*, a.a.O., S. 29.
- 29 Vgl. E. de Blois, L'artillerie du 15^e corps pendant la campagne de 1870–1871, Paris 1872, S. 164: »Le château tirait très-juste et nous faisait beaucoup de mal«; *Kunz*, a.a.O., S. 32.
- 30 *Heeresverpflegung* (wie Anm. 12), S. 217.
- 31 *Kunz*, a.a.O., S. 32 f.
- 32 Im einzelnen *Kunz*, a.a.O., S. 41 ff.
- 33 Druck: *Kunz*, a.a.O., S. 77.
- 34 Ebd., S. 81.
- 35 *Löhlein*, a.a.O., S. 204.
- 36 Der Befehl wurde abends um 7.30 Uhr ausgegeben und lautete: »Die Stellungen sollen weiter verteidigt werden, die Haupt-Reserve um 7.30 Uhr auf ihrem bezeichneten Punkte stehen.« (*Löhlein*, a.a.O., S. 201).
- 37 *Generalstabswerk*, 2. Teil, 2. Band, S. 1110; *Kunz*, a.a.O., S. 82. Die eingetretenen Verluste beliefen sich auf 14 Mann.
- 38 *Kunz*, a.a.O., S. 90.
- 39 Vgl. hierzu im einzelnen: *Löhlein*, a.a.O., S. 206 ff.; *Generalstabswerk*, 2. Teil, 2. Band, S. 1116 ff., *Kunz*, a.a.O., S. 101 ff.
- 40 Druck: *Kunz*, a.a.O., S. 122 f.
- 41 *Kunz*, a.a.O., S. 151 u. S. 154.
- 42 Der Angriff wurde durch ca. 10 Bataillone durchgeführt. Näheres: *Löhlein*, a.a.O., S. 213; *Generalstabswerk*, 2. Teil, 2. Band, S. 1129 f.; *Kunz*, a.a.O., S. 152 f.
- 43 Die Gefechtsberührung fand in der Umgegend des Bahnhofes und am Eisenbahndamm statt. *Generalstabswerk*, 2. Teil, 2. Band, S. 1130, Vgl. auch *Kunz*, a.a.O., S. 153 f.
- 44 *Generalstabswerk*, 2. Teil, 2. Band, S. 1130; *Kunz*, a.a.O., S. 154.
- 45 Nur wenige, spärliche Angaben macht Louis Renard, Histoire illustrée du pays de Montbéliard, Montbéliard 1942, S. 223, über die Schlacht an der Lisaine, ohne hierbei der entscheidenden Rolle zu gedenken, die Montbéliard in diesen Kämpfen gespielt hat. Übrigens ist die auf S. 223 gemachte Aussage Renards, wonach die Truppen Bourbakis über Vieux-Charmont hinaus – damit also über Montbéliard hinaus – hätten avancieren können, unrichtig: »[...] Cependant Montbéliard fut reprise et les troupes de Bourbaki s'avancèrent au-delà de Vieux-Charmont [...]«.
- 46 Vgl. [von Eichthal], Le général Bourbaki, Paris 1885, S. 338 ff.; zu Bourbakis Verantwortlichkeit an den Mißerfolgen seiner Ost-Armee vgl. die interessanten Äußerungen des Général Bourelly, La guerre de 1870–1871 et le traité de Francfort d'après les derniers documents, Paris 1912, S. 122 und S. 127 ff. Sie werfen ein wenig günstiges Licht auf die Person des Delegierten des Kriegsministeriums, Charles de Freycinet, der zudem die Maßnahmen Bourbakis durch seinen im Hauptquartier der Armee anwesenden Vertrauten de Serres ständig überwachen ließ. (Vgl. *Heeresbewegungen*, S. 96).
- 47 Karl Erhardt, Bei der Belagerungsartillerie [vor Belfort], in: Paul Dorsch (Hrsg.), Württembergs Söhne in Frankreich 1870/71. Erinnerungen von Kriegsteilnehmern, Calw–Stuttgart 1911, S. 365.
- 48 Nach *Generalstabswerk*, 2. Teil, 2. Band, S. 1130 mit Anm., soll sich dieser Vorfall bei Gelegenheit der von der Schloßbesatzung im Westteil der Stadt um ca. 15.00 Uhr vorgenommenen Rekognoszierung am 17. Januar ereignet haben. *Kunz*, a.a.O., S. 82, bringt diesen Tatbestand in Zusammenhang mit dem aus den Häusern der Stadt auf die Schloßbesatzung abgegebenen Feuer. – Hierbei scheint es sich doch aber um gezieltes Scharfschützenfeuer gehandelt zu haben, denn die in relativ guter Deckung stehende

Schloßbesetzung hätte wohl schwerlich durch Schrot, noch dazu von ungeübten Schützen abgegeben, derart belästigt werden können, wie dies am 16. Januar tatsächlich geschah. Am 17. Januar aber hatten die beiden, auf dem Schloß stationierten Kompanien des Bataillons Gumbinnen, die – wie oben bemerkt – am Nachmittag des 17. Januar im westlichen Teil der Stadt patrouillierten, überhaupt keine Verluste. Es ist also heute sehr schwer, den Nachweis zu führen, ob überhaupt Zivilpersonen auf die deutschen Truppen geschossen haben. Zudem bestand die Möglichkeit, daß dieses Feuer durch Franktireurs, die außerhalb der regulären Truppenverbände, aber oft im Einklang mit diesen operierten, abgegeben wurde.

Das Revolutionsjahr 1918/19 in Württemberg und die Ereignisse in Ludwigsburg*

Von Günter Cordes

Am Morgen des 9. November 1918 versammelte sich die Stuttgarter Arbeiterschaft auf dem Schloßplatz und den umliegenden Straßen. Vereinigte Gewerkschaften, Sozialdemokratische Partei und Unabhängige Sozialdemokratische Partei hatten gemeinsam zu einer großen Demonstration aufgefordert, die nach dem zusätzlichen Aufruf des Stuttgarter Oberbürgermeisters Lautenschlager »in Ruhe der Überleitung in neue staatsrechtliche Verhältnisse« dienen sollte. Die Veranstalter selbst verteilten an die Versammelten Handzettel mit neun Forderungen, darunter: 1. Die Einführung der Republik, 2. das gleiche Wahlrecht für Männer und Frauen bei allen Wahlen, 3. die Abschaffung der Ersten Kammer der Landstände, 5. Friedensschluß und Auflösung des stehenden Heeres, 6. Aufhebung des Belagerungszustandes und der Zensur, 8. Durchführung des sozial-politischen Programms der unterzeichneten Parteien und Gewerkschaften und 9. Erfassung der Kriegsgewinne.

Noch am Abend des gleichen Tages reiste König Wilhelm II. von Württemberg, auf dessen privatem Wohnsitz, dem Wilhelmspalais, anstelle der Hausstandarte eine rote Fahne wehte, im Schutz des Stuttgarter Soldatenrats nach Bebenhausen. Das württembergische Königtum hatte zwar noch nicht formell, aber doch tatsächlich sein Ende gefunden.

Wie war es dazu gekommen, was trat an seine Stelle?

Am Vorabend der Revolution

Noch im Mai 1918 hatte anlässlich der Haushaltsdebatte die Zweite Kammer der württembergischen Landstände sich mit Mehrheit gegen eine weitere Demokratisierung im Lande ausgesprochen. Ministerpräsident Freiherr von Weizsäcker hatte auch, wie er sich ausdrückte, daran »bisher nicht gedacht«. Doch war etwa gleichzeitig in Anknüpfung an ähnliche, seit Kriegsbeginn in Berlin bestehende Vereinigungen unter wesentlicher Beteiligung des demokratischen Stuttgarter Rechtsanwalts Conrad Haußmann die »Stuttgarter Gesellschaft« entstanden, die sich im Herbst zur »Württembergischen Gesellschaft von 1918« ausweitete. Vereinszweck war, wie es wörtlich hieß, »die Lösung der anstehenden politischen Probleme«. So konservative Persönlichkeiten wie Innenminister von Köhler waren hier ebenso Mitglieder wie die Industriellen Bosch oder Bruckmann oder die Sozialdemokraten Keil und Lindemann.

* Geringfügig erweiterte Fassung des im Oktober 1979 vor dem Historischen Verein für Stadt und Kreis Ludwigsburg gehaltenen Vortrags.

Ein Königsproblem stellte sich angesichts der streng konstitutionellen Haltung des allseits geachteten Monarchen nicht. Ministerpräsident von Weizsäcker hatte zwar bis in die ersten Novembertage geglaubt, daß die Regierung unter seiner Leitung weiter amtieren könne, war aber dann doch zurückgetreten, als am 6. November Sozialdemokraten, Demokraten, Nationalliberale und Zentrum die Bildung einer neuen, parlamentarischen Regierung mit dem Demokraten Liesching als Ministerpräsidenten verlangten. Innenminister von Köhler und Finanzminister von Pistorius sollten als Fachminister in ihren Ämtern verbleiben. Die Ernennung und Vereidigung der neuen Regierung waren für den 8./9. November anberaumt. Der auf 12. November einberufene Landtag sollte die Neuerungen bestätigen und das parlamentarische System verfassungsmäßig verankern. Die erste und, wie sich erweisen sollte, einzige Proklamation der Regierung Liesching vom Morgen des 9. November, die bereits unter dem Eindruck der Ereignisse dieses Tages abgefaßt wurde, ging noch weiter und kündigte die Wahl einer verfassungsgebenden Versammlung durch alle Württemberger beiderlei Geschlechts über 24 Jahre an. Selbst jetzt noch schien ein radikaler Bruch in der Verfassungsentwicklung vermeidbar.

Der Sturz der Monarchie

Aber schon am 22. Oktober, als sich das Staatsministerium erstmals mit der Frage einer Verfassungsänderung befaßte, richteten sich im Rüstungszentrum Friedrichshafen erste, noch improvisierte Proteste gleichermaßen gegen den Krieg wie gegen die derzeitigen Inhaber der Macht, d. h. »die Imperialisten und Kapitalisten«, zu denen auch die Führer der Mehrheitssozialdemokraten zählten. Diese Demonstrationen waren nicht aus dem Schoß der Arbeiterschaft am Bodensee erwachsen, sie entsprachen vielmehr den Anweisungen der Berliner Reichskonferenz der Spartakusgruppe, des linken Flügels der Unabhängigen Sozialdemokraten, vom Anfang Oktober. Auch die Stuttgarter Spartakusgruppe verstärkte, nachdem die zivile Reichsleitung unter Prinz Max von Baden den seit Kriegsbeginn herrschenden Belagerungszustand gelockert hatte, unter Führung des erst 23jährigen Schriftsetzers Rück, der Redakteure Thalheimer und Hoernle und des Offiziersstellvertreters Schreiner laufend ihre Agitation durch Umzüge, Betriebsversammlungen u. a. Am 4. November konstituierte sich unter Rück's Vorsitz ein Arbeiterrat, am folgenden Tag erschien die erste Revolutionszeitung, die »Rote Fahne«, die zum Umsturz von Staat und Gesellschaft aufforderte im ganzen Reich wie in Württemberg. Noch glaubte Innenminister von Köhler aufs ganze gesehen hart reagieren zu können. Er hatte zwar Rück trotz des gegen diesen verhängten Redeverbots noch am 4. November empfangen, wobei auf die Frage des Ministers, warum denn auch der beliebte König von Württemberg gestürzt werden solle, ein Begleiter Rück's die berühmt gewordene Erklärung gab: »Es ischt halt wegen dem Sysctem.« Aber in der Nacht vom 6./7. November ließ von Köhler Rück zusammen mit Thalheimer, die sich auf der Fahrt nach Friedrichshafen befanden, in Ulm verhaften. Dieser Erfolg verleitete dann den Minister zu einer weiteren Demonstration der Stärke, indem er in der folgenden Nacht 16 Mitglieder des Stuttgarter Arbeiterrats in Gewahrsam nehmen ließ. Unter den Verhafteten befanden sich auch Mitglieder der Mehrheitssozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften, die sich unter ihren

An alle Soldaten!

Der Kampf gegen **Spartakus** hat uns vergessen lassen, daß von rechts her dem revolutionären Volke eine viel größere Gefahr droht. Die Hezer und Schreier gegen die Arbeiter- und Soldatenräte haben damit ihren Zweck erreicht. An der östlichen Grenze des Reiches lobert von Neuem die Kriegsfackel auf. Nicht um den Schutz der deutschen Grenzen handelt es sich, sondern für die Interessen der baltischen Barone sollen Deutsche zum zweitenmal ihre Haut zu Markt tragen. Schon ist eine teilweise Mobilisation der Jahrgänge 1898 und 1899 durch die jetzige Reichsregierung angeordnet. Anstatt mit den Böllern des Ostens auf dem Wege der Verhandlung zum Frieden zu gelangen, greift man zum Schwert. Wer steht hinter dieser Bestrebung? Sehen wir uns die Leute an. Es sind die Vertreter des alten Systems, reaktionäre Offiziere und Kapitalisten. Was uns von dieser Seite droht, geht aus einem Flugblatt des Nationalverbandes deutscher Offiziere hervor, das zum schärfsten Kampf gegen die Soldatenräte und zum Kampf für das alte militärische System auffordert. Einzelne Mißgriffe, die da und dort von Soldatenräten verübt worden sein sollten, sollen von den Offizieren in gemeinsamer Weise gegen die Soldatenräte ausgebeutet werden. Ueber die Schandtaten dieser reaktionären Offiziere aber schweigt des Sängers Höflichkeit. Der Kampf für das alte System ist aber für diese Art von Leuten nur der Kampf um den Futtertrog. Wenn eine solche Heze weitergeht, werden auch wir gezwungen sein, zur Selbsthilfe zu greifen. Noch ist die Revolution nicht tot! Das mögen sich diese Kreise merken.

Schon machen sich auch Bestrebungen bemerkbar, die bisherigen Errungenschaften der Revolution zu hintertreiben. Der heilige Bürokratius regiert nach wie vor. Durch ihn werden heute noch unsere kriegsbeschädigten Kameraden von Pontius zu Pilatus gesandt, ohne etwas zu erreichen. Dagegen verschwendet man hunderte von Millionen für den reaktionären Feldzug im Osten. Unsere entlassenen Kameraden, die arbeitslos auf der Straße liegen, werden als Faulenzer bezeichnet. Verlangen sie Unterstützung, werden sie meist abgewiesen und wo solche gewährt wird, wird sie auß Schamloseste gegen sie ausgebeutet. **Ist das des Vaterlandes Dank?**

Soldaten! Als Annahmung und Revolvertaktik wird es hingestellt, wenn Eure Räte für die Revolution eintreten.

Kameraden! Stellt Euch geschlossen hinter Eure Soldatenräte. Der Revolution droht die Gefahr, von den alten Militaristen und ihren Henkersknechten umgebracht zu werden.

Der Garnisonsrat Ludwigsburg.

Publizisten-Gelehrte & Dilettanten

Aufruf des Garnisonsrats Ludwigsburg, 1919 (Vorlage und Foto Hauptstaatsarchiv Stuttgart)

Kollegen allgemeiner Achtung erfreuten und nicht als revolutionär galten. Die Regierungsmaßnahme wurde daher nicht verstanden. Die Führer der Mehrheitssozialdemokratie und der Gewerkschaften, die in den vergangenen Tagen in Versammlungen und mit Flugschriften für Ruhe eingetreten waren und sich gegen alle Umsturzthesen der radikalen Linken gewandt hatten, waren durch den Schritt Köhlers unglaublich geworden und liefen Gefahr, ihren Einfluß auf die Mehrzahl der Arbeiterschaft zu verlieren.

Die sich mehrenden Meldungen über Unruhen in Deutschland kamen hinzu. So nahmen die Leitung der Mehrheitssozialdemokratie und der Gewerkschaften die Verhaftung des Arbeiterrats zum Anlaß, für den folgenden Tag, den 9. November, die einleitend genannte allgemeine Massendemonstration in der Stuttgarter Innenstadt anzusetzen. Nach dem Vorschlag der Gewerkschaften sollte auch die Unabhängige Sozialdemokratische Partei, nicht jedoch der Spartakusbund, zur Mitwirkung eingeladen werden, um sie so in die Verantwortung miteinzubeziehen und zugleich die Gegensätze zwischen den sozialistischen Gruppen zu überdecken. Die Unabhängigen Sozialdemokraten, deren Hauptführer ja im Gefängnis saßen, hatten, wiederum nach Anweisung aus Berlin, Demonstrationen erst für den 11. November geplant und mußten sich jetzt, als das Programm der Kundgebung festgelegt wurde, dazu bekennen, daß alle Gewalttätigkeit auszuschließen sei und nur solche Forderungen gestellt werden dürften, die mit dem Erfurter Programm der Sozialdemokratischen Partei übereinstimmten. Die Arbeiter- und Soldatenräte wurden also überhaupt nicht genannt. Gleichwohl ging bereits die erste Forderung »Einführung der Republik« weit über die bisher von der württembergischen Sozialdemokratie eingenommenen Haltung hinaus – schließlich sollte am Tag der Demonstration der sozialdemokratische Minister Lindemann vom König vereidigt werden. Aber die Forderung wurde erhoben, als die am Abend des 8. November noch falsche Meldung eingetroffen war, der Kaiser habe bereits abgedankt, und zielte nicht auf unmittelbare Aktionen gegen den König, zumal auch die Unabhängigen Sozialdemokraten den »alten Herrn« in Ruhe lassen wollten.

In Kenntnis des Plans zu dieser Veranstaltung und auf eine entsprechende Bitte des Stuttgarter Oberbürgermeisters hin hatte Innenminister von Köhler am selben Abend leitende Männer der Staats-, Militär- und der Stadtverwaltung zur Beratung der Lage zusammengerufen. Dabei ließ der König durch seinen Kabinettschef erklären, daß es um seiner Person willen nicht zu Blutvergießen kommen möge, während der Stellvertretende kommandierende General von Schäfer glaubte, keine zehn Mann zuverlässiger Truppen mehr hinter sich zu haben. Dies war das Eingeständnis der Ohnmacht, da auch die noch verfügbaren Polizeikräfte schwach waren. Es war dabei relativ unbedeutend, ob in dieser Krisensituation aufgrund des erst vor wenigen Tagen neu geregelten Belagerungszustandes der Innenminister oder der Stellvertretende kommandierende General die oberste Verantwortung trug, eine Frage, die um 1930 zu einer heftigen Kontroverse zwischen dem Landeshistoriker Weller und Innenminister von Köhler Anlaß geben sollte. Entscheidend war vielmehr, daß die politische Führung des Landes an diesem Abend eine Verteidigung der württembergischen Monarchie nicht mehr für möglich hielt, falls sie durch einen revolutionären Aufruhr in Frage gestellt würde. So bleibt es ein müßiges Gedankenspiel, zu fragen, ob es doch noch genügend Truppen gegeben hätte, und was nach einer vorübergehend erfolgreichen Abwehr revolutionärer

Demonstrationen angesichts der Gesamtlage in Deutschland geschehen wäre. Der badische Großherzog beispielsweise billigte, wenn auch unter Vorbehalt, die Bildung einer vorläufigen Regierung und sah sich dann doch Mitte November veranlaßt, zunächst vorläufig, später endgültig abzudanken.

Wie gleichzeitige Versammlungen in anderen württembergischen Städten verlief die Stuttgarter Demonstration am 9. November im ganzen planmäßig, auch seitens der Unabhängigen Sozialdemokraten wurde nicht zum sofortigen Umsturz unter Gewaltanwendung aufgefordert. Doch lösten sich aus dem an die Kundgebung anschließenden Umzug durch die Straßen der Innenstadt einzelne Gruppen ab: So sprach Offiziersstellvertreter Schreiner im Hof der Rotebühlkaserne »im Namen des Soldatenrats«, der damit erstmals in Erscheinung trat. Eine andere Gruppe drang in das nur schwach bewachte Wilhelmspalais ein und erzwang das Hissen einer roten Fahne, wobei allerdings der König nicht persönlich belästigt wurde. Eine gemeinsame Deputation der Veranstalter der Kundgebung trat nach deren Abschluß in Verhandlungen mit Ministerpräsident Liesching ein.

Die Lage änderte sich grundlegend, als im Laufe des Nachmittags aus Berlin bekannt wurde, daß der Kaiser abgedankt, die Republik ausgerufen, der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Reichskanzler geworden sei. »Jetzt bestand«, wie der spätere sozialdemokratische Landtagspräsident Wilhelm Keil schreibt, »für die Führer der Stuttgarter Massenbewegung die Regierung Liesching nicht mehr. Die Vorstände von SPD, USPD und der Gewerkschaften traten zusammen zur Bildung einer provisorischen Regierung.« Die Verhandlungen hierüber im Landtagsgebäude führten zu einer raschen Einigung, nach der der Mehrheitssozialdemokrat Wilhelm Bloss als Ministerpräsident und der unabhängige Sozialdemokrat Arthur Crispian als Innenminister den gemeinsamen Vorsitz führen sollten. Mit Thalheimer, der in Abwesenheit zum Finanzminister, und Schreiner, der zum Kriegsminister bestellt wurde, gehörten über die Unabhängige Sozialdemokratische Partei auch Spartakisten der neuen Regierung an. In ihrer ersten Proklamation hieß es, »die Republik ist erklärt«, zugleich wurde der bei ihrer Bildung nicht vertretene Arbeiter- und Soldatenrat als Träger der neuen Ordnung genannt, allerdings auch bereits zu diesem Zeitpunkt die Einberufung einer konstituierenden Landesversammlung angekündigt.

So besaß Württemberg am Abend des 9. November zwei Regierungen, eine königliche, die gerade einen Tag alt war, und eine republikanische seit einigen Stunden; der sozialdemokratische Minister Lindemann gehörte, ohne es selbst zu wissen, und gegen seinen Willen beiden Regierungen gleichzeitig an. Die republikanische Regierung vereinte zwei sozialistische Parteien, von denen die eine die pluralistische parlamentarische Demokratie, die andere, besonders mit ihrem linken Flügel, dem Spartakusbund, die Diktatur des Proletariats, organisiert in der Form der Räterepublik, anstrebte.

Schon der folgende Sonntagmorgen des 10. November sollte manche Klärung in diese Vielfalt bringen: Hauptsächlich Wilhelm Keil drängte auf eine Erweiterung der Provisorischen Regierung um Vertreter der bürgerlichen Parteien. Entsprechend der Zusammensetzung der Regierung Liesching waren auch jetzt Demokraten, Nationalliberale und Zentrum zur Mitarbeit bereit, nachdem König Wilhelm von Bebenhausen aus telefonisch die erbetene Entlassung der bisherigen Minister hatte aussprechen lassen. Der konservative Innenminister von Köhler wurde Stellvertre-

ter seines Nachfolgers Crispian von den Unabhängigen Sozialdemokraten. Grundlegende Bedingung für den Eintritt der bürgerlichen Vertreter in die Regierung war die Zusage, daß alle Minister gleichen Anteil an den Entscheidungen hätten und die Räte hierauf keinen Einfluß haben sollten. Der von Unabhängigen Sozialdemokraten und Spartakus vertretene Rätegedanke war zum zweiten Mal abgewiesen. Unabhängige Sozialdemokraten und Spartakus verhielten sich im übrigen hierbei unterschiedlich: Während Thalheimer und Rück, ersterer unter Ablehnung des angetragenen Ministeramts, konsequent jede Koalitionsregierung ablehnten, weil sie von der Diktatur des Proletariats wegführe, verblieben Crispian und selbst Schreiner, dieser allerdings nur ein paar Tage, in ihren neuen Regierungsdämtern.

Die Räte – Organe der Revolution?

Wie in Stuttgart waren auch außerhalb in den Tagen des Zusammenbruchs der bestehenden Ordnung spontan in gewisser Anlehnung an das russische Vorbild in ganz unterschiedlicher Weise berufene und zusammengesetzte Ausschüsse, Räte, meist Arbeiter- und Soldatenräte, in geringerem Maße auch Bürger- und Bauernräte entstanden. Schon nach wenigen Tagen wurden sie vielfach in geregelter Wahlverfahren neu berufen und standen – auch in der Landeshauptstadt – der Mehrheitssozialdemokratie nahe. Wie der Reichsrätekongreß in Berlin Mitte Dezember, so erklärten sich auch die württembergischen Räte für die parlamentarisch-demokratische Staatsform und gegen eine wie auch immer auf die Dauer einzurichtende Räterepublik. Dabei wurde das Grundsätzliche dieser Entscheidung, die die Räte von vornherein zu bloßen Institutionen einer Übergangszeit degradierte, nicht immer erkannt. Die Räte erhielten in einer Vereinbarung mit der Regierung im Dezember eine Ordnung, die ihre Abstufung vom örtlichen Arbeiter- oder Soldatenrat bis zu den Landesorganisationen, den Landesversammlungen und Landesausschüssen der Arbeiter- bzw. der Soldatenräte regelte, die Räte als revolutionäre Grundlage des neuen Staates voll anerkannte und ihnen dennoch nur wenige Befugnisse, u. a. gewisse Kontrollrechte, zugestand, da die Exekutive wie bisher bei Regierung und Verwaltung liegen sollte. Hauptsächlich in den aus Delegierten aller Räte beschickten Landesversammlungen stießen die unterschiedlichen Auffassungen der Mehrheitssozialdemokraten einerseits und der spartakistischen Minderheit andererseits hart aufeinander, da letztere unter dem Schlagwort »Alle Macht den Räten« ihr Staatsmodell, wenn auch noch nicht in präziser Form, propagierten. Im Lande begnügten sich die lokalen Arbeiter- und Soldatenräte dagegen oft mit einer Tätigkeit im sozialen Bereich, sie nahmen Beschwerden entgegen, sorgten sich um die Lebensmittelzufuhr und die Erhaltung und Sicherstellung des Heeresguts. Die wenigen Bürger- und Bauernräte erlangten nur eine geringe Bedeutung. Es gab freilich auch anderes: Der Arbeiter- und Bauernrat Löwenstein etwa forderte die Sozialisierung fürstlichen Grundbesitzes auf der Stadtgemarkung, die Abtretung des Schlosses usw. – eine örtliche Ausnahmesituation, die für das Land nicht repräsentativ war. Symptomatisch war vielmehr das Schicksal der Revolutionszeitung »Die rote Fahne«. Das von den Spartakisten Thalheimer, Hoernle u. a. redigierte Blatt erschien anfangs namens der württembergischen Räte als deren Organ, bis die Landesversammlung der Soldatenräte gegen Ton und Inhalt der Zeitung protestierten. Die Herausgabe mußte daraufhin eingestellt werden.

Nach dem Zusammentritt der Verfassunggebenden Landesversammlung wurden die Räte überhaupt von den bürgerlichen Parteien, aber auch von Sozialdemokraten wie Keil, in Frage gestellt, weil sie der Einheit der Staatsgewalt und dem Prinzip der Gewaltenteilung zuwiderliefen. Immerhin vermochten die Soldatenräte, in erster Linie der Landesausschuß, sich im Einvernehmen mit dem Kriegsministerium bis in das Frühjahr 1919 im engeren Militärbereich eine einflußreiche Stellung zu bewahren. Das drückte sich nach außen in der doppelten Unterschrift von Minister und Vertreter der Räte auf allen wichtigen Schriftstücken der Militärverwaltung aus. Um die Jahresmitte 1919 hatten sich die seit November/Dezember des Vorjahres bestehenden Räte selbst weitgehend aufgelöst, obwohl der Landesausschuß der Arbeiterräte ein Weiterbestehen u. a. damit zu begründen suchte, daß die Betriebe und Verwaltungen noch nicht in genügendem Maße demokratisiert worden seien. Im Vergleich hierzu war die Landesversammlung der badischen Räte in ihrer Aussage sehr viel konkreter, wenn sie ausdrücklich forderte, die Sozialisierung müsse Wirklichkeit, das Reichsbetriebsrätegesetz in Kraft getreten sein, ehe die bestehenden Räte abtreten könnten. Aber auch in Baden lösten sich die Räte im Spätsommer 1919 auf, zumal die Regierung ihre Zahlungen einstellte.

Die Räterepublik – eine Alternative?

Unabhängige Sozialdemokratische Partei und Spartakusbund, seit Anfang Januar Kommunistische Partei Deutschlands (Spartakusbund), hatten im Sturz der Monarchie lediglich den Anfang der Revolution gesehen. Eigentliches Ziel blieb, die Gesellschaft im sozialistischen Sinn umzugestalten, was über Koalitionen mit der Mehrheitssozialdemokratie oder gar mit bürgerlichen Parteien wie in Württemberg freilich nicht zu erreichen war. Die Stellung des Innenministers Crispian und des zu den Unabhängigen Sozialdemokraten neigenden Leiters des Kriegswesens Fischer, des Nachfolgers von Albert Schreiner, wurde daher immer schwieriger sowohl gegenüber den übrigen Ministern als auch gegenüber der eigenen Partei. Da der Versuch, über die Räte die Macht an sich zu bringen, angesichts der Mehrheitsverhältnisse in diesen scheiterte, blieb nur der Weg über Streiks und unter Umständen gewaltsame Demonstrationen, möglichst noch vor den Wahlen zu den verfassunggebenden Versammlungen in Reich und Land: Im Anschluß an die Unruhen in Berlin im Dezember und Januar forderten Unabhängige Sozialdemokratische Partei und Spartakus zu Jahresbeginn in Stuttgart zwar auch eine Erhöhung der Unterstützungssätze für Arbeitslose und Kontrollkommissionen der Arbeiter, im wesentlichen aber den Rücktritt der Reichsregierung wie der Stuttgarter städtischen Kollegien, die Beteiligung der Räte an der Landesregierung, eine Beschlagnahme der Banken und des feudalen Grundbesitzes, Entwaffnung der Offiziere, Bewaffnung der Arbeiter u. a. Zwar hatte die Mehrheitssozialdemokratie bei einer Massenkundgebung auf dem Stuttgarter Schloßplatz deutliche Zeichen gegen diese Bestrebungen gesetzt, dennoch reagierte die Regierung anfangs recht unsicher. Die erst seit wenigen Wochen im Aufbau befindlichen Sicherheitstruppen waren noch nicht erprobt, und gegen deren Befehlshaber, Leutnant Hahn, hatte die spartakistische Minderheit des Stuttgarter Arbeiter- und Soldatenrats eine Aufsichtskommission durchgesetzt, die darüber wachen sollte, daß die Regierung nichts gegen ihren

eigenen Sturz unternehme. Doch handelte Hahn, als die Spartakisten Ministerpräsident Bloß verhaften wollten: Rück, Schreiner, Hoernle u. a. wurden in Gewahrsam genommen – allerdings im Juni im sogenannten Stuttgarter Spartakistenprozeß freigesprochen; die Minister Crispian und Fischer wurden, da sie den Streikenden zuneigten, aus der Regierung ausgeschlossen. Zugleich erklärten sich die Stuttgarter Regimenter 119 und 125 für die Regierung. Das Nahziel der Spartakisten, die Wahl zur Verfassungsgebenden Landesversammlung am 12. Januar zu verhindern, war nicht erreicht worden; sie fand ohne Störung statt.

Als in den folgenden Monaten die Maßnahmen der Reichsregierung auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet nicht den Erwartungen weiter Teile der Arbeiterschaft entsprachen, angesichts der allgemeinen Lage Deutschlands nach dem verlorenen Krieg gar nicht entsprechen konnten, wuchsen Enttäuschung und Erbitterung bis weit in die Reihen der Mehrheitssozialdemokratie, zugleich aber der Wille, die bestehenden politischen und sozialen Strukturen grundsätzlich zu ändern. Nach der Ermordung des bayerischen Ministerpräsidenten Eisner radikalisierte sich die Stimmung: Indem sie wirtschaftliche Argumente vorschoben, suchten Unabhängige Sozialdemokraten und Kommunisten durch den »Aktionsausschuß des geeinigten Proletariats« auch Mitglieder der Mehrheitssozialdemokraten an sich zu ziehen. Die Forderung nach einer Verankerung der Räte, nach Waffenstillstand mit Polen, Anerkennung der Sowjetunion kam auch jetzt hinzu. Obgleich die Regierung diesmal von Anfang an mit Hilfe der Sicherheitstruppen hart reagierte und nach Zustimmung der Reichsregierung den Belagerungszustand über Stuttgart und Umgebung verhängte, war der Kampf schwerer als im Januar. Ein Gegenstreik der Bürgerschaft und insbesondere dessen Folgeerscheinungen – so forderten die Remstalbauern eine Erhöhung des Milchpreises – stützten die Regierung nur teilweise. Sie mahnte zwar nach wenigen Tagen zur Wiederaufnahme der Arbeit, aber endgültig abgebrochen wurde der Streik erst nach über einer Woche am 8. April. Er hatte in Stuttgart sechs Tote und 50 Verwundete gefordert. Die Regierung hatte sich durchgesetzt, die im ganzen wohl überschätzte Gefahr von links schien gebannt. Aber auch Mehrheitssozialdemokraten übten Kritik. Gerade die Forderungen auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet, selbst so naheliegende Dinge wie die Bekämpfung des Wuchers oder die Erfassung der Kriegsgewinne, deretwegen man am 9. November nicht weniger als wegen der politischen Programmpunkte auf die Straße gegangen sei, seien von der Regierung überhaupt noch nicht in Angriff genommen worden. So verwundere es nicht, wenn der Aktionsausschuß unter dem Stichwort »Einheit der Arbeiterklasse« Anhänger finde.

Eine entsprechende nennenswerte Gefahr von rechts bestand in Württemberg nicht. Es erregte Aufsehen, als der Leiter des Stuttgarter Karls-Gymnasiums zum 27. Januar 1919 eine Kaisergeburtstagsfeier veranstaltete. Und der Vorsitzende der aus der Konservativen Partei hervorgegangenen Bürgerpartei, der spätere Staatspräsident Bazille, betonte bei jeder Gelegenheit seine grundsätzliche Gegnerschaft zum »Novemberstaat«, so daß seine Rede zur Verabschiedung der Verfassung in den Worten gipfelte: »Die Verfassung ist die Frucht der Betörung durch unsere Feinde.« Aber eine tatsächliche Umkehr der Verhältnisse wurde von der Bürgerpartei nicht aktiv betrieben. Als am 13. März 1920 der ostpreußische Generallandschaftsdirektor und einstige Mitbegründer der Vaterlandspartei Wolfgang Kapp, gestützt auf im Osten des Reiches stehende Freikorps, sich in Berlin als Reichskanzler etablierte,

wich die Reichsregierung über Dresden nach Stuttgart aus, das auf diese Weise für einige Tage deutsche Hauptstadt wurde. Die Nationalversammlung tagte im Kunstgebäude, die Regierung war im Alten Schloß untergebracht. Nicht nur die württembergische Landesregierung und die Verfassunggebende Landesversammlung stellten sich hinter die Reichsregierung, dasselbe galt auch für die 13. Reichswehrbrigade unter General Haas, so daß sich Regierung und Reichswehr in einem gemeinsamen Aufruf gegen das Unternehmen Kapp wandten. Immerhin hatte die Zentraleitung der Sicherheitstruppen doch der Haltung der Reichswehr insoweit mißtraut, als sie den Schutz der Berliner Gäste ganz für sich beanspruchte. Ein beschlagnahmtes Flugblatt der Bürgerpartei zeigte offen deren Sympathien für Kapp. Die größte Gefahr für die Regierung lag aber auch in diesen Tagen bei den Kommunisten, die die Bewaffnung der Betriebe forderten. Zu größeren Ausschreitungen wie beispielsweise in Freiburg im Breisgau kam es allerdings in Württemberg nicht.

Eines der wenigen Flugblätter, das 1919 für die Wiedererrichtung der Monarchie, für Kaiser und Reich, König und Vaterland warb, war vermutlich eine Fälschung. Der frühere König ging im Januar 1919 erstmals in seinem Leben zur Wahl; die Verehrung, die ihm aus weiten Kreisen der Bevölkerung entgegengebracht wurde, galt in erster Linie der Person, nicht der Institution des Königtums.

Der Neubau des Staates: Das Reich und die Länder

So war nach den Vorentscheidungen des 9./10. November, nach der Abwehr der Erhebungen von links und dem weitgehenden Selbstverzicht der Räte der Weg in den parlamentarisch-demokratischen Staat gewiesen. Offen schien zunächst die Frage der Verhältnisse von Reich und Ländern. Diese waren, wie sie 1918 bestanden, aus der konstitutionellen Zeit überkommene, dynastische Bildungen und verloren als solche nunmehr ihre Existenzberechtigung. Tatsächlich wurde es aber in den Tagen des Umsturzes gar nicht in Frage gestellt, daß an die Stelle der königlichen Regierung eine republikanische trat, deren Geltungsbereich eben an den Grenzen des bisherigen Königtums endete. Auch daß Württemberg ein Teil des Deutschen Reiches bleiben würde, war keiner Erörterung wert. Auf den 27./28. Dezember hatte Württemberg die süddeutschen Regierungen zu einer in der Öffentlichkeit dann wenig beachteten Konferenz nach Stuttgart eingeladen. Die beteiligten Regierungen fürchteten angesichts der Krisensituation in Berlin, daß die Alliierten über die Besetzung des linken Rheinufers hinaus weitere deutsche Gebiete in ihre Gewalt brächten. Sie glaubten, daß von einem geschlossen auftretenden Südbund eine Erneuerung des Reiches ausgehen und von hier aus auch ein rascherer Friedensschluß erreicht werden könne. Überdies erhofften sie in Verhandlungen mit dem Ausland, wenigstens für Süddeutschland Verbesserungen in der Ernährungslage durchzusetzen. Aber die formale Einigung beseitigte nicht die tiefgreifenden grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten, wie sie sich vor allem aus der Haltung Bayerns ergaben. Dessen Ministerpräsident Eisner befürwortete die Rückkehr zu einem deutschen Staatenbund, wie er bis 1866 bestanden hatte, und sah in einer sofortigen Sozialisierung den einzigen Weg, um aus der Anarchie herauszukommen, während die übrigen Regierungen gerade auf wirtschaftlichem Gebiet mindestens bis zum Friedensschluß keine Veränderungen vornehmen wollten, um die bestehen-

de Not nicht noch zu vergrößern. So traten die in Stuttgart vereinbarten süddeutschen Kommissionen nicht zusammen; auch in anderen Fragen sollten kaum gemeinsame Schritte der Südstaaten folgen, so als Württemberg im Februar/März 1919 die 1871/1893 vereinbarten Separatrechte am XIII. Armeekorps auch weiterhin bewahren wollte.

Der mit dem Entwurf einer neuen Reichsverfassung beauftragte Berliner Staatsrechtler Hugo Preuß hatte die Auflösung der deutschen Länder zugunsten eines dezentralisierten Einheitsstaates mit durch ihr wirtschaftliches Gewicht untereinander vergleichbaren Regionen vorgesehen. Diese Pläne wurden aber vom Rat der Volksbeauftragten wie von den Länderregierungen abgelehnt, so daß, von einigen Ausnahmen abgesehen, die überkommene Gliederung des Reichs erhalten blieb. Ein gewisses Interesse fand allerdings der Gedanke eines Zusammenschlusses von Baden, Hohenzollern und Württemberg zu »Groß-Schwaben«. Besonders der sozialdemokratische Reichstags- und Landtagsabgeordnete Keil wirkte in diesem Sinn, so u. a. durch eine von ihm veranlaßte Zusammenkunft badischer und württembergischer Abgeordneter der Nationalversammlung in Weimar. Doch die badische Seite lehnte – mit Ausnahme des Mannheimer Abgeordneten Geck – rundweg ab, weil sie einer »Eingemeindung nach Württemberg« nicht zustimmen wollte. In gewisser Parallele zur Südweststaatsdiskussion 30 Jahre später fand sich für eine Vereinigung nur im Grenzgebiet, etwa in Pforzheim oder im Raum Donaueschingen-Schwenningen eine Zeitlang eine größere Anhängerschaft. Baden, Württemberg und der preußische Regierungsbezirk Sigmaringen sollten noch bis 1945 nebeneinander weiterbestehen.

Der Neubau des Staates: Die parlamentarische Demokratie

Die erste Proklamation der Provisorischen Regierung Württembergs kündigte – ähnlich wie im Reich und in anderen Ländern – die Wahl einer verfassungsgebenden Landesversammlung an. Das aus der Revolution erwachsene Mandat sollte möglichst rasch in eine Rechtsposition verwandelt werden. Das souveräne Volk – und zwar erstmals Männer und Frauen – sollte in freier Entscheidung über den künftigen Verfassungsbau in Reich und Ländern entscheiden. Als Träger des politischen Willens waren damit die Parteien aufgerufen, zeitgemäße Programme aufzustellen und mit ihnen in den Wahlkampf einzutreten. Während die Konservativen, wie schon gestreift, als Württembergische Bürgerpartei, die im wesentlichen der Deutschnationalen Volkspartei im übrigen Reich entsprach, wiederkehrten und dann in der Landesversammlung mit dem Weingärtner- und dem Bauernbund eine Fraktionsgemeinschaft eingingen, vertrat das Zentrum fast unverändert auch nach dem Krieg den katholischen Bevölkerungsanteil. Von den Sozialdemokraten hatte sich während des Krieges nach schärfsten persönlichen und sachlichen Auseinandersetzungen der linke Flügel, die Unabhängigen Sozialdemokraten, abgespalten. Die verbleibende Mehrheit, seit Anfang Oktober im Reich, seit November 1918 auch im Land stärkste Regierungspartei, baute wie ehemals auf dem Erfurter Programm auf und betonte in klarer Abgrenzung gegen Unabhängige und Kommunisten ihre demokratische Grundposition. Die Frage der Sozialisierung wurde in diesen Rahmen ebenso eingebunden wie die Haltung zu den Räten. Anders als im Reichsganzen

gelang – wie in Baden – in Württemberg der Zusammenschluß der bisherigen Demokratischen Volkspartei und der Nationalliberalen oder, wie sie in Württemberg hieß, der Deutschen Partei zur Deutschen Demokratischen Partei (DDP), die sich am 7. Dezember unter dem Vorsitz Conrad Haußmanns konstituierte. D. h. die alte Volkspartei hatte sich weithin durchgesetzt und beispielsweise den späteren Staatspräsidenten Johannes von Hieber von den bisherigen Nationalliberalen zunächst nicht in ein Führungsamt berufen. Der rechte Flügel der Nationalliberalen um Studienrat Egelhaaf trat zur Bürgerpartei über. Aber Richtungskämpfe zwischen den Flügeln der neuen Partei blieben nicht aus, und im Herbst 1919 bildete sich auch in Württemberg ein Zweig der Stresemannschen Deutschen Volkspartei.

Den Verfassungsberatungen der am 23. Januar 1919 eröffneten Verfassungsgebenden Landesversammlung lag ein Entwurf des Tübinger Professors von Blume zugrunde. Blume, der zu Kriegsbeginn ein glühender Verfechter deutscher Größe und Macht gewesen war, legte einen klaren übersichtlichen Text vor, der von der Verfassungskommission, in welche die Regierung vier SPD-, zwei USPD- und je ein demokratisches, nationalliberales und ein Zentrumsmitglied berufen hatte, in der kurzen Zeit von Mitte Dezember bis Mitte Januar beraten wurde, ohne daß grundlegende Änderungen vorgenommen worden wären. Als zweites größeres deutsches Land nach Baden erhielt Württemberg am 26. April das Grundgesetz des neuen Staates: Die Staatsgewalt ging vom Volke aus, wurde aber nur in Ausnahmefällen durch Volksabstimmungen ausgeübt, in der Regel durch den aus einer Kammer bestehenden, nach dem gleichen Wahlrecht zu bestellenden Landtag. Dieser wiederum berief den Ministerpräsidenten, der die Amtsbezeichnung Staatspräsident führte: Ein Musterbeispiel repräsentativer Demokratie westlichen Gepräges. Anders als Baden oder Bayern erkannte Württemberg allen Deutschen das Wahlrecht zum Landtag zu, sofern sie im Land wohnten, noch ehe dies durch die Reichsverfassung vorgeschrieben wurde. Dennoch bedurfte es nach deren Verabschiedung einiger Veränderungen, so daß die endgültige Verfassung des Volksstaats am 25. September genau 100 Jahre nach der des Königreichs wiederum im Ordenssaal des Ludwigsburger Schlosses angenommen wurde.

Der Sieg der demokratischen Republik gegenüber ihren Gegnern beruhte auf der freien Entscheidung der Mehrheit des Volkes bei der Wahl zur Verfassungsgebenden Landesversammlung. Hierbei hatten die Bürgerpartei 7,4, der Bauern- und Weingärtnerbund 8,5, die Deutsche Demokratische Partei 25, das Zentrum 20,8% erreicht, die bürgerlichen Parteien also zusammen 61,7%, die Sozialdemokraten, die die stärkste Fraktion bildeten, 34,4%, die Unabhängigen Sozialdemokraten 3,1%, während der Spartakusbund bzw. die Kommunisten an der Wahl – anders als dann 1920 – nicht teilnahmen.

Alte Strukturen bleiben erhalten: Das Heer

Gegen den Willen der Minister Crispian und Fischer, die sogenannte »Weiße Garden« ablehnten, verfügte das Generalkommando am 17. Dezember 1918 die Aufstellung von Sicherheitskompanien aus Freiwilligen zum »Schutz des militärischen Eigentums und Sicherstellung der öffentlichen Ernährung« unter dem energischen Leutnant der Landwehr Paul Hahn. Die Sicherheitstruppen erfüllten voll die

in sie von der Regierung gesetzten Erwartungen. Nach den schon erwähnten Einsätzen im Januar und April 1919 wurden sie noch um »Reservesicherheitstruppen« erweitert, die auf den freiwilligen Studentenkompagnien der Hochschulen in Stuttgart und Tübingen beruhten. Gegen die Gefahr polnischer und russischer Einbrüche an der Ostgrenze des Reichs errichtete Württemberg parallel zu ähnlichen Kontingenten in den anderen deutschen Ländern u. a. in Münsingen eine Freiwilligenabteilung unter Generalmajor Haas. Beide Truppenarten entstanden mit Billigung, z. T. sogar auf Initiative des Landesausschusses der Soldatenräte, dem Hahn anfänglich selbst zugehörte. Dennoch kam es rasch zum Konflikt über das Ausmaß der Befehlsgewalt der Offiziere bzw. die Rolle der Räte, was sich dann bei der Aufstellung des neuen Heeres, der Reichswehr, in verstärktem Maße wiederholen sollte. Als der Friedensvertrag die Auflösung dieser Nachkriegsformationen erzwang, wurden ihre Angehörigen weitgehend in die Polizei und die Reichswehr übernommen, so daß sich ein »Freikorpsproblem«, das in Preußen zum Kapp-Putsch führen sollte, in Württemberg nicht stellen konnte.

Die eigentlichen Militärverhältnisse Württembergs waren bis 1918 von den Sonderrechten geprägt, die dem König am XIII. (K.W.) Armeekorps verblieben waren. Das Königliche Kriegsministerium war oberste Verwaltungsbehörde, das Generalkommando die oberste Befehlsstelle. Nach dem Umbruch stützten sich die Minister – Schreiner von den Unabhängigen Sozialdemokraten, Fischer und Herrmann vom linken Flügel der Mehrheitssozialdemokraten – auf den Landesausschuß der Soldatenräte. Trotz der förmlichen Eingliederung in das Ministerium vermochte aber das Generalkommando, seit Ende Dezember 1918 unter Oberstleutnant Wöllwarth, seine ziemlich selbständige, entscheidende Stellung zu bewahren. Ihm waren auch die Sicherheitstruppen zugeordnet.

Im Dezember 1918 hatte der Allgemeine Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands in den sogenannten Hamburger Punkten anstelle des alten ein grundsätzlich neues Heer gefordert, in dem u. a. die Soldaten ihre Führer selbst wählen, die oberste Kommandogewalt beim Rat der Volksbeauftragten unter der Kontrolle des Vollzugsrats liegen sollten. Aber deren Durchsetzung kam nach Verhandlungen zwischen Oberster Heeresleitung, Rat der Volksbeauftragten und Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands »nach allseitiger Auffassung«, wie Ebert sagte, »nicht in Frage«. Damit hatte die Reichsregierung in einem entscheidenden Punkt entgegen den Intentionen der Räte den alten Mächten nachgegeben. In Württemberg erklärten sich dagegen Kriegsminister, Landesausschuß der Soldatenräte und die ihn tragende Landesversammlung der Soldatenräte für die Hamburger Punkte. Nachdem das Gesetz über die vorläufige Reichswehr am 6. März erlassen worden war, nahm die IV. Landesversammlung der Soldatenräte Württembergs noch am 21. März 1919 die »Bestimmungen für den Neuaufbau des württembergischen Volksheeres« mit großer Mehrheit an. Das Reichsgesetz hatte zwar die »demokratische Grundlage« für das neue Heer postuliert, die Ausführungsverordnung aber gewählten Truppenvertretern lediglich in sozialen Angelegenheiten ein Mitspracherecht eingeräumt. Die württembergischen Bestimmungen verlangten ausdrücklich das Einvernehmen von Kriegsminister und Landesausschuß der Soldatenräte bzw. zuständigen Soldatenräten auch in Fragen der Kommandogewalt und der Stellenbesetzung. Das württembergische Kriegsministerium war dabei von der allgemeinen Wehrpflicht und einem württembergischen Kontingent von 10000

Mann und etwa 500 Offizieren ausgegangen – Vorstellungen, die sich nach dem Abschluß des Friedens als unreal erweisen sollten. Als wenige Tage nach der Annahme der württembergischen Bestimmungen auf einer Konferenz in Weimar u. a. über die künftige Verwendung der Sicherheitstruppen und der Abteilung Haas verhandelt wurde, nannte der sozialdemokratische Reichswehrminister Noske ein Freiwilligenheer mit Soldatenräten »politischen Wahnsinn«, worauf sich Haas »jede Soldatenratswirtschaft« verbat: Der eigenständige württembergische Versuch war damit auch für das Heer gescheitert. Das nach Weimar entsandte Mitglied des Landesausschusses Frick »gibt«, so lautet das Sitzungsprotokoll, »selbst zu, daß auf dem Weg [d. h. dem württembergischen] kein diszipliniertes Heer möglich ist«. Irgendwelche Sonderregelungen waren innerhalb der relativ kleinen Reichswehr auch schon vom Organisatorischen her nicht recht denkbar.

Alte Strukturen bleiben erhalten: Gesellschaft und Wirtschaft

Eine der Forderungen der Stuttgarter Arbeiter bei der Demonstration am Morgen des 9. November 1918 hatte gelautet: »Durchführung des sozialpolitischen Programms der unterzeichneten Parteien und Gewerkschaften.« Aber ihre Vorstellungen klafften gerade im sozialpolitischen Bereich weit auseinander. Clara Zetkin, Abgeordnete der USPD in der Verfassungsgebenden Landesversammlung, vertrat eine Extremposition, so u. a. in einem Referat vor der Landesversammlung der Arbeiter- und Bauernräte im März 1919. Sie glaubte, daß die Lösung der wirtschaftlichen Probleme nur möglich sei, wenn »sofort die sozialistische Bedarfswirtschaft an die Stelle der kapitalistischen Profitwirtschaft tritt. Die vorliegenden objektiven Gesellschaftsverhältnisse fordern, daß die Sozialisierung Württembergs umfassend in Angriff genommen wird, eine Entwicklung, die bahnbrechend im Deutschen Reich vorangehen kann und damit wiederum die revolutionäre Umwälzung anderer Staaten vorantreibt«, und »die sofortige Sozialisierung muß begleitet werden von einer Erziehung der Menschen für die vergesellschaftete freie Arbeit«. Der sozialdemokratische Arbeitsminister Lindemann bekannte sich dagegen Anfang Januar 1919 zu einem mittleren Weg, wenn er vorschlug, nach dem Friedensschluß die Frage der Sozialisierung in einer Reihe von Bereichen zu prüfen, darunter der Elektrizitätsversorgung, der Luftschiffahrt, des Grundkreditwesens. Für eine Vergesellschaftung boten sich unterschiedliche Formen an, sie hatten sich u. a. an der Wettbewerbsfähigkeit mit dem Ausland oder den Konjunkturverhältnissen auszurichten und setzten die Entschädigung des bisherigen Eigentümers voraus.

Robert Bosch hatte hingegen namens des Verbandes württembergischer Industrieller bereits im Dezember 1918 in einer Eingabe an die Provisorische Regierung vor »allen aberwitzigen Experimenten im Wirtschaftsleben« gewarnt, zugleich aber die soziale Verantwortung der Unternehmer vor dem Volksganzen hervorgehoben.

Eine Lösung dieser Frage konnte freilich nicht im Land, sie mußte für das Reich insgesamt gefunden werden. Das Ergebnis ist bekannt: Die mehrheitssozialdemokratische Parteispitze hat die Entscheidung über die künftige gesellschaftliche Entwicklung in Deutschland auf die Zeit nach den Wahlen zu den verfassungsgebenden Versammlungen verschoben, die dann bürgerliche Mehrheiten erbrachten. Besonders Friedrich Ebert, der erste Reichspräsident, ist wegen dieser Haltung

heftig angegriffen worden. Er habe – und dasselbe gilt von den Führern der württembergischen Sozialdemokratie als stärkster Regierungspartei im Lande – die sich nach der Revolution im November/Dezember 1918 bietende Chance nicht genutzt. Hauptvertreter der neueren Forschung heben vor anderen Versäumnissen heraus: 1. Die Mehrheit der Räte sei demokratisch eingestellt gewesen; nach ihrem Einbau in die Verfassung hätten sie die Verwaltung tiefgreifend reformieren und entbürokratisieren können. 2. Die auf mannigfache Art zusammengesetzten Volkswehren seien als Grundstock für ein neues Reichsheer geeignet gewesen, das auf den erwähnten, beim Ersten Berliner Reichskongreß angenommenen Hamburger Punkten aufgebaut hätte. 3. Eine Reform der Gesellschaft im sozialistischen Sinn sei auch gegen den Willen des Bürgertums durchsetzbar gewesen, weil die Gefahr einer kommunistischen Machtergreifung, wie sie von der Sozialdemokratie in gleicher Weise wie von den bürgerlichen Parteien befürchtet wurde, tatsächlich kaum bestanden habe. Der hier aufgezeigte Gesellschaftsumbau, der sogenannte »dritte Weg« zwischen der westlichen, kapitalistischen Demokratie und dem Kommunismus hätte das Demokratieverständnis weiter Kreise des deutschen Volkes gefestigt, so daß es wahrscheinlich nicht zum Nationalsozialismus gekommen wäre.

Aber – so wird in einem im vergangenen Herbst erschienenen Überblick über die Forschung gefragt – hatten die Regierungen wirklich eine freie Wahl unter mehreren Möglichkeiten, nachdem der Krieg mit der Niederlage Deutschlands geendet hatte, und hieraus die schwerwiegendsten Probleme erwachsen waren, die Mängel in der Versorgung, die Arbeitslosigkeit, die Demobilisierung des Heeres, um nur einige zu nennen? Eine sofortige Sozialisierung hätte gerade die noch relativ intakten Bereiche der Industrie, der Landwirtschaft und des Handels in ihrer Funktionsfähigkeit mindestens zeitweise empfindlich gestört. Hätten sich die Räte und der gewaltenteilige demokratische Staat in einer echten Synthese vereinigen lassen? Hätten starke Räte nicht erneut zu Klassenprivilegien geführt – wenn auch unter umgekehrten Vorzeichen als im gestürzten System? Kann es den Sozialdemokraten, die vor 1918 stets um ein demokratisches Wahlrecht gekämpft hatten, zum Vorwurf gereichen, daß sie am Parlament als Eckpfeiler des Staates festhielten? Welche Haltung hätten die westlichen Größmächte einem Deutschland gegenüber eingenommen, das nicht ihr Modell eines demokratischen Staates übernommen hätte? So drängte Frankreich selbst in der nicht von alliierten Truppen besetzten neutralen Zone rechts des Rheins auf die Auflösung der Räte. Diese Zwangslage, der sich Reich und Land gegenübersehen, wird immer zu berücksichtigen sein.

Die Ereignisse in Ludwigsburg

Wie wirkten sich die geschilderten Ereignisse nun auf eine Stadt wie Ludwigsburg aus? Ludwigsburg, das hieß auch vor dem Ersten Weltkrieg noch in erster Linie Garnison. Zwar hatte sich seit der Reichsgründung 1870/71 die Zahl der privaten Wohngebäude annähernd verdoppelt, und die Zahl der in den Gewerbebetrieben der Stadt Beschäftigten war von 3215 im Jahr 1885 auf 7224 im Jahr 1907 gestiegen, wie sich auch westlich des Bahnhofs immer deutlicher ein Industriegebiet abzeichnete. Aber letztlich hatte die Stadtverwaltung an der Idee einer »reinlichen Stadt« festgehalten, d. h. Ludwigsburg sollte seinen Charakter als Beamten- und Soldaten-

stadt auch weiterhin bewahren: Im Jahr 1910 zählte die Garnison 5113 Mann bei einer Wohnbevölkerung von 22774. Im Krieg hatten sich dann die Verhältnisse insofern verschoben, als die Zahl der anwesenden Soldaten ständig schwankte und teils größer, teils kleiner als in Friedenszeiten war, andererseits zunehmende Kriegsaufträge für Industrie und Handwerk nur durch den Zuzug auswärtiger Arbeitskräfte erfüllt werden konnten. Gleichwohl war die »Revolution«, soweit dieser Ausdruck auf Ludwigsburg überhaupt zutrifft, einseitig vom Militär geprägt.

Der 9. November war noch ruhig verlaufen. Erst am Abend zogen Teile der Garnison durch die Straßen und befreiten dabei auch Militärgefangene. Einige Soldaten, darunter der spätere Vorsitzende des Soldatenrats, der umsichtige Wachtmeister Ernst Reiner, und etliche Arbeiter verhandelten unterdessen im Garnisonkommando mit dem Platzmajor und erließen noch am Abend namens des »vorläufigen Arbeiter- und Soldatenrats«, der aber fast ganz von den Soldaten beherrscht wurde, einen ersten Aufruf: Ein- und Ausgang in den Kasernen, der Anzug der Offiziere – ohne Reichs-, aber mit württembergischer Kokarde –, Freilassung der Arrestanten – jedoch nicht der wegen Diebstahl Verurteilten – und die eindringliche Mahnung, Ruhe und Ordnung zu halten, machten den wesentlichen Inhalt aus. D. h., der Arbeiter- und Soldatenrat übernahm kampfflos die vollziehende Gewalt im militärischen wie im zivilen Bereich: Während man mit dem weniger beliebten Landrat, dem damaligen Oberamtsvorstand, jegliche Verhandlung ablehnte, wurde dem Oberbürgermeister der Stadt, Dr. Hartenstein, schriftlich mitgeteilt, daß Ludwigsburg fortan dem Arbeiter- und Soldatenrat unterstehe. Außerdem wurden einige Zimmer der Polizeiwache im Rathaus für die Zwecke des Soldatenrats beschlagnahmt. Eine »Verfügung« des Arbeiter- und Soldatenrats vom folgenden Tag, dem 10. November, schloß die Offizierskasinos, brachte Ehrenbezeugungen außer Dienst in Wegfall, zog die Disziplinarstrafgewalt ausdrücklich an den Soldatenrat und unterstellte die Polizei dem Arbeiter- und Soldatenrat, erklärte die Militärbauwerke und die Militärbetriebe zu Nationaleigentum, bedrohte Wucher mit Strafe und kündigte Schritte gegen mißliebige Offiziere an. Das revolutionäre Gremium des Arbeiter- und Soldatenrats hielt damit auch am zweiten Tag der Revolution in Ludwigsburg nicht nur die Macht in Händen, sondern setzte auch die entsprechenden äußeren Zeichen.

Ein solches äußeres Zeichen war zweifellos die Großkundgebung am Nachmittag des 10. November auf dem Arsenalplatz, die »Soldaten, Arbeiter und revolutionäre Einwohner« zusammenführen sollte: Wachtmeister Reiner mahnte zur Ruhe und Ordnung und forderte zur Einigkeit auf, da nur durch Einigkeit ein neuer Staat der Freiheit und Gleichheit errichtet werde, was das auch immer konkret bedeuten mochte. Auch der Reichs- und Landtagsabgeordnete, der spätere Landtagspräsident Wilhelm Keil, der in Ludwigsburg wohnte und ebenfalls zur Menge sprach – es sollen mehr als 10000 gewesen sein – forderte zu Ruhe und Besonnenheit auf. Zugleich aber verwarf er bereits in diesem frühen Stadium jede Diktatur und begründete das Zusammengehen mit allen ehrlich demokratisch Gesinnten, d. h. Keil verfocht in Ludwigsburg – wie am gleichen Tag bei der Regierungsumbildung in Stuttgart – die These, daß nur eine bürgerliche Demokratie westlicher Prägung als künftige Staatsform Deutschlands in Frage käme. Er verdeutlichte damit wichtigste Grundpositionen, ehe andere politische Kräfte dazu willens und in der Lage waren. Und gerade bei diesen Partien seiner Ausführungen erntete Keil den meisten Beifall.

Der am 9. November nur provisorisch gebildete Soldatenrat hatte sich bereits am 11. November, dem Tag des Waffenstillstands, eine breitere Basis gegeben, als von allen Formationen jeweils drei Unteroffiziere und vier Mann gewählt wurden, die am nächsten Tag als Garnisonsoldatenrat zusammentraten und den bisherigen Soldatenrat Ludwigsburg als Ausschuß bestätigten. Demobilmachung, Bergung der Heeresgüter, Unterbringung der heimkehrenden Feldtruppen bildeten die ersten Verhandlungspunkte des erweiterten Gremiums. Als besonders schwierig erwies sich die Offiziersfrage. Manche der Delegierten hätten einen Großteil ihrer bisherigen Vorgesetzten am liebsten sofort entlassen. Der Ausschuß war sich dagegen im klaren, daß seine Mitglieder mit Begeisterung für die Revolution allein ohne fachkundige Offiziere die anstehenden Probleme nicht würden lösen können. Er sah sich folglich gezwungen, die Zusammenarbeit mit den Offizieren zu suchen und dabei gleichzeitig den Anspruch auf volle Mitbestimmung, ja Überordnung zu behaupten. Ein erster Schritt in dieser Richtung war die Besetzung des Garnisonkommandos mit Generalmajor von Gleich anstelle des bisherigen Garnisonältesten Generalleutnant von Bernhard, der noch am 10. November eine Reiseerlaubnis nach Freudenstadt vom Soldatenrat erbeten hatte.

Die ersten beiden Wochen nach der Revolution waren für den Garnisonsoldatenrat von drängenden Alltagsproblemen ausgefüllt. Doch nach dem 23. November stellten sich auch prinzipielle Fragen, was für eine große Garnison nicht ungewöhnlich war. An diesem Tag hatten sich der Garnisonrat und sein Ausschuß aufgrund nochmaliger Wahlen, die die Landesversammlung der Soldatenräte in Stuttgart angeordnet hatte, neu konstituiert. Reiner blieb erster Vorsitzender, ihm zur Seite als Stellvertreter stand Emil Schuler, seit 10. November Mitglied des Soldatenrats, schon vor 1914 in der sozialistischen Jugendorganisation aktiv und ebenfalls seit 1914 Gemeinderat in Zuffenhausen, später, von 1920–1933, Landtagsabgeordneter für die Sozialdemokraten. Zu den sieben Beisitzern (neben dem Schriftführer) zählte bis Mitte Dezember auch der Volksschullehrer Stäge, der dann zur Württembergischen Bürgerpartei stieß. Die sieben Unterabteilungen des Ausschusses bezogen sich auf den bereits seit dem 12. November bestehenden Sicherheitsdienst, Offiziersangelegenheiten, Aufklärung, Urlaub, Strafsachen, Löhnung und Verpflegung und Verkauf von Heeresgut, beschränkten sich also ganz auf militärische Angelegenheiten. Aber vor ihrer Bildung war es zu einer prinzipiellen Auseinandersetzung über die Rolle der Räte gekommen: Schuler erklärte, die Soldaten- wie die Arbeiter- und Bauernräte seien Träger der öffentlichen Gewalt. Sie seien für den Fortgang des wirtschaftlichen Lebens wie für das weitere Funktionieren des militärischen Apparats verantwortlich. Sie hätten die Behörden zu überwachen und dabei die politischen und sozialen Ziele der Revolution zu sichern. Doch der hier erhobene Anspruch stieß sofort in den eigenen Reihen auf Widerspruch. Die meisten der anwesenden Ratsmitglieder hatten sich bisher zwar mit allgemeinpolitischen Fragen kaum beschäftigt, so daß sie »die den Räten zugefallene Macht gar nicht zu gebrauchen wußten« (Schuler), aber ein Delegierter des Gefangenenlagers Eglosheim betonte schon jetzt, daß die Tätigkeit der Räte zeitlich begrenzt werden müsse. Wesentlich von Stäge bestimmt waren die »Richtungsgebenden Grundlinien«, die unter dem Datum des 14. November als Flugblatt erschienen und den Soldatenrat als ein Organ der Volksregierung Württembergs innerhalb des Heeres zum Schutz der errungenen demokratischen Freiheiten und als ständige berufliche Vertretung zur

Militärgesetzgebung und mitbeschließendes Organ bei der Verwaltung der Truppen festlegten. So vermochte sich der Garnisonsoldatenrat von Anfang an nicht über seine Grundpositionen klar zu werden. Eine solche mangelnde Einigkeit mußte aber verheerende Folgen haben, sobald die am Tage der Revolution, wie sich Reiner ausdrückte, »in die Mauselöcher verkrochenen« früheren politischen Gewalten wieder ans Tageslicht kamen.

Zwar hatte sich unter dem Maschinenmeister Richard Schütz und dem Krankenkassenbeamten Friedrich Münch am 15. November unter Mitwirkung Reiners und sozialdemokratischer Gemeinderäte auch ein Arbeiterrat als eigenständiges Gremium gebildet. Dieser nahm sich anfangs mit einiger Energie aktueller Themen an und unterhielt ein ständig besetztes Büro. Doch traten der Arbeiterrat wie auch der am 6. Dezember gegründete Bezirksarbeiterrat für das Oberamt Ludwigsburg, dessen Vorsitzender ebenfalls Schütz wurde, und der aus Wahlen hervorgegangene Bezirksbauernrat in allgemeinen politischen Fragen nur wenig in Erscheinung.

Am 15. November fand auch eine »Versammlung der geistigen Arbeiter« statt unter Vorsitz des Oberreallehrers Dr. Bauer, die sich zunächst »auf den Boden der Realität« stellte, um sich dann in Übereinstimmung mit dem anwesenden Pressereferenten des Soldatenrats für »gleiches Recht für alle« einzusetzen.

Der gleiche 15. November sah schließlich die erste Parteiversammlung seit dem Sturz der Monarchie. Damit traten die alten politischen Kräfte wieder auf den Plan. Den Anfang machte die Fortschrittliche Volkspartei. Der Hauptredner, der Landtagsabgeordnete Fischer, suchte die Verbindung zum Soldatenrat, in dessen Namen sowohl der Gefreite Rödel als Unteroffizier Baumann die Bewahrung der Ruhe als oberstes Ziel bis zu den Wahlen bezeichneten. Für einen Redner der Partei schienen daraufhin Besorgnisse in den Reihen des Bürgertums über die Räte nicht mehr berechtigt. Dieses Überspielen und Ausklammern von Unterschieden und Gegensätzen fand allerdings keine Fortsetzung. Nach der Vereinigung von Fortschrittlicher Volkspartei und Nationalliberalen (Deutscher Partei) bezogen Conrad Haußmann und der Esslinger Oberbürgermeister von Mülberger als Vertreter der beiden Flügel der neuen Deutschen Demokratischen Partei auf einer Ludwigsburger Versammlung am 20. Dezember eine deutliche Position der Abgrenzung gegenüber anderen politischen Richtungen: gegenüber den Verfechtern des Rätegedankens durch das eindeutige Bekenntnis zur Nationalversammlung, gegenüber den Mehrheitssozialdemokraten durch die Hervorhebung des Privateigentums, gegenüber Zentrum und Konservativen durch die Forderung, die Kirche vom Staat zu lösen. Diesen letzten Programmpunkt lehnte allerdings auch die evangelische Kirche ab, so in einer besonderen Veranstaltung, auf der Prälat von Stahlecker und Oberbürgermeister Hartenstein das Wort ergriffen. Ähnlich argumentierte die Bürgerpartei, die als Nachfolgerin der Konservativen erst kurz vor Jahresende an die Öffentlichkeit trat. Bei dieser Versammlung verwarf Oberstabsarzt Dr. Klett mit Schärfe »die mit russischem und englischem Geld geschürten Umtriebe in der Heimat«, desgleichen den »Raubbau an nationalen Gütern«, den das herrschende Proletariat betriebe.

Bei den Wahlen zur deutschen Nationalversammlung und zur verfassunggebenden Landesversammlung waren erstmals auch die Soldaten wahlberechtigt. Doch ergaben sich bei einem Vergleich zwischen den letzten Vorkriegswahlen zum Reichstag 1912 und denen zur Nationalversammlung 1919 größere Verschiebungen nur innerhalb der bürgerlichen Parteien. Gegenüber einem Anteil von 3,25% der

Konservativen 1912 erreichte die Bürgerpartei nun 14,8% – ein Anteil, der bei den folgenden Wahlen noch gesteigert werden konnte –; auch das Zentrum vermochte seine Stimmen von 2,1% auf 7,3 zu erhöhen. Beide Parteien profitierten offensichtlich von der demokratischen Mitte, die von 53,5% im Jahre 1912 auf 35,2% zurückfiel. Die Mehrheitssozialdemokraten verloren von den 1912 errungenen 41,1% nur 0,9, die wohl ganz zu den unabhängigen Sozialdemokraten wanderten, welche insgesamt 2,3% – mehr als etwa in Reutlingen oder Ulm – auf sich vereinigen konnten. So war das Wahlergebnis recht eindeutig ausgefallen. Da zudem Ludwigsburg unter den größeren Städten des Landes noch immer den mit weit unter 40% geringsten Arbeiteranteil an der Gesamtbevölkerung aufwies, waren auch von dieser Seite her die Positionen klar: Von der äußeren Linken konnte eine Gefahr für die demokratische Republik, auf deren Boden »in Anerkennung der Realitäten« sich die Parteien ausdrücklich stellten, nicht ausgehen.

Um so schwieriger mußte es für die Räte werden, ihren Einfluß zu wahren, auch wenn die führenden Köpfe, Reiner und Schuler, wie wenige ihresgleichen, die Problematik, unter der sie standen, voll erkannten. Generalmajor von Gleich hatte auf Wunsch des Soldatenrats die Stelle des Garnisonältesten unter der Bedingung angetreten, daß er seinen Säbel und die Achselstücke tragen dürfe. Da aber in der zweiten Landesversammlung der Soldatenräte im Dezember das Tragen von Waffen aller Art außer Dienst verboten wurde, legte von Gleich sein Amt nieder, worauf ihm die übrigen Offiziere des Garnisonkommandos folgten. Als hierauf Reiner selbst den Vorsitz im Garnisonkommando übernahm, verweigerten auch die Truppenoffiziere Ludwigsburgs den Gehorsam. Erst nach längeren Verhandlungen, zu denen das Generalkommando in Stuttgart zugezogen wurde, kam ein Vergleich zustande, so daß Ende Januar 1919 Generalmajor Klotz das Amt des Garnisonältesten übernahm und damit die Personalunion von Kommando und Soldatenrat wieder beendet war. Eine Niederlage erlitt der Garnisonrat in der Frage des Bekleidungsamtes. Er beabsichtigte, dieses Amt in einen sozialisierten Zivilbetrieb umzugestalten, um auf diese Weise zivile Arbeitsplätze zu schaffen und Bekleidung für die ärmeren Volksschichten bereitzustellen. Aber vor allem das Württembergische Arbeitsministerium lehnte diesen Plan ab, und selbst der Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte in Berlin teilte die Haltung des Ministeriums. Die Propagandatätigkeit des Garnisonrats schien besonders am Anfang durchaus erfolgreich zu verlaufen, so daß Versammlungen auch in benachbarten Oberämtern abgehalten werden mußten. Aber Mitte Dezember setzte in Ludwigsburg eine wechselseitige Polemik vor allem zwischen Garnisonrat und dem Nationalverband deutscher Offiziere ein, dessen Ludwigsburger Gruppe sich noch im Dezember konstituiert hatte. In einem Flugblatt hatte der Garnisonrat die Räte als Träger der politischen Macht bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung bezeichnet und sodann den Militarismus scharf verurteilt. Als dem der Nationalverband im Februar 1919 die Parole entgegensetzte »Zum Kampf für ein stehendes Heer, zum Kampf für das Offiziers- und das Unteroffizierskorps, zum Kampf gegen die Soldatenräte!«, replizierte der Garnisonrat: »Der Kampf gegen Spartakus hat uns vergessen lassen, daß von rechts her dem revolutionären Volke eine viel größere Gefahr droht. Die Schreier gegen die Arbeiter- und Soldatenräte hatten damit ihren Zweck erreicht. . . Kameraden! Stellt euch geschlossen hinter eure Soldatenräte. Der Revolution droht die Gefahr von den alten Militaristen und Henkersknechten

umgebracht zu werden.« Scharf wandte sich der Garnisonrat gegen die Rechtsparteien, so als er Anfang März 1919 in einem Aufruf an die Kriegsgeschädigten die Kriegsgewinnler, die besonders beim Bauernbund zu finden seien, pauschal als die Hydra des Volkes bezeichnete.

Diese harte Haltung war freilich nicht von vornherein festgelegt. So wandte sich Stäge insbesondere auf der ersten Landesversammlung der Soldatenräte in Stuttgart mit Nachdruck gegen jede selbständige politische Tätigkeit der Räte. Stäge hat daher konsequenterweise die ihm als Leiter der Propagandaabteilung zugesandten Exemplare der »Roten Fahne« gar nicht verteilt. Als er freilich verhindern wollte, daß sein Ludwigsburger Kollege Schuler von der Landesversammlung zum Reichsrätekongreß nach Berlin geschickt würde, wurde er überstimmt, was zugleich das Ende von Stäges Tätigkeit im Ludwigsburger Garnisonrat bedeutete. »Die bürgerlichen Rattenfängergesänge waren verstummt, und politisches Dilettantentum war dadurch zur Bedeutungslosigkeit verdammt« (Schuler). Aber in der Frage des geeigneten Termins für die Reichs- und Landeswahlen spaltete sich der Garnisonrat erneut. Mit dessen Mehrheit stimmte Reiner für einen möglichst frühen Zeitpunkt, Schuler hoffte dagegen, wenn der Wahltag hinausgeschoben würde, Gelegenheit zu einer nachhaltigen Propaganda im sozialistischen Sinne zu gewinnen. Indessen sank schon aus dem äußeren Grund der laufenden Verminderung des Heeres der Einfluß auch des Ludwigsburger Garnisonrates. Resolutionen – so betonten am 12. Februar 1919 die versammelten Soldatenratsmitglieder Ludwigsburgs, daß die Erfolge der Revolution hochzuhalten seien und bis zu deren restlicher Durchsetzung das Räte-system erhalten bleiben müsse – konnten darüber nicht hinwegtäuschen. Schuler, der immer wieder den fehlenden Willen zur Macht bei den meisten der Ratsmitglieder bemängelt hatte, konnte schließlich bei der letzten Konferenz der württembergischen Garnisonräte im Sommer 1919 nur sarkastisch feststellen: »Bürgerliche Demokratie und Räte-system sind Gegensätze, die sich ebensowenig vereinigen lassen wie Feuer und Wasser. Entweder das eine oder das andere, das ist die Lösung. Wollt ihr das andere, dann wollt ihr die Revolution, so steht es heute. Die wollt ihr aber nicht. Gut, dann steigt hinab in euer Grab, das ihr euch selbst geschaufelt habt . . . Dies ist der Soldatenräte Württembergs unrühmliches Ende.«

Wie anderwärts wurden auch in Ludwigsburg die heimkehrenden Truppen begeistert empfangen. Besonders für die geschlossen einrückenden Regimenter war die Stadt festlich geschmückt. Die Begrüßung erfolgte teils vor der Garnisonkirche, teils auf dem Marktplatz. An die Rede des Oberbürgermeisters oder seines Vertreters schloß sich meist der Dank des Kommandeurs der einziehenden Truppen an. Zum eigentlichen Politikum wurden dann die Worte des Garnisonratsvorsitzenden, da er allgemein mit der Ablehnung der Offiziere, auf der anderen Seite mindestens zum Teil mit Sympathien bei den Mannschaften rechnen konnte: Als eines der ersten war das Dragoner-Regiment »Königin Olga« Nr. 25 schon am 30. November zurückgekommen. Im Mittelpunkt der Begrüßung vor der Garnisonkirche stand zwar die Ansprache des früheren Regimentskommandeurs und nunmehrigen Garnisonältesten von Gleich. Das bezeichnende Geschehen war aber die Auseinandersetzung mit dem Garnisonrat. Ein Sergeant des Regiments hatte unmittelbar vor dem Einzug die rote Fahne, »dieses Wahrzeichen soldatischer Schande« vom Glockenturm der Kaserne geholt. Und »der schöne Begrüßungsabend in der Turnhalle wurde am Schluß noch dadurch gestört, daß der Vorsitzende des Garni-

sonrates und Revolutionsheld von Ludwigsburg, ohne von den Veranstaltern des Festes gebeten worden zu sein, in unserem Kreise erschien und in verhetzender Rede das gute Verhältnis zwischen Vorgesetzten und Untergebenen, das in unserem Regiment immer bestand, zu untergraben versuchte. Selbstbewußt, Siegesfreude in den Augen, zählte er den Dragonern die Errungenschaften der Revolution, mit denen die Heimat das heimkehrende Heer erwartete, auf« (Hans Gais, Mit den Olga-Grenadiern im Weltkrieg [Die württembergischen Regimenter im Weltkrieg, Band 8], 1920, S. 255). Der Bericht des Garnisonrates lautet dagegen: »Allgemeine Befriedigung spiegelte sich [nach der Rede Reiners vor der Garnisonkirche] auf den Gesichtern der Truppen wider. Das waren doch nicht die Räuber und Drückeberger, als die sie von den Offizieren hingestellt worden waren! Abends gab die Stadt dem Regiment einen Bierabend in der Turnhalle. Nach der offiziellen Ansprache des Vertreters der Stadt und des Regimentskommandeurs richtete Reiner eine Aufforderung zur Mitarbeit am neuen Werke an die Soldaten, die begeistert aufgenommen wurde. Von allen Seiten wurde er gebeten, seine Hilfe zur Entfernung der unbeliebten Offiziere, besonders des Kommandeurs, zu geben.«

Mit besonderer Spannung wurde der Einzug des traditionsreichen Infanterieregiments »Altwürttemberg« Nr. 121 erwartet. Schon Tage zuvor waren in großen Zeitungsanzeigen – z. B. im Schwäbischen Merkur, der in ganz Württemberg gelesen wurde – alle früheren Regimentsangehörigen aufgefordert worden, sich am Einmarsch in die Stadt zu beteiligen. Nach der Rede des Garnisonpfarrers anstelle des verhinderten Oberbürgermeisters und einer nach dem Bericht des Garnisonrats »markigen«, nach der Regimentsgeschichte »ernsten« Ansprache des Regimentskommandeurs Graf von Brandenstein wurde Reiner zunächst vor dem im Viereck auf dem Marktplatz aufgestellten Regiment beschimpft und belästigt, konnte sich dann aber doch durchsetzen mit seinem Appell um Mithilfe beim Neuaufbau des Vaterlandes. Die von manchen wohl genährte Hoffnung, das Regiment werde den Soldatenrat beiseiteschieben, erfüllte sich somit nicht. Ob aber Reiner tatsächlich das volle Vertrauen des Regiments errang, wie er glaubte, bleibt dennoch unsicher, da sich unmittelbar auf die seine weitere »wichtige« Reden anschlossen, bis die eindrucksvolle abendliche Veranstaltung unter dem Schein der Fackeln mit dem Deutschlandlied endete, das von drei Kapellen intoniert und von der Bevölkerung mitgesungen wurde. Das Reserve-Feldartillerie-Regiment 54 wiederum weigerte sich, in Ludwigsburg überhaupt einzurücken, und bezog daher »in tadelloser Ordnung« in Tamm, Asperg und Geisingen Quartier. Nach dem Bericht des Garnisonrats haben sich freilich die Mannschaften später über diese Handlungsweise bitter beschwert.

Mit jeder Einheit, die heimkehrte, vermehrten sich die Schwierigkeiten der Demobilmachung. Auf der einen Seite drängten die Mannschaften auf raschest mögliche Entlassung, andererseits war es nicht möglich, das verwertbare Heeresgut und vor allem die Pferde in so großer Zahl sofort im Zivilleben zu verwenden bzw. zu verkaufen. Manches Gerät blieb einfach auf der Straße stehen oder wurde unter der Hand an Interessenten verschleudert. So blühte der Schwarzmarkt gerade in und um Ludwigsburg; Diebstähle waren häufig und ließen sich lange nicht eindämmen trotz der guten Zusammenarbeit zwischen Garnisonrat und Polizei, später auch Sicherheitsstruppen und Polizei. Dabei hatte der Soldatenrat gleich in den ersten Tagen eine frei erfundene Pressemeldung in die Zeitungen des Landes lanciert,

wonach auf seinen Befehl am 16. November 1918 drei Soldaten und ein Zivilist, nachdem sie beim Plündern angetroffen worden wären, standrechtlich erschossen worden seien – was natürlich nur anfangs eine gewisse Wirkung nicht verfehlte. Auch die verschärften Urteile des Garnisonratausschusses bzw. des Kriegsgerichts, das seit Anfang Dezember aus sechs ständigen und sechs unständigen, vom Garnisonrat bestellten Richtern bestand, konnten das Übel nicht beseitigen.

So bedurfte es schon zur Eindämmung der sich häufenden Diebstähle zusätzlicher Sicherungseinheiten, der neu aufzustellenden »Sicherheitstruppen«, die zugleich eingesetzt werden sollten, um eine eventuelle Gegenrevolution niederzuwerfen. Bereits im November erließ der Garnisonrat von sich aus einen entsprechenden Aufruf, auf den zahlreiche Meldungen eingingen. Die Angehörigen der neuen Truppe blieben zwar formell ihrer bisherigen Einheit zugeteilt, wurden aber unter der Führung Schulers geschlossen in einer Kaserne untergebracht. Trotz beträchtlicher Anfangsschwierigkeiten vermochte die neue Truppe gemeinsam mit der Polizei durch laufende Kontrollen immerhin rund ein Drittel des in Verlust geratenen Heeresgutes wiedereinzubringen, desgleichen einen Teil der in Privathand gelangten Schußwaffen. Problematisch blieb indes die Führerfrage. Da gerade für Reiner und Schuler der politische Charakter der Sicherheitstruppen als Stoßtrupp der Revolution von Wichtigkeit war, wollten sie – gegen das Kriegsministerium und die Leitung der Sicherheitstruppen – ohne Rücksicht auf den Dienstgrad die Führer bestellen und nicht auf die Regierung, sondern auf die örtlichen Räte verpflichten. Schuler – er war Offiziersstellvertreter – wurde in Ludwigsburg mit der Aufsicht über die Sicherheitstruppen betraut und vermochte sich selbst gegen Intrigen von verschiedenen Seiten zu behaupten. Im März 1919 standen schließlich in Ludwigsburg vier Sicherheitskompanien, die zu einem Bataillon zusammengefaßt wurden, zu dessen Führer das Kriegsministerium mit Zustimmung des Garnisonrats Major Eberhard Fischer bestimmte, dem Schuler als Adjutant zur Seite trat. Hinzu kam noch eine Sicherheits-Artillerie-Abteilung zu vier Batterien, von denen eine unter Führung Reiners stand. So schien wenigstens in Ludwigsburg das Interesse der Räte an den Sicherheitstruppen voll gewahrt. Als aber die Reservesicherheitstruppen aufgestellt wurden, geschah dies auch hier nach einem Aufruf der Regierung ohne Mitwirkung des Garnisonrates.

Gleichwohl besaß der Garnisonrat im Januar und besonders im April noch soviel Gewicht, daß Ludwigsburg in den damaligen kritischen Tagen ruhig blieb. Schon im Januar hatte der Garnisonrat die harte Linie der Regierung, die zum Einschreiten der Sicherheitstruppen führte, verurteilt und versucht, eine Art mittlerer Position zwischen beiden Parteien zu halten. Am 1. April lehnte eine Arbeiterversammlung auf dem Ludwigsburger Marktplatz den Generalstreik, wie er vom Aktionsausschuß des geeinigten Proletariats betrieben wurde, ausdrücklich ab, schloß sich aber gleichzeitig in ihren Forderungen denen des Aktionsausschusses weitgehend an: Falls die Regierung diese nach Stuttgart übermittelten Forderungen bis zum nächsten Tag annehme, sollte die Arbeit in der Stadt sofort wieder aufgenommen werden, wobei anzumerken ist, daß Gas- und Wasserwerk sowie die Lebensmittelbetriebe von einem Streik von vornherein ausgenommen waren. Der Regierung fiel die Antwort verhältnismäßig leicht, wenn sie beispielsweise darauf hinwies, daß über Ludwigsburg kein Belagerungszustand verhängt sei, folglich auch nicht – wie verlangt wurde – aufgehoben werden könne, daß die Sozialisierung weitgehend

Sache des Reiches sei oder der gewünschte Preisabbau ebenfalls im Reichsganzen gesehen werden müsse. Entscheidender als diese beschwichtigende Antwort dürfte die Haltung des Garnisonrats gewesen sein. Auch er mißbilligte wie schon im Januar die Handlungsweise der Regierung und hielt an sich ein militärisches Einschreiten gegen sie für konsequent und durchaus erfolgversprechend! Dennoch lehnte er jegliches Eingreifen ab, da er dann eine Reichsexekution fast als zwangsläufig ansah. Er trat daher erneut für Ruhe und Ordnung ein und wandte sich in gleicher Weise eindeutig gegen jede Streikparole von links wie auch von rechts in der Gestalt eines »Bürgerstreiks«. Ludwigsburg blieb ruhig.

Als sich kurz darauf von den Ludwigsburger Sicherheitstruppen nur zwei Sicherheitsbatterien bereitfanden, sich an den Kämpfen in Bayern zu beteiligen und alle entsprechenden Versuche beim Sicherheitsbataillon scheiterten, wurde dieses nach dem freiwilligen Abgang von über der Hälfte der Unteroffiziere und Mannschaften umgebildet. Dabei legte auch Schuler seinen Adjutantenposten nieder, um dann im Juli als Redakteur bei der sozialdemokratischen Neckarpost einzutreten.

Ebenfalls im April war die Demobilisierung des alten Heeres im wesentlichen abgeschlossen. Rund 70 000 Soldaten waren von Ludwigsburg und Umgebung aus entlassen worden. Die neue Reichswehrgarnison umfaßte im Oktober 1919 ganze 1627 Mann. Aufgelöst waren auch die Militärbetriebe des Bekleidungs- und des Proviantamts. So stand Ludwigsburg an einem Wendepunkt seiner Geschichte und war unversehens zu einer Bürgerstadt geworden. Die erste Aufgabe von Stadtverwaltung und Gemeinderat – nach den Wahlen vom 18. Mai 1919 verteilten sich die Sitze auf drei Mitglieder des Zentrums, zwölf der DDP, je sieben der Bürgerpartei und der SPD und eines der USPD – konnte nur heißen, in verstärktem Maße Industrie anzusiedeln und sie u. a. in den freigewordenen Militärbauwerken unterzubringen. Zu den ersten solcher Werke gehörte die Porzellanmanufaktur.

Literatur

An Literatur für den allgemeinen Teil sei genannt:

Krieg – Revolution – Republik. Die Jahre 1918–1920 in Baden und Württemberg. Eine Dokumentation, herausgegeben vom Hauptstaatsarchiv Stuttgart, bearbeitet von Günter Cordes. Vaas Verlag Ulm 1978

Eckhard Jesse/Henning Köhler: Die deutsche Revolution 1918/19 im Wandel der historischen Forschung. Forschungsüberblick und Kritik an der »herrschenden Lehre«, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 45 / 11. November 1978

Die Darstellung der Ludwigsburger Verhältnisse beruht im wesentlichen auf:

Hauptstaatsarchiv Stuttgart:

E 130 a Bü 209: Forderungen des Arbeiterrats Ludwigsburg an die württembergische Regierung, April 1919

E 135 Bü 51: Tätigkeitsbericht des Garnisonsoldatenrats Ludwigsburg, August 1919 (abgedruckt bei: Regionale und lokale Räteorganisation in Württemberg 1918/19, bearb. Eberhard Kolb – Klaus Schönhoven, Quellen zur Geschichte der Rätebewegung, II, 1976, S. 392–441)

E 151 b II Bü 220: Bericht des Oberamts Ludwigsburg über die Tätigkeit des Arbeiterrats, August 1919

Otto Schifferer, Die Wirtschafts- und Sozialstruktur der Stadt Ludwigsburg von der Weimarer Republik bis zur Bundesrepublik, Diss. Tübingen 1968

80 Jahre Ludwigsburger Geschichtsblätter

Verzeichnis der in Heft 1/1900 – Heft 32/1980 erschienenen Aufsätze

Zusammengestellt von Franz Mögle-Hofacker und Wolfgang Schmierer

In 80 Jahren – von 1900–1980 – sind nunmehr 32 Hefte der Ludwigsburger Geschichtsblätter im Druck erschienen. Zahlreiche Aufsätze zur Geschichte unseres Kreises sind in diesem Zeitraum in den Geschichtsblättern veröffentlicht worden; einzelne Hefte waren ausschließlich bestimmten Themen gewidmet (Heft 11, 18 und 30). Trotz der von Oskar Paret in Heft 13/1957 begonnenen, von Wolfgang Irtenkauf und Günter Stegmaier fortgesetzten verdienstvollen Verzeichnisse des Schrifttums über Stadt und Kreis Ludwigsburg war es oft schwierig und zeitraubend, sich über den Inhalt der bisherigen Hefte der Ludwigsburger Geschichtsblätter zu orientieren. Letztlich mußte man auf die einzelnen Hefte zurückgreifen. Da das nicht jedem möglich ist, und da viele Hefte inzwischen vergriffen und nicht mehr im Handel erhältlich sind, haben sich der Vorstand des Historischen Vereins und die Redaktion der Ludwigsburger Geschichtsblätter entschlossen, in dieses »Jubiläumsheft« das nachstehende Verzeichnis der seit Heft 1/1900 bis zum vorliegenden Heft 32/1980 veröffentlichten Aufsätze aufzunehmen.

Die Systematik entspricht der Gliederung der Landesbibliographie Baden-Württemberg, nach der auch in dem regelmäßig in den Ludwigsburger Geschichtsblättern veröffentlichten Verzeichnis des Schrifttums über Stadt und Landkreis Ludwigsburg verfahren wird (vgl. Ludwigsburger Geschichtsblätter 31/1979, S. 99).

Die Gliederung hat das folgende Schema:

- | | |
|--|--|
| A Allgemeines | K Wirtschaft und Verkehr |
| B Naturkunde | L Siedlungen |
| C Ur- und Frühgeschichte | M Planung, Bauwesen, Umwelt |
| D Allg. politische Geschichte | N Religion, Kirchen, Weltanschauungen |
| E Historische Grundwissenschaften | O Gesellschaft, Volkskunde, Sprache |
| F Verfassung, Recht, Verwaltung | P Bildung und Wissenschaft |
| G Wehrwesen, Zivilschutz, Rettungswesen | Q Literatur und Kunst |
| H Bevölkerung | R Buch- und Bibliothekswesen, Information und Dokumentation, Publizistik |
| I Wohlfahrts- und Gesundheitswesen | |
| Sonderbereiche der Ortsliteratur: | |
| S Topographie, Einzelne Straßen, Plätze, Bauwerke usw. | U Einzelne Vereine |
| T Veranstaltungen, Tagungen usw. | V Auswärtige Persönlichkeiten in ihren Beziehungen zum Ort |

I Literatur zum Kreisgebiet

A Allgemeines

- BELSCHNER, C.: 25 Jahre Vereinstätigkeit [des Historischen Vereins].
Lbg. Gbl. 9/1923, S. 3-10
- BELSCHNER, C.: Württemberg und Hohenzollern. Lbg. Gbl. 7/1913, S. 1-13
- MECKSEPER, Cord: Burgen im Kreis Ludwigsburg.
Lbg. Gbl. 24/1972, S. 37-64
- OTTNAD, Bernd: 75 Jahre Historischer Verein Ludwigsburg (Kreis und Stadt)
e.V. Lbg. Gbl. 24/1972, S. 7-36
- PARET, Oscar: Verzeichnis des Schrifttums über Stadt und Kreis Ludwigsburg.
Lbg. Gbl. 1-12 und in Hie gut Württemberg, Beilage zur Ludwigsburger
Kreiszeitung 1949-1957. Lbg. Gbl. 13/1957, S. 121-140
- fortgesetzt in den folgenden Ludwigsburger Geschichtsblättern -
80 Jahre Ludwigsburger Geschichtsblätter - Verzeichnis der in Heft 1/1900 -
Heft 32/1980 erschienenen Aufsätze. Zusammengestellt von Franz MÖGLE-
HOFACKER und Wolfgang SCHMIERER.
Lbg. Gbl. 32/1980, S. 139-152

C Ur- und Frühgeschichte

- BOELCKE, Willi A.: Römisches Erbe, alemannische Landnahme und die Entste-
hung der Grundherrschaft im deutschen Südwesten. Lbg. Gbl. 27/1975, S. 5-57
- KLEINKNECHT, Otto: Zur frühesten Geschichte des Murrtaus.
Lbg. Gbl. 19/1967, S. 32-70
- PARET, Oscar: Die vor- und frühgeschichtliche Besiedlung des Oberamts Lud-
wigsburg. Lbg. Gbl. 6/1911, S. 3-33
- PARET, Oscar: Neue vorgeschichtliche und geschichtliche Funde aus dem Kreis
Ludwigsburg. Lbg. Gbl. 13/1957, S. 81-99
- PARET, Oscar: Vorgeschichtliches aus dem Kreis Ludwigsburg.
Lbg. Gbl. 14/1960, S. 56-59
- PARET, Oscar: Neue vorgeschichtliche Funde im Kreis Ludwigsburg.
Lbg. Gbl. 15/1963, S. 114-125
- PARET, Oscar: Neue vorgeschichtliche Funde im Kreis Ludwigsburg.
Lbg. Gbl. 16/1964, S. 166-178
- PARET, Oscar: Von neuen vorgeschichtl. Funden im Kreis Ludwigsburg.
Lbg. Gbl. 17/1965, S. 175-178
- PARET, Oscar: Römischer Weihstein aus dem Neckar bei Marbach.
Lbg. Gbl. 20/1968, S. 177-179
- PARET, Oscar: Verschwundene Natur- und Baudenkmäler im Kreis Ludwigs-
burg. Lbg. Gbl. 13/1957, S. 103-120
- Vgl. auch Eberdingen-Hochdorf -

D Allgemeine politische Geschichte

- SAUER, Paul: Die Verfolgung der jüdischen Bürger durch das Nationalsozialisti-
sche Regime insbesondere in Württemberg (1933-1945).

- Lbg. Gbl. 30/1978, S. 9–21
SAUER, Paul: Das Ende des Dritten Reiches in Württemberg.
Lbg. Gbl. 31/1979, S. 85–97
SEILER, Alois: Der Deutsche Orden in Südwestdeutschland.
Lbg. Gbl. 32/1980, S. 23–42
STEIN, Norbert: Die Kämpfe um Montbéliard im Kriege 1870/71.
Lbg. Gbl. 32/1980, S. 103–116

E Historische Grundwissenschaften (vgl. auch L)

- MÜLLER, Willi: Erste urkundliche Erwähnungen der Orte des Kreises Ludwigsburg. Lbg. Gbl. 21/1969, S. 50–55

F Verfassung. Recht. Verwaltung

- MIKELER, Rudolf: Die Polizei im Wandel der Geschichte.
Lbg. Gbl. 31/1979, S. 57–69
RICHTER, Gregor: Historische Bemerkungen zur Kreisreform von 1973 und zum Gebiet des Großkreises Ludwigsburg. Lbg. Gbl. 25/1973, S. 7–22
SCHÜBELIN, Präzeptor: Die staatliche Entwicklung des Oberamtsbezirks Ludwigsburg. Lbg. Gbl. 7/1913, S. 14–35

L Siedlungen

- MÜLLER, Willi: Name – Zelgen – Gräber – Markungen. Ein vorläufiger Beitrag zur alemannisch-fränkischen Besiedlungsgeschichte.
Lbg. Gbl. 19/1967, S. 71–89
MÜLLER, Willi: Zur Namensforschung und Siedlungsgeschichte.
Lbg. Gbl. 15/1963, S. 22–28
MÜLLER, Willi: Zur Namensforschung und Siedlungsgeschichte, 2. Teil: Alliterierende Ortsnamen in und um den Kreis Ludwigsburg.
Lbg. Gbl. 17/1965, S. 36–51

M Planung. Bauwesen. Umwelt

- HAASS, Dr.: Einiges über das Straßenwesen im Herzogtum Württemberg und der Bau der Landstraße Stuttgart–Kornwestheim–Ludwigsburg.
Lbg. Gbl. 1/1900, S. 31–47

N Religion. Kirchen. Weltanschauungen

- SEILER, Alois: Die Anfänge der mittelalterlichen Kirchenorganisation im mittleren Neckarraum. Lbg. Gbl. 31/1979, S. 7–22

O Gesellschaft. Volkskunde. Sprache

- BOLAY, Theodor: Zur Geschichte der Gemeindebackhäuser.
Lbg. Gbl. 29/1977, S. 127–153
BOLLACHER, Wolfgang: Steinkreuze im Landkreis Ludwigsburg.
Lbg. Gbl. 20/1968, S. 135–161
HEUBACH, Schullehrer: Volkstümliche Überlieferungen im Oberamtsbezirk Ludwigsburg. Lbg. Gbl. 3/1903, S. 29–52

- HEUBACH, Mittelschullehrer: Volkstümliche Überlieferungen im Oberamtsbezirk Ludwigsburg. Lbg. Gbl. 6/1911, S. 51-75
- VOGT-SCHNAPPER, Gudrun: Zur Geschichte von Tracht und Kleidung im Kreis Ludwigsburg. Eine Bestandsaufnahme und Betrachtung aufgrund archivalischer und sonstiger Erhebungen in Schwieberdingen und anderen Orten. Lbg. Gbl. 22/1970, S. 67-106

Q Literatur und Kunst

- FASSL, Erich: Historische Brunnen im Kreis Ludwigsburg. Lbg. Gbl. 27/1975, S. 141-172
- FLEISCHHAUER, Werner: Die Plastik der Renaissancezeit im Bereich des Kreises Ludwigsburg. Lbg. Gbl. 20/1968, S. 162-176
- OTTO, Markus: Nachreformatorische Gemälde in den Kirchen des Kreises Ludwigsburg. Lbg. Gbl. 17/1965, S. 70-92
- OTTO, Markus: Nachreformatorische Gemälde in den Kirchen des Kreises Ludwigsburg. Lbg. Gbl. 15/1964, S. 30-56
- ZIPPERLEN, Elisabeth: Fünf erneuerte Kirchen unseres Kreises (Erligheim, Hofen, Hohenstein, Freudental und Löchgau). Lbg. Gbl. 17/1965, S. 185-202

R Archiv- und Bibliothekswesen. Information und Dokumentation. Publizistik

- MANKE, Ilse: Das Ludwigsburger Heimatmuseum. Lbg. Gbl. 17/1965, S. 165-174
- RÜSCHEN, Gerhard: Von Franck zu Unifranck - Alte und neue Werbegrafik. Lbg. Gbl. 31/1979, S. 71-77
- SCHNEIDER, Wolfgang: Das Werbemittelarchiv Franck-Unifranck. Lbg. Gbl. 31/1979, S. 79-83

II. Ortsliteratur

Affalterbach

- K** SAUER, Paul: Zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Affalterbachs vornehmlich im 16., 17. und 18. Jahrhundert. Lbg. Gbl. 25/1973, S. 67-90

Asperg (Stadt)

- D** BOLAY, Theodor: Geschichte der Stadt Asperg im 17. Jahrhundert. Lbg. Gbl. 26/1974, S. 17-34
- F** BOLAY, Theodor: Wie Asperg Amt- und Stadtgerechtigkeit an Ludwigsburg verlor. Lbg. Gbl. 20/1968, S. 32-52
- H** BOLAY, Theodor: Auswanderung aus Asperg im 18. u. 19. Jahrhundert. Lbg. Gbl. 16/1964, S. 98-126
- Q** BOLAY, Theodor: Kurze Geschichte der Asperger Michaelskirche. Lbg. Gbl. 16/1964, S. 179-184

Asperg (nur Hohenasperg)

- G** MAURER, Hans-Martin: Dokumente zur Belagerung des Hohenasperg 1634/35. Lbg. Gbl. 24/1972, S. 113-144

MAURER, Hans-Martin: Ruhm und Fall des Hohenasperg – Das Drama der ersten Landesfestung im Dreißigjährigen Krieg. Lbg. Gbl. 24/1972, S. 97–112
SIEBER, Eberhard: Ein Gefangenentagebuch vom Hohenasperg [geführt von Heinrich Schweickhardt]. Lbg. Gbl. 23/1971, S. 84–112

Besigheim

- A MÜLLER, Willi: Gasthaus zur Sonne in Besigheim – ein kleiner Nachruf.
Lbg. Gbl. 22/1970, 2. 107–109
Q ZIPPERLEN, Elisabeth: Die Erneuerung der Besigheimer Stadtkirche.
Lbg. Gbl. 13/1967, S. 145–152

Bietigheim-Bissingen – Bietigheim

- A PARET, Oscar: Ein Bezauberer von Bietigheim. Lbg. Gbl. 16/1964, S. 91–97
E MÜLLER, Willi: Die Entstehung der Markung Bietigheim an der Enz.
Lbg. Gbl. 21/1969, S. 7–42
H BOLAY, Theodor: Bietigheims Kampf gegen das Bettlerunwesen am Ende des 18. Jahrhunderts. Lbg. Gbl. 22/1970, S. 60–66
L KOCH, Robert: Der frühmittelalterliche Sporn von Bietigheim.
Lbg. Gbl. 26/1974, S. 7–16

Bietigheim-Bissingen – Bissingen

- Q OTTO, Markus: Die Restaurierung der Kilianskirche in Bissingen.
Lbg. Gbl. 15/1963, S. 141–142

Bönnigheim

- A ZIPPERLEN, Elisabeth: Die Reichsgrafen von Stadion und ihr Schloß in Bönnigheim. Lbg. Gbl. 22/1970, S. 40–59
N ZIPPERLEN, Elisabeth: Zum kirchlichen und klösterlichen Leben in Bönnigheim vor der Reformation. Lbg. Gbl. 25/1973, S. 51–66
Q ZIPPERLEN, Elisabeth: Die neue Orgel in der Bönnigheimer Cyriakus-Kirche.
Lbg. Gbl. 26/1974, S. 105–114
ZIPPERLEN, Elisabeth: Die Cyriakus-Kirche in Bönnigheim.
Lbg. Gbl. 15/1963, S. 145–151

Eberdingen-Hochdorf

- C BIEL, Jörg: Der frühkeltische Fund von Hochdorf im Rahmen der Fürstengräber Südwestdeutschlands. Lbg. Gbl. 32/1980, S. 7–22
Q DUWE, Joachim: Die Michaelskirche in Hochdorf bei Vaihingen/Enz.
Lbg. Gbl. 29/1977, S. 111–126

Erdmannhausen

- Q SIMEN, Robert: Die Innenerneuerung der Johanniskirche in Erdmannhausen.
Lbg. Gbl. 16/1964, S. 184–187

Freiberg-Beihingen

- Q MAJER, Otto: Die Kirche in Beihingen. Lbg. Gbl. 15/1963, S. 138–141
MÜLLER, Willi: Das renovierte Alte Schloß zu Beihingen a. N.
Lbg. Gbl. 21/1969, S. 83–86

Gemrigheim

- Q ZIPPERLEN, Elisabeth: Die evangelische Pfarrkirche in Gemrigheim.
Lbg. Gbl. 19/1967, S. 153–159

Hessigheim

O BOLAY, Theodor: Die Hessigheimer Weiberzeche. Lbg. Gbl. 32/1980, S. 59-78

Hofen

Q ZIPPERLEN, Elisabeth: Die Kirche in Hofen.

Lbg. Gbl. 15/1963, S. 151-153

Ingersheim

Q KÜHNLE, Ernst: Die Martinskirche zu Großingersheim.

Lbg. Gbl. 15/1963, S. 142-145

Kirchheim a. N.

Q ZIPPERLEN, Elisabeth: Das renovierte Gotteshaus von Kirchheim a. N.

Lbg. Gbl. 20/1968, S. 187-193

Kornwestheim

A BOELCKE, Willi A.: Über Geschichtsschreiber und Geschichtsschreibung zur neueren Geschichte Kornwestheims, insbesondere die Leistungen und Verdienste von Ch. C. Kerner und G. Rümelin. Lbg. Gbl. 25/1973, S. 91-110

C FEHRING, G. P., und SCHOLKMANN, B.: Erste Ergebnisse der Grabung in der Martinskirche zu Kornwestheim. Lbg. Gbl. 19/1967, S. 134-137

D BOELCKE, Willi A.: Kornwestheim von der Römerzeit bis ins Mittelalter.

Lbg. Gbl. 17/1965, S. 7-35

BOELCKE, Willi A.: Kornwestheim im späten Mittelalter (Forts. von Heft 17).

Lbg. Gbl. 18/1966, S. 144-162

BOELCKE, Willi A.: Kornwestheim an der Schwelle der Neuzeit. Die wirtschaftlich-sozialen Verhältnisse vor, während und nach dem Dreißigjährigen Krieg (Forts. von Heft 18). Lbg. Gbl. 19/1967, S. 7-31

BOELCKE, Willi A.: Kornwestheim an der Schwelle der Neuzeit - 2. Gemeinde, Kirche und Schule (Forts. der Beiträge aus Heft 17-19).

Lbg. Gbl. 23/1971, S. 113-125

BOELCKE, Willi A.: Kornwestheim in der Neuzeit - 1. Die Bevölkerungsentwicklung. Lbg. Gbl. 23/1971, S. 126-133

BOELCKE, Willi A.: Kornwestheim in der Neuzeit - 2. wirtschaftliche Wandlungen im 18. und 19. Jahrhundert. 3. Der steile Aufstieg zur Industriestadt. 4. Aus dem politischen und kulturellen Leben Kornwestheims in neuerer Zeit.

Lbg. Gbl. 24/1972, S. 145-236

Ludwigsburg

A BELSCHNER, C.: Das Kgl. Schloß zu Ludwigsburg. Zum 200. Gedenktag der Grundsteinlegung. Lbg. Gbl. 4/1905, S. 1-13

GAESE, Gislinde: Zur Geschichte der Ludwigsburger Alleen.

Lbg. Gbl. 18/1966, S. 163-179

Lbg. Gbl. 19/1967, S. 113-119

RAUNECKER, Prof.: Ludwigsburg ums Jahr 1730. Nach den Memoiren des Barons von Pöllnitz. Lbg. Gbl. 3/1903, S. 81-96

VON PFISTER, Albert: Festliche Tage in Ludwigsburg aus zwei Jahrhunderten.

Lbg. Gbl. 1/1900, S. 19-30

VON SCHANZENBACH, Dr.: Das frühere Museums- und jetzige Ratskellergebäude in Ludwigsburg. Lbg. Gbl. 6/1911, S. 76-88

- WEIZSÄCKER, Dr.: Ein vergessenes Denkmal in Monrepos [Grabplatte des Grafen Wilhelm Werner von Zimmern]. Lbg. Gbl. 8/1916, S. 24-30
- C** KIRSCHLER, Walter, und SCHUPP, Kurt: Neue steinzeitliche Funde auf Ludwigsburger Boden. Lbg. Gbl. 19/1967, S. 125-130
[PARET, Oscar:] Zur Ausstellung Kirschler-Schupp am 21. Januar 1967. Aus einem Einführungsvortrag von Prof. Dr. Paret.
Lbg. Gbl. 19/1967, S. 120-124
- SPRINGER: Die Ludwigsburger Fürstenhügel. Lbg. Gbl. 2/1901, S. 35-49
- D** BELSCHNER, C.: Amtliche Aktenstücke zur Geschichte der Gründung Ludwigsburgs. Lbg. Gbl. 2/1901, S. 56-91
BELSCHNER, C.: Kurze Geschichte der Entstehung der Stadt Ludwigsburg. Lbg. Gbl. 1/1900, S. 48-54
BOLLACHER, Wolfgang: Die Gründung Ludwigsburgs und das Altwirtembergische Kirchengut. Lbg. Gbl. 17/1965, S. 52-69
GAESE, Heinrich: Ludwigsburger Affairen und Prozesse im deutschen Vormärz. Lbg. Gbl. 23/1971, S. 68-83
GAESE, Heinrich: Zur Gründung der Stadt Ludwigsburg. Lbg. Gbl. 20/1968, S. 7-31
SCHMIERER, Wolfgang: Zur Entstehungsgeschichte von Ludwigsburg. Lbg. Gbl. 32/1980, S. 79-94
MEYER, Walter: Zwei Militärabschiede württembergischer Corporale (1775 und 1806) und ihr geschichtlicher Hintergrund. Lbg. Gbl. 23/1971, S. 56-67
CORDES, Günter: Das Revolutionsjahr 1918/19 in Württemberg und die Ereignisse in Ludwigsburg. Lbg. Gbl. 32/1980, S. 117-138
SCHÜSSLER, Beate Maria: Das Schicksal der jüdischen Bürger von Ludwigsburg während der Zeit der nationalsozialistischen Verfolgung. Lbg. Gbl. 30/1979, S. 23-125
- E** HESS, Gerhard: Zur Geschichte der Alt-Ludwigsburger Markung. Lbg. Gbl. 13/1957, S. 9-80
- F** BOLLACHER, Wolfgang: Die obrigkeitlichen Verhältnisse auf Alt-Ludwigsburger Markung. Lbg. Gbl. 16/1964, S. 7-29
- K** BOLLACHER, Wolfgang: Die Entwicklung der Zisterziensergrangie Geisnang. Lbg. Gbl. 15/1963, S. 7-21
MARQUART, A.: Zur Geschichte der Seidenkultur in Ludwigsburg. Lbg. Gbl. 5/1909, S. 95-108
SCHIFFERER, Otto: Die wirtschaftliche Entwicklung Ludwigsburgs von der Gründung der Stadt bis zum Beginn des Zweiten Weltkriegs. Lbg. Gbl. 20/1968, S. 53-80
SCHIFFERER, Otto: Die wirtschaftliche Entwicklung Ludwigsburgs von der Gründung der Stadt bis zur Bundesrepublik (Schluß). Lbg. Gbl. 21/1969, S. 66-82
SCHMÄH, Hans: Das Ludwigsburger Arbeitshaus. Lbg. Gbl. 17/1965, S. 93-117
SCHMÄH, Hans: Ludwigsburger Manufakturen im 18. Jahrhundert. Lbg. Gbl. 15/1963, S. 29-51
WELLER, Karl: Die wirtschaftliche Entwicklung der Ludwigsburger Landschaft bis zur Gründung der Stadt. Lbg. Gbl. 1/1900, S. 1-18

- M** BELSCHNER, C.: Die ersten Baujahre des Ludwigsburger Schlosses.
Lbg. Gbl. 12/1939, S. 3–14
- FASSL, Erich: Ludwigsburg im Umbruch vom Jagdschloß zum regionalen Zentrum. Lbg. Gbl. 26/1974, S. 79–104
- KÜBLER, Friedrich: Die Erbauung der Schloßkapelle in Ludwigsburg und ihre Benützung. Lbg. Gbl. 3/1903, S. 53–80
- MANKE, Ilse: Zwei Ludwigsburger Stadtpläne aus den Jahren 1782 und 1805–1820. Lbg. Gbl. 16/1964, S. 157–162
- N** BRECHT, Martin: Die Frommen und die Kirche – ein spannungsreiches Verhältnis, dargestellt an Beispielen aus der Kirchengeschichte Ludwigsburgs.
Lbg. Gbl. 29/1977, S. 69–86
- O** BELSCHNER, C.: Geschichte des Salons bei Ludwigsburg.
Lbg. Gbl. 8/1916, S. 31–39
- BELSCHNER, C. [?]: Hervorragende Ludwigsburger [alphabet. Verzeichnis].
Lbg. Gbl. 12/1939, S. 41–46
- DAHMEN, Hermann Josef: Die »Neue Chormusik Ludwigsburg«, ein Stück Kulturgeschichte der Stadt Ludwigsburg. Lbg. Gbl. 24/1972, S. 237–244
- ERBE, K.: Die Ludwigsburger Familien-Namen. Lbg. Gbl. 2/1901, S. 1–34
- HESS, Gerhard: Häuser und Menschen in Alt-Ludwigsburg.
Lbg. Gbl. 14/1960, S. 6–17
- NAEGELE, A.: Ludwigsburg vor 100 Jahren.
Lbg. Gbl. 2/1901, S. 50–55
- PARET, Oscar: Vom Ludwigsburger Leben am Ende der Biedermeierzeit.
Lbg. Gbl. 15/1963, S. 52–78
- PARET, Oscar: Ludwigsburger Menschen als Spiegel Ludwigsburger Stadtgeschichte [Kurzbiographien von ca. 420 bedeutenden Ludwigsburgern].
Lbg. Gbl. 14/1960, S. 18–47
- P** BELSCHNER, C.: Zur Schulgeschichte Ludwigsburgs.
Lbg. Gbl. 1/1900, S. 55–67
- BELSCHNER, C.: Die Anfänge der württembergischen Landesbibliothek in Ludwigsburg. Lbg. Gbl. 3/1903, S. 97–100
- Q** ERBE, [K], Rektor: Die Kunstschatze Ludwigsburgs und seiner Umgebung.
Lbg. Gbl. 4/1905, S. 14–34
- VON KALLEE, Eduard: Monrepos. Lbg. Gbl. 10/1926, S. 53–69
- KRÜGER, Paul: Restaurierungs- und Instandsetzungsarbeiten im Schloß Ludwigsburg von der Nachkriegszeit bis heute. Lbg. Gbl. 16/1964, S. 187–196

Ludwigsburg-Eglosheim

- D** KRAUSS, Pfarrer: Ortsgeschichte von Eglosheim. Lbg. Gbl. 3/1903, S. 1–28
- Q** OTTO, Markus: Die Katharinenkirche zu Eglosheim.
Lbg. Gbl. 19/1967, S. 138–144

Ludwigsburg-Hoheneck

- A** FELDEN, Herbert: Aus der Geschichte von Hoheneck.
Lbg. Gbl. 32/1980, S. 95–102

Ludwigsburg-Oßweil

- A** MEYER, Walter: Carl Friedrich Höllwarth aus Oßweil – ein Gärtnergeselle im Paris der Jahre 1789–1790. Lbg. Gbl. 23/1971, S. 39–55

Ludwigsburg-Pflugfelden

D DIETERICH, Hermann: Geschichte von Pflugfelden.

Lbg. Gbl. 10/1926, S. 3–52

Markgröningen

A IRTENKAUF, Wolfgang: Um die Herkunft des Johann Grüninger aus Markgröningen. Lbg. Gbl. 24/1972, S. 65–74

D RÖMER, Hermann: Markgröningen im Bauernkrieg vor 400 Jahren.

Lbg. Gbl. 10/1926, S. 70–76

RÖMER, Hermann: Markgröningen im Rahmen der Landesgeschichte 1550–1750. Lbg. Gbl. 11/1930, S. I–IV, 1–133

P RÖMER, Hermann: Die Lateinschule in Markgröningen.

Lbg. Gbl. 9/1923, S. 44–77

Möglingen

Q OTTO, Markus: Die Pfarrkirche St. Pankratius in Möglingen und ihre Kunstwerke – ein Beitrag zum Thema Denkmalpflege im Kreis Ludwigsburg.

Lbg. Gbl. 24/1972, S. 245–262

Mundelsheim

A RAU, Reinhold: Hans von Urbach zu Mundelsheim der Städtefeind.

Lbg. Gbl. 22/1970, S. 16–21

RAU, Reinhold: Die Herren von Urbach zu Mundelsheim und Höpfigheim. Mit Stammtafel und Besitzübersicht. Lbg. Gbl. 21/1969, S. 56–65

RAU, Reinhold: Die Herren von Urbach zu Mundelsheim und Höpfigheim. Mit Stammtafel und Besitzübersicht. Lbg. Gbl. 21/1969, S. 56–65

L KASTNER, Julius Friedrich: Burg und Dorf Mundelsheim, Bericht über die vorübergehende Freilegung des Burggrabens. Lbg. Gbl. 15/1963, S. 126–134

Q OTTO, Markus: Die Friedhofskirche von St. Kilian in Mundelsheim und ihre Kunstschatze. Lbg. Gbl. 27/1975, S. 125–140

Ottmarsheim

A ZIPPERLEN, Elisabeth: Liebenstein [bei Ottmarsheim] und die Liebensteiner.

Lbg. Gbl. 18/1966, S. 93–104

C PARET, Oscar: Ottmarsheim in vor- und frühgeschichtlicher Zeit.

Lbg. Gbl. 18/1966, S. 7–21

D BOELCKE, Willi A.: Ottmarsheim im Mittelalter. Lbg. Gbl. 18/1966, S. 22–46

DEIBEL, Gerhard: [Ottmarsheim] von der Reformation zur Gegenwart.

Lbg. Gbl. 18/1966, S. 47–58

SCHÜTZ, Hermann: Ottmarsheim heute. Lbg. Gbl. 18/1966, S. 61–70

E MÜLLER, Willi: Ein Blick über Flur und Flurnamen.

Lbg. Gbl. 18/1966, S. 109–113

MÜLLER, Willi: Der Ortsname [Ottmarsheim] und seine Geschichte.

Lbg. Gbl. 18/1966, S. 105–108

F BOLLACHER, Wolfgang: Das Ottmarsheimer Dorfrecht von 1571.

Lbg. Gbl. 18/1966, S. 85–92

H BOLAY, Theodor: Auswanderer [aus Ottmarsheim] erzählen.

Lbg. Gbl. 18/1966, S. 128–135

M UNKAUF, Emil: Die neue Straße [von Ottmarsheim] nach Besigheim – Bau der Wasserleitung. Lbg. Gbl. 18/1966, S. 59–60

- O** KRAMER, Karl: Unsere [Ottmarsheimer] Namen – einmal ganz anders.
Lbg. Gbl. 18/1966, S. 126–128
- MÜLLER, Willi: Soldat Luithle aus Ottmarsheim.
Lbg. Gbl. 18/1966, S. 141–143
- UNKAUF, Emil: Die Ottmarsheimer am Werktag und am Feiertag.
Lbg. Gbl. 18/1966, S. 135–141
- WEBER, Hans Peter: Alte Ottmarsheimer Familien.
Lbg. Gbl. 18/1966, S. 114–125
- Q** OTTO, Markus: Die Pfarrkirche St. Hippolyt [in Ottmarsheim].
Lbg. Gbl. 18/1966, S. 71–84

Pleidelsheim

- C** PARET, Oscar: Die Pleidelsheimer Fibel. Lbg. Gbl. 19/1967, S. 131–133
- SCHUPP, Kurt A.: Alemannisch-fränkische Reihengräber in Pleidelsheim.
Lbg. Gbl. 21/1969, S. 43–49

Remseck-Aldingen

- Q** GROSS, Albert: Die Renovierung der Aldinger Kirche.
Lbg. Gbl. 15/1963, S. 135–138

Remseck-Neckargröningen

- C** ROHM, Karl: Alemannengräber und Frühbesiedlung in Neckargröningen.
Lbg. Gbl. 25/1973, S. 23–50
- O** ROHM, Karl: Ein Dorf ändert sein Gesicht – Strukturwandel am Beispiel von Neckargröningen. Lbg. Gbl. 23/1971, S. 134–172

Schwieberdingen

- Q** BRAUN, Gerhard: Die Georgskirche in Schwieberdingen.
Lbg. Gbl. 17/1965, S. 179–185

Steinheim

- A** KIESS, Rudolf: Zur Geschichte der Hart bei Steinheim a. d. Murr.
Lbg. Gbl. 20/1968, S. 112–134
- D** THEIL, Bernhard: Steinheims Entwicklung zum altwürttembergischen Marktflecken im 17. Jh. Lbg. Gbl. 31/1979, S. 23–38

Steinheim-Höpfigheim – vgl. Mundelsheim

- A** RAU, Reinhold: Die Speth von Höpfigheim. Mit [...] einer Stammtafel.
Lbg. Gbl. 22/1970, S. 7–15
- Q** OTTO, Markus: Die Pfarrkirche St. Georg zu Höpfigheim und ihre Restaurierung. Lbg. Gbl. 20/1968, S. 180–186

Steinheim-Kleinbottwar

- Q** OTTO, Markus: Die Glasgemälde aus der St. Georgskirche in Kleinbottwar.
Lbg. Gbl. 22/1970, S. 22–39

Tamm

- N** SAUER, Paul: Kirche und kirchliches Leben in Tamm im Wandel der Jahrhunderte. Lbg. Gbl. 32/1980, S. 43–58

Wunnenstein

- L** CONRAD, Otto: Der Pfahlhof beim Wunnenstein. Ein Beitrag zur Siedlungsgeschichte. Lbg. Gbl. 16/1964, S. 68–90

III. Literatur zu einzelnen Personen und Familien

Abel, Heinrich von

BELSCHNER, C.: Oberbürgermeister Heinrich von Abel.

Lbg. Gbl. 9/1923, S. 105–116

Aldinger, Paul

PARET, Oscar: Dr. Paul Aldinger von Heutingsheim. Ein Pionier des Deutschtums in Brasilien. Lbg. Gbl. 14/1960, S. 48–55

Auerbach, Hans-Konrad von

ZIPPERLEN, Elisabeth: Die Grabplatte des Hans-Konrad von Auerbach in der Hofener Kirche. Lbg. Gbl. 15/1963, S. 153–154

Beyer, Familie

BELSCHNER, C.: Die Kunstschreinerfamilie Beyer. Lbg. Gbl. 8/1916, S. 40–46

Brenz, Johannes Hypolyt

GREINER, Siegfried: Aus dem Leben des Johannes Hypolyt Brenz – Zum 400. Geburtstag des Studienfreundes Johannes Keplers und zur Erinnerung an die »Jubelpredigt« für die Theologenfamilie Brenz vor 350 Jahren.

Lbg. Gbl. 24/1972, S. 75–96

Breyer, Hugo

PARET, Oscar: Ehrenmitglied Oberst a. D. Hugo Breyer †.

Lbg. Gbl. 14/1960, S. 5

Buhl, Johannes

LENK, Eberhard: Johannes Buhl, Begründer der evang. Lehrerinnenbildung in Württemberg (1810–1868). Lbg. Gbl. 20/1968, S. 94–104

Fischer, Augustin

BELSCHNER, C.: Augustin Fischer, das Abenteuerleben eines Ludwigsburgers.

Lbg. Gbl. 12/1939, S. 15–36

Gundert, Hermann (vgl. Strauß, David Friedrich)

Heß, Gerhard

PARET, Oscar: Dr. Gerhard Heß †. Lbg. Gbl. 13/1957, S. 8

Heyd, Friedrich Ludwig

LENK, Erhard †: Magister Friedrich Ludwig Heyd, Pfarrer, Geschichtsforscher und Historiograph, 1792–1842. Lbg. Gbl. 19/1967, S. 90–112

Kauffmann, Ernst Friedrich

BACMEISTER, Dr.: Ernst Friedrich Kauffmann [Lehrer und Professor, Demokrat]. Lbg. Gbl. 4/1905, S. 71–78

Kerner, Justinus

HAGEN, Walter: Drei unbekannte Dokumente von Justinus Kerner aus den Jahren 1850/51. Lbg. Gbl. 15/1963, S. 107–113

HAGEN, Walter: Justinus Kerner, Leben und Werk.

Lbg. Gbl. 15/1963, S. 79–106

HAGEN, Walter: Justinus Kerner als Ludwigsburger im politischen Geschehen der Jahre 1817–1848. Lbg. Gbl. 16/1964, S. 127–134

Kerner, Karl Freiherr von

UHLAND, Robert: Karl Freiherr von Kerner – Offizier, Techniker, Erneuerer des württembergischen Berg- und Hüttenwesens. Lbg. Gbl. 29/1977, S. 5–68

Magenau, Rudolf Friedrich Heinrich

LENK, Erhard: Mag. Rudolf Friedrich Heinrich Magenau, Pfarrer, Dichter, Schriftsteller, Heimatforscher u. Pädagoge (1767–1846).

Lbg. Gbl. 17/1965, S. 118–146

Mörike, Eduard (vgl. auch Notter, Friedrich)

BELSCHNER, C.: Brief Eduard Mörikes an seine Schwester Clara.

Lbg. Gbl. 7/1913, S. 48–49

BELSCHNER, C.: Das Mörikezimmer in Ludwigsburg.

Lbg. Gbl. 10/1926, S. 86–90

GAESE, Heino: Zu Mörikes Ehrendoktor. Samt zwei Briefen Mörikes und einem F. Th. Vischers. Lbg. Gbl. 20/1968, S. 105–111

GAESE, Heinrich: Eduard Mörikes Jugendland. Lbg. Gbl. 16/1964, S. 135–156

HAGEN, Walter: Legenden um Mörike. Lbg. Gbl. 25/1973, S. 111–124

HAGEN, Walter: Von Eduard Mörikes Leiden, Sterben, Tod und Begräbnis.

Lbg. Gbl. 27/1975, S. 117–123

KROCKENBERGER, H.: Eduard Mörike als lyrischer Dichter.

Lbg. Gbl. 4/1905, S. 35–70

MÜLLER, R.: Eduard Mörike. Lbg. Gbl. 10/1926, S. 77–85

Müller, Jacob

ZIPPERLEN, Elisabeth: Auf den Spuren des Bildhauers Jacob Müller.

Lbg. Gbl. 16/1964, S. 57–67

Nippenburg, Herren von

RAU, Reinhold: Beiträge zur Genealogie und Geschichte der Herren von Nippenburg. Lbg. Gbl. 23/1971, S. 7–38

SCHÜBELIN, Präzeptor: [Die Herren von] Nippenburg.

Lbg. Gbl. 8/1916, S. 8–23

Notter, Friedrich

HAGEN, Walter: Friedrich Notter und Eduard Mörike.

Lbg. Gbl. 18/1966, S. 180–191

Phull, K. L. August von und Henriette von

SCHÜBELIN, E.: K. L. August [von Phull] und Henriette von Phull.

Lbg. Gbl. 10/1926, S. 91–104

Plieningen, Herren von

GRÄFIN ADELMANN, Franziska: Dr. Dietrich von Plieningen zu Schaubeck, geb. um 1453, gest. am 26. 2. 1520. Lbg. Gbl. 28/1976, S. 9–139

IRTENKAUF, Wolfgang: Das Stundenbuch der Herren von Plieningen.

Lbg. Gbl. 28/1976, S. 141–149

Rebmann, Johannes

RINGWALD, Walter: Johannes Rebmann 1820–1876 – Missionar, Entdecker, Sprachforscher. Lbg. Gbl. 29/1977, S. 87–110

Roemer, Hermann

PARET, Oscar: Ehrenmitglied Prof. Dr. Hermann Roemer †.

Lbg. Gbl. 14/1960, S. 3–4

Schertlin von Burtenbach, Sebastian

GAESE, Heinrich: Sebastian Schertlin von Burtenbach.

Lbg. Gbl. 27/1975, S. 69–88

Schiller, Friedrich

BELSCHNER, C.: Schillers dreimaliger Aufenthalt in Ludwigsburg.

Lbg. Gbl. 4/1905, S. 79-131

Schumacher, Tony

HAGEN, Walter: Aus Leben und Werk von Tony Schumacher (1848-1931).

Lbg. Gbl. 17/1965, S. 147-164

Silcher, Friedrich

BELSCHNER, C.: Friedrich Silcher in Ludwigsburg.

Lbg. Gbl. 12/1939, S. 37-40

Sprenger (Springer), Balthasar

ROHM, Karl: Balthasar Sprenger (Springer) zum 250. Geburtstag - Prälat und Abt, Professor und Herzogl. württ. Rat, ein Sohn des Kreises.

Lbg. Gbl. 26/1974, S. 35-50

Stammheim, Herren von

SCHÜBELIN, E.: Die Herren von Stammheim. Lbg. Gbl. 9/1923, S. 78-104

Strauß, David Friedrich

BENZ, Ernst: David Friedrich Strauß - zum 100. Todestag.

Lbg. Gbl. 26/1974, S. 51-68

GREINER, Siegfried: David Friedrich Strauß und sein Schüler Hermann Gundert.

Lbg. Gbl. 26/1974, S. 69-78

HAGEN, Walter: Ein unbekannter Brief von David Friedrich Strauß aus dem Jahr 1838. Lbg. Gbl. 16/1964, S. 163-165

HIEBER, H.: David Friedrich Strauß als Denker und Dichter.

Lbg. Gbl. 5/1909, S. 27-94

LEUZE, Otto: Politische Briefe von D. F. Strauß. Lbg. Gbl. 6/1911, S. 34-50

Vischer, Friedrich Theodor

BELSCHNER, C.: Friedrich Theodor Vischer. Lbg. Gbl. 5/1909, S. 1-22

BELSCHNER, C.: Briefe von Friedrich Vischer. Lbg. Gbl. 7/1913, S. 44-47

BELSCHNER, C.: Das Vischer-Zimmer in Ludwigsburg.

Lbg. Gbl. 7/1913, S. 36-43

MEISSNER, R.: Ja und Nein. Fr. Th. Vischer in den namentlichen Abstimmungen des Frankfurter Parlaments. Lbg. Gbl. 9/1923, S. 11-43

Werner, August Hermann

HAGEN, Walter: Dr. August Hermann Werner, der Arzt, der Christ, der Kinderfreund. Lbg. Gbl. 20/1968, S. 81-93

Wolff, Johann

IRTENKAUF, Wolfgang: Johann Wolff, Amtmann zu Mundelsheim (1527-1600).

Lbg. Gbl. 27/1975, S. 89-116

Württemberg, Fürstenhaus

KÜBLER, Friedrich: Die Familiengalerie des württembergischen Fürstenhauses im Kgl. Residenzschloß zu Ludwigsburg. Lbg. Gbl. 4/1905, S. 132-185

UHLAND, Robert: Herzog Carl Eugen von Württemberg. Persönlichkeit und Werk. Lbg. Gbl. 31/1979, S. 39-56

Wunnenstein, Wolf von

CONRAD, Otto: Wolf von Wunnenstein - genannt der gleißend Wolf.

Lbg. Gbl. 27/1975, S. 59-67

Zeppelin, Johann Carl von

BELSCHNER, C.: Reichsgraf Johann Carl von Zeppelin und sein Grabmal.

Lbg. Gbl. 1/1900, S. 68-87

BELSCHNER, C.: Das Scheffauer'sche Marmorbild des Reichsgrafen Joh. Carl von Zeppelin. Lbg. Gbl. 2/1901, S. 92-93

Berichte und Notizen

Die Veranstaltungen des Historischen Vereins 1979/80

1. Die Vorträge im Winterhalbjahr 1979/80 im Kulturzentrum der Stadt Ludwigsburg

Der erste Vortrag am 11. Oktober hatte ein zeitgeschichtliches Thema zum Programm. Oberstaatsarchivrat Dr. Günter Cordes aus Esslingen hielt einen Vortrag über »Das Revolutionsjahr 1918/19 in Württemberg.« Das Referat nahm Bezug auf eine große Ausstellung im Hauptstaatsarchiv Stuttgart »Krieg-Revolution-Republik. Die Jahre 1918–1920 in Baden und Württemberg«, deren Leiter der Vortragende war. Der Vortrag wird – leicht überarbeitet – im vorliegenden Heft der Ludwigsburger Geschichtsblätter veröffentlicht.

Den 2. Vortrag am 8. November hielt Pfarrer Franzgerhard von Aichberger (Friedenskirche Ludwigsburg), der sich durch interessante Gemeindeführungen über kirchengeschichtliche Themen schon mehrfach hervorgetan hat. Das Thema dieses Abends war »Johann Valentin Andreä, ein Theologe im Dreißigjährigen Krieg«. Der Vortrag begann mit der Interpretation eines Kupferstichs mit dem Porträt Andreäs, das im Stil der Renaissance von Symbolbildern umgeben ist. Bemerkenswert ist eine brennende Kerze (»in serviendo consumo«) als Symbol des »Lichtbringers, der sich im Dienst verbraucht«, ferner Totenkopf und Stundenglas, die in jener Zeit allgemein üblichen Symbole der Vergänglichkeit menschlichen Lebens, bei Andreä eine Erinnerung an die vielen Toten, die er im Laufe seines Lebens beerdigt hat. Sonne und Mond stehen für »sein Leben der Weite«, wohl auch bezugnehmend auf seine naturwissenschaftlichen Interessen. Schließlich hatte sein »Rosenkreuz-Wappen« eine besondere Bedeutung für ihn. Der Großvater Jakob Andreä (1528–1590) war ein bedeutender evangelischer Theologe des 16. Jahrhunderts. Seine Bemühungen, erstmals die verschiedenen theologischen Strömungen des Protestantismus in Deutschland zusammenzufassen, führten, nach vielen Reisen in den einzelnen Ländern umher, zur Krönung seines Lebenswerks durch die 1580 erschienene, 1000 Seiten starke »Formula Concordiae«, die Einigung in vielen theologischen Streitfragen auf einen gemeinsamen Nenner. Er hat sich mit dieser Leistung ein bleibendes Denkmal gesetzt.

Der Vater, Johannes Andreä, lebte als »Spezial« (d. h. Dekan) in Herrenberg nicht nur für seine Gemeinde und die zahlreiche Familie, sondern trieb auch nebenbei kostspielige alchemistische Experimente. Kein Wunder, daß der Sohn Johann Valentin, geboren am 17. August 1586, schon frühzeitig neben dem hohen geistigen Niveau des Elternhauses auch materielle Not kennenlernte. Als der Vater im Jahre 1600 starb, war der erst 14jährige Johann Valentin eine Stütze der Mutter, die mit der Familie nach Tübingen zog. Dort organisierte die tüchtige Frau Armen- und Krankenpflege, war als Vorleserin tätig und wurde sogar zur Betreuerin der Hofapotheke bestimmt. So ermöglichte sie ihrem Jungen trotz der Armut 1602 ein

Studium außerhalb des Stifts, wodurch er die Freiheit für ein weiträumiges »studium generale« hatte. Dabei gewann er Freunde unter den Stiftlern, denen die Enge des dortigen Betriebs nicht paßte (u. a. Hölztl, Bidembach, Schickart und Besold). Dieser Freundeskreis tat sich im Lauf der Jahre durch drei utopische Schriften hervor, die sich mit dem Leben eines angeblich 1378 geborenen Christian Rosenkreuz (Andreäs Wappen!) befaßten. Dieser gründete angeblich eine »Brüderschaft des hochlöblichen Ordens des Rosenkreuzes«. Die in den Schriften dargelegten »Gedanken von einem Bund erlauchter Geister, in dem weder enge Grenzen der Konfession, noch soziale Stellung eine Rolle spielen sollen«, fanden bei vielen Zeitgenossen große Beachtung, und obwohl Andreä 1619 in seiner Schrift »Der Turmbau zu Babel« deutlich zu machen versuchte, daß dies alles »nur ein Schauspiel« sei, hielten viele den erdachten Orden für Wirklichkeit.

Das Studium des universal interessierten jungen Mannes erfolgte nur teilweise in Tübingen und führte ihn an zahlreiche andere Orte und Universitäten. Er kam nach Straßburg, Heidelberg und Frankfurt, später nach Genf, Paris und Basel. Hierbei faszinierte ihn besonders das calvinistische Genf, wo er die Idee eines »Staatswesens, ganz vom Geist geprägt« verwirklicht zu sehen glaubte. In Tübingen entstand daraufhin sein Roman »Turbo«, eine Art Vorform des Faust, gewissermaßen ein »Selbstporträt«. Es ist die Geschichte eines »lustlos und vergeblich durch alles hinvagierenden Geistes«. Als er auf einer letzten Reise über Linz (wo er Kepler traf), Kärnten, Venedig, Padua nach Rom kam, faßte er dort bei einer Erkrankung den Entschluß, in den Kirchendienst zu gehen. Und nun erlebte dieser hochgebildete Mann, als er 1613 seine Anstellungsprüfung ablegte, das Fiasko, keine Anstellung zu erlangen, da seine theologischen Kenntnisse als nicht ausreichend beurteilt wurden. Erst ein vom Herzog freundlich genehmigter »Freitisch« im Stift ermöglichte ihm die Ausfüllung dieser Lücke. 1614 wurde er zweiter Pfarrer in Vaihingen/Enz und verheiratete sich mit Agnes Grüninger, einer Pfarrerstochter aus Poppenweiler. Seine Wirkungsstätte gefiel ihm nicht; er beklagte sich über die Zwietracht in der Bevölkerung und die Verderbnis der Sitten; zwei verheerende Stadtbrände wurden ihm zum eindrucksvollen Erlebnis. Seine damalige Beschäftigung mit den Orthodoxen faßte er mit den Worten zusammen: »Von ihnen habe ich die wunderliche Kunst gelernt, alles Biblische philosophisch und alles Philosophische biblisch zu erklären.« 1619 entstand sein wohl bedeutendstes Werk »Die Christenstadt«. In dieser utopischen Geschichte wird ein Fremdling auf eine Insel »Friedensdorf« verschlagen und erlebt dort ein ideales, vom Christentum bestimmtes Gemeinwesen. Andreä wollte darin seine Reformideen darlegen: da wird mit verknöcherten mittelalterlichen Relikten, insbesondere hinsichtlich naturwissenschaftlicher Anschauungen, aufgeräumt. Es gibt kein falsches Pathos und keine unechte Frömmigkeit. Alles ist »fortschrittlich«; die Stadt besitzt sogar eine nächtliche Straßenbeleuchtung. Alles steht jedoch »im Zeichen des Gekreuzigten«.

Mit der Versetzung nach Calw als Superintendent (d. h. Dekan) kam Andreä 1620 in eine von Handel und Gewerbe geprägte Stadt, damals Hauptort der württembergischen Textilfabrikation, wo er sich sofort sozialen Fragen zuwandte. Neben dem »Färberstift«, einer »christlichen gottliebenden Gesellschaft« gründete er eine Leihbibliothek, in dem Gedanken, daß das gesamte Wissen der Zeit jedem zugänglich sein solle. Mit einem gesammelten Kapitalbetrag von 18 000 Gulden wurden nicht nur Alte, Kranke, Witwen und Waisen unterstützt, sondern es gab auch

Beihilfen für Studenten und Handwerker. In den immer mehr über die Stadt hereinbrechenden Nöten des Dreißigjährigen Krieges war Andreä ein umsichtiger Helfer, und es wurden nicht nur Einheimische, sondern auch zahlreiche Flüchtlinge (infolge des Restitutionsedikts von 1629) betreut und weiterbefördert. In einer Schrift »Theophilus« erfolgt scharfe Kritik an den orthodoxen Kollegen, deren Praxis dem Evangelium zuwider sei und unfähig, die Probleme der Zeit zu lösen, »eine Fessel des freien Denkens«.

Als nach der Schlacht bei Nördlingen 1634 die kaiserlichen Truppen mordend und plündernd das Land überfluteten, floh Andreä mit seiner Familie in den Schwarzwald und sah von der Höhe die Nacht erleuchtet durch das Flammenmeer des brennenden Calw. Nach seiner Rückkehr erlebte er das Wüten der Pest in der schwergeprüften Gemeinde und beerdigte im Jahr 1635 430 Tote, wobei er 85 Leichenpredigten hielt. Ein Angebot zum Stellenwechsel schlug er aus. Als jedoch der in Straßburg im Exil lebende Herzog Eberhard III. nach Stuttgart zurückkehrte, folgte Andreä 1639 der Berufung dorthin als Hofprediger und Konsistorialrat. »Hie nahm ich nun die Bürde der, mehr als man sagen kann, zerrütteten Kirche auf meine Schultern.« Da in diesen kirchlichen Auftrag auch die Schulaufsicht eingeschlossen war, konnte er nun mit großem Eifer manches reformieren, was ihm am Herzen lag. So setzte er sich für die allgemeine Schulpflicht und eine Modernisierung des Unterrichts (Naturwissenschaften!) ein. Besonders aber gab er seinen Pfarrern seiner Einstellung entsprechende Anweisungen für Predigt und Gottesdienst. Schwierigkeiten und Anfeindungen waren die Folge seiner Maßnahmen, sodaß er sich 1646 von der Kirchenleitung zurückziehen mußte. Seine Verbitterung zeigt sich darin deutlich, daß er als neues Mitglied der »Fruchtbringenden Gesellschaft« den Namen »der Mürbe« trug. Nach kurzer, mehr nomineller Tätigkeit als Abt in Bebenhausen (1650) und Adelsberg (1654, mit Sitz in Stuttgart), starb Andreä in Stuttgart am 17. Juni 1654.

Pfarrer von Aichberger schloß seinen Vortrag mit dem Bibelwort: »Gedenket eurer Lehrer, die euch das Wort Gottes gesagt haben, ihr Ende schauet an und folget ihrem Glauben nach.« Das von ihm gezeichnete und mit Begeisterung vorgetragene Lebensbild dieses bedeutenden schwäbischen Theologen wurde hier ausführlich referiert, da die entsprechende Literatur schwer erreichbar ist.

Am 13. Dezember sprach Staatsarchivdirektor Dr. Robert Umland, Stuttgart, über »Die Hohe Carlsschule«. Dr. Umland, der dem Verein bereits am 18. Januar des Jahres einen ganz hervorragenden Vortrag über Herzog Carl Eugen gehalten hatte (in Heft 31/1979 dieser Blätter veröffentlicht), und in der Zwischenzeit mit dem Schillerpreis 1979 ausgezeichnet wurde, dürfte der beste Kenner Carl Eugens und seiner Zeit sein. Er stellte die Carlsschule als Schöpfung des Herzogs und Dokument seiner Bemühungen um die Erziehung seiner »Söhne« heraus. Der Schule lag der Gedanke der Offiziersbildung zugrunde nach dem Vorbild entsprechender französischer Schulen. Erst nach dem bekannten »Umschwung« im Leben des Herzogs konnte unter dem wachsenden Einfluß der Herzogsgemahlin Franziska von Hohenheim die Erziehungsanstalt entstehen, wobei der Wegfall einer Kontrolle durch Konsistorium und Stände dem Herzog die uneingeschränkte Verwirklichung seiner Idee erlaubte. Die zunächst nur für Söhne von Soldaten und Waisen geöffnete Anstalt stand später für Söhne aller Bevölkerungsschichten offen und erhielt 1770 die Bezeichnung »Militärakademie«. Von Anfang an kümmerte sich der Herzog

persönlich um seine Eleven und nahm häufig am Unterricht teil. 1775 zog die Akademie nach Stuttgart in die ehemalige Kaserne hinter dem Neuen Schloß um und erlebte dort ihre Blütezeit als »Hohe Carlsschule«. Wesentlich für den Ausbau zur Universität war die Errichtung einer medizinischen Fakultät, der eine weitere Förderung der »schönen Künste« sowie nach und nach eine ganze Anzahl weiterer Disziplinen folgen. Die Angleichung an die Universität Tübingen war schon 1792 geschafft; die Verpflichtung bedeutender Professoren des Landes begründete bald europäischen Ruf. Dr. Uhland stellte den damals durch Schillers Schauspiel »Die Räuber« gefährdeten Ruf der Schule glänzend wieder her, indem er vom Tageslauf der Zöglinge unter stets engagierter persönlicher Mitwirkung des Herzogs, den Aufschwung des kulturellen Lebens in Stuttgart durch Konzerte und sonstige Veranstaltungen schilderte. Dabei zeigte sich, daß trotz des strengen militärischen Reglements auch deftige »Schülerstreiche« vorkamen.

Mit dem Tode Carl Eugens 1793 kam das Ende der jungen Universität. Sein Nachfolger Ludwig Eugen, selbst an höherer Bildung uninteressiert, beschloß aus Sparsamkeitsgründen, das extravagante Unternehmen aufzuheben. 1805 entstand in den Gebäuden wieder eine »Kadettenschule«, die 1817 nach Ludwigsburg als »Kriegsschule« verlegt wurde. Aus dem bürgerlichen Nachfolger der Hohen Carlsschule, der Königlichen Real- und Gewerbeschule entwickelte sich die Technische Hochschule, die heutige Stuttgarter Universität. Viele ehemalige Schüler der Hohen Carlsschule wirkten als Beamte nachhaltig am Aufbau des Königreichs Württemberg mit, und so bedeutende Künstler und Gelehrte wie Dannecker, Hetsch, Kerner, Seele, Thouret, Varnbühler und nicht zuletzt der berühmteste, Friedrich Schiller, verdankten ihre Erziehung dieser Schule, die in der Zeit ihres knapp 25jährigen Bestehens geistiger und kultureller Mittelpunkt des Landes war.

Die erste Veranstaltung des neuen Jahres, am 17. Januar 1980, begann mit der Jahreshauptversammlung. Der Vorsitzende, Dr. Bollacher, gab in seinem Jahresbericht die Mitgliederzahl mit 350 an, wobei er darauf hinwies, daß die junge Generation in steigendem Maß Interesse an Ziel und Darbietung des Vereins bekundet. Infolge des Wechsels im Vereinsvorstand und in der Redaktion der Geschichtsblätter war eine Verzögerung im Erscheinen der Jahresgabe eingetreten. Durch Einschub eines Sonderhefts, das zum Jahreswechsel als Nr. 30/1978 erschien und die wertvolle Arbeit von Beate Maria Schüssler über »Das Schicksal der jüdischen Bürger von Ludwigsburg in der Zeit der nationalsozialistischen Verfolgung« zum Thema hatte, wurde die Lücke gefüllt. Nach Ablauf der üblichen Formalitäten sprach Oberstaatsarchivrat Dr. Wolfgang Schmierer über das Thema »Zur Entstehungsgeschichte von Ludwigsburg«. Der Vortrag fand beim zahlreich erschienenen Auditorium größtes Interesse und zahlreichen Beifall. Da er im vorliegenden Heft gedruckt erscheint, kann an dieser Stelle auf ein Referat verzichtet werden.

Einen besonders interessanten Abend erlebten die Zuhörer am 14. Februar, als Dr. Jörg Biel vom Landesdenkmalamt, Abteilung Bodenpflege, über die sensationellste archäologische Entdeckung des Jahrhunderts in unserer Heimat sprach: das Fürstengrab von Hochdorf. Es war für den Zuhörer von eigenartigem Reiz, daß der Ausgräber selbst anhand seiner hervorragenden Dias die Geschichte der Grabung und ihr vorläufiges Resultat vorführte. Dr. Biel begann mit einer kurzen Einführung in den Begriff der »Hallstattzeit«, deren Namen von dem bedeutenden Fundort

Hallstatt in Österreich herrührt. Sämtliche Ausgrabungen aus dieser Zeit besitzen für die Forschung besondere Bedeutung, da aus ihr (etwa 1200–450 v. Chr.) keine schriftlichen Überlieferungen vorliegen. Die Befunde geben Aufschluß über die noch so wenig bekannte keltische Welt und beweisen wirtschaftliche Beziehungen zum griechischen Mittelmeerraum, weshalb auch der Handel mit diesen Gebieten ein Grund für die Machtstellung der Kelten gewesen sein dürfte. In Südwestdeutschland ragen zwei große hallstattzeitliche Zentren heraus: das Gebiet um die Heuneburg an der oberen Donau und die Grabhügelkonzentration um den Hohenasperg, der ein der Heuneburg entsprechender Fürstensitz gewesen sein dürfte. Wenn auch auf dem Asperg eine entsprechende Grabung wie auf der Heuneburg infolge der Überbauung nicht möglich war und ist, so erhärtet doch der großartige Fund von Hochdorf (Eberdingen) die Vermutung, daß der Berg, umgeben von Fürstengräbern, einst von zentraler Bedeutung gewesen ist. Dabei kommt der Ausgrabung von Hochdorf deshalb eine besondere Bedeutung zu, weil überhaupt zum ersten Mal in der Geschichte unserer Archäologie ein unzerstörtes Zentralgrab der Hallstattzeit geborgen werden konnte.

Der infolge landwirtschaftlicher Nutzung ständig angepflügte und dadurch zunehmend gefährdete Grabhügel war von einer ehrenamtlichen Mitarbeiterin der Bodendenkmalpflege, Frau Renate Leibfried aus Hochdorf, entdeckt worden, woraufhin dann das Landesdenkmalamt die Grabung beschloß. So ist also die Archäologie Frau Leibfried zu besonderem Dank für ihre Aufmerksamkeit verpflichtet, denn ohne ihre gute Beobachtungsgabe hätte die ganze Sensation nicht stattfinden können.

Der ursprünglich etwa 60 m Durchmesser und 8–10 m Höhe aufweisende Hügel war mit einer Steinfassung umschlossen, die auf einer Seite einen Torweg freiließ. Dr. Biel erläuterte anhand von informativen Bildern die in dieser Form bisher in unserem Raum noch nie vorgefundene Anlage, in deren Zentrum das Fürstengrab in einer besonderen Grube lag. Die Grabkammer war durch Holzbalken in Blockbauweise gestaltet und mit Bohlen und Steinen überdeckt. Der gewaltigen Deckenlast ist einerseits die Unberührtheit des Grabes durch Räuber zu verdanken, andererseits wurden durch den späteren Einsturz der Decke Fundgegenstände zerdrückt. Der in der Grabkammer aufgefundene Tote, ein etwa 40jähriger Mann von beachtlicher Körpergröße (1,83 m), lag auf einer beweglichen Sitzbank mit Rückenlehne aus Bronzeblech, welche von acht Frauenfiguren mit erhobenen Händen getragen wurde. Die noch erhaltenen Stücke von Schmuck und Bekleidung (Schuhe, Gürtel) zeugen vom hohen Rang des Toten, da Gold eine bedeutende Rolle spielt. Löwenfiguren an einem großen Bronzekessel weisen auf die Verbindungen zum Mittelmeerraum. Trinkhörner, Trinkschalen, Toilettenbesteck und anderes vervollständigten die großartige Schau, und besonders wertvoll wird die Auswertung von Textilresten sein.

Interessant war die Schilderung, wie man bei der Grabung vorging, wie sich immer wieder neue Probleme auftaten, und wie manchmal ganz spezielle Methoden neu erfunden werden mußten, um die Bergung des Fundes zu ermöglichen. So wurden ganze Fundkomplexe eingegipst und vorläufig als Blöcke geborgen, die in den Werkstätten des Landesmuseums fachgerecht freigelegt werden können. Für die Restauratoren gibt es hier noch viel Arbeit; mancher Gegenstand wird noch zum bisher vorzeigbaren Bestand hinzukommen, z. B. ein komplett wiederherstellbarer

Kastenwagen. Aufgrund der Löwenfiguren, die durch Vergleiche ungefähr datiert werden können, gab Dr. Biel die Entstehungszeit des Fürstengrabs mit etwa 550 v. Chr. an, somit der späten Hallstattzeit angehörend. Der überaus lebendige Vortrag, bei dem man mit Dr. Biel sozusagen »vorort ging«, wurde mit reichem Beifall bedacht.

Der letzte Vortragsabend des Winterprogramms, am 13. März, erfreute durch Musik. Der uns durch seine ebenso amüsanten wie künstlerisch hochstehenden musikalisch-literarischen Vorträge bereits bestens bekannte Bibliotheksdirektor Dr. Wolfgang Irtenkauf, selbst ein kunstfertiger Pianist, gestaltete mit seinem Schwager Rainer Matthes, einem begabten Tenor, das interessante Thema »Schubert und Schiller«. Dr. Irtenkauf, der im Verlauf des Abends zwischen Rednerpult und Flügel hin- und herpendelte, entwarf zunächst ein Bild Schuberts und seiner Situation. Während die anderen Großen, insbesondere Mozart, durch »kosmopolitische Reisen« selbst in der Welt bekannt wurden, kam Schubert, der geborene Wiener, abgesehen von einer Reise nach Ungarn, nie aus seinem engen Lebensbereich heraus. Zwar konnte der arme Schulmeister, vom Vater zu diesem Beruf gezwungen, das Joch abschütteln und als freischaffender Musiker wirken, aber er fand nie heraus aus seinen kleinbürgerlichen Verhältnissen, und seine genialen Schöpfungen wurden im wesentlichen nur einem kleinen Freundeskreis bekannt (Schubertiaden!). Dabei stand er insbesondere im Schatten des großen Beethoven, dessen Bahre er 1827 als eifriger Verehrer folgte. Nur ein Jahr später fand er auf demselben Friedhof nach seinem allzu kurzen Leben (1797–1828) die letzte Ruhe. Beethoven war in Wien populär, wogegen Schubert in derselben Stadt als nahezu Unbekannter lebte und litt.

Ein Vergleich der beiden großen Dichter der Klassik, Goethe und Schiller, zeigt, daß Goethe von zahlreichen Komponisten vertont wurde, darunter auch von Schubert, wogegen Schiller, abgesehen von dem bekannten Schlußchor in der 9. Sinfonie von Beethoven, nur in Schubert, und das in 48 Kompositionen, einen Interpreten fand. Dabei war Goethes Verhältnis zur Musik recht kühl: als der schüchterne Schubert ihm mit devotem Schreiben seine Vertonung des »Erkönig« zustellen ließ, würdigte er ihn nicht einmal einer Antwort! Schiller, der Schuberts Lieder nicht mehr erlebte, sah dagegen die Musik als wesentliches Mittel zur Intensivierung des Wortes an. Das Lied findet auch Eingang in sein Schauspiel (Wallensteins Lager: »Wohlauf Kameraden, aufs Pferd!«; Die Piccolomini: Theklas Lied »Der Eichwald braust«). So hätte Schiller sicher Schuberts Kompositionen seiner Texte ein freundliches Interesse entgegengebracht. Schuberts Liedschaffen wurde beim 14jährigen durch Schiller'sche Gedichte entzündet, wobei sich zeigt, daß von Anfang an der unverwechselbare Stil des Meisters, insbesondere seine charakteristische, unerhört farbige Behandlung des Klavierparts völlig ausgebildet ist, sodaß der Weg zur letzten Meisterschaft gar nicht besonders weit war. Als Kostproben hörte man die meisterhafte »Gruppe aus dem Tartarus«, »An der Quelle saß der Knabe«, »Der Eichwald braust« und als frühen Ausbruch aus den Fesseln des Strophenliedes die »Sehnsucht«, ein Zwitter zwischen Lied und Oper. Nach »Thekla, eine Geisterstimme« führte ein überraschender Exkurs des Vortragenden zu Schuberts Gedicht »Die Forelle«, das zunächst in dessen eigener Komposition vorgetragen wurde. Schubert hat sich mit diesem Gedicht jahrelang beschäftigt, bis ihm die berühmt gewordene Fassung mit der zauberhaft imitierenden Klavierbegleitung gelang. Dabei hat Schubert aus dem Urtext mit Bedacht einige Zeilen herausgestrichen, in denen die Forelle mit einem Mädchen verglichen wird.

Die »Gruppe aus dem Tartarus« bezeichnete Dr. Irtenkauf als »Eingangshalle zu den großen Meisterwerken Schuberts«. Nachdem er sich vom 14. bis zum 21. Lebensjahr mit Schiller beschäftigt hatte, folgte als letzte Schillervertonung »Der Pilgrim«, in seiner Resignation schon der »Winterreise« nahestehend. Den Abschluß des Abends machte die Aufführung des »Tauchers«, eines schwierigen Werks, das selten zu hören ist. Als Unikum in der Musikgeschichte stellt es an die Aufführenden höchste Anforderungen: die Aufführung dauerte 20 Minuten! Die Darbietung gelang vortrefflich und brachte stürmischen Beifall ein.

2. Die Studienfahrten des Sommers 1980

Für die erste Halbtagesfahrt am Samstag, 3. Mai, war ein Besuch von Rottenburg gewählt worden, wozu als Führer Dr. Wilfried Setzler, Assistent am Institut für württ. Landesgeschichte der Universität Tübingen, gewonnen werden konnte. Dr. Setzler, durch seine Führung in Tübingen den Teilnehmern bereits bekannt, begann seine Dokumentation in der Sülchenkirche, wo er zunächst einen geschichtlichen Überblick über die ursprünglich schon als Römerstadt im 1. Jahrhundert nach Chr. gegründete, um 260 von den Alemannen eroberte alte Siedlung Rottenburg gab, die damals bereits um 5000 Einwohner gezählt hatte (im Mittelalter waren es nur etwa 2000!). Zahlreiche Funde aus der Römerzeit geben ein lebendiges Bild dieser römischen »Zivilstadt«. Die an Sehenswürdigkeiten reiche Sülchenkirche, außerhalb der Doppelstadt Rottenburg-Ehingen gelegen, ist Rest des von den Alemannen gegründeten Dorfes Sülchen, jetzt Friedhofskapelle und Grablege der Bischöfe von Rottenburg. Einst Zentrum der Gegend, verlor sie im 16. Jahrhundert ihre Bedeutung infolge der Verlegung der Pfarrei in die Rottenburger Stadtkirche, die 1821 nach Erhebung der Stadt zum Bischofssitz »Dom« wurde.

Nach Besuch der Wallfahrtskirche im Wegental, einem sehenswerten Barockbau im Stil der Vorarlberger Schule, fuhr man in den am rechten Neckarufer gelegenen Stadtteil Ehingen, wo die Moritzkirche besichtigt wurde: eine 1209 begonnene Basilika, 1320–30 erweitert, im Barock verändert und kürzlich auf ihr spätgotisches Aussehen zurückgeführt. Bedeutende Plastiken und Fresken aus dem 15. Jahrhundert und drei Grabmäler der Grafen von Hohenberg, die im 13. Jahrhundert auf dem höchsten Punkt Rottenburgs ihre Burg bauten, zählten zu den größten Sehenswürdigkeiten des Nachmittags. Leider behinderte ein unerfreulicher Dauerregen die von Dr. Setzler vorbereitete Führung durch die malerische Doppelstadt mit ihren alten Häusern, Gassen und Resten der Stadtbefestigung, doch bestieg man trotz der Nässe unverdrossen den Turm des Kalkweiler Tores und beging von dort aus einen Teil der hoch am Berghang hinziehenden Stadtmauer, um den Blick auf die Altstadt zu genießen. Völlig durchnäßt landete man im Sülchenmuseum. Der Dank an den Dozenten für seine anschauliche Führung kam allen von Herzen; eine Einkehr in Leonberg auf der Heimfahrt wischte den letzten Groll gegenüber dem Wettergott hinweg.

Mehr Glück war der Ganztagesfahrt am 6. Juli beschieden, die, zwischen lauter Regentagen, bei strahlendem Sonnenschein stattfinden konnte. Es war eine besondere Freude, daß sich der Vorsitzende Dr. Bollacher bereit erklärt hatte, dem Verein den ihm durch langes Studium wohlbekannten Limes in einer großangelegten Schau

selbst vorzuführen. Bereits auf der Anfahrt gab er eine umfassende Übersicht über Werdegang, Wesen, Bedeutung und Ausdehnung dieses gewaltigsten archäologischen Denkmals in Deutschland. Von den »Limes« ist der bedeutendste der »obergermanisch-rätische Limes«, der sich in einer Länge von 550 km von Rheinbrohl bis zur Donau bei Eining erstreckt. Ein wesentlicher Teil des obergermanischen Limes, mit einer 81 km langen Geraden zwischen Walldürn und dem Haghof bei Welzheim, sowie ein Teil des rätischen finden sich in unserem Land. Mehr als 60 Kastelle und 900 Wachttürme gehörten zu der gesamten Anlage zwischen Rhein und Donau.

Die Fahrt ging zunächst nach Welzheim; die Führung begann am »Wachtposten 9/116«, den restaurierten Grundmauern eines direkt neben der Straße Welzheim-Kaisersbach gelegenen Wachtturms, der infolge seiner Lage an der höchstgelegenen Stelle der 81 km langen Geraden für deren Vermessung von Bedeutung war. Dabei wurde ein Stück des Limes begangen. Von derselben Straße konnte, näher bei Welzheim gelegen, das »Kleinkastell« Rötelsee erreicht werden. Im späten 2. Jahrhundert nach Chr. entstanden, diente es, mit einer Abmessung von nur 18,5 m im Quadrat, vielleicht dem Schutz eines Limes-Durchgangs. Am »Ostkastell« in Welzheim (Seitenlänge 123 × 130 m) wurde der Aufbau eines »normalen« Kastells, mit je einem Tor auf den vier Seiten, Türmen an den abgerundeten Ecken und umgebendem Graben, erläutert. Das auffallend reich mit zwei Türmen ausgestattete Westtor hat man als Musterbau vollständig wieder aufgebaut. Leider wurde das ca. 540 m entfernt liegende Westkastell, eines der größten, völlig überbaut. Nur ein sensationeller Münzfund im Jahr 1911 erinnert noch daran.

Über den Haghof, wo die Limes-Gerade südostwärts abbiegt, ging es nach Pfahlbronn (»Pfahl« nannten die Germanen den Limes), von wo man auf einem schönen Waldweg (Kreutbühl) zur »Götzenmühle« wanderte. Der Weg führte teilweise auf dem Limes und an drei wohlkonservierten Wachtturmuinen vorbei. Die Fahrt führte weiter in das Gebiet des »rätischen Limes« zum Kastell Böbingen. Von der aus der Mitte des 2. Jahrhunderts stammenden Anlage konnte man einst die ganze Umgegend mit 20 Wachttürmen übersehen. In Aalen lag in dem nur noch in Spuren sichtbaren Kastell (mit 6 ha dem größten!) einst eine »ala«, eine Einheit von 1000 Reitern, woher der heutige Name der Stadt rührt. Im schöngelegenen parkartigen Freilichtmuseum wurden Weihesteine römischer Götter erläutert, wobei neben den Göttinnen Epona und Hericura besonders Mithras, ein persischer Lichtgott, interessierte, der im gesamten römischen Reich, insbesondere von Soldaten, verehrt wurde.

Nach wohlverdienter Mittagsrast ging es zum »Kastell Buch«, das als besondere Sehenswürdigkeit die wohlrestaurierten Grundmauern eines Bades vorweisen kann. Nördlich von Buch, im Mahdwald, war ein restauriertes Stück der rätischen Limes-Mauer (nur dieser Limes-Teil besaß eine Mauer), der Stumpf eines steinernen Wachtturms und dabei ein als Beispiel aufgebauter hölzerner Wachturm mit Palisaden zu sehen. Höhepunkt der Fahrt war die Besichtigung des zwischen Schwabsberg und Dalkingen ausgegrabenen, groß angelegten Limes-Durchgangs, der nach seiner Restaurierung das aufgehende Mauerwerk eines wohl triumphbogenartig zu denkenden Bauwerks zeigt. Es wurde vielleicht zu Ehren des die Gegend besuchenden Kaisers Caracalla errichtet, weshalb es bereits den Namen »Caracallator« erhalten hat.

Dr. Bollacher wußte nicht nur das Vorgeführte überzeugend zu erläutern, sondern ließ auf den Fahrtstrecken die ganze römische Welt in unserem Land erstehen und sprach nicht nur von den Siedlungen und der Eigenart ihrer Bauwerke, sondern auch von menschlichen Einzelschicksalen, die hinter den knappen Inschriften auf den aufgefundenen Weihe- und Erinnerungssteinen stehen. So war der Limes an diesem Tage nicht nur das sichtbare Leitbild für die Darstellung römischer Kultur, sondern auch ein Stück der Erinnerung an die Menschen, die einst als Vertreter des gewaltigen Imperiums in unserer Gegend lebten.

Die herbstliche Halbtagesfahrt am 27. September galt dem Besuch von Weinsberg. Neben dem Kerner-Haus und der »Weibertreu« bot sich als weitere Attraktion die kürzlich restaurierte Johanneskirche zur Besichtigung an. Die Besichtigungstour begann mit der uralten Johanneskirche. Anstelle des abwesenden Dekans Veith, der einen schön bebilderten Führer durch seine Kirche verfaßt hat und als Interpret vorgesehen war, übernahm M. Otto die Führung. Das malerisch gelegene Bauwerk war ursprünglich eine romanische Basilika mit Stützwechsel in den Arkaden, erbaut »um 1200«, wurde um 1250 nach Osten durch den Anbau eines Chorturms verlängert, der über dem Chorquadrat rasch ins Achteck übergeht und in einem Pyramidendach endet, was ursprünglich nicht der Fall war. 1350 wurde schließlich an den geraden Chorschluß ein weiträumiger gotischer Ostchor angebaut, der seit der Beschädigung der Kirche bei der Eroberung der Stadt durch Herzog Ulrich (1504) ein spätgotisches Gewölbe aufweist. Edelste romanische Steinmetzkunst außen und innen, neu freigelegte Fresken von »um 1300« an der Nordwand des Schiffs, die großartige Architektur von Schiff und Turmchor, genealogisch interessante Grabmäler im gotischen Ostchor: es gab viel zu sehen, und tief beeindruckt von einer der sehenswertesten romanischen Kirchen in unserer Gegend, die einst von den Herren von Weinsberg mit viel Aufwand als Taufkirche erbaut war (daher Johannes dem Täufer geweiht), ging man die kurze Strecke zum Haus von Justinus Kerner. Dort übernahm Studiendirektor i. R. Kurt Seeber, der Nestor Kernerscher Tradition in Weinsberg, die Führung. Es gelang ihm, die sympathische Gestalt des schwäbischen Romantikers überzeugend vor den Besuchern auferstehen zu lassen, wobei die zahlreichen Erinnerungsstücke im museal ausgestatteten Haus, mit einleuchtend »programmierten« Zimmern, eine gute Leitlinie waren. Kerners Verdienst um die Romantik ist weniger sein eigenes dichterisches Werk, obwohl auch hier Juwelen vorhanden sind, und das, entsprechend von zeitgenössischen Komponisten vertont, weltbekannt wurde. Es liegt vielmehr in der Gastfreundschaft, mit der sein Haus allen Dichtern seiner Zeit offen stand. Betreut von der tüchtigen Ehefrau, dem »Rickele«, traf sich dort die Elite der romantischen Dichter; diese Möglichkeit des Treffpunktes eines großen Freundeskreises, angeregt von einer gütigen und durch und durch gescheiten Persönlichkeit, hat Kerners Haus zu einem Zentralpunkt der Romantik gemacht.

Neben der Erwähnung seiner engagierten Tätigkeit als Arzt, mit wissenschaftlichen Publikationen, dem Studium des heute »Parapsychologie« genannten Zweigs der Medizin (Seherin von Prevorst!), stand bei der Führung im Vordergrund die Würdigung des Sammlers Kerner, der als echter Romantiker eine Vorliebe für das Mittelalter hatte. Es gab daher aus dieser Epoche einige wertvolle Stücke, darunter insbesondere einige Glasgemälde, zu sehen. Nach der Besichtigung des »Geisterturms«, eines alten Turms der Stadtbefestigung, der von Kerner gekauft und für

seine Zwecke hergerichtet wurde, wanderte man im Sonnenschein durch die Weinberge zur Ruine Weibertreu, deren Erhaltung Kerners Verdienst ist. Herr Seeber, der auch hier als bester Sachkenner führte, erzählte die bewegte Geschichte der Burg, die, zunächst salisch, dann durch Heirat calwisch-welfisch, 1140 von dem Staufer Konrad III. erobert wurde. Dabei ereignete sich die historisch belegte Geschichte von den »Weibern von Weinsberg«, die Kerner veranlaßt hat, einen Frauenverein zu gründen, der sich fortan für die Erhaltung der Burgruine verantwortlich fühlte. Nach der Zerstörung der Burg im Bauernkrieg (1525) wurden die adeligen Verteidiger am »blutigen Ostersonntag« durch die Spieße der Bauern gejagt. Bald darauf nahm Georg Truchsess von Waldburg, »der Bauernjörg«, an Weinsberg blutige Rache, das dabei in Flammen aufging. In den Mauern der Ruine sind die Namen berühmter Besucher, vorweg der Freunde Kerners, verewigt. In die Fenster des »dicken Turms« waren Kerners Äolsharfen eingebaut, deren Nachfolgerinnen heute noch erklingen, wenn der Wind günstig steht. Auf der Zinne des »dicken Turms«, angesichts des großartigen Rundblicks ins herbstliche Land, dankte man dem so anschaulich und mit Liebe führenden Herrn Seeber. Dr. Bollacher wies in seinem Abschiedswort darauf hin, daß gegenüber Weinsberg Ludwigsburg fast lächerlich jung erscheine. Aber Ludwigsburg habe doch der uralten Stadt als prominentesten Bürger seinen Sohn Justinus Kerner beschert. Ein gemütliches Beisammensein beschloß, wie üblich, die Sommerversammlungen des Historischen Vereins.

Vorstehender Bericht wurde anhand der Zeitungsreferate zu den einzelnen Veranstaltungen verfaßt. An letzteren waren neben dem Verfasser dieser Zeilen auch die Vorstandsmitglieder Helga Gengnagel und Wilfried Melchior beteiligt.

Markus Otto

Stadtgeschichte – Stadtforschung

– Auszug aus der Begrüßungsansprache von Herrn Oberbürgermeister Dr. Otfried Ulshöfer zur Stadtgründungsfeier in Ludwigsburg am 9. Mai 1980 –

Die Begrüßungsansprache von Herrn Oberbürgermeister Dr. Ulshöfer zur Stadtgründungsfeier am 9. Mai 1980 enthielt Ausführungen zur Geschichte der Stadt Ludwigsburg, die verdienen, in den Ludwigsburger Geschichtsblättern festgehalten und damit einem größeren Interessentenkreis bekannt gemacht zu werden. Dr. Ulshöfer erklärte sich gegenüber dem Historischen Verein für Stadt und Kreis Ludwigsburg e. V. mit der Veröffentlichung einverstanden, wies zugleich aber darauf hin, daß es sich hierbei nicht um eine mit wissenschaftlicher Gründlichkeit erarbeitete Betrachtung, sondern lediglich »um ein paar Gedankenskizzen« handele. Die angeführte Dissertation von Jürgen Heinen-Tenrich wird in diesem Heft der Ludwigsburger Geschichtsblätter (S. 178 ff.) besprochen, die Untersuchung von Beate Maria Schüssler ist in Heft 30/1978 der Ludwigsburger Geschichtsblätter erschienen. Das zitierte Referat von Dr. Horst Matzerath (FU Berlin) »Wachstum und Strukturwandel als Grundbedingungen der Stadtentwicklung im 19. und 20. Jahrhundert« wurde im Rahmen eines vom Deutschen Institut für Urbanistik am 29./30. April 1980 in Berlin durchgeführten Kolloquiums »Probleme der Stadtgeschichtsschreibung« gehalten und in die 76. Sitzung des Kulturausschusses des Deutschen Städtetags am 8./9. Mai 1980 in Osnabrück als Tischvorlage eingebracht [Anm. d. Red.]

Wir begehen in diesem Jahr den 276. Jahrestag der Grundsteinlegung zu unserem Schloß durch Herzog Eberhard Ludwig am 7. Mai 1704 und damit des Ursprungs unserer Stadt.

Ich will hier nicht der Frage nachgehen, ob nicht jener Entschluß, jener Schritt unseres Gründerherzogs *allein schon* für unsere Stadt Grund und Rechtfertigung genug war und ist, den Brunnen mit seinem Denkmal auf unserem schönen Marktplatz in Ehren zu halten und zu pflegen. Ich möchte hier noch einmal Ihnen, lieber Herr Senator Klenk, dafür danken, daß Sie im vergangenen Jahr die Renovierung möglich gemacht haben.

Wir wissen ja heute auch, daß jenes Bild des Herzogs Eberhard Ludwig als eines macht- und prunksüchtigen Ausbeuters und Menschenschinders, das so lange die württembergische Geschichte beherrscht hat und das auch noch im Kopf des jungen Menschen herumgeisterte, der sich vor einigen Wochen zum Beschmieren des Denkmals hinreißen ließ, zumindest einseitig war und der staatsmännischen und geschichtlichen Leistung dieses Herzogs nicht gerecht wurde. Einige Festvorträge in den Stadtgründungsfeiern der letzten Jahre haben zu dieser Korrektur des herkömmlichen Geschichtsbildes beigetragen.

Wenn man aber bedenkt, daß in diesen Monaten eine ganze Reihe von Städten und Gemeinden in der unmittelbaren Nachbarschaft Ludwigsburgs auf eine historisch nachweisbare 1200jährige Geschichte zurückblicken – denken Sie an Kornwestheim oder z. B. an Markgröningen und Benningen –, dann drängt sich doch die Frage auf, ob daneben die Feier des 276. Geburtstages unserer Stadt überhaupt eine Berechtigung hat.

Ich meine allerdings: Die Antwort muß »ja« lauten.

Gerade in unseren Tagen beginnt man in unserem Land, in Deutschland, sich wieder mehr der Zusammenhänge, vor allem auch der unauflösbaren Kontinuität unserer Geschichte, bewußt zu werden; etwas, was für andere Völker (etwa die Franzosen und die Engländer) eine schlichte Selbstverständlichkeit ist! Dazu gehört, daß wir lernen, auch die dunklen Kapitel unserer Geschichte nicht länger zu verdrängen, sondern sie aufzuarbeiten, sie als unlösbaren Teil unserer Vergangenheit zu verstehen und zu akzeptieren. Dazu gehört aber auch – um Gedanken aufzugreifen, die der Berliner Historiker Horst Matzerath vor kurzem auf einer Tagung über Stadtgeschichtsforschung entwickelt hat –, daß wir uns stärker auch der Geschichte unserer Städte zuwenden, vor allem der neueren Geschichte, weil sie der Raum sind, in dem unsere gegenwärtige Gesellschaft ihre entscheidenden Züge ausgebildet hat und der für einen großen Teil unserer Bevölkerung den Lebensraum bildet. Stadtgeschichte kann und sollte über die bloße Darstellung vergangener Zustände und Verhältnisse hinaus zur Analyse und Erklärung von Entwicklungen auf dem Weg zu unserer heutigen Stadt führen; sie kann uns helfen, die gegenwärtige Stadt und unsere städtische Umwelt als das Ergebnis von Verhältnissen und Entwicklungen zu verstehen, die ihre je spezifischen Bedingungen in der Vergangenheit hatten, und sie kann damit dazu beitragen, unseren Bürgern, vor allem den jungen und den neuen Bürgern, die emotionale Identifikation, das gefühlsmäßige Sicheinfühlen mit ihrer Heimatstadt möglich zu machen oder doch zu erleichtern.

Was dies konkret bedeutet, können Sie etwa daran erkennen, wie z. B. die Geschichte der Ludwigsburger Garnison die Entwicklungen und Wandlungen unserer Stadt bis zum heutigen Tage geprägt hat:

Auf der einen Seite die Kasernenbauten, an denen fast wie an Jahresringen eines Baumes das Wachstum der Stadt abgelesen werden kann – von der Talkaserne der Zeit Herzog Karl Alexanders über die Kasernen der Zeit Herzog Karl Eugens (z. B. die Reiterkaserne am Karlsplatz und die Arsenalkaserne), den »3. Ring« aus der Zeit König Friedrichs an der Wende vom 18. ins 19. Jahrhundert; die Kasernenbauten des Kaiserreichs der letzten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts bis hin zu den neuen Kasernenbauten der 30er Jahre (Flak-, Krabbenloch-, Eberhard-Ludwig- und Fromannkaserne) – »Ringe«, über die immer wieder die bürgerliche, die »zivile« Stadt hinausgewachsen ist.

Auf der anderen Seite die »Absorption« dieser Kasernen, wo die historische Entwicklung, etwa nach den verlorenen Kriegen, dies erlaubte; ihre Umnutzung (wie z. B. Reiter-, Arsenal- und Wilhelms-Kaserne), ja ihre Ersetzung durch andere, der urbanen Entwicklung Ludwigsburgs dienende Bauten und Anlagen wie z. B. bei der Talkaserne, der Marstallkaserne oder der KO-Kaserne. Und hierher gehört auch die jahrzehntelange Behinderung der städtebaulichen Entwicklung im Gebiet östlich der Stuttgarter Straße durch die dortigen, z. T. noch immer militärisch genutzten Kasernen, die Ärgernis und glückhafte Zukunftschance zugleich für unsere Stadt sind, wenn wir nur die Chance der Sanierung unserer City-Ost recht nutzen.

An diesem hier nur grob skizzierten Beispiel aus der Stadtgeschichte Ludwigsburgs wird sichtbar und verständlich, wie die Garnison durch die Jahrhunderte hindurch Gesicht und Schicksal, Entwicklung und Wandlungen unserer Stadt entscheidend geprägt hat, und wie diese Stadt, obwohl noch immer in guter Tradition den in ihr lebenden Soldaten eine gutpartnerschaftliche Garnisonsstadt,

inzwischen auf dem Wege ist, sich mit einer langfristig angelegten Zielvorgabe von diesem Teil ihrer Vergangenheit allmählich wegzuentwickeln.

Einige neuere Arbeiten haben zur Vertiefung und Verfeinerung des Bildes über unsere neuere Ludwigsburger Geschichte, wie ich meine, schon einen wesentlichen Beitrag geleistet.

Ich denke hierbei etwa an das Werk von Jürgen Heinen-Tenrich über die Entwicklung Ludwigsburgs zur multifunktionalen Mittelstadt (1860–1914), das 1976 erschienen ist, oder an die erschütternd zu lesende Arbeit von Beate Maria Schüssler über »Das Schicksal der jüdischen Mitbürger von Ludwigsburg während der Zeit der nationalsozialistischen Verfolgung«, die Dank einer Spende der Familie Aigner und mit finanzieller Unterstützung durch die Stadt als Heft 30 der Ludwigsburger Geschichtsblätter veröffentlicht werden konnte. Gerade diese Arbeit kann uns mit dem Schrecklichen, das sie berichtet, wie mit den spärlichen Lichtpunkten der Menschlichkeit, die sie auch enthält, in unseren aktuellen kommunalpolitischen Problemen – etwa im Umgang mit unseren ausländischen Mitbürgern – Mahnung und Hilfe sein: Mahnung und Hilfe zur Toleranz und zur Menschlichkeit.

Unser Stadtarchiv ist seit einiger Zeit dabei, das vorhandene Quellenmaterial unserer neueren Geschichte dadurch zu ergänzen, daß wir ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger bitten, uns ihre persönlichen Erinnerungen und Erlebnisse aus den letzten Jahrzehnten – vor allem aus der Zeit des NS-Regimes und davor – mitzuteilen. Ich möchte an Sie alle, die Sie für unsere Stadt Ludwigsburg engagiert sind, appellieren und Sie bitten, diese Aktion zu unterstützen; zu unterstützen auch dadurch, daß Sie alte Briefe oder Dokumente, alte Fotografien aus dem Familienbesitz, die vielleicht noch irgendwo in einer Truhe auf dem Dachboden schlummern und die ein Mosaiksteinchen zum Bild unserer Stadt in der jüngeren Geschichte beitragen könnten, dem Stadtarchiv zur Auswertung zur Verfügung stellen, damit sich aus all diesen Mosaiksteinen allmählich ein Gesamtbild der Geschichte unserer Stadt fügen kann – ihres Aussehens, aber auch der Lebensverhältnisse der Menschen, die in ihr gewohnt und gearbeitet haben.

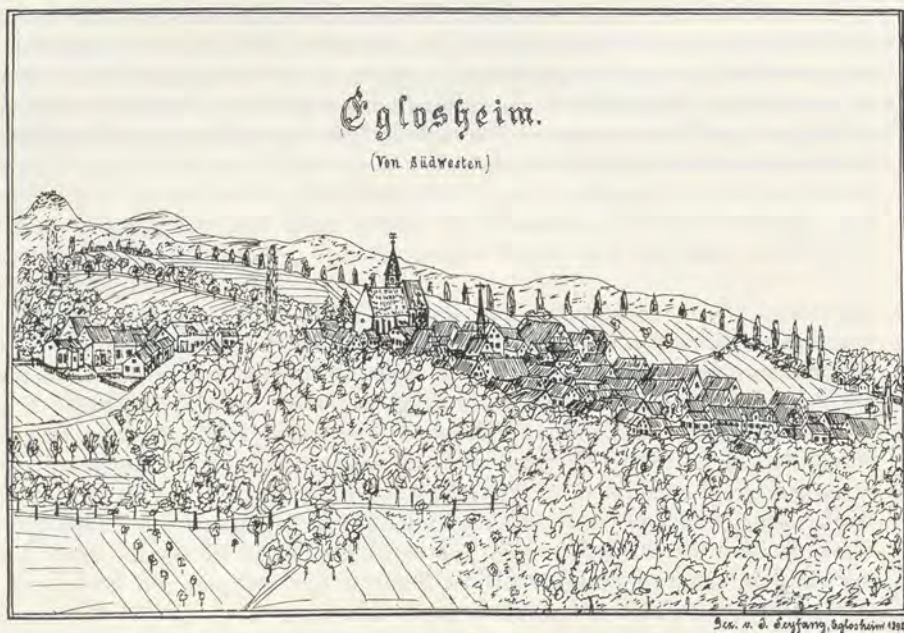
Aufbau einer Quellsammlung zur Ludwigsburger Geschichte im Stadtarchiv Ludwigsburg

In der geschichtlichen Überlieferung Ludwigsburgs gibt es – für den Zeitraum von ca. 1930 bis 1950 – eine erhebliche Dokumentationslücke.

Aus jener Zeit gingen viele wichtige, für die stadtgeschichtliche Forschung unentbehrliche Unterlagen verloren. Das Stadtarchiv Ludwigsburg hat deshalb damit begonnen, Quellen, Materialien und Informationen u. a. zu diesem Abschnitt der Ludwigsburger Geschichte zusammenzutragen.

Einerseits sollen möglichst viele Unterlagen (Manuskripte jeglicher Art, Druckschriften, Plakate, Fotos und dergl.) gesammelt, andererseits aber auch Augenzeugen mittels gezielter Tonbandinterviews befragt werden. Gerade aus Interviews mit Zeitgenossen können oftmals anschaulichere Informationen als aus schriftlichen Überlieferungen gewonnen werden. Bei Interviews liegt der besondere Wert, aber auch die Schwierigkeit in der Auswertung, in der subjektiven Sichtweise des Informanten. Gingen wertvolle schriftliche Quellen des angesprochenen Zeitabschnitts durch bewußte oder unbewußte Einwirkungen verloren, so sind aber auch viele Meinungen, Erinnerungen und Erlebnisse überhaupt nicht schriftlich fixiert worden. Gerade deshalb kommt dem Interview eine besondere Bedeutung zu, nämlich Überlieferungen für die Nachwelt zu sichern, solange die Zeitgenossen noch am Leben sind.

Bislang wurden einige interessante Interviews, die aufschlußreiche und ergänzen-



Federzeichnung von Jakob Seyfang, 1892, in der von ihm verfaßten »Beschreibung von dem Pfarrdorfe Eglosheim« (Vorlage und Foto Stadtarchiv Ludwigsburg)

de Informationen geben, mit Persönlichkeiten aus dem kommunalpolitischen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und militärischen Bereich geführt. Besonderes Interesse gilt dabei der Sicherung von Anekdoten, Episoden und Geschichten aus Alt-Ludwigsburg.

Ebenso soll darauf hingewiesen werden, daß das Stadtarchiv Ludwigsburg auch Unterlagen *ohne* zeitliche Begrenzung, die für die (Zeit-)Geschichte Ludwigsburgs und seiner Stadtteile von Bedeutung sein können, sammelt. Im Bedarfsfalle werden Reproduktionen für das Stadtarchiv angefertigt.

Es ist im Verlauf des letzten Jahres gelungen, wichtige Dokumente als Deposita in das Stadtarchiv zu übernehmen und somit der Heimatforschung zugänglich zu machen, wie z. B. die handgeschriebene, beinahe 1000 Seiten umfassende und mit zahlreichen, reizvollen Zeichnungen versehene »Beschreibung von dem Pfarrdorfe Eglosheim«, die der Eglosheimer Landwirt Jakob Seyfang in den Jahren 1892 bis 1941 verfaßte, sowie das herzogliche Apotheker-Privileg für die Bischoffsche Apotheke aus dem Jahre 1721, der ersten Ludwigsburger Stadtapotheke.

Wie bereits bei einem dieser Dokumente geschehen, können durch vertragliche Regelung die Eigentumsrechte des Deponenten gewährleistet werden.

Das Stadtarchiv Ludwigsburg ist für jeden Beitrag, der dem Aufbau dieser Dokumentation dient, dankbar.

Wolfgang Läßle

Tätigkeit des Historischen Arbeitskreises Kornwestheim 1979–1980

Der Historische Arbeitskreis hat im Zeitraum 1979/1980 recht erfolgreich arbeiten können. Einen ganz überraschend guten Erfolg hatte die Vorführung des von Hugo Moser und Reinhold Kienzle gestalteten Lichtbild-Vortrags »Vom Dorf zur Stadt«, der die Entwicklung Kornwestheims von 1900 bis zur Stadterhebung 1931 zum Inhalt hat. In Zusammenarbeit mit dem Kulturamt der Stadt Kornwestheim wurde der Vortrag von März bis Mai 1979 dreimal veranstaltet und fand das Interesse von mehr als 1500 Besuchern. Der Vortrag stellt das Wachsen des Orts im Zuge der Industrie dar, aber auch die damit zusammenhängende soziale Entwicklung, insbesondere die Bildung der unterschiedlichsten Vereinigungen im Bereich von Sport und Kultur. Die Lichtbilder – 1961/62 aufgenommen – dokumentieren darüber hinaus manche Gebäude, die so heute nicht mehr vorhanden sind. Der Lichtbildvortrag wurde inzwischen von der Stadt Kornwestheim angekauft, um ihn den Schulen zur Verfügung stellen zu können. Das bei diesen Veranstaltungen in Erscheinung getretene Interesse an der Heimatgeschichte ermutigte zur Einführung von Kursen über die Stadtgeschichte in der Volkshochschule. Der erste Kurs im Winterhalbjahr 1979/1980 des Unterzeichneten über die Anfänge fand einen so erfreulichen Anklang, daß im ersten Halbjahr 1980 in größerem Rahmen von vier Mitgliedern des Arbeitskreises (R. Kienzle, Frau Dr. Mack, H. Wagner, J. Kerkhoff) gemeinsam an acht Abenden ein Kurs abgehalten wurde. Thema war die Zeit vom Ende des Mittelalters bis zum 19. Jahrhundert, wobei das Hauptgewicht auf der Fleckenbeschreibung Kerners lag. Jeweils im Anschluß an die Kurse wurde eine Führung durch den alten Ortskern veranstaltet.

Die Volkshochschulkurse werden fortgeführt; im Winterhalbjahr 1980/81 wird Herr Wolfgang Lämmle einen Kurs abhalten über die Bodenfunde auf der Gemarkung Kornwestheim, mit anschließendem Besuch der Alemannen-Ausstellung im Landesmuseum.

Auf Wunsch verschiedener Vereinigungen wurden Vorträge und Führungen durchgeführt. Im Rahmen der 1200-Jahr-Feier steht der Historische Arbeitskreis der Stadt beratend zur Verfügung. Insbesondere wurden, in Zusammenarbeit mit Herrn Prof. Dr. Boelcke, Texte für Schilder erarbeitet, die an den alten Höfen und anderen wichtigen Gebäuden angebracht werden sollen.

Die weiteren großen Arbeitsvorhaben sind: Sammlung von Gegenständen für eine zukünftige stadthistorische Sammlung und die Erstellung eines Führers durch Kornwestheim, der den heutigen Zustand in seiner historischen Entwicklung erläutern soll.

Joseph Kerkhoff

Baukunst und Bauhandwerk des Deutschen Ordens in der Barockzeit

Pläne – Bilder – Dokumente

Ausblick auf eine Ausstellung des Staatsarchivs Ludwigsburg 1981

Die zentrale Landesausstellung des Jahres 1981 »Barock in Baden-Württemberg«, die von Ende Juni bis Oktober 1981 in dem so vorzüglich restaurierten Schloß Bruchsal der ehemaligen Fürstbischöfe von Speyer zu sehen sein wird, ist landesweit in ein reichhaltiges kulturelles Begleitprogramm eingebettet. In diesem Rahmen können Ludwigsburg, die Barockstadt par excellence, und die in ihr tätigen Institutionen dem Barockjahr besondere Glanzlichter aufsetzen.

Aber nicht nur die Stadt selbst ist ein lebendiges und »blühendes« Anschauungsobjekt zum Thema Barock, – in ihr und von hier aus kann auch landesweit das so imponierend reiche kulturelle, politische und wirtschaftliche Bemühen des 17. und 18. Jahrhunderts verdeutlicht und demonstriert werden. In diesem Sinne möchte das Staatsarchiv seinen Blick über Ludwigsburg hinausrichten und so das »Barockangebot« in einen größeren Zusammenhang stellen. Es wird in einer Ausstellung, deren Fundus fast ausschließlich die eigenen Bestände bilden, an einem Modellfall die vielleicht am meisten ins Auge fallende kulturelle Leistung jener Zeit veranschaulichen, die intensive, alle Lebensbereiche umfassende Bautätigkeit.

Am Beispiel des Deutschen Ordens, dessen Hochmeister von 1525/29 bis 1809 in Mergentheim residierten und dessen Niederlassungen (Kommenden, Ämter) sich über ganz Südwestdeutschland erstreckten, soll anhand von Plänen, Bildern und Dokumenten aufgezeigt werden, wie intensiv und vielfältig die großen und kleinen Territorien der Barockzeit ihre zeittypischen Lebensformen im Bauwesen zum Ausdruck brachten.

Es erscheinen z. B. die teils hochrepräsentativen, teils funktionell einfach gehaltenen Burg- und Schloßbauten zu Mergentheim, Horneck, Heuchlingen, Neckarsulm, Kirchhausen und Stocksberg, die wehrhafte Burgruine Neuhaus, die mächtige Kapfenburg, Schloß Ellingen, oder im südlichen Landesteil die bedeutsamen Schlösser Altshausen und Mainau, z. T. mit ihren barocken Gartenanlagen. An ihrer Seite stehen oft die großen Baukomplexe der reichsstädtischen Ordenskommenden wie Heilbronn und Ulm, Frankfurt und Nürnberg. Neben die weltlichen Repräsentations- und Amtgebäude treten die kirchlichen Bauwerke, die Schloßkapellen und die Vielzahl der Pfarrkirchen und Pfarrhäuser auf dem Lande, die im 18. Jahrhundert neu errichtet wurden, manche mit künstlerischem Flair, andere in handwerklicher Solidität. Die Vielfalt der Bautätigkeit des Deutschen Ordens im 18. Jahrhundert dokumentieren die Baupläne von Spitälern und Armenhäusern, von Rathäusern und Schulen, von Mühlen, Brauhäusern, Keltern und Wirtschaften, nicht zuletzt auch der oft recht imposanten bürgerlichen Wohnhäuser. Zu sehen sind daneben aber auch Detailpläne und Zeichnungen einzelner Altäre, Orgeln, Kanzeln und Decken-

GEOMETRISCHER PLAN

Der Ganzen Markung des
dem hohen Ketzchen orten Lehen-
baren Hoff- Pflasterdingen wie
solche Anno 1770 auf gemessen
und folgend befunden worden.

acker-Feld

Zellig Auringen 196 M. $\frac{1}{2}$ v. is $\frac{1}{2}$ lüben.
Zellig Mittel 152 M. 1 v. d. lüben.
Zellig Hochgericht 182 M. . . 1 $\frac{1}{2}$ lüben.
Cuma: 450 M. 1 $\frac{1}{2}$ v. 1 $\frac{1}{2}$ lüben.

Wiesen

Im Thal dem Vayhinger specialat
Lehendbar — 25 M. 2 v. $\frac{1}{4}$ lüben.
Lehend Freie Gärten
11 M. . . 2 v. $\frac{1}{2}$ lüben.
Lehend Freie Wiesen
6 M. . . 2 v. $\frac{1}{2}$ lüben.
Häuser und Ge-
bäude um Wägen
Circuspa — 27 M. . . 15 lüben.
Herzogt Württemberg Hellererij
Vayhinger Normal Lehendacker
3 M. . . $\frac{1}{4}$ lüben.

Waldung

Das Gauchen-Buschle
genannt — 2 M. 1 v. $\frac{1}{2}$ lüben.
Cuma . . . 566 M. 8 $\frac{1}{2}$ v. 5 lüben.





Pulverdingler Hof und Umgebung. Ausschnitt aus dem Gemarkungsgrundriß von 1770 (ca. 0,8 × Originalgröße).

Grundriß mit Zelgeneinteilung über die Gemarkung des der Deutschordenspflege Vaihingen zehntbaren Hofes Pulverdingen. Gezeichnet von Johann Caspar Wendel, Geometer zu Eberdingen, 1770. Der handschriftliche, im Original kolorierte Plan ist entnommen dem Band »Vaihingen. Plan und Grund-Risse auch Zehnd-Stein-Beschreibung über die zu der Hohen Teutschordens-Pfleg dahier als auch auf Entzweyhingen, Pulfertingen und Leinfelder Marckung befindlicher Zehnd-Districten, renoviert Anno 1769 et 1770« (StAL B 314 Bü. 23). Der Originalplan mißt 46 × 35 cm. Der Band enthält 38 Grundrisse von Markungen und Flurstücken.

stukkaturen sowie verschiedene technische Konstruktionen. Berücksichtigung findet auch das Landbau- und Vermessungswesen, ein Gebiet, auf dem der Deutsche Orden im 18. Jahrhundert – mitbedingt durch die starke territoriale Zersplitterung – hervorragende Leistungen aufweisen kann. Besonders bemerkenswert für den Ludwigsburger Raum ist eine Fülle von Gemarkungs- und Flurkarten der Deutschordensbesitzungen und Zehntdistrikte um Vaihingen, Enzweihingen, Pulverdingen, Hochdorf, Leinfeldern und Riet.

Die Ausstellung ist in ihrem Grundstock nur eine kleine Auswahl aus ca. 1300 Plänen, Rissen, Ansichten und Skizzen, die in jüngster Zeit bei einer systematischen Durchforstung der Deutschordensbestände des Staatsarchivs Ludwigsburg festgestellt werden konnten. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, waren sie bislang unveröffentlicht und unbekannt. Hierin wird ein zusätzlicher Reiz dieser Dokumentenschau liegen, deren dauerhafter Ertrag in einem bebilderten Katalog festgehalten werden soll. Die Ausstellung wird im Erdgeschoß des Riesenbaues im Schloß Ludwigsburg aufgebaut und ist der Öffentlichkeit vom 22. Mai bis 30. August 1981 (auch an Sonn- und Feiertagen) zugänglich.

Alois Seiler

Buchbesprechungen

Damals für heute. Historisches und Nachdenkliches zum 150jährigen Bestehen des Verlages Fleischhauer & Spohn. Hrsg. v. Wolfgang Stammler. Stuttgart (Fleischhauer & Spohn), 1980, 128 S. mit einigen Abb.

Das kleine, sorgfältig gedruckte, ansprechend gestaltete und schön gebundene Bändchen enthält fünf Aufsätze: »Vorgeschichte und Aufstieg des Fleischhauer & Spohn Verlages« (Prof. Dr. Werner Fleischhauer), »Damals für heute. Erfahrungen und Perspektiven aus sieben Jahren Verlagsarbeit« (Wolfgang Stammler), »Die Rolle der kleinen Verlage im deutschen Buchhandel« (Thomas Bez), »Über die gegenwärtigen Schwierigkeiten des historischen Erzählens« (Prof. Dr. Fritz Martini) und »Herzog Eberhard Ludwig von Württemberg. Sein Bild in unserer Zeit« (Dr. Alois Seiler). Dieser letzte Aufsatz (S. 103–120) ist ein neuer Beitrag zur Geschichte Ludwigsburgs und seines Stadtgründers, hervorgegangen aus dem Einführungsvortrag des Verf. zur Eberhard Ludwig-Ausstellung des Württ. Landesmuseums und des Staatsarchivs Ludwigsburg von 1976 und zugleich Vorgriff auf die von ihm vorbereitete umfassende Biographie des Herzogs Eberhard Ludwig. Ausgehend von der bemerkenswerten Tatsache, daß Eberhard Ludwigs Wirken als Landesherr in der wissenschaftlichen Literatur bislang kaum beachtet worden ist, entwirft der Verf. in Umrissen ein knappes Portrait dieses als Reichsfürst, Soldat und Kirchenoberhaupt bedeutenden Barockfürsten, der mit seiner Regierung »eigentlich auf allen Lebensgebieten einen neuen Abschnitt württembergischer Geschichte eingeleitet hat« (S. 120). Dabei steht nicht die Absicht im Vordergrund, Herzog Eberhard Ludwigs »schlechtes Image« aufzuwerten, sondern das Bemühen, aus heutiger Sicht gerecht, d. h. zeitbezogen und unvoreingenommen zu werten und darzustellen. So ist hier ein farbiges und zugleich fachkundig geformtes Bild des Herzogs in seiner Zeit entworfen, das eine umfassende Ausweitung in der geplanten Biographie mit Spannung erwarten läßt.

Wolfgang Schmierer

Herwart Vorländer (Hrsg.): Nationalsozialistische Konzentrationslager im Dienst der totalen Kriegführung. Sieben württembergische Außenkommandos des Konzentrationslagers Natzweiler/Elßaß. (Veröffentlichungen der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg, Reihe B, Forschungen, 91. Band), Stuttgart (W. Kohlhammer Verlag) 1978, 270 S., 18 Abb.

Diese Arbeit, die sich die Erforschung des Nationalsozialismus auf landesgeschichtlicher Ebene am Beispiel einiger in Württemberg infolge des totalen Krieges eingerichteten Arbeitslager zum Ziel gesetzt hat, ist das Ergebnis intensiver Quellenstudien und Zeugenbefragungen einer aus sieben Mitgliedern bestehenden Projektgruppe der PH Ludwigsburg. Wie andere vergleichbare Lager stellen die Außenkommandos des KZ Natzweiler/Elßaß, dessen Geschichte in der Einleitung dargestellt wird, ab 1944 die von ausgelagerten, mit Hochdruck arbeitenden Luftrü-

stungsbetrieben dringend benötigten Arbeitskräfte am Ort zur Verfügung. Bis in kleinste noch greifbare Details werden die Verhältnisse der in Leonberg, Hessental, Neckargartach, Echterdingen, Hailfingen, Vaihingen (Enz) und Schörzingen ehemals befindlichen Arbeitslager beschrieben, deren unmenschliche Funktion darin bestand, die Häftlinge bei »extensiver« Auswertung, »berechnet nach dem höchstmöglichen Gewinn aus der Arbeit der Lebenden und den Überresten der Toten« physisch zu vernichten. Trotz oftmals spärlicher Überlieferung der Quellen ist es den Autoren gelungen, die nach diesen Grundsätzen ausgerichtete Organisation der einzelnen Lager so ausführlich darzustellen, daß man einen Einblick in das traurige Dasein der Lagerinsassen bekommen kann. Darüber hinaus wird die Geschichte dieser Außenkommandos von deren Planung bis zur Errichtung von Mahnmalen geschildert. Fotografien und Pläne sowie eine Zusammenstellung ausgewählter Dokumente im Anhang lassen den Text noch anschaulicher werden.

Wolfgang Schneider

Theodor Bolay: Chronik der Stadt Asperg. Bietigheim-Bissingen (Verlag Peter Krug) 1978, 675 S. und 40 Abb.

Der Asperg (mit seiner nächsten Umgebung) war sozusagen seit Urzeiten kultureller Mittelpunkt unserer Landschaft – die Ausgrabung des Keltengrabs von Hochdorf hat es jüngst nach Ansicht der beteiligten Fachwissenschaftler erneut bestätigt. Als Festung blieb er seit dem Ausgang des 16. Jahrhunderts militärisch bedeutsam, im 18./19. Jahrhundert war er als »Demokratenbuckel« noch in – allerdings eher makabrem – Ansehen, heute ist er zum Sitz des »Vollzugskrankenhauses« degradiert und allenfalls noch eine touristische Attraktion im daran armen Umland (sofern der Zugang nicht gerade gesperrt ist!).

Theodor Bolay, Rektor i. R. und seit über 30 Jahren ehrenamtlicher Stadtarchivar, dem wir neben anderem auch schon die Chroniken von Neckarweihingen (1968) und Poppenweiler (1974) verdanken, widmet sein jüngstes umfangreiches Werk der Entwicklung der Stadt Asperg von den Anfängen bis zur Gegenwart, d. h. bis zum Jahr 1975. Er will den »geschichtlichen Weg« der heutigen Stadt Asperg von der »kleinen Siedlung am Fuße des Berges« über das mittelalterliche Bauern- und Weingärtnerdorf und die Arbeiterwohngemeinde des späten 19. Jahrhunderts zur heutigen industriell bestimmten (Klein-)Stadt verfolgen (Stadtrecht besitzt Asperg erneut seit 1875, nachdem es das vermutlich aus dem späten 13. Jahrhundert herrührende ursprüngliche Stadtrecht Anfang des 19. Jahrhunderts verloren hatte).

Bolay will »die Menschen früherer Zeiten möglichst selbst zum Wort kommen« lassen und berichtet daher bewußt quellennah aus archivierten Urkunden, Akten, Amtsprotokollen und Rechnungsbüchern. Dabei hat er »auf stoffliche Gliederung möglichst verzichtet«, da – wie er feststellt – eine »Chronik« vom zeitlichen Ablauf bestimmt wird. So ist der ganze Band aufgeteilt in etwa 480 kleine Kapitel, die meist jeweils eine Episode der städtischen Geschichte schildern (14 S. Inhaltsübersicht!). Diese Kleinkapitel sind in sieben chronologische Abschnitte (I–VII: Vor- und Frühgeschichte, Mittelalter, Am Beginn der Neuzeit, Zeitalter der Kriege [1648–1714], Im Zeitalter absoluter Fürstengewalt, Vom Bauern- und Weingärtnerdorf zur Industriegemeinde, 20. Jahrhundert) und vier spezielle Problemkreise

(VIII–XI: Auswanderung, Kirchen, Schulen, Statistik) gegliedert. Im Anhang (XII) finden sich neben einigen Exkursen knappe Anmerkungen und Quellennachweise, sowie je ein Orts-, Personen- und Sachregister.

Bolay hat damit eine Geschichte Aspergs erstellt, in der er den Alltag vergangener Zeiten, das Leben der »kleinen Leute« aus voller Freude am speziellen Fall schildert, wobei selbst Sprache und Schrift nicht – wie heute meist üblich – nach heutigen Regeln normalisiert, sondern in der zeitgenössischen Form belassen sind. Die Lektüre des Bandes ist daher nicht leicht, sie erfordert auch vom Leser das Eingehen aufs Detail und zwingt zur gründlichen Beschäftigung mit dem Dargestellten.

Wolfgang Schmierer

Günther Bentele: Das Bietigheimer Hornmoldhaus. Bietigheim-Bissingen 1979, 104 S. mit zahlreichen Abb.

Der mit viel Engagement geschriebene kleine Bildband, der zur Wiederherstellung des Hornmoldhauses erschienen ist, will dem Leser möglichst umfassend die soziologischen, politischen und wirtschaftlichen Zusammenhänge aufzeigen, die die Entstehung des Hornmoldhauses und die Geschichte seiner Bewohner geprägt haben. Zur abschließenden Bewältigung dieser sehr reizvollen Aufgabe waren jedoch Zeit und Raum (Bentele stehen nur ca. 30 Textseiten zur Verfügung) zu knapp bemessen. Auch hätte das Bändchen mehr redaktionelle Unterstützung verdient gehabt (vgl. z. B. S. 9 oben).

Das Verdienst des Buches liegt mit Sicherheit bei der Darstellung des kunstgeschichtlichen Aspekts. Unter Beratung von Werner Fleischhauer breitet der Verfasser eine Vielfalt sachkundigen Wissens aus, das die Bedeutung des Hauses und die Einmaligkeit des Objekts herausstellt. Eine große Zahl hervorragender Abbildungen (ca. 58 Seiten Abbildungen) zum Gesamteindruck und zu einzelnen Ausstattungsdetails, die zudem alle im Text erläutert sind, ermöglichen es, die geleistete kunsthistorische Grundlagenarbeit nachzuvollziehen.

Ein abschließender Beitrag zur praktischen Seite der Restaurierungsarbeiten (Architekt Hans Noller), Pläne und ein Führer durch das Haus laden dazu ein, das Bietigheimer Hornmoldhaus in natura zu betrachten.

Franz Mögle-Hofacker

»1200 Jahre Hessigheim. 14.–17. Sept. 1979«. Festschrift zur 1200-Jahr-Feier, hrsg. von der Gemeinde Hessigheim. Möglingen 1979, 96 S. (brosch.)

Groß ist die Zahl der Gemeinden, die im Laufe der letzten Jahre ihre 1200-Jahr-Feier begingen. Freilich handelt es sich in allen Fällen um das Gedenken der ersten schriftlichen Erwähnung in dem so überaus ergiebigen Codex Laureshamensis oder in den Traditiones Fuldenses. Die Fuldaer Überlieferung berichtet nun zum Jahre 779, daß ein Graf Kunibert seinen gesamten Besitz in der Main-, Kocher- und Neckargegend, worunter sich Besitz aus Hessigheim befindet, dem Kloster Fulda übereignet.

Die Gemeinde Hessigheim nahm die 1200 Jahre zurückliegende schriftliche Erwähnung ihres Namens in den Traditiones Fuldenses zum Anlaß, eine kleine Festschrift herauszugeben, die dem Leser in anschaulicher Weise Streiflichter aus

der Geschichte dieses Ortes vor Augen führt. Einen annalenartigen Überblick über die wichtigsten Momente der Ortsgeschichte bietet zunächst Paul Boeck. Über die für Hessigheim so bedeutungsvolle Landwirtschaft in ihrem historischen Wandel handelt der interessante, lesenswerte Beitrag von Hanskarl Friederich. Mit den folgenden Notizen und Berichten werden die lokalen Vereine vorgestellt. Nach einem Überblick über das kirchliche Leben in Hessigheim folgt als das Bändchen abschließender Beitrag eine aus den Beständen des Gemeindearchivs gezogene Zusammenstellung verschiedener, vor allem kulturhistorisch ergiebiger schriftlicher Zeugnisse, die von dem verdienstvollen Kreisarchivpfleger Theodor Bolay ausgewählt wurden. Die kleine Festschrift ist reich illustriert, hätte aber vielleicht noch mehr an Reiz gewonnen, wenn die Werbung, die 22 (!) Seiten des Heftes füllt, am Ende zusammengefaßt worden wäre. Für den Heimatforscher und Freund Hessigheims bleibt die Festschrift dennoch willkommen.

Norbert Stein

Festschrift 1200-Jahr-Feier Hochdorf an der Enz, 779–1979. Hrsg. Festausschuß der Hochdorfer Vereine. Mit Beiträgen von Renate Leibfried, Hannelore Kull, Christrose Rilk und Jörg Biel. Vaihingen/Enz (Verlagsdruckerei Carle) 1979, 96 S.

In die Reihe der 1200jährigen Orte trat im vergangenen Jahr auch Hochdorf an der Enz, seit der Gemeindereform Teilort von Eberdingen. Anlaß der Jubiläumsfeier und der hierzu vorgelegten Festschrift war die Erstnennung in einer Schenkungs-urkunde des fränkischen Grafen Kunibert an das Kloster Fulda, überliefert im Codex Diplomataram Fuldensis. Daß die Siedlung selbst wesentlich älteren Ursprungs ist, dürfte spätestens seit dem aufsehenerregenden Fürstengrabfund im Sommer 1978 weithin bekannt sein. Der Bedeutung der ersten Hochdorfer lange vor unserer Zeit wird die Festschrift denn auch gerecht. Nicht nur der Grabungsbericht von Jörg Biel, auch der vom Inhalt und Umfang her gewichtigste Beitrag »Aus der Geschichte Hochdorfs« von Renate Leibfried setzt hier ein. Sorgfältige Quellenstudien versetzten sie in die Lage, ein anschauliches Bild dörflichen und menschlichen Daseins zu zeichnen. Dabei werden Patronats- und Lehensverhältnisse unter wechselnden Herrschaften, darunter zeitweilig Deutschorden, Kloster Herrenalb, die Grafen von Münchingen, schließlich bis Anfang des 19. Jahrhunderts die noch heute in Hochdorf ansässige Familie von Tessin ausführlich behandelt. Besonders hervorzuheben sind die gewissenhaften Quellenangaben durch entsprechende Anmerkungen.

Der Beitrag »Kirchliches Leben von damals bis heute« von Vikarin Christrose Rilk bietet Einblicke in Freud und Leid der Geistlichen im »Zweifrontendasein« zwischen Herrschaft und Pfarrkindern und schließt mit einer Beschreibung der Hochdorfer Glocken.

Gelungen ist die Auswahl des mit 55 Abbildungen bemerkenswert umfangreichen Bildmaterials, wovon Hannelore Kull 31 Fotos zu einem eigenen Kapitel »Bilder aus Hochdorf« zusammengestellt hat. Auch eine kurze Vorstellung der örtlichen Vereine und der Feuerwehr fehlt nicht.

Umfangreiche Werbeinserate wurden auf den letzten Seiten der Veröffentlichung zusammengefaßt.

Regina Glatzle

1200 Jahre Ingersheim. Speyer (Jäger Druck GmbH) 1979, 220 S.

Anläßlich des stolzen Datums »1200 Jahre Ingersheim« hat der Gemeinderat von Ingersheim den Beschluß gefaßt, ein Heimatbuch herauszubringen. Es gelang, vor allem dank der Initiative von Willi Müller, des langjährigen Vorsitzenden des Historischen Vereins Ludwigsburg, namhafte wissenschaftliche Autoren zur Mitarbeit an dem auch der Ausstattung nach hervorragenden Band zu gewinnen: Neben Willi Müller etwa Fritz Bürkle, Hanskarl Friederich, Siegfried Greiner, Wolfgang Irtenkauf, Dieter Planck, Paul Sauer. Das Buch enthält grundlegend ausgearbeitete Beiträge zu den verschiedensten Aspekten der Entwicklung Ingersheims: Vor- und Frühgeschichte, Sozialgeschichte, Wirtschaftsgeschichte, Kunstgeschichte, Geologie, Kirchengeschichte.

Den ausgezeichneten Eindruck, den der Band hinterläßt, verdankt er nicht zuletzt diesen umfassenden Beiträgen. Sie haben es der Redaktion (Karl-Josef Leiprecht, Hans-Jürgen Arndt, Martin Maier) erlaubt, ergänzende Laienbeiträge einzufügen, die beachtliche Details zutage fördern und die dabei von den wissenschaftlichen grundlegenden Darstellungen getragen werden. Es liegt in der Konsequenz des gelungenen Versuchs zu einer plastischen Gesamtdarstellung von »1200 Jahren Ingersheim«, daß zur Zeitgeschichte unmittelbar Beteiligte in engagierten, erlebnisartigen Berichten zu Wort kommen.

Die ohnehin schon illustrativen Texte gewinnen durch reiches Bildmaterial, Karten, Pläne und fachliche Graphiken noch an Anschaulichkeit. Eingeschobene Anekdoten und karikaturenartige Abbildungen von typischen Ingersheimer Szenen runden den sehr ansprechenden Gesamteindruck des Bandes ab.

Franz Mögle-Hofacker

Wolfgang Schmierer: Ludwigsburg. Karte IV, 11 mit Beiwort. Grundrisse neuzeitlicher Städte II. Stuttgart: Landesvermessungsamt Baden-Württemberg und Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg. 1977 (Historischer Atlas von Baden-Württemberg, Karte IV, 11-6. Lieferung).

Der »Historische Atlas von Baden-Württemberg«, hrsg. von der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg in Verbindung mit dem Landesvermessungsamt Baden-Württemberg unter Mitwirkung zahlreicher Fachgelehrter, ergänzt die Reihe der deutschen Regionalatlanten. Die Lieferungen des in 12 Hauptgruppen gegliederten Werks erscheinen seit 1972, wobei die einzelnen Lieferungen mehrere Karten umfassen. Insgesamt sind ca. 120 Karten im Format 46 × 52 cm vorgesehen. Jede Karte ist mit einem erläuternden Beiwort versehen. Der Atlas versucht sowohl die territorialgeschichtliche Entwicklung Baden-Württembergs als auch die Mannigfaltigkeit geschichtlichen Lebens in diesem Raum aufzuzeigen. So werden im Gesamtprogramm neben der territorialen und politischen Entwicklung des Landes auch die Kirchengeschichte, Rechts- und Kulturgeschichte, Verkehrs-, Wirtschafts-, Bevölkerungs- und Sozialgeschichte Baden-Württembergs berücksichtigt, um nur einige dieser Karten anzusprechen.

Erfreulicherweise enthält das Gesamtwerk des Atlases nun auch eine Karte von Ludwigsburg. Wolfgang Schmierer hat sich der verdienstvollen Bearbeitung, der die wichtigsten Quellen zur Ludwigsburger Baugeschichte zugrunde liegen, gewidmet.

Diese Karte basiert auf einer württembergischen Flurkarte 1:2500, verkleinert auf 1:5000, nach dem Stand von 1831. Auf ihr ist in 3 Phasen (mittels verschiedener Farben gekennzeichnet) die bauliche Entwicklung Ludwigsburgs bis zum beginnenden 19. Jh. dargestellt: Phase 1 (rot) zeigt die Bausubstanz bis um 1733, Phase 2 (dunkelgrün) von 1734 bis 1788 und Phase 3 (hellgrün) von 1789 bis 1832. Heute noch stehende Gebäude sind mit der jeweiligen Farbe als Fläche, die nicht mehr vorhandenen in Umrissen, wiedergegeben. Ein ähnliches Verfahren wird bei Gewässern, Ummauerungen und Friedhöfen angewandt. Der Bearbeiter der Karte hat dadurch erreicht, dem Betrachter auf einen Blick die baulichen und hydrographischen Veränderungen Ludwigsburgs von der Stadtgründung bis um das Jahr 1832 deutlich zu machen.

Die Einteilung der Karte in 5 Stadtregionen sowie die Numerierung der wichtigsten auf der Karte abgebildeten Gebäude usw. läßt anhand des am Ende des Beiwortes angefügten »Schlüssels« eine rasche Identifizierung zu. In Kurzfassung wird dabei die jeweilige Baugeschichte berücksichtigt. So kann man sich mittels dieses insgesamt 123 Beschreibungen umfassenden »Schlüssels« ohne Schwierigkeit z. B. über den Standort des 1800 abgerissenen Opernhauses, der 1782 abgegangenen Orangerien oder gar der im 14. Jh. angelegten Schafhofer Seen informieren. Nicht unerwähnt darf der dem Beiwort beigefügte Stadtplan nach J. H. D. Leger (1726), in der Rekonstruktion von H. Stroebel (1918), bleiben. Dieser Plan zeigt Ludwigsburg um 1726 mit einem Entwurf zum Festungsausbau.

Das Beiwort zur Karte bietet einen kurzen, alle wesentlichen Stationen der Ludwigsburger Geschichte beinhaltenden Überblick, wobei der Schwerpunkt auf der baulichen Entwicklung liegt. Ein Quellen- und Literaturverzeichnis rundet das 8 DIN-A-4-Seiten umfassende Beiwort ab. Die Arbeit über Ludwigsburg innerhalb des »Historischen Atlas von Baden-Württemberg« stellt einen wichtigen Beitrag zur Stadtgeschichtsschreibung dar und dürfte für jeden, der sich mit der Baugeschichte Ludwigsburgs befassen möchte, unentbehrlich sein.

Karte und Beiwort von Ludwigsburg erscheinen gemeinsam mit der entsprechenden Bearbeitung Freudenstadts und regen somit zu einem Vergleich dieser beiden neuzeitlichen Städtegründungen an.

Wolfgang Läßle

Jürgen Heinen-Tenrich: Die Entwicklung Ludwigsburgs zur multifunktionalen Mittelstadt (1860–1914). Ein Beitrag zur Untersuchung des Wandels der Stadt im 19. Jahrhundert. (= Veröffentlichungen der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg, Reihe B, Forschungen, 79. Band), Stuttgart (W. Kohlhammer Verlag) 1976, 102 S. mit Kartenanhang.

Das öffentliche Interesse, welches der vorliegenden, von Eberhard Naujoks angeregten Tübinger Dissertation anlässlich ihrer offiziellen Übergabe an die Stadtverwaltung Ludwigsburg im Januar 1977 entgegengebracht worden ist, darf mit vollem Recht einem Vorhaben gelten, das das Phänomen »Stadt« als »vieldimensionale soziale Erscheinung« (A. J. Reiss) sichtbar machen will. Ziel des Autors war es, »zu einer umfassenden Betrachtungsweise [zu] gelangen, die alle eine Stadt auszeichnenden Einzelmomente in ihren Wechselwirkungen und nach jeweiligen Rangstu-

fen miteinbezieht« (S. 3). Sowohl die Entwicklungsgeschichte als auch die relativ gute räumliche Überschaubarkeit ließen Ludwigsburg als geeignetes Untersuchungsobjekt erscheinen. Zum einen ist Ludwigsburg eine junge, zu Beginn des 18. Jahrhunderts künstlich angelegte Stadt, die kein kontinuierliches Entwicklungsstadium aus einer, im Mittelalter gewachsenen, rechtlich wie wirtschaftlich relativ klar und eindeutig umrissenen ständischen Einheit durchlaufen hat, zum anderen war Ludwigsburg bis zum Jahre 1816 Haupt- und Residenzstadt des Herzogtums, dann Königreiches Württemberg, wodurch die erste Phase der Stadtgeschichte statische, undifferenzierte, relativ einschichtige Merkmale in der völligen Abhängigkeit von der zugewiesenen Funktion aufzeigt.

Um nun den durchaus nicht geradlinig verlaufenden Entwicklungsprozeß aus der durch den Verlust des Haupt- und Residenzstadtcharakters hervorgerufenen Stagnation, die bis etwa 1860 anhielt, zur voll ausgebildeten Multifunktionalität zu Beginn des Ersten Weltkrieges in seiner ganzen Ausdehnung und Vielschichtigkeit zu untersuchen, bedient sich der Autor eines breitgefächerten, methodischen Ansatzes (vgl. S. 5). Auf diese Weise gelingt es ihm auch, ein Bild von der verschiedenartigen Kombination und Ausprägung der Einzelmerkmale, die der Stadt erst ihr typisches Gepräge verleihen, zu zeichnen.

Die Studie folgt diesem Entwicklungsprozeß der Stadt in drei großen, zeitlich gegliederten Hauptabschnitten. Der erste befaßt sich mit dem Vorstadium des Wandels nach 1816, das bis in die 60er Jahre des 19. Jahrhunderts durch Stagnation gekennzeichnet wird. Es folgt seit Beginn der 60er Jahre eine durch vorwiegend noch quantitative Veränderungsmerkmale charakterisierte Entwicklungsphase, während der eine rapide Bevölkerungszunahme, ein Aufschwung der lokalen Wirtschaft, eine Verbesserung der finanziellen Situation und eine bedeutende Ausdehnung der öffentlichen Gemeindetätigkeit auf den Gebieten der Dienstleistung und Versorgung zu verzeichnen sind.

Seit Beginn der 80er Jahre des 19. Jahrhunderts stagniert einerseits die Bevölkerungszunahme und das Wirtschaftsleben der Stadt, andererseits erweitert sich der öffentliche Aufgabenbereich der Gemeinde, nimmt die Belastung des Haushalts kontinuierlich zu. Das führt – wie der Autor im zweiten Hauptabschnitt aufgrund der Untersuchung des politischen Willensbildungsprozesses darlegt – zum Festhalten an dem bisher erreichten Entwicklungsstand und zum »Bemühen um eine konfliktlose Geschlossenheit der städtischen Gesellschaft«, das sich etwa in der den Arbeitern empfohlenen Ansiedlung auf dem Umlande äußert (vgl. S. 55).

Um die Jahrhundertwende entwickelt sich die Stadt planmäßig weiter. Die Phase der Stagnation wird durch einen erneuten Aufschwung der Wirtschaft, durch Bevölkerungszunahme, räumliche und bauliche Ausdehnung (Eingemeindungen) allmählich überwunden. Die öffentliche Gemeindetätigkeit weitet sich in zunehmendem Maße auf neue Bereiche (etwa infrastrukturelle Leistungen, Boden- und Baupolitik) aus. Den besonderen Charakter dieser, im dritten Hauptabschnitt untersuchten Entwicklungsphase auf dem Wege zur »multifunktionalen Stadt« machen nunmehr die qualitativen Veränderungsmerkmale aus: Die Wirtschafts- und Sozialstruktur bildet sich um und differenziert sich, die Geschlossenheit der sozialen Zusammensetzung der Bevölkerung löst sich auf, der Prozeß der innerstädtischen Gruppenbildung wird beschleunigt und führt zu einer sozialen Mobilität und Interessenvielfalt, wie sie sich besonders deutlich in dem nun pluralistisch

orientierten Willensbildungsprozeß äußert. – Das Zusammenfließen quantitativer und qualitativer Entwicklungstendenzen – so resultiert der Verfasser – bewirkt letztendlich die Herausbildung des neuen Stadtypus, der multifunktionalen Stadt. Auf diese Weise gewinnt etwa auch Ludwigsburg seine Individualität aus der vielschichtigen Kombination der verschiedenartigen, im Laufe des Wandlungsprozesses formierten Merkmale.

Der Verfasser hat seine, gerade auch methodisch vorbildliche Untersuchung auf eine breite Quellengrundlage zu stellen vermocht, die er dem Leser in einem umfangreichen, sorgfältig aufgegliederten Anhang mit ausgewählten Plänen und Stadtansichten sowie zahlreichen Statistiken zur Bevölkerungsbewegung, Finanzsituation, Wirtschafts- und Sozialstruktur sowie zum innerstädtischen politischen Willensbildungsprozeß exemplarisch vor Augen führt.

Ludwigsburger Stadtgeschichtsforschung und die moderne Städteforschung in allen ihren Teilaspekten sind mit diesem wichtigen Werk von Jürgen Heinen-Tenrich um einen wertvollen Beitrag bereichert worden.

Norbert Stein

Baden-Württemberg, Heft 1/1979: Ludwigsburg – 25 Jahre Blühendes Barock.
Verlag G. Braun, Karlsruhe, 56 S.

Mit zahlreichen Bildern (Zeichnungen, Schwarzweiß- und Farbfotografien) und Aufsätzen zahlreicher Autoren wird in diesem Heft für die Barockstadt geworben. Neben knappen, aus der Literatur zusammengestellten Schilderungen von Ludwigsburgs allgemeiner geschichtlicher Entwicklung (Martin Hohenecker) findet man Essays zu einzelnen Aspekten: 250 Jahre Musik in Ludwigsburg (Friedrich Baser), Ludwigsburg als Wirtschaftsfaktor (Karl Maier), als »schaffige Stadt«, d. h. als Gewerbezentrum (M. Hohenecker), Entstehung, Sinn und Aufgabe des Blühenden Barock (Albert Schöchle), Ludwigsburger Porzellan (Kurt A. Schupp), die Schloßfestspiele (Erwin Schwarz), Gastronomie in und bei Ludwigsburg (Georg Richter). Richard Schmid schildert (aufgrund der Forschungen von Paul Sakmann, 1899/1900) »Voltaires Geschäfte mit Karl Eugen«, eine barocke Hofepisode; Thaddäus Troll berichtet aus eigenem Erleben (und daher mit historischem Quellenwert) als zeitweiliger Hilfsredakteur bei der Ludwigsburger Zeitung in den Jahren 1934–1936. Über Ludwigsburgs Partnerstadt Montbéliard schreiben G. Richter und Otto Rombach, über die Nachbarstädte Asperg, Besigheim, Marbach und Markgröningen Manfred Bornemann, über Bietigheims Stadtsanierung Richard Strecker, über den Weinbau im Kreis Ludwigsburg Kurt Gayer. Die Ausgrabungsergebnisse in Hochdorf (»Der Keltenfürst von Hochdorf«) stellt Dieter Kapff dar. Plaudereien von August Lämmle, Gedichte von E. Mörike, Fr. Th. Vischer und A. Lämmle sind in die übrigen Texte eingestreut. Insgesamt ein Heft, das seinen Zweck – für Ludwigsburg zu werben – zweifellos vollauf erfüllt.

Wolfgang Schmierer

Peter Lahnstein, Mechthild Landenberger: Das Ludwigsburger Porzellan und seine Zeit. Stuttgart (W. Kohlhammer) 1978, 144 S., 47 Abb.

»Ein Buch über Ludwigsburger Porzellan hat gefehlt.« Der erste Satz des Vorwortes ist nur zu unterstreichen. Der vorliegende Band wird dem Anspruch, diese Lücke zu schließen und Standardwerk über Ludwigsburger Porzellan zu werden, vollauf gerecht.

In seinen »Kulturgeschichtlichen Betrachtungen« skizziert Peter Lahnstein zunächst die Erfindung des Porzellans durch Tschirnhaus und Böttger in Sachsen unter gewiß nicht uneigennütziger Protektion durch August den Starken. Er weist auf die Bedeutung des Porzellans als west-östliches Handelsobjekt hin und präsentiert es als »Produkt und Spiegel seiner Epoche«. Bis zur 2. Hälfte des 18. Jahrhunderts dominieren bei den Porzellanfiguren Szenen der Hofgesellschaft, wird die Freude am höfischen Prunk sichtbar, beispielsweise durch die »Dame am Spinett mit Kavalier« oder die »Kinder des Komödianten«. Schon bald scheinen auch erste Gedanken der Aufklärung mitzuwirken. Das sog. »niedere« Volk findet zunehmend Beachtung. Was aus archivalischen Quellen des 18. Jahrhunderts nur mühsam zu erschließen ist, nämlich Habitus und Lebensweise des einfachen Menschen, ein in der Denkweise des Absolutismus noch völlig vernachlässigter Faktor, im Porzellan wird es, wenn auch idealisiert, lebendig und greifbar. Wir finden da die Bäuerin, den Wirt, die Gärtnerin oder die Schmuckwarenhändlerin, um nur ein paar der im Buch abgebildeten Volkstypen aufzuführen. Die Schilderung der Porzellanherstellung und des Vertriebs sowie der sozialen Verhältnisse in einer Porzellanmanufaktur werden in einem besonderen Kapitel beschrieben. Die »Landesgeschichtlichen Betrachtungen« zeichnen ein Lebensbild Herzog Carl Eugens und illustrieren die Ludwigsburger Stadtgeschichte der 2. Hälfte des 18. Jahrhunderts. Der reizvoll kommentierte »Gang durch eine Ausstellung«, d. h. durch die jetzt wieder in den Räumen des Neuen Corps de Logis aufgebaute Ausstellung des Ludwigsburger Porzellans, läßt Szenen des Ludwigsburger Alltags, des höfischen und bürgerlichen Lebens des 18. Jahrhunderts wiedererstehen und verlockt zu einem Besuch.

Der zweite Teil des Werkes entstammt der Feder der besten Sachkennerin, Dr. Mechthild Landenberger, die sich bereits seit den fünfziger Jahren im Auftrag des Württembergischen Landesmuseums mit dem Ludwigsburger Porzellan befaßt. Ihr ist die systematische Sammlung und vorzügliche wissenschaftliche Bearbeitung aller erreichbaren Ludwigsburger Erzeugnisse zu verdanken. Der Leser erfährt nicht nur die Geschichte der Ludwigsburger Porzellanmanufaktur, die Technik des Porzellans, der Fayence und des Steinguts, sondern wird auch mit den Arbeiten der bedeutsamsten auf diesem Gebiet tätigen Maler, Modellmeister und Bossierer vertraut gemacht.

Mit fast 50 hervorragenden Reproduktionen ist dieses Buch nicht nur ein farbenprächtiger Bildband von wissenschaftlichem Niveau für Liebhaber und Freunde des Ludwigsburger Porzellans, sondern wird durch die Einbettung des Porzellans in die Kultur-, Landes- und Kunstgeschichte des 18. Jahrhunderts auch darüber hinaus einen großen Leserkreis ansprechen.

Dorothea Bader

Eugen Holzer: »Da hat's keine Anständ...«, *Erinnerungen eines Porzelliners*. Ludwigsburg (Ungeheuer & Ulmer) 1980, 47 S., brosch.

»Für einen kleinen Kreis der Freunde der Porzellanmanufaktur und der Liebhaber des weißen Goldes aus Ludwigsburg« haben Rolf Schöck und Heinrich von Hacht dieses kleine Bändchen im Auftrag der Heitmann-Stiftung herausgebracht. Es enthält die anekdotisch knapp erzählten Erlebnisse des 1947 aus der Porzellanstadt Selb gekommenen und 1978 pensionierten Porzellanfachmanns in den ersten, wirren Anfangsjahren der Ludwigsburger Manufaktur. Der Titel erinnert an die Lieblingsphrase des Neugründers der Manufaktur, Otto Wanner, der mit diesem schwäbischen Allerweltssatz den Schwierigkeiten des Geschäftslebens zu begegnen pflegte, ohne sie allerdings zu meistern. Die »Rettung« der Manufaktur gelang erst »eine Minute vor 12 Uhr« dem Ehepaar Heitmann. Darüber berichtet Holzer aber leider nicht mehr.

Wolfgang Schmierer

Wilhelm Feil: *Geschichte der Oberamtsstadt Vaihingen an der Enz im Rahmen der Landesgeschichte*. Erschienen als »Vaihinger Geschichtsblätter« 1933–1935, 263 und 111 S. Nachdruck der Originalausgabe von 1933–1935. Vaihingen 1979 (Schriftenreihe der Stadt Vaihingen an der Enz. Beiträge zur Geschichte, Kultur- und Landschaftskunde hrsg. im Auftrag der Stadtverwaltung Vaihingen an der Enz von Ernst Eberhard Schmidt).

Oberbürgermeister Gerhard Palm vermerkt im Vorwort zu dem unverändert neu aufgelegten Buch von Wilhelm Feil den Anlaß für den vorliegenden Neudruck: das Jubiläumjahr »1200 Jahre Vaihingen«, gefeiert 1979, basierend auf der frühesten Nennung in einer Urkunde des Klosters Fulda von 779 als »Feinga« (S. 17) veranlaßte Gemeinderat und Herausgeber zur Wiedervorlage des vergriffenen Werks – zugleich als 1. Band einer neuen Schriftenreihe zur Geschichte der Stadt Vaihingen. Im modernen Einband (der Schutzumschlag zeigt ein reizvolles Farbfoto von Wilhelm Röckle mit Blick über Enz und Pulverturm auf die Stadt und Schloß Kaltenstein) ist – wie im Originalsatz in Fraktur – die Stadtgeschichte des Rektors a. D. Wilhelm Feil neu erstanden. Für die heutigen Zeitgenossen, an der Heimatgeschichte neuerdings wieder interessiert, ist diese Neuausgabe ein großes Geschenk, das dankbar begrüßt werden muß. Korrekturen, Veränderungen oder Anmerkungen zum Text Feils wurden nicht vorgenommen. Der Leser wird sich daher bewußt sein müssen, daß er ein zeitbedingtes Werk in Händen hält, das heute nicht mehr in allem dem Stand der modernen Forschung entspricht.

Dennoch ist es sehr reizvoll, Feils vielfach aus den Quellen im damaligen Stadtarchiv erarbeiteten Darlegungen der Stadtgeschichte von der Vorzeit bis zum (1.) Weltkrieg, über »Alte Bauwerke« (Schloß, Stadtbefestigung, Kirchen, Spital, Herrenalber Pflerhof, Deutschordenshaus und alte Herrschaftshäuser) und die Flurgeschichte zu folgen (S. 1–253); durch ein Orts-, Personen- und Sachregister (S. 254–263) ist diese Darstellung befriedigend erschlossen. Die »Beilagen« (S. 1–111) enthalten exkursartige Ausführungen zu speziellen Themen, die nicht immer unmittelbar mit der Geschichte Vaihingens befaßt, aber landesgeschichtlich orientiert sind.

Wolfgang Schmierer

Jörg Weikert: Im Kreis herum. Menschliches, Allzumenschliches aus unseren Tagen. Ungeheuer & Ulmer KG GmbH & Co, Ludwigsburg 1980, 115 S.

Jörg Weikert, regelmäßiger Berichterstatter in der Ludwigsburger Kreiszeitung mit seiner bekannten Kolumne »Im Kreis herum«, hat es in dem vorliegenden Band unternommen, 95 der von ihm im Laufe der letzten Jahre gesammelten Geschichten, im weitesten Sinne Anekdoten, zu einem repräsentativen Spiegelbild menschlicher, allzumenschlicher Regungen aus dem täglichen Leben des gesamten Kreisgebietes – freilich mit Ausnahme der Kreisstadt – zusammenzufügen. Der ansprechend gestaltete Band – Richard Ruckaberle hat zahlreiche Karikaturen, Wilhelm Röckle einige schöne Farbphotographien beige steuert – wird von Otto Rombach eingeleitet, der – vielleicht allzu überschwänglich – von dem vorliegenden Buch als von einer »Chronik von Anekdoten« spricht. Der Verfasser selbst nennt seine episodischen Darstellungen »Geschichtle«; mehr wollen und können sie nicht sein, denn viele der dargebotenen Geschichten bieten inhaltlich keine Möglichkeit zum schlagkräftigen Aufbau einer Pointe. Doch wer mit humorvollem Auge menschlich Vollkommenes und weniger Vollkommenes in typischer Ausprägung – gerade »hier im Kreis herum« – entdecken möchte, dem wird das kleine, liebenswerte Werk willkommen sein.

Norbert Stein

Mitarbeiter dieses Hefts:

Bader, Dorothea, Archivinspektorin, Staatsarchiv Ludwigsburg
Dr. Biel, Jörg, Konservator, Landesdenkmalamt, Stuttgart
Bolay, Theodor, Rektor i. R., Asperg
Dr. Bollacher, Wolfgang, Rechtsanwalt, Ludwigsburg
Dr. Cordes, Günter, Oberstaatsarchivrat, Hauptstaatsarchiv Stuttgart
Felden, Herbert, Pfarrer i. R., Murr
Glatzle, Regina, Archivinspektorin, Staatsarchiv Ludwigsburg
Dr. Kerkhoff, Joseph, Oberkonservator, Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg, Stuttgart
Läpple, Wolfgang, Städt. Archivoberinspektor, Stadtarchiv Ludwigsburg
Mögle-Hofacker, Franz, Staatsarchivassessor, Staatsarchiv Ludwigsburg
Otto, Markus, Apotheker, Bietigheim-Bissingen
Dr. Sauer, Paul, Staatsarchivdirektor, Hauptstaatsarchiv Stuttgart
Dr. Schmierer, Wolfgang, Oberstaatsarchivrat, Staatsarchiv Ludwigsburg
Schneider, Wolfgang, Archivinspektor, Staatsarchiv Ludwigsburg
Dr. Seiler, Alois, Staatsarchivdirektor, Staatsarchiv Ludwigsburg
Dr. Stein, Norbert, Staatsarchivassessor, Staatsarchiv Ludwigsburg
Dr. Ulshöfer, Otfried, Oberbürgermeister der Stadt Ludwigsburg

Bildernachweis

- Titelblatt, S. 8, 12, 16, 19: Landesdenkmalamt Baden-Württemberg, Stuttgart
S. 26/27, 36/37: Der Deutsche Orden in Südwestdeutschland. Von A. Seiler. Hrsg. von der Komturei »An Oberrhein, Neckar und Bodensee«, Schwendi 1979
S. 51, 70, 119: Hauptstaatsarchiv Stuttgart
S. 80/81: Historischer Atlas von Baden-Württemberg, Hrsg. von der Kommission für geschichtliche Landeskunde und dem Landesvermessungsamt Baden-Württemberg, Karte IV, 11 (Ausschnitt)
S. 83, 87, 166: Stadtarchiv Ludwigsburg
S. 110: H. Kunz, Die Entscheidungskämpfe des Generals von Werder im Januar 1871. 2. Teil, Berlin 1895
S. 108: Der Deutsch-Französische Krieg 1870-71. 2. Teil, 2. Band, Berlin 1880
S. 111: G. Hiltl, Der Französische Krieg von 1870 und 1871, Bielefeld und Leipzig, 31876, S. 677
S. 105, 107: J. v. Pflugk-Harttung (Hrsg.), Krieg und Sieg 1870-71, Berlin 1895, S. 479, 520
S. 101: Herbert Felden, Murr
S. 170, 171: Staatsarchiv Ludwigsburg (Foto: A. Seiler)

»Ludwigsburger Geschichtsblätter« – eine Übersicht

| Heft-Nr. | Jahr | Seiten | Redaktion | vergr./lieferbar |
|----------|------|--------|---------------------|------------------|
| 1 | 1900 | 87 | Christian Belschner | vergriffen |
| 2 | 1901 | 100 | dto. | vergriffen |
| 3 | 1903 | 106 | dto. | vergriffen |
| 4 | 1905 | 186 | dto. | vergriffen |
| 5 | 1909 | 115 | dto. | vergriffen |
| 6 | 1911 | 88 | dto. | vergriffen |
| 7 | 1913 | 57 | dto. | vergriffen |
| 8 | 1916 | 48 | dto. | vergriffen |
| 9 | 1923 | 119 | dto. | vergriffen |
| 10 | 1926 | 107 | dto. | vergriffen |
| 11 | 1930 | 133 | dto. | vergriffen |
| 12 | 1939 | 46 | dto. | vergriffen |
| 13 | 1957 | 140 | Oscar Paret | lieferbar |
| 14 | 1960 | 66 | dto. | lieferbar |
| 15 | 1963 | 162 | Heinrich Gaese | lieferbar |
| 16 | 1964 | 203 | dto. | lieferbar |
| 17 | 1965 | 207 | dto. | lieferbar |
| 18 | 1966 | 192 | dto. | lieferbar |
| 19 | 1967 | 164 | dto. | lieferbar |
| 20 | 1968 | 196 | dto. | lieferbar |
| 21 | 1969 | 92 | Willi Müller | lieferbar |
| 22 | 1970 | 116 | dto. | lieferbar |
| 23 | 1971 | 195 | dto. | lieferbar |
| 24 | 1972 | 272 | dto. | lieferbar |
| 25 | 1973 | 141 | dto. | lieferbar |
| 26 | 1974 | 141 | dto. | lieferbar |
| 27 | 1975 | 199 | dto. | lieferbar |
| 28 | 1976 | 161 | dto. | lieferbar |
| 29 | 1977 | 179 | dto. | lieferbar |
| 30 | 1978 | 128 | Paul Sauer | lieferbar |
| 31 | 1979 | 148 | Wolfgang Schmierer | lieferbar |
| 32 | 1980 | 188 | dto. | lieferbar |

Von den Veröffentlichungen des Historischen Vereins ist noch lieferbar:

Hermann Stroebel »Ludwigsburg, die Stadt Eberhard Ludwigs – Ein Beitrag zur Geschichte der landesfürstlichen Stadtbaukunst um 1700, Ludwigsburg 1918.

*

Bestellungen nimmt die Geschäftsstelle des Historischen Vereins entgegen:

714 Ludwigsburg, Kulturzentrum

Ferner: Buchhandlung Aigner, 714 Ludwigsburg, Arsenalplatz

